53. Jahrgang / Heft 4 / Oktober 2005 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

Aus dem Inhalt

Jean-François Sirinelli
Die Babyboomer und der Mai 1968 in Frankreich

Henrik Bispinck, Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Peter Skyba, Matthias Uhl und Hermann Wentker
Die Zukunft der DDR-Geschichte

Helmut Braun
Das „Wundergas" Helium, die amerikanische Innenpolitik und die deutschen Zeppeline

Brunello Mantelli
Italienische Archive und die Erforschung des Faschismus

Hersch Fischler
Zum Zeitablauf der Reichstagsbrandstiftung

Gerhard Wettig
Stalins Aufrüstungsbeschluß 1951

Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

53. Jahrgang Heft 4/05

Inhalt

Warum brach die Revolte so schnell in sich zusammen?

Jean-François Sirinelli
Die Babyboomer und der Mai 1968 in Frankreich . 527 Aufsätze

Wissen wir schon alles über die DDR?

Henrik Bispinck, Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Peter Skyba, Matthias Uhl und Hermann Wentker
Die Zukunft der DDR-Geschichte 547
Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung

Warum explodierte die „Hindenburg"?

Helmut Braun
Das „Wundergas" Helium, die US-amerikanische Innenpolitik und die deutschen Zeppeline 571

Womit müssen Faschismusforscher in Italien rechnen?

Brunello Mantelli
Im Reich der Unsicherheit? 601
Italienische Archive und die Erforschung des Faschismus

Geht es wirklich um Minuten?

Hersch Fischler
Zum Zeitablauf der Reichstagsbrandstiftung . . . . 617 Diskussion
Korrekturen der Untersuchung Alfred Berndts

Schlüsseldokument des Kalten Krieges?

Gerhard Wettig
Stalins Aufrüstungsbeschluß . . . . . 635 Dokumentation
Die Moskauer Beratungen mit den Parteichefs und Verteidigungsministern der „Volksdemokratien" vom 9. bis 12. Januar 1951

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Ein neues Editionsprojekt 651 Notiz

661 Rezensionen online

667 Abstracts

671 Autoren

Jahrgang 53 (2005) Heft 4 2005
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der „Mai '68" verlief aufs Ganze gesehen erstaunlich unblutig, vor allem flauten die Ausschreitungen mit ihren revolutionären Beiklängen und Prätentionen rasch wieder ab. Das lag in den Augen von Jean-François Sirinelli nicht nur an der ebenso entschlossenen wie maßvollen Reaktion des Staates. Entscheidend seien andere Faktoren gewesen: die Stabilität der Vierten Republik, die Demokratiefestigkeit der Gesellschaft, die den „Barrikadenkampf" als Mittel der Politik schon lange als praxisuntauglichen Mythos abgetan hatte, und schließlich vor allem die Generation der Babyboomer, die als die eigentliche Trägerschicht des „Mai '68" doch zu saturiert war, als daß sie ernsthaft auf einen Umsturz gesetzt hätte.

Jean-François Sirinelli

Die Babyboomer und der Mai 1968 in Frankreich

Mai 1968: Nur selten in der französischen Geschichte hat ein Ereignis derart identitätsstiftend für eine ganze Generation gewirkt. Die durch die Beat-Musik Anfang der 1960er Jahre angeblich noch besänftigten Jugendlichen, so will es eine Vulgata, seien plötzlich politisch erwacht und sich in den Abgründen des revolutionären Umbruchs ihrer selbst bewußt geworden. Die revoltierende Jugend habe zwar einen Staatsstreich gegen die ältere Generation knapp verpaßt, es aber immerhin geschafft, wenn schon nicht die Welt zu verändern, so doch zumindest eine demokratische Revolution in Gang zu setzen und die französische Gesellschaft innerhalb weniger Jahre von Grund auf zu verändern. Die wichtigsten Akteure der Revolution, die Kinder der Nachkriegszeit, werden dabei oftmals eher als Generation des „Mai '68" abgestempelt, denn als Alterskohorte des Babybooms nach 1945 wahrgenommen. Tatsächlich ist es aber sehr aufschlußreich, die Geschichte von 1968 als Geschichte der Babyboomer zu schreiben[1], die nach dem Zweiten Weltkrieg im Zeichen der zwei P *„prospérité et paix"* (Wohlstand und Frieden) herangewachsen sind.

Die Jugendlichen des Wohlstands

Während das erste der drei Jahrzehnte nach der Befreiung Frankreichs, die von dem Ökonomen Jean Fourastié 1979 „die glorreichen Dreißig" getauft wurden[2], zunächst und vor allem das der gemeinsamen Anstrengung des Wiederaufbaus war, trat ab Mitte der 1950er Jahre langsam ein Wandel ein: Die Früchte des Wiederaufbaus begannen langsam zu reifen, und das tägliche Leben der Franzosen erfuhr grundlegende Veränderungen. Aber erst Mitte der sechziger Jahre erfaßten diese Veränderungen auch die gemeinsamen Werte und die Regulierungsme-

[1] Vgl. Jean-François Sirinelli, Les baby-boomers. Une génération 1945–1969, Paris 2003.
[2] In Anlehnung an die „Trois glorieuses", d.h. die drei glorreichen Tage der Revolution von 1830.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chanismen des ererbten kollektiven Verhaltens, die aus einer Zeit stammten, in der die Nation noch überwiegend landwirtschaftlich strukturiert gewesen war. In dieser Zeit des großen Umbruchs zog die Reduzierung starrer ökonomischer Zwänge bald auch die Lockerung der traditionellen Sozialkontrollen nach sich; Werte und Normen, die bis dahin verbindlich gewesen waren, wirkten angesichts der Entwicklung der Gesellschaft plötzlich anachronistisch.

Dieser Prozeß vollzog sich zunächst unterhalb der Oberfläche, aber Mitte der sechziger Jahre wurden seine Auswirkungen allmählich sichtbar. Die Babyboomer, jetzt fünfzehn Jahre alt, lebten in einem Land, das ein kräftiges Wirtschaftswachstum verzeichnete, Vollbeschäftigung erlebte und in dem es zunehmend mehr soziale Sicherheit vor den Wechselfällen des Schicksals gab. Verzicht und Vorsorge wurden so allmählich durch hedonistische Werte und Verhaltensweisen ersetzt. Als erstes Symptom dessen kann etwa gelten, daß materielle Bedürfnisse durch Konsumkredite sofort befriedigt werden konnten und nicht länger aufgeschoben werden mußten. Zunehmend entzog man sich auch dem sozialen Konformismus und pochte statt dessen – allerdings noch mehr implizit als explizit – auf ein Recht darauf, anders zu sein. Gewiß kann man zu diesem Zeitpunkt noch nicht von regelrechten Protestwellen sprechen; diese bildeten sich eigentlich erst mit dem Beben vom Mai 1968 heraus. Aber es entwickelten sich doch bereits neue Verhaltensweisen gegenüber Autoritäten und Normen, Traditionen und Verboten. Einige Institutionen, die über ihre eigentlichen Aufgaben hinaus auch als Wächter über Werte und Normen fungierten, gerieten nun in eine Krise. Zu nennen ist hier etwa die katholische Kirche, die eine Abnahme der Ordinationen verzeichnete: Die Zahl der Priesterweihen, die sich 1959 noch auf 567 belief, sank bis zum Ende des folgenden Jahrzehnts auf 370 ab. Um 1965 herum hat Henri Mendras zudem „ein erstes Nachlassen in der Ausübung der Religion bei den jungen Leuten"[3] beobachten können, und der Soziologe Edgar Morin diagnostizierte in seinen Artikeln in *Le Monde* vom 6. und 7. Juli 1963 „die Entstehung einer neuen Altersklasse" und sagte voraus, das die „yeah-yeah"-Bewegung „auch die Wut der halbstarken ‚Blousons noirs' weitertragen könnte".

Erscheint der Mai 1968 – in diese Perspektive gestellt – nicht eher als Symptom, Katalysator und Beschleuniger denn als etwas eigenständiges Neues? Als Symptom für eine wachsende Verspannung zwischen einem autoritären Staats- und Gesellschaftssystem und neuen Herrschaftsvorstellungen, die sich aus der Dynamik der „Glorreichen Dreißig" ergaben; als Katalysator für die Entwicklung neuer, noch im Werden begriffener kollektiver Verhaltensweisen; als Beschleuniger schließlich, weil das Erdbeben von 1968, auch wenn ihm bereits tektonische Verschiebungen vorausgegangen waren, die Entwicklung durch neue Schockwellen weiter vorantrieb? Auch wenn sich die Analysen der angeblichen Revolution von 1968 oft mehr mit ihren Wirkungen als mit der Explosion selbst beschäftigen, soll hier zunächst ganz prosaisch auf die Art dieser Explosion selbst eingegangen werden. Wie sah sie konkret aus, und welche Kettenreaktion löste sie

[3] Vgl. Henri Mendras (Hrsg.), La sagesse et le désordre. France 1980, Paris 1980, S. 23.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus? Nur wenn man diesen Prozeß genauer betrachtet, kann man die andere, für uns zentrale Frage beantworten: Waren die Babyboomer die Brandstifter oder doch nur der Zündstoff? Dabei läßt sich im Rahmen eines Essays natürlich keine Detailgeschichte des Mai '68 schreiben. Ein ganzes Buch würde nicht genügen, um das seit mehr als dreißig Jahren angehäufte Material aufzuarbeiten[4]. Vor dem Versuch einer Deutung, um den es hier geht, muß zumindest kurz die Veränderungsdynamik einer Krise erhellt werden, die in drei Stufen ablief.

Eine Krise in drei Stufen

Später wurde häufig das Bild einer dreistufigen Rakete gebraucht, um die Abläufe des „Mai '68" in Frankreich zu beschreiben. Dieses Bild enthält durchaus Zutreffendes: Drei Krisen – universitärer, sozialer und politischer Art – wechselten einander ab, und jede dieser Krisen diente als Auslöser für die folgende. Gleichzeitig ist dieses Bild aber auch trügerisch: Bei einer Rakete löst sich die eine Stufe, nachdem sie ihre Aufgabe erfüllt hat, von der nächsten und zerfällt; von den drei Krisen des Mai '68 dagegen verschwand keine. Statt von einer Staffelung sollte man mithin von Überlagerungen oder konzentrischen Schockwellen sprechen: Am Ende des Prozesses war die Krise zu einer globalen geworden; zumindest wurde sie von den Zeitgenossen als solche empfunden.

Am Anfang der Entwicklung stand die französische Universität, genauer gesagt die geisteswissenschaftliche Fakultät und das Studentenwohnheim von Nanterre. Beide hatten seit Semesterbeginn im Oktober 1967 ständig Unruhen erlebt: Die Kritik an der Hausordnung des Studentenheims, die Unterbrechung der Seminare, die Störung der Abschlußprüfungen, das Auspfeifen von Ministern während ihrer Besuche, der tätliche Angriff auf kommunistische Redner, die Besetzung der Verwaltungsbüros in einer Nacht- und Nebelaktion. Jede dieser Aktionen war für sich betrachtet nur von untergeordneter Bedeutung, aber zusammen genommen offenbarten sie ein beträchtliches Maß an Unzufriedenheit. Aber weder die öffentliche Meinung noch die zuständigen Behörden sahen in diesen universitären Unruhen die Vorboten einer tiefgreifenden Krise. Vielmehr kamen alle Diagnosen weitgehend zum gleichen Urteil: Solche Zwischenfälle seien das Ergebnis des Tatendrangs einiger, nicht sehr zahlreicher studentischer Gruppen der extremen Linken, sie deuteten keineswegs auf eine größere Eruption hin.

Warum ist es dann doch dazu gekommen? Wollte man unbedingt „einen" Ausgangspunkt für die Ereignisse festmachen, dann wäre dies sicherlich der 3. Mai 1968: Am Tag zuvor war die geisteswissenschaftliche Fakultät in Nanterre wegen der nach den Osterferien erneut aufflammenden Zwischenfälle geschlossen worden, am 3. Mai, einem Sonntag, wurde deshalb in einem Hof an der Sorbonne eine Protestveranstaltung organisiert, die mit einigen Verhaftungen endete. Am

[4] Basierend auf der Benutzung der Software OPALE der Bibliothèque de France sprach Laurent Jalabert 1998 bereits von mehr als 1.000 Veröffentlichungen, die nicht publizierten Universitätsarbeiten mit eingeschlossen („Mai 1968, Sujet d'histoire immédiate", Cahier d'histoire immédiate, Université Toulouse-Le Mirail, Nr. 14, Herbst 1998, S. 74).

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abend kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen eilig herbeigerufenen Ordnungskräften und Studenten, die gegen die als brutal und willkürlich empfundenen Verhaftungen protestierten. Als sich am Montag darauf erneut schwere Zwischenfälle ereigneten, weitete sich die Krise innerhalb weniger Tage auf alle französischen Universitäten aus, die durch Streiks und Besetzungen schnell lahmgelegt wurden. Schlimmer noch: Das Quartier Latin erlebte vom 10. auf den 11. Mai eine erste „Nacht der Barrikaden", und wenig später wurde die von den Studenten besetzte Sorbonne zum Symbol einer „studentischen Commune".

In der Zwischenzeit hatten die großen Gewerkschaften, um gegen die „Repression der Polizei" zu protestieren, für den 13. Mai zu einem Generalstreik aufgerufen. Ursprünglich nur als punktueller, eintägiger Streik gedacht, weitete sich dieser Protest rasch aus. Eine Woche später war fast jedes Unternehmen betroffen, oft sogar besetzt. Dieses Phänomen erinnerte in vielerlei Hinsicht – insbesondere aufgrund der Fabrikbesetzungen – an die Volksfrontzeit vom Frühling 1936, im Ausmaß übertraf sie diese sogar noch: 1936 war die Arbeiterklasse der eigentliche Akteur der sozialen Bewegung, 1968 legte auch das Gros der Angestellten die Arbeit nieder, freiwillig oder gezwungenermaßen infolge der wachsenden Lähmung des öffentlichen Lebens. So sah der Mai 1968, nicht das Jahr 1936 und auch nicht der November/Dezember 1995, die größte Massenbewegung in der französischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Die Umkehr der Situation

Wenn das kollektive Gedächtnis der französischen Nation oft eher andere Aspekte der Krise in Erinnerung behalten hat, bis hin zu einer Vernebelung oder zumindest einer Minimalisierung ihrer sozialen Hintergründe, so ist dies darauf zurückzuführen, daß sich die Krise im weiteren Verlauf zu einer ernsthaften Erschütterung des ganzen Staates auswuchs. Während der letzten zehn Tage im Mai 1968 verlor General Charles de Gaulle zunehmend die Kontrolle über die Ereignisse, von denen er später selbst sagte, daß sie „nicht mehr im Griff zu halten" waren[5]. Am 24. Mai schlug sein Vorschlag für ein Referendum zur Einführung der betrieblichen Mitbestimmung wie eine Bombe ein, und am selben Abend erlebten Paris und einige andere große Städte eine zweite Nacht der Barrikaden, die noch heftiger ausfiel als die erste: In Lyon fand ein Polizeikommissar den Tod. Zwar gelang es Premierminister Georges Pompidou im Lauf des folgenden Wochenendes, die Sozialpartner zur Unterzeichnung der „Vereinbarungen von Grenelle" zu bewegen, aber am Morgen des 27. Mai lehnte die Basis der Gewerkschaften das Verhandlungsergebnis in Bausch und Bogen ab. Damit erschien die Situation bedrohlicher denn je: Das Land war durch einen Generalstreik paralysiert, den die Vereinbarungen von Grenelle nicht beendet hatten. Auch die Verwaltungen und Ministerien litten unter diesem Streik, und die politisch Verantwortlichen erweckten den Eindruck, ratlos zu sein.

[5] Sirinelli, Les baby-boomers, S. 259.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nun ist es in der französischen Geschichte bereits häufig in solchen Momenten eines offensichtlichen politischen Vakuums zu heftigen Explosionen gekommen. Weshalb geschah diesmal nichts dergleichen? Während der prominente Staatsmann der Vierten Republik und liberale de Gaulle-Kontrahent Pierre Mendès-France am 27. Mai an einer großen Versammlung im Stadion Charléty teilnahm, die wie ein Wiederaufflammen der Bewegung wirkte, und der Linksoppositionelle François Mitterrand am nächsten Tag in einer Pressekonferenz erklärte, es gebe „keinen Staat mehr"[6], und er stehe, falls der Staatspräsident zurücktreten sollte, als Kandidat für das oberste Amt zur Verfügung, ging de Gaulle zum Gegenangriff über. Innerhalb von achtundvierzig Stunden riß er das Ruder herum. Am 29. Mai, nach einem Blitzbesuch in Baden-Baden bei dem Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Deutschland, General Jacques Massu – einer offiziell geheimgehaltenen und deshalb häufig dramatisierten Reise[7] –, kündigte der Staatspräsident eine Rundfunkansprache für den folgenden Tag an. In dieser nur wenige Minuten dauernden Rede teilte er mit, daß er auf seinem Posten ausharren und seinen Premierminister behalten, aber die Nationalversammlung auflösen werde. Die Botschaft war eindeutig: Die Macht stand, falls dies jemals der Fall gewesen sein sollte, nicht länger zur Disposition, die Grundfesten des Staates waren nicht erschüttert, die Repräsentanten der republikanischen Doppelherrschaft, de Gaulle und Pompidou, amtierten weiter, und gleichzeitig gaben sie dem Volk das Wort. Der feste Ton von General de Gaulle begeisterte seine Anhänger, die wenig später die Champs-Élysées hinaufmarschierten – in einem langen Demonstrationszug mit etwa einer halben Million Teilnehmern, der zur größten Versammlung Frankreichs im Mai '68 wurde.

Hatte die öffentliche Meinung zunächst die Studentenbewegung unterstützt, so wurde sie ihrer nun allmählich überdrüssig: Die Stimmung begann sich zu drehen, die Initiative ging auf die Gegenseite über. Mit der Auflösung der Nationalversammlung trat das Land de facto in den Wahlkampf ein, und keine der großen Parteien konnte ein Interesse daran haben, als treibende Kraft der Krise zu erscheinen. In der ersten Junihälfte wurde die Sorbonne geräumt. Die Studentenbewegung löste sich auf, während die Arbeit in den Betrieben nach Annahme der Vereinbarungen von Grenelle allmählich wieder aufgenommen wurde. Ihr Ende fand die Krise an den Wahlurnen. Nach einer geschickten Kampagne des Premierministers errang die bürgerliche Regierungsmehrheit, getragen von einer Welle der Angst vor Unordnung und Chaos, einen spektakulären Sieg. Allein die Gaullisten gewannen 294 von 485 Sitzen; dagegen erlitt die Linke, die noch im vorausgegangenen Jahr bei den Parlamentswahlen deutliche Fortschritte erzielt hatte, eine bittere Niederlage. Die für einen Augenblick ins Wanken geratene Staatsführung ging gestärkt – und gestützt auf eine veritable „Chambre introuvable"[8] – aus der Krise hervor.

---

[6] Ebenda, S. 260.

[7] Vgl. ebenda.

[8] Bezeichnung für die im August 1815 nach der Abdankung Napoleons gewählte Abgeordnetenkammer, die in den Augen Ludwigs XVIII. zu royalistisch war, um wahr zu sein.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die dreistufige Rakete, so läßt sich resümieren, löste keine Revolution aus. Dennoch gibt es mehrere Gründe, dem französischen Mai '68 eine besondere historische Bedeutung beizumessen. Gewiß stellt er keine Revolution im historischen Sinne dieses Begriffs dar und noch viel weniger in seiner wörtlichen Bedeutung: als vollständige Umwälzung der Verhältnisse. Evident ist jedoch auch, daß keine Rückkehr zur Ausgangslage erfolgte, sondern daß eine Reihe wichtiger Entwicklungen in diesen Wochen ihren Anfang nahm. Nicht zuletzt sollte das Ereignis, wie schon angedeutet, für einen großen Teil der Generation des Babybooms identitätsstiftend wirken. Doch wenn die Blumen des Mai '68 schon so bunte Blüten trieben, lassen sich in historischer Perspektive dann auch die Babyboomer mit Kränzen aus diesen Blumen schmücken? Die Frage ist um so wichtiger, als sie zu einer weiteren, eher provokativen Überlegung führt: Gab es wirklich Material, um Kränze zu flechten, oder waren die Blumen des Mai giftig?

Die Revolution der Babyboomer?

Um Antworten hierauf zu finden, ist die Rolle der Babyboomer nach dem Mai 1968 sowie das damit zusammenhängende Problem zu analysieren, ob bis zum Rücktritt General de Gaulles im Frühjahr 1969[9] eine Art demokratischer Revolution stattfand, die die französische Gesellschaft in ihren Grundfesten erschütterte. Dabei geht es um drei grundlegende Komplexe: Stehen wir, erstens, einem Generationenkonflikt gegenüber? Aus welchen Quellen schöpften, zweitens, die Babyboomer, die zwar nicht die Galionsfiguren der Maibewegung, aber doch ihr „Fußvolk" stellten, ihre höchst unterschiedlichen geistigen Anregungen? Und drittens: Was bedeutete es, wenn einige der Babyboomer Barrikaden errichteten – jene historischen Symbole revolutionärer Gewalt –, die Bewegung es mit der politischen Gewalt aber insgesamt keineswegs auf die Spitze trieb? Statt einmal mehr über die Geschichte diverser Splittergruppen zu reden, deren Einfluß im übrigen unbestritten ist, soll im folgenden die Verkettung der Ereignisse im Lichte dieser drei konkreten Fragen untersucht werden, um den Mai '68 in eine größere zeitliche Dimension zu rücken.

Auch wenn viele Beobachter nach dem Abebben des Bebens vom Mai '68 zu dem Schluß kamen, es habe sich um eine „Revolte der Jugend"[10] gehandelt, so drängt sich doch eine erste Feststellung auf: Die Heterogenität der französischen Jugend ist Ende der 1960er Jahre nicht plötzlich verschwunden. Zwar ist richtig, daß 1968 ein Drittel der Franzosen jünger als 20 Jahre war und daß die 16–24jährigen eine Gruppe von acht Millionen Menschen bildeten, d. h. 16,1 Prozent der Bevölkerung ausmachten[11]. Aber da die politische Sozialisation der Jugend auch in diesen Jahren des Protests ganz unterschiedlich verlief, kann der gesellschaftliche Verjüngungsprozeß nicht als ausschlaggebende Erklärung für das Phänomen

[9] Nach dem Scheitern des von ihm angestrengten Referendums über die Einführung der Regionalräte und eine Reform des Senats.
[10] Vgl. zum Beispiel Jean Joussellin, Les Révoltes des jeunes, Paris 1968.
[11] Vgl. Sirinelli, Les baby-boomers, S. 263.

VfZ 4 Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer ganzen, zum Sturm auf den Staat ansetzenden Generation herangezogen werden. Das Bild einer geschlossenen Altersklasse, die sich zunächst im Dornröschenschlaf befunden habe und dann plötzlich von der Revolution geweckt worden sei, ist ein Klischee. Die soziokulturelle Homogenisierung war zwar fortgeschritten, aber bei weitem nicht so weit, daß dies zu einem einheitlichen politischen Verhalten geführt hätte. Im Jahr 1960, als der Abiturientenanteil an einer Altersklasse über elf Prozent erreichte, machten nur 7,2 Prozent der Kinder von Bauern und 2,5 Prozent der Söhne und Töchter von Arbeitern ihr Abitur, gegenüber 42,1 Prozent der Kinder von Freiberuflern und höheren Angestellten. Selbst wenn die mittleren Schichten im Bereich der Bildung aufholten und dazu beitrugen, die gesellschaftlichen Klüfte zu verringern, so sprechen die Zahlen doch für sich. Der Graben zwischen der ländlichen Jugend, deren geistiger Horizont zum Teil noch recht eng blieb und die im kulturellen Bereich wie auch bei den Eheschließungen auf den Mikrokosmos der Gemeinde und der näheren Umgebung ausgerichtet war, und der städtischen Jugend, die bei aller inneren Vielfalt von den Strudeln gesellschaftlicher Veränderungsprozesse doch insgesamt viel stärker erfaßt und durcheinandergewirbelt wurde, war nach wie vor sehr breit.

Aber vorgefaßte Meinungen haben ein langes Leben, und manchmal verwandeln sie sich geradezu in Stereotypen, zu deren Fortbestehen der Historiker, wenn er sich nicht vorsieht, seinerseits noch beitragen kann. So wenig wie die Jugend der 1960er Jahre – soziologisch gesehen – nur aus jungen Städtern an Gymnasien und Universitäten bestand, so wenig bildete sie auch in politischer Hinsicht eine – noch dazu einseitig auf der extremen Linken anzusiedelnde – Einheit. Mit anderen Worten: Der junge Franzose dieses Jahrzehnts läßt sich nicht auf den Typus eines „Modelljugendlichen" in Form des engagierten jungen städtischen Studenten reduzieren. Die Generation der französischen Babyboomer muß in ihrer ganzen Komplexität gesehen werden. Diesen Punkt festzuhalten ist um so wichtiger, als das kollektive Gedächtnis der Nation die – irreführende – Gleichsetzung der Babyboomer und des „Modelljugendlichen" vollzogen und aus jedem Mitglied dieser Generation einen Repräsentanten des Mai '68 gemacht hat. Die Existenz eines Stereotyps zu konstatieren, erklärt aber noch nicht seine Entstehung. Es ist also weiter zu fragen: Warum haben so viele Beobachter geglaubt, in dieser politisch heterogenen und alles andere als vollständig ideologisierten Generation die Quelle einer „Jugendrevolution" erblicken zu können? Und warum haben die Betroffenen selbst diese recht entstellende Auffassung später im allgemeinen akzeptiert?

Zwischen dem Ende des Algerienkrieges 1962 und der Mitte der sechziger Jahre standen die Zeichen der Zeit für Jugendliche so sehr auf Rückzug aus der Politik, daß Jean-Paul Sartre in der ersten Ausgabe des *Nouvel Observateur* am 19. November 1964 bedauernd von einer „Entpolitisierung" der Jugend sprach[12]. Der Gesamttenor seines Artikels war zwar deutlich nuancierter, aber von Entpolitisierung war dort jedenfalls die Rede, was um so ernster zu nehmen war, als der

[12] Artikel erneut abgedruckt in: Jean-Paul Sartre, Situations VIII, Paris 1972, S. 127–145, hier S. 134.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Artikel von der bedeutendsten Feder dieser Epoche stammte. Tatsächlich schien damals das Desinteresse der Jugend an der Politik zu dominieren. Dies gilt zumindest für die erste Hälfte der 1960er Jahre. Als Jacques Duquesne 1963 sein Buch *Les 16-24-ans* veröffentlichte, berief er sich auf eine zwei Jahre zuvor durchgeführte Meinungsumfrage unter Jugendlichen, die zwischen 1937 und 1945 geboren worden waren. Die Studie kam zu dem Schluß: „Offensichtlich besteht insgesamt ein sehr schwaches Interesse."[13] Noch 1966 konstatierten soziologische Analysen zudem immer wieder die starke Heterogenität dieser Altersklasse, sowohl im kulturellen wie auch im sozialen Bereich[14].

Obgleich die Anziehungskraft der folgenden Protestwelle vor diesem Hintergrund recht unterschiedlich ausfiel, trifft es doch zu, daß ihre Ausläufer schließlich die Sprache wie auch das Verhalten eines beachtlichen Teiles der Jugend beeinflußt haben und daß dies statistisch sehr gut meßbar war. Von nun an kam alles zusammen, um dem Mai '68 den Anschein einer Revolte der Jugend zu geben. Das „Maifußvolk", das die Massendemonstrationen in Paris und in der Provinz vor allem bestritt, gehörte ebenso der Generation des Babybooms an wie die jungen Arbeiter, die in vielen Betrieben die kämpferischsten Elemente stellten[15]. Plötzlich schienen es die jungen Menschen zu sein, die politisch in die Offensive gingen und die Fünfte Republik in Gefahr brachten. Die aktivsten Vertreter der Jugend gehörten also am Ende dieses Jahrzehnts sehr wohl zu den zentralen Figuren auf der Bühne der französischen Politik. Kann man aber deshalb von der Existenz einer ganzen Generation sprechen, die sich damals in einer Art Abspaltungsprozeß von der Gesellschaft befunden habe? Auch hier muß die Antwort nuanciert ausfallen.

Zunächst einmal findet ein derartiger Abspaltungsprozeß prinzipiell gegen oder zumindest in Auseinandersetzung mit einem politischen System oder einer sozio-ökonomischen Ordnung statt. Das trifft aber gerade in diesem Fall nicht zu. Das politische System der Fünften Republik war 1968 erst zehn Jahre alt, aber trotz dieses zarten Alters bereits fest verankert. Schon im Herbst 1958 hatte es gleich eine doppelte Bestätigung durch das französische Volk erhalten. Am 28. September 1958 hatten 79 Prozent der Wähler bei einem Referendum für die Verfassung der neuen Republik votiert, und diese Zustimmung fiel wegen der starken Teilnahme am Plebiszit gleichsam doppelt ins Gewicht. Schließlich hatten 84 Prozent der Wahlberechtigten den Gang zur Urne angetreten[16], während die Vierte Republik 1946 von nicht mehr als zwei Dritteln der Wahlberechtigten zum Taufbecken getragen worden war; zudem hatte damals auch nur etwas mehr als

[13] Jacques Duquesne, Les 16-24-ans, Paris 1963, S. 133.

[14] Vgl. z.B. Jean-Claude Chamboredon, La société française et sa jeunesse, in: Darras (alt. Pseud.), Le Partage des bénéfices, Paris 1966, S. 155 ff.

[15] Vgl. zu diesem Punkt Geneviève Dreyfus-Armand/Robert Frank/Marie-Françoise Lévy/Michelle Zancarini-Fournel (Hrsg.), Les Années 68. Le temps de la contestation, Brüssel 2000, Kapitel 4: Acteurs et mouvements sociaux, S. 273–413.

[16] Vgl. Sirinelli, Les baby-boomers, S. 266.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Hälfte der neuen Verfassung zugestimmt. Wie General de Gaulle so treffend bemerkte, hatte also nur ein Drittel des Volkes mit „Ja" votiert.

Nach dem erfolgreichen Start von 1958 durchlief die Fünfte Republik vier Jahre später eine Phase der Transformation, die ihr die bis heute prägenden Züge verlieh: die Einführung der Direktwahl des Staatspräsidenten durch das Volk. Die Reform bildete den Abschluß einer großen politischen Debatte, die ihrerseits dazu beitrug, die Fundamente der jungen Republik zu festigen. Obwohl sämtliche politischen Parteien – mit Ausnahme der gaullistischen UNR[17] und einer Abspaltung der CNI[18] unter der Führung des jungen Finanzministers Valéry Giscard d'Estaing – die vorgeschlagene Verfassungsänderung ablehnten und dazu aufriefen, mit Nein zu stimmen, wurde aus diesem „Kartell des Nein" am Ende ein Kartell der Besiegten: Mit „Ja" stimmte im Oktober 1962 eine große Mehrheit von 61,7 Prozent der Wähler. Das Ergebnis lag damit weit unterhalb der 79 Prozent des Jahres 1958[19], aber angesichts der zahlreichen Gegner bedeutete es einen großen Erfolg für General de Gaulle, den der Triumph seiner Anhänger bei den Parlamentswahlen im November 1962 noch untermauerte: Die Fünfte Republik erhielt auf diese Weise abermals den Ritterschlag des demokratischen Souveräns.

Auch ihr Gründer wurde drei Jahre später bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1965 vom Volk legitimiert. Das Ergebnis der beiden Wahlgänge war sicherlich überraschend: De Gaulle konnte sich ja erst in der Stichwahl mit knapp 55 Prozent gegen den Kandidaten der Linken, Mitterrand, durchsetzen. Aber alles in allem kann man sagen, daß zur gleichen Zeit, als die Fünfte Republik Wurzeln schlug – 85 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich an der Abstimmung über den Präsidenten –, ihr Gründer wieder von den Höhen herabstieg, die er im Zuge der dramatischen Loslösung von Algerien in der Zeit von 1958 bis 1962 erreicht hatte. Das Wahlergebnis von 1965 läßt sich denn auch eher als Symptom der Gewöhnung und Normalisierung denn als Indiz für Protest und Mißtrauen werten: Frankreich war – politisch und sozial – am Ende seiner Krisenzeit angelangt, ein ruhigeres demokratisches Spiel hatte sich etabliert, die Zeit heroischer Kämpfe schien vorüber. Aber genau in diesem Augenblick, Mitte der 1960er Jahre, begann die Generation des Babybooms aufzustehen und lauthals zu protestieren. Sie war, wie gesagt, zu jung, um noch von der Kultur der Dritten oder Vierten Republik geprägt zu sein. Die bis zur Ablehnung reichende Unzufriedenheit der Jugend mit der Fünften Republik entsprang – da, wo sie vorhanden war – anderen Quellen als dieser Grundwasserschicht; die Rechnungen der Geschichte mußten zwischen der neuen Staatsführung und den Babyboomern jedenfalls nicht noch einmal aufgemacht zu werden: Die alten Anschuldigungen gegen die Gründung der Fünften Republik griffen diese nicht wieder auf, Anschuldigungen im übrigen, die ja auch bei den Älteren meist schnell wieder vergessen worden waren.

[17] Union pour la Nouvelle République.
[18] Centre National des Indépendants et Paysans.
[19] Vgl. Sirinelli, Les baby-boomers, S. 266.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mehrere „68er Generationen"

Tatsächlich waren für den politischen Protest Motive ausschlaggebend, die mit der Geschichte der Fünften Republik kaum etwas zu tun hatten. Insbesondere der Vietnamkrieg hat dazu beigetragen, diesen Protest zu provozieren. Denn wie im soziokulturellen Bereich waren die 1960er Jahre auch auf ideologischem Gebiet eine Periode der Globalisierung. Konkret hieß das: Von nun an betrachtete man den Klassenkampf, der zum „antiimperialistischen" Kampf geworden war, verstärkt in seinen weltweiten Dimensionen. Es wäre aber falsch, daraus zu schließen, das Bild des von den „copains"[20] in der ersten Hälfte der sechziger Jahre bewunderten Amerikas sei gänzlich verschwunden zugunsten der nun von den „camarades"[21] verabscheuten Vereinigten Staaten. Obwohl viele Franzosen im amerikanischen GI nun nicht mehr den Befreier von 1944 sahen, sondern den Unterdrücker, der in den asiatischen Reisfeldern im Schlamm steckte und mit B-52-Bombern Terror und Tod brachte, hatte das Land jenseits des Atlantiks doch nichts von seiner Faszination verloren. Gewiß wurden zu Beginn dieses Jahres 1968 in den Straßen von Paris einige amerikanische Flaggen verbrannt, gleichzeitig lief aber auf den Champs-Élysées im Kino George V die „West Side Story", und das noch mehrere Jahr lang.

Die stark ideologisierte politische Avantgarde machte sich zwar besonders bemerkbar, und sie hinterließ auch die deutlichsten Spuren in der kollektiven Erinnerung. Letzten Endes aber hat sie die Gesamtheit der Altersklasse des Babybooms doch nur partiell beeinflußt. Die politisch aktivsten Teile dieser Generation ersetzten nach und nach die Älteren und stellten so allmählich das Gros der im antiimperialistischen Kampf engagierten Franzosen. Dennoch waren sie in Wirklichkeit sehr viel schwächer als das Echo, das sie auslösten. Statt die extreme Linke zu überschätzen, ist es notwendig, zu konstatieren, daß mehrere „générations 68"[22] mit unterschiedlichen ideologischen Färbungen nebeneinander existierten. Die erste Alterskohorte, die zwischen 1940–1945 auf die Welt kam, repräsentierte noch die Nachhut der in den 1930er Jahren geborenen Generation, für die der Antikolonialismus oft identitätsstiftend gewesen war. Sie – und nicht die Babyboomer – bildeten die erste Trägerschicht der 68er-Bewegung, und sie haben auch dem Mai '68 „ihr Erbe und ihre Archaismen aufgepfropft"[23].

Die Babyboomer gehörten anfangs nicht zu den stattlichen Truppen des stark ideologisierten antiimperialistischen Kampfes. Sie bildeten aber die Schwungmasse der 68er-Bewegung. Gerade weil sie auf dem Höhepunkt der Ereignisse politisch oft ganz unerfahren waren und diese als Schlüsselerlebnis wahrnahmen, während die Älteren schon andere Kämpfe ausgefochten hatten und von diesen

[20] Kumpel, Freund, allgemein gebräuchlicher Ausdruck in der Umgangssprache.

[21] Kamerad, in Frankreich eher im kommunistischen Sprachgebrauch beheimateter Begriff.

[22] Vgl. Éric Vigne, Des générations 68?, in: Le Débat, Nr. 51, September–Oktober 1988; Daniel Bertraux/Danièle Linhart/Beatrix Le Wits, Mai 1968 et la formation de générations politiques en France, in: Le Mouvement social 143, April–Juni 1988, S. 75 ff.

[23] Hervé Hamon/Patrick Rotman, Génération, Bd. II: Les Années de poudre, Paris 1988, Zitat S. 664.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geprägt worden waren, ist wohl zu konstatieren, daß diese zwei „68er-Generationen" den Mai '68 vielleicht zwar „gemacht" haben, doch nur eine von ihnen, nämlich die zweite, von ihm „gemacht"[24] worden ist. Eine weitere demographische Gruppe, die jünger war als die Babyboomer bzw. das Ende dieser Kohorte bildete und im Mai '68 erst am Beginn der Adoleszenz stand, wurde lediglich vom Echo der Ereignisse berührt; sie sollte indes anschließend zusammen mit den Babyboomern für den starken Nachhalleffekt verantwortlich sein.

Weder für die eine noch für die andere Kohorte kann man freilich von einer die ganze Altersklasse erfassenden ideologischen Ausrichtung sprechen. Die in der Nachkriegszeit oder in den 1950er Jahren geborenen Jugendlichen sind in ihrer Mehrheit weder vor noch nach 1968 den stark vom Marxismus-Leninismus durchtränkten Ideologien der extremen Linken gefolgt. Auch wenn diese den Mai '68 deutlich gefärbt haben, waren sie im Denken der meisten Akteure keineswegs tief verwurzelt. In dieser Feststellung findet sich ein Teil der Antwort auf ein scheinbares Paradoxon: Selbst die so stark von ideologischer Rhetorik geprägte 68er-Bewegung zeitigte weniger politische als vielmehr soziokulturelle Folgen.

Die Ambivalenz des Mai '68

Darüber hinaus resultiert das Paradoxon aus einer doppelten Ambivalenz. Obwohl die leitenden Ideen des Mai '68 sich global gesehen auf Ideologien des Fortschritts bezogen, erscheinen einige der Themen, die im Nach-Mai ihre Blüten trieben, als reaktionär und als Negation säkularer Wandlungsprozesse: So war zum Beispiel das Motto „Zurück zur Natur", unterlegt mit einer Ideologie der politischen Rebellion und des Generationenkonflikts, auch vom Mythos des goldenen vorindustriellen Zeitalters inspiriert. Auch wenn Begriffe wie „Entfremdung" und der kategorische Imperativ vom Kampf gegen den Kapitalismus dieser Verweigerungshaltung einen neuen Anstrich gaben, so waren die nostalgischen Wurzeln doch nicht zu übersehen. Wichtiger noch ist die zweite Ambivalenz. Wenn es über dreißig Jahre danach so ausgesprochen schwierig ist, den Mai '68, seine unmittelbaren wie seine langfristigen Wirkungen zu analysieren, dann liegt das an seiner janusköpfigen Ideologie, die gleichzeitig libertär und marxistisch-leninistisch war. Viele der Themen, die den Mai '68 nährten, waren durchzogen von wuchernden, undogmatischen Bestrebungen und Zukunftsprojektionen, die man mangels eines anderen Begriffs als „libertär" bezeichnen könnte. Dominant blieb aber in dieser bunten Protestmischung der marxistisch-leninistische Anteil, was als Ergebnis einer anhaltenden Akkulturation durch Splittergruppen der extremen Linken gedeutet werden kann, die an der Flanke der kommunistischen Partei aufgetaucht waren oder sich von ihr abgespalten hatten.

Tatsächlich hatte der Verjüngungsprozeß der 1960er Jahre, der damals so viele Institutionen betraf, auch den Parti Communiste Français (PCF) nicht verschont. Insbesondere die Krise des kommunistischen Studentenverbandes (UEC[25]) im

[24] Vgl. Bertraux/Linhart/Le Wits, Mai 1968, S. 75 ff.
[25] Union des étudiants communistes.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Winter 1965 hatte eine Kettenreaktion ausgelöst und letzten Endes die linken Splittergruppen genährt. Selbst wenn deren Anziehungskraft begrenzt blieb, so durfte man sie doch nicht unterschätzen, weil sie ein ideologisches Kräfteverhältnis widerspiegelten, in dem der Marxismus auf seiten der französischen Linken noch vorherrschend war, insbesondere aber auch, weil sich im Dunstkreis der extremen Linken sehr aktive Zellen für die Propagierung der verschiedenen akklimatisierten Formen des Marxismus bildeten. Dieser Gärungsprozeß hatte auch Auswirkungen auf den Rest der Linken, die sich – wie der PSU[26] – dazu veranlaßt sah, die sozialdemokratischen Parteien Europas immer wieder auf ideologischem Gebiet herauszufordern. Angesichts der relativen Schwäche des französischen Sozialismus, der sich nur schwer von den Erschütterungen des Algerienkrieges erholte und zudem durch innerparteilichen Zwist beeinträchtigt war, hatte der Gärungsprozeß auf der äußersten Linken im Frankreich der ausgehenden 1960er Jahre vermutlich eine größere Bedeutung als in den Nachbarländern. Dies galt um so mehr, als der PCF, obwohl er sich im Stadium eines reformistischen *aggiornamento*[27] befand, in einem radikalen politischen Systemwechsel zumindest formell noch immer das letzte Ziel seiner Aktionen sah. Aus all diesen Gründen[28] erfuhr die Idee der Revolution in der französischen Politik eine semantische Renaissance.

Geht man von der ideologischen Ambivalenz des französischen Mai '68 aus, so versteht man besser, wie das bunte Durcheinander der Slogans zustande kam und welch vielschichtige Auswirkungen es auch auf mittlere Sicht entfaltete. Im Hintergrund steht dabei eine geistesgeschichtliche Frage, deren Beantwortung zum Verständnis des folgenden Jahrzehnts entscheidend ist: Trat der Marxismus in Frankreich in sein finales Stadium, insofern als diese Ideologie – zumindest als dominierende Ideologie – hier nach einem langen Abstieg, den die Enttäuschungen über die Entwicklung in Osteuropa ab 1956 verursacht hatten, ein letztes Mal aufzuckte, oder bildeten die späten 1960er Jahre eher einen Ausgangspunkt, an dem der Marxismus wieder neuen Schwung gewann? Um es in einer anderen Metapher zu sagen: Kam der Mai '68 für den französischen Marxismus einer Auffrischungsimpfung gleich oder einem Impfschock mit fatalen Folgen? Ohne dies hier vertiefen zu können, sei festgehalten, daß man bei der Beantwortung solcher Fragen zu unterscheiden hat zwischen den Slogans der heißen Phase, die noch stark marxistisch geprägt waren, und den vom Mai '68 ausgelösten und zunächst noch weitgehend untergründigen Entwicklungen, die sehr viel weniger vom Marxismus beeinflußt wurden.

---

[26] Parti socialiste unifié.

[27] Vgl. hierzu Stéphane Courtois/Marc Lazar, Histoire du Parti communiste français, Paris ²2000, S. 333.

[28] Und übrigens auch aus anderen Gründen. So wäre es in diesem Zusammenhang angebracht, das Bild der kommunistischen Länder, wie es sich im französischen Bildungssystem während der Schulzeit der Babyboomer darstellte, genauestens zu analysieren. Vgl. Laurent Jalabert, Le Grand Débat. Les universités français – historiens et géographes – et les pays communistes de 1945 à 1961, Toulouse 2001.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1968 und in den folgenden Jahren des aufwallenden Protestes prägte der Marxismus das Vokabular der militanten Akteure. Aber schon bei flüchtiger Untersuchung der späteren Entwicklung zeigen sich gewisse Nuancen. So kann man etwa beobachten, daß der Mai 1968 alles in allem weitgehend antikommunistisch geprägt war, verband sich doch die Kritik am kapitalistischen Regime häufig auch mit Kritik an der UdSSR oder dem PCF; es waren tatsächlich Vertreter der Linken, die sich im Namen diverser Neo-Varianten des Marxismus als erstes so äußerten. Später wurden die „nouveaux philosophes" gar zu Vatermördern, weil sie, die ihre Anhänger überwiegend aus dem Lager der ehemaligen Marxisten rekrutierten, ab 1975 tödliche Schläge gegen jenen politischen Marxismus vorbrachten, dem sie selbst entstammten. Hinzu kommt, daß die libertäre Komponente der 68er-Bewegung sehr viel mehr mit dem großen Wertewandel der französischen Gesellschaft in den „années 68"[29] zu tun hatte als mit den lautstarken Bannflüchen des Marxismus-Leninismus. Allerdings war der Wertewandel auch nicht allein das Produkt einer solchen „libertären" Komponente, noch entstand er in erster Linie im Hexenkessel des Mai '68.

Barrikaden ohne Gewalt?

Statt Vorreiter einer politischen Revolution zu sein, fanden sich die Babyboomer an der Spitze eines soziokulturellen Wandlungsprozesses wieder, der bereits in vollem Gange war. Selbst noch in einem persönlichen Reifungsprozeß steckend, wurden sie nun de facto zu Schauspielern in einem schon laufenden Stück, das nicht im Zeichen extremer Gewalt stand; der zivile Frieden wurde keineswegs generell in seinen Grundfesten erschüttert. Da das Phänomen der relativen Gewaltfreiheit zumindest indirekt mit der Generation des Babybooms und ihrer Rolle im Mai '68 zusammenhängt, darf es in unserem Argumentationsgang nicht fehlen.

Evident ist, daß es im Mai '68 relativ selten zur Tragödie eines Todesfalles kam. Die Bilanz der Opfer variiert zwar von Veröffentlichung zu Veröffentlichung; eine Publikation, die aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Mai '68 erschienen ist, sprach von neunzehn Toten[30]. Die meisten gehen allerdings von einer Zahl von fünf Todesopfern aus. In der Rückschau überrascht aber nicht nur diese Bilanz, sondern auch die Umstände der raschen Beendigung der Krise mittels der Auflösung der Nationalversammlung und der klare Sieg der Gaullisten im zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen am 30. Juni 1968. Denn beide Ereignisse führten trotz der äußerst zugespitzten Krise und der anfänglich großen Meinungsverschiedenheiten ebenfalls nicht zum Bruch des zivilen Friedens. Weshalb gelang es aber, die politische Gewalt selbst während der heißesten Tage in engen Grenzen zu halten?

Um die schnelle Resorption der Schockwelle durch die Republik ganz zu verstehen, ist es unabdingbar, die französische Krise vom Mai 1968 in einen länge-

[29] Vgl. Dreyfus-Armand/Frank/Lévy/Zancarini-Fournel, Les Années 68, passim.
[30] Vgl. Alain Delale/Gilles Ragache, La France de 68, Paris 1978.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren Zeitraum seit den 1870er Jahren einzuordnen, in dem sich ein tiefgreifender Wandel der französischen Demokratie vollzog – insbesondere auch ein Wandel im Verhältnis zur politischen Gewalt. Die Generation nach dem Zweiten Weltkrieg war nämlich nicht nur die erste Generation, die keinen Krieg erlebt hatte, ihr plötzlicher Auftritt auf der politischen Bühne fand darüber hinaus auch noch in einem gesellschaftlichen Klima statt, in dem politische Gewalt fast keine Rolle mehr spielte. Zwei konvergierende Prozesse waren es, die langfristig dazu beitrugen, den gewaltsamen Auseinandersetzungen als Basis des französischen politischen Lebens die höheren Weihen zu nehmen.

„Die Straße" als Ort der politischen Legitimation konnte im Grunde genommen schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts als diskreditiert gelten. Das war insofern bemerkenswert, als es nach 1789 fast 100 Jahre lang selbstverständlich zu sein schien, daß Aufstände und Straßenkämpfe ein System zum Einsturz bringen und den Aufstieg eines anderen begründen konnten. In gewisser Hinsicht hatte sich die Republik, die einen Teil ihrer Identität auf den Barrikaden gewann, selbst mehrere Male auf das Urteil der Straße berufen. Das Begriffspaar Republik–Barrikade wurde für mehrere Generationen von Republikanern zum festen Bestandteil der politischen Kultur. Der Bruch setzte, quasi durch ein Augenzwinkern der Geschichte, in den Jahren um 1870 ein, als die Republik endgültig gesiegt hatte. Das neue System von 1870 verdankte seine Entstehung eher einer militärischen Niederlage als siegreichen Barrikadenkämpfen. Dessenungeachtet faßte es aber doch sehr schnell Wurzeln und bewies die Fähigkeit, mit Auseinandersetzungen und Konflikten allein durch das Zusammenspiel der Institutionen fertigzuwerden. Ein Ereignis, die Krise vom 16. Mai 1877, war in dieser Hinsicht von ausschlaggebender Bedeutung. Angesichts der Drohung einer monarchischen Restauration siegte die Republik, völlig legal und gewaltfrei, an den Wahlurnen. Mehr noch: Die Republik setzte sich, wie die Arbeiten von Maurice Agulhon[31] gezeigt haben, parallel zu diesem politischen Sieg auch in den Herzen und Köpfen der Franzosen fest.

Die Republik wurde von nun an zugleich Garantin der parlamentarisch-demokratischen Ordnung wie Nutznießerin ihrer Akzeptanz durch einen sehr großen Teil der politischen Klasse und der Öffentlichkeit: Seit dieser Zeit vermochte die Straße kein Regime mehr zu Fall zu bringen. Diesem Umstand verdankte auch die Dritte Republik ihr langes, sieben Jahrzehnte währendes Leben. Selbst der blutige Aufstand des 6. Februar 1934 ließ die Existenz des Staates ungefährdet, der schließlich nicht aus endogenen Gründen kollabierte, sondern infolge der militärischen Niederlage gegen Hitler-Deutschland. Gewiß, die 1946 gegründete Vierte Republik brach nach den Algerienunruhen am 13. Mai 1958 ganz offensichtlich unter dem Druck der Straße zusammen – und zwar so offensichtlich, daß ein ausgewiesener Beobachter wie André Siegfried die Ereignisse als einen

[31] Vgl. Maurice Agulhon, La république au village. Les populations du Var de la Révolution à la Seconde République, Paris 1970; ders., Marianne au combat. L'imagerie et la symbolique républicaines de 1789 à 1880, Paris 1979; ders., Marianne au pouvoir. L'imagerie et la symbolique républicaines de 1880 à 1914, Paris 1989.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„gelungenen" 6. Februar bezeichnete[32] –, aber die Umstände waren doch von sehr besonderer Art: Frankreich steckte im Algerienkrieg, so daß auch jetzt, selbst wenn Algerien *stricto senso* noch zum französischen Territorium gehörte, wiederum einem externen Ereignis die Rolle des Katalysators zufiel. Es war zumindest nicht die Straße im französischen Mutterland, die den politischen Systemwechsel auslöste, und obendrein verlief dieser Prozeß im Rahmen republikanischer Legalität.

Die Krise des Mai '68 fand trotz ihrer revolutionären Losungen in einem Land statt, in dem das politische Leben seit fast einem Jahrhundert nicht mehr von der Straße bestimmt wurde und das die einstmals konstitutive Barrikadenkultur ad acta gelegt hatte. Nur während der Befreiung von Paris im Sommer 1944 waren wieder Barrikaden aufgetaucht, was aber andere Ursachen gehabt und nur wenige Tage gedauert hatte. Die Barrikaden von 1968 zeugen also nicht von der Reaktivierung noch frischer Praktiken. Weit davon entfernt, eine politische Waffe zu sein, waren sie eher eine Reminiszenz der großen revolutionären Kämpfe des 19. Jahrhunderts. Und selbst wenn es den Ordnungskräften bei mehreren Gelegenheiten schwer fiel, eine Antwort auf die Barrikaden zu finden, so verschafften diese doch nicht der Straße das letzte Wort.

Ein befriedetes Frankreich

Daß Republik und Barrikaden kein Paar mehr bildeten, war das eine. Das andere, was zum relativ friedlichen Verlauf der Mai-Krise beitrug, war der generelle Rückgang der politischen Gewalt in der französischen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts. Der Erste Weltkrieg brachte zwar ein beispielloses Wiederaufflammen von Gewalt. Die „Brutalisierung" der europäischen Gesellschaften zwischen 1914 und 1918 und die Folgen, die sich daraus für die Zeit danach ergaben, sind im Anschluß an die Arbeiten George Mosses von vielen Historikern thematisiert worden. Allerdings bezog sich die Analyse von Mosse[33] über die Auswirkungen der allgemeinen „Brutalisierung" überwiegend auf die Weimarer Republik, in der Gewalt tatsächlich eine große Rolle spielte. Im französischen Fall dagegen haben die Erschütterungen des Großen Krieges das Zurückgehen der politischen Gewalt, das in den vorausgegangenen Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts begonnen hatte, nicht aufzuhalten vermocht. Dieser Prozeß der Zivilisierung und Sensibilisierung und die ihn begleitende Verschiebung der Toleranzgrenzen war – wie Alain Corbin sehr gut gezeigt hat – sicherlich komplex und variabel; seine Auswirkungen auf das politische Leben verliefen über viele verschiedene Kanäle, aber das Ergebnis ist nicht zu leugnen: Der letzte Ausbruch eines großen „hexagonalen Fiebers"[34], der letzte große kollektive Gewaltausbruch war die *Commune* zu

[32] Vgl. Sirinelli, Les baby-boomers, S. 278.
[33] Vgl. George L. Mosse, De la Grande Guerre au totalitarisme. La brutalisation des sociétés européennes, Paris 1999.
[34] Vgl. Michel Winock, La Fièvre hexagonale. Les grandes crises politiques de 1871 à 1968, Paris 1986. Das Hexagon ist eine gängige Anspielung auf die sechseckige Form Frankreichs.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beginn der 1870er Jahre. Doch bereits damals begannen sich die Grenzen der Toleranz zu verschieben: Die Aufregung nach der „Fusillade de Fourmies" im Jahr 1891 zeigte, daß zwanzig Jahre nach der blutigen Unterdrückung der *Commune* der Akzeptanzgrad für als unvermeidbar geltende politische Gewalt bereits spürbar gesenkt war. Die Barrikade selbst, als Ort blutiger Kämpfe Mann gegen Mann, wie sie früher „die Sprache beherrscht" hatte[35], verschwand zugunsten der friedlichen Demonstration immer öfter aus dem Umfeld spannungsgeladener politischer Auseinandersetzungen[36].

Gewiß, der 6. Februar 1934 mit seinen 15 Toten und seinen 1435 Verletzten steht für die Rückkehr der Gewalt als Mittel der Politik. Aber der Nachhall des Ereignisses war eben deshalb so groß, weil sich mittlerweile ein Bewußtsein dafür herausgebildet hatte, wie sehr man damit gegen die Normen der Zivilgesellschaft verstieß. Selbst die Schrecken des Zweiten Weltkrieges haben diese Tendenz nicht umgekehrt, und auch die Vierte Republik sollte zwar schon bald in eine Phase starker Turbulenzen geraten, doch erlebte die Gewalt zu keinem Zeitpunkt eine Renaissance. Der Fall des 13. Mai 1958 war, wie wir gesehen haben, sehr viel komplexer. Auch wenn einige Jahre später der Algerienkrieg das Pariser Pflaster von neuem mit Blut tränkte – insbesondere mit den Dramen vom 17. Oktober 1961 und dem in der Métro Charonne[37] vier Monate später –, so war der säkulare Trend doch nicht aufzuhalten. Vielmehr schien die französische Demokratie der politischen Gewalt in den 1960er Jahren endgültig eine Absage erteilt zu haben.

Vor diesem Hintergrund wirkt auch das scheinbare Paradoxon, daß die heiße Krise des Mai 1968 ohne größeres Blutvergießen endete, weniger überraschend: Die Zusammenstöße trugen teilweise inszenierten Charakter[38]. Beide Seiten wollten vermeiden, daß die manchmal recht heftigen Konflikte Menschenleben forderten. Die Ordnungskräfte dachten nicht daran, Feuerwaffen einzusetzen, und auch auf der anderen Seite hatte niemand die Absicht, zu töten oder zu sterben.

Eine wichtige Rolle bei der Bändigung der Gewalt spielte zweifelsohne auch die Tatsache, daß die französische Gesellschaft in den „Glorreichen Dreißig Jahren" relativ wohlhabend geworden war. Bei dem Aufruhr handelte es sich weder um einen Aufstand der Armen noch um ein soziales Aufbäumen der Verzweiflung. Der wichtigste Akteur der Revolte, die Jugend des Babybooms, hatte niemals die Gewalt des Krieges kennengelernt. Mitten in den „Glorreichen Dreißig" zu Jugendlichen herangewachsen, erlebte diese Generation ihre politische Reifezeit während der 1960er Jahre, d. h. in einem Frankreich, das sich der beiden

[35] Alain Corbin/Jean-Marie Mayeur (Hrsg.), La Barricade, Paris 1997, S. 27.

[36] Vgl. Danielle Tartakowsky, Le pouvoir est dans la rue. Crises politiques et manifestations en France, Paris 1998.

[37] Eine Demonstration für den Frieden in Algerien, zu der Sozialisten und Kommunisten für den 8. 2. 1962 aufgerufen hatten, war vom Pariser Polizeipräfekten Maurice Papon untersagt worden. Gegen die trotz des Verbots Demonstrierenden ging die Polizei gewaltsam vor, woraufhin acht Menschen, die in der geschlossenen Metro-Station Charonne Zuflucht suchten, im Tumult zu Tode gequetscht wurden.

[38] Vgl. Serge Berstein, L'affrontement simulé des années 1930, in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire, Nr. 5, Januar–März 1985, S. 39–53.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

großen militärpolitischen Sorgen der vorausgegangenen eineinhalb Dekaden entledigt hatte: der Entkolonialisierungskriege wie auch des Kalten Krieges, der nach 1962/1963 viel von seiner früheren Schärfe verlor. Das Schreckensszenario eines nuklearen Holocaust bestand zwar weiterhin, und die sowjetischen Raketen erschienen noch immer als reale Gefahr. Die Supermächte erweckten aber den Eindruck, diese Form der Bedrohung beherrschen zu können. Selbst wenn also die Generation des Babybooms historisch gesehen zur gleichen Zeit auftauchte wie die Atomwaffe, so durchlebte sie ihre Jugend doch in einer Welt, in der Krieg nur noch eine virtuelle, über die Grenzen des Hexagons hinausreichende Bedrohung darstellte.

Ausgerechnet in diesem Kontext strebte also eine kleine Gruppe der Babyboomer nach einer Revolution, die allerdings in doppelter Hinsicht von den Realitäten der Zeit abgekoppelt war. Mit der Errichtung von Barrikaden handelte diese Minderheit aus historischer Reminiszenz und nahm Posen ein, die aus einer anderen Zeit stammten, und durch die Berufung auf Vorbilder wie Che Guevara und den Vietkong praktizierte sie eine Art Mimikry, die auf außerfranzösische Kontexte verwies. Reminiszenz und Mimikry: Der Kampf lag außerhalb der Zeit der „Glorreichen Dreißig" und auch außerhalb der industrialisierten Länder Westeuropas. Es war eine Revolution im Namen der unterdrückten Massen der Dritten Welt.

Wenn dabei die Gewalt eher ein Randphänomen blieb, so resultierte dies letztlich daraus, daß sich trotz radikaler Reden eines kleinen Teils der Jugendlichen der säkulare Trend der Abwendung von Gewalt als Mittel der Politik als unumkehrbar erwies. Außerdem ließ sich die französische Gesellschaft, die Arbeiterklasse eingeschlossen, damals noch von der euphorischen Welle der „Glorreichen Dreißig" tragen. Diese Welle brachte mit Hedonismus und Individualismus die Tugenden der Friedenszeit. Aus einer Gesellschaft des Feuers war gleichsam eine Gesellschaft des Spiels und des Ichs geworden, was im übrigen auch für die extreme französische Linke galt, die selbst während der Jahre ihres Zerfalls der Versuchung der Gewalt widerstanden hat, wie ein Blick auf den Terrorismus in anderen europäischen Ländern überdeutlich zeigt. Genau besehen wurde die „Jugendrevolte" in Frankreich selbst noch in ihrer radikalsten Form von einem latenten Optimismus getragen. Das von ihr implizit vorgeschlagene Gegenprojekt stellte zwar das vorhandene sozio-ökonomische System in Frage, wurde indes trotz aller Wohlstandskritik von einer fast messianischen Zukunftsgewißheit beseelt, die sich auf ein sozial befriedetes Frankreich bezog. So unterschied sich die Generation des Babybooms radikal von ihren Vorläufern; denn die Verankerung der Friedensidee in einer Alterklasse ist von den gemachten Erfahrungen – bzw. in diesem bestimmten Fall von dem Faktum eines nie erlebten Krieges – nicht zu trennen.

Resümee

In den größeren Zusammenhang der französischen Geschichte der letzten 100 Jahre gestellt, gewinnen die Ereignisse des Mai '68 eine spezifische Bedeutung:

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sie bewirkten eine starke Erschütterung der Gesellschaft, fanden aber in einer Demokratie statt, die eine solche Schockwelle rasch absorbieren konnte. Die Bühne des Protests gehörte vor allem der Jugend, die trotz der zur Schau gestellten Militanz weder in der Lage noch willens war, den republikanischen Rechtsstaat zu zerstören. Dabei können nicht nur die aus einer langen Vorgeschichte überkommenen strukturellen Gegebenheiten die insgesamt friedliche Lösung der Krise erklären. In der Jahrhundertspanne der langsamen Wandlung und Festigung der französischen Demokratie gab es nämlich vor 1968 zehn Jahre, in denen Entwicklungen Platz griffen, die ebenfalls zu einer friedlichen Lösung beitrugen: Die Institutionen der Fünften Republik, zur Zeit der Krise kaum ein Jahrzehnt alt, hatten bereits so tiefe Wurzeln geschlagen, daß sie in der Zeit des Aufruhrs große Legitimität besaßen. In den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1965 lag die Wahlbeteiligung mit 85 Prozent ausgesprochen hoch. Das französische Volk befürwortete also, trotz der ursprünglichen Skepsis des größten Teils der politischen Klasse, das neue System und stellte es auch im Mai '68 nicht in Frage.

Im übrigen haben auch die anderen Akteure der Revolte kaum Anstalten gemacht, handgreiflich zu werden. Zwar war das Beben so heftig, daß man den französischen Mai als eine Staatskrise bezeichnet hat. Dieses Urteil ergibt sich insbesondere aus dem Vergleich mit den anderen Ländern des industrialisierten Westens, wo die Erschütterungen des Jahres 1968, anders als in Frankreich, niemals in eine Infragestellung der Institutionen mündeten. Ohne die französische Besonderheit in diesem Punkt in Zweifel zu ziehen, ist aber doch zu überprüfen, wie weit diese Infragestellung tatsächlich reichte. Vielleicht sollte man besser unterscheiden zwischen einer Krise der damaligen Staatsführung – denn diese wurde tatsächlich tiefgreifend erschüttert – und einer fundamentalen Krise der Fünften Republik, die zu keinem Zeitpunkt zu beobachten war.

Selbst die Arbeiterklasse hat in diesen Wochen des heftigen Konflikts niemals die direkte Auseinandersetzung mit der Fünften Republik gesucht. Gewiß, erst der anfangs nur für einen Tag geplante, aber dann verlängerte und ausgeweitete Generalstreik vom 13. Mai machte aus der studentischen Krise binnen weniger Tage eine Erschütterung von nationaler Dimension. Aber weder die französische Kommunistische Partei noch ihr Gewerkschaftsarm, die CGT[39], wollten die Revolution. Der PCF als bedeutendste Kraft der französischen Linken befand sich seit mehreren Jahren in einem Prozeß der Anpassung und Integration in das politische Leben der Fünften Republik. Und die CGT bildete die wichtigste Interessenvertretung der französischen Arbeiterklasse, die sich anschickte, an dem durch die „Glorreichen Dreißig" geschaffenen Wohlstand zu partizipieren.

Auf der Gegenseite wich die Armee kein Jota von ihrer Haltung strikt republikanischer Legalität ab. Die „große Stumme" der französischen politischen Tradition blieb ihrer fest verwurzelten Position treu und respektierte die legal installierte Macht. Selbst die Reise General de Gaulles nach Deutschland am 29. Mai 1968 und sein Besuch bei General Massu waren wohl nur ein Täuschungsmanö-

[39] Confédération générale du travail.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ver. Für die These, daß der Staatschef damals wirklich daran dachte, die Armee aus ihrer vom Geist und vom Buchstaben der republikanischen Institutionen festgeschriebenen Rolle zu lösen, finden sich jedenfalls nur sehr wenige Indizien[40].

Vor diesem Hintergrund wird klar, daß die Krise vom Mai 1968, so schwer sie war, die französische Demokratie niemals wirklich in Gefahr brachte. Die Demokratie blieb in der Gesellschaft akzeptiert, unterschiedlichste politische Kulturen fanden sich in ihr wieder. Radikale Minoritäten haben im Europa des 20. Jahrhunderts in historischen Schlüsselsituationen nur dann eine entscheidende Rolle erlangt, wenn sie noch jungen und vorübergehend geschwächten Demokratien gegenüberstanden. In allen anderen Fällen aber gelang es der Demokratie, aus sich heraus Selbstheilungskräfte gegen die Elemente der Zersetzung zu entwikkeln.

Und was haben die Babyboomer mit all dem zu tun? Der säkulare Verfall der Gewalt als Mittel der Politik ließ sich in der zentralen Phase der „Glorreichen Dreißig Jahre" nicht stoppen. Obwohl die Babyboomer diese Entwicklung nicht initiiert hatten, ließen sich deren Chromosome in den politischen Genen der Babyboomer doch nicht verleugnen. Sie bewiesen, mehr noch als die Generation unmittelbar vor ihr, deren Lehrzeit die harten Jahre des Algerienkrieges gewesen waren, in den Jahren nach 1968 große kollektive Besonnenheit. Brutalitäten der Polizei gab es im Mai '68 und in den folgenden Jahren[41] sehr wohl, aber es wäre mit Sicherheit eine Verzerrung der historischen Realität, wenn man diese Phänomene überbewerten würde. Denn sie ereigneten sich in der Regierungszeit von Georges Pompidou, als die politische Klasse zwischen dem Versuch, die Ordnung um jeden Preis zu bewahren, und der Bereitschaft schwankte, den Wandlungsprozeß selbst zu begleiten – man denke nur an die Reformen der Regierung Jacques Chaban-Delmas. Die extreme Linke suchte ihr Heil – trotz vereinzelter Bürgerkriegsreden[42] – aber auch nie in einer revolutionären Flucht nach vorn. Die Verankerung der Idee der Gewaltfreiheit in den Genen des politisch am weitesten fortgeschrittenen Teils der Babyboomer scheint diese gegen eine allzu exzessive Radikalisierung immunisiert zu haben. Von welcher Bedeutung das für die politische Kultur Frankreichs war, zeigt der Blick auf die Nachbarländer Deutschland und Italien, wo die Beben und Nachbeben von 1968 sehr viel mehr im Zeichen der politischen Gewalt standen[43].

---

[40] Vgl. Sirinelli, Les baby-boomers, S. 284 f.

[41] Vgl. z.B. Maurice Rajsfu, Mai 68: sous les pavés, la répression, Paris 1998, der ein sehr viel negativeres Bild der Staatsgewalt in Frankreich am Ende der 1960er Jahre zeichnet.

[42] Vgl. Alain Geismar/Serge July/Erlyn Morane, Vers la guerre civile, Paris 1969. Vgl. auch Jean-Pierre Le Goff, Mai 1968, l'héritage impossible, Paris 1998, Kapitel 9: Vers la guerre civile?

[43] Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA, München 2001; dies., Die Phantasie an die Macht. Mai 68 in Frankreich, Frankfurt a. M. 1995; Donatella Della Porta, Le mouvement étudiant et l'État en Italie: l'escalade de la violence, in: Dreyfus-Armand/Frank/Lévy/Zancarini-Fournel, Les Années 68, S. 423 ff.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Seit Jürgen Kocka die DDR-Forschung zum Auslaufmodell erklärt hat, überschlagen sich ihre Nothelfer schier mit Vorschlägen, wie Remedur zu schaffen sei: Weg von einer staatlich-nationalen Betrachtungsweise, hin zu einer Einbettung der DDR-Geschichte in transnationale, europäische und globale Bezüge, so lautet der vorgeschlagene Paradigmenwechsel. Die Verfasser des Aufsatzes, sämtlich Mitarbeiter der Berliner DDR-Forschungsabteilung des Instituts für Zeitgeschichte, plädieren dafür, die Kirche im Dorf zu lassen. Gerade zur Untersuchung der DDR biete ein – methodisch offener – politikgeschichtlicher Zugriff nach wie vor die besten Erkenntnischancen.

Henrik Bispinck, Dierk Hoffmann, Michael Schwartz,
Peter Skyba, Matthias Uhl und Hermann Wentker

Die Zukunft der DDR-Geschichte

Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung

Einleitung

Vor 15 Jahren ist die DDR untergegangen. Seit 15 Jahren widmet sich die deutsche Historiographie der Geschichte des ostdeutschen Teilstaates mit einer Intensität, die nur durch die NS-Forschung übertroffen wird. Doch seit der Bilanz Jürgen Kockas vom August 2003, derzufolge die Geschichte der DDR als weitgehend erforscht gelten könne und im übrigen zu sehr im eigenen Saft schmore[1], wird sie zunehmend in Frage gestellt. Die Meinungen darüber, inwieweit die DDR-Forschung ihre Aufgaben im wesentlichen schon erledigt hat oder ob hier noch einiges zu tun bleibt, gehen weit auseinander[2]. Auf der einen Seite werden zahlreiche Desiderata konstatiert, auf der anderen steht die bange Frage, ob die DDR-Forschung ein „Auslaufmodell" sei[3]. Dies nicht zuletzt – so der Vorwurf von Konrad Jarausch –, weil sie den Anschluß an die aktuellen Trends der Zeitgeschichtsforschung verloren habe, ja sogar zur „Provinz der Zeitgeschichte" verkommen sei und Gefahr laufe, zur Bedeutungslosigkeit herabzusinken. Berechtigung und wissenschaftlicher Ertrag einer Forschung, die sich allein am Gegenstand DDR abarbeitet, werden aus dieser Sicht zunehmend angezweifelt. Bleibende Relevanz

[1] Vgl. Jürgen Kocka, Der Blick über den Tellerrand fehlt, in: Frankfurter Rundschau vom 22. 8. 2003; ähnlich ders., Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hermann Weber zum 75. Geburtstag, in: Deutschland Archiv (künftig: DA) 36 (2003), S. 764–769.

[2] Vgl. ebenda; Henrik Bispinck/Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Peter Skyba/Matthias Uhl/Hermann Wentker, Ist die DDR-Forschung wirklich in der Krise? Defizite und Zukunftschancen, in: Frankfurter Rundschau vom 30. 9. 2003; ähnlich dies., DDR-Forschung in der Krise? Defizite und Zukunftschancen – Eine Entgegnung auf Jürgen Kocka, in: DA 36 (2003), S. 1021–1026.

[3] Vgl. Ulrich Mählert/Manfred Wilke, Die DDR-Forschung – ein Auslaufmodell? Die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur seit 1989, in: DA 37 (2004), S. 465–474.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

könne DDR-Forschung nur dann erreichen, wenn sie ihren Gegenstand in eine „breitere Nachkriegsgeschichte" einbette und die vielfältigen Beziehungsebenen deutscher Geschichte nach 1945 ebenso integriere wie die unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen in Ost und West[4]. Als Königsweg wird immer mehr die Integration in noch größere Einheiten propagiert: Die DDR soll also im Kontext von Europäisierung und Globalisierung und unter der Frage nach transnationalen Beziehungen thematisiert werden[5].

Nun wäre es blauäugig zu behaupten, die DDR-Forschung befände sich rundum in Bestform. Wie anderswo gibt es auch hier viel Licht, aber eben auch Schatten[6]. So ist es nicht gerade ein Ausweis großer Lebendigkeit, daß die von Kocka angestoßene öffentliche Debatte nach wenigen Positionsmeldungen wieder einschlief[7]. Offenkundig findet zeitgeschichtlicher Meinungsstreit vor allem außerhalb der DDR-Forschung statt. Dennoch stellt sich die Frage, ob die Krisendiagnose neben sachlichen nicht auch andere Hintergründe hat. In Zeiten knapper Forschungsetats weckt die immer noch vergleichsweise gut ausgestattete DDR-Forschung Begehrlichkeiten, obwohl auch hier Fördersummen und Zahl der Projekte deutlich rückläufig sind[8]. Eine Normalisierung ist absehbar, zumal die Geschichte der DDR den Reiz des Neuen zu verlieren scheint. Die Geschwindigkeit dieses Schrumpfungsprozesses wird wesentlich davon abhängen, inwieweit die Forschung als Teil der „Aufarbeitung" der Diktaturen des 20. Jahrhunderts politische und öffentliche Relevanz behaupten und damit Förderung erwarten kann.

Öffentliche Erwartungen an die DDR-Forschung sind somit immer gegeben, zugleich aber nicht ungefährlich. Das Feuilleton kritisiert zuweilen die DDR-Historiographie sogar als „Forschungsunwesen", das „industrielle Maßstäbe" erreicht habe und bei dem „wissenschaftlicher und politischer Verwertungsprozess" ineinander greife[9]. Gerade letzterer Vorwurf ist nicht völlig von der Hand zu weisen, sind doch Kontroversen um die DDR-Geschichte – ähnlich wie die zum Nationalsozialismus – oftmals geschichtspolitisch aufgeladen. Nichts zeigte dies deutlicher als der 50. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953, aus dessen Anlaß unzählige

[4] Konrad H. Jarausch, Die Zukunft der ostdeutschen Vergangenheit – Was wird aus der DDR-Geschichte?, in: Jens Hüttmann/Ulrich Mählert/Peer Pasternack (Hrsg.), DDR-Geschichte vermitteln. Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschullehre und politischer Bildung, Berlin 2004, S. 81–99, hier S. 82 u. S. 96.

[5] Vgl. z. B. Thomas Lindenberger/Martin Sabrow, Das Findelkind der Zeitgeschichte. Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: Frankfurter Rundschau vom 12. 11. 2003; dies., Zwischen Verinselung und Europäisierung: Die Zukunft der DDR-Geschichte, in: DA 37 (2004), S. 123–127.

[6] Vgl. den besten Überblick in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u. a. 2003.

[7] Vgl. Kocka, Blick über den Tellerrand; Bispinck u. a., DDR-Forschung; Lindenberger/Sabrow, Findelkind, Mählert/Wilke, DDR-Forschung.

[8] Vgl. Ulrich Mählert (Hrsg.), Vademecum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Berlin 2002; Jarausch, Zukunft, in: Hüttmann/Mählert/Pasternack (Hrsg.), DDR-Geschichte vermitteln, S. 82.

[9] Frank Ebbinghaus, Lasset uns beten, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. 9. 2004.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wissenschaftliche Tagungen, Veröffentlichungen[10], öffentliche Gedenkveranstaltungen sowie Fernsehdokumentationen und -filme geradezu in einem „medialen Overkill"[11] kulminierten. Dies ging einher mit dem Versuch einiger DDR-Forscher, den Volksaufstand in den Rang einer Revolution zu heben und ihn in einem Atemzug mit denen von 1848, 1918 und 1989, mitunter gar mit der von 1789 zu nennen[12]. Derartige Vergleiche speisen sich weniger aus einem Interesse an innovativer historischer Komparatistik als vielmehr aus dem Bestreben, den 17. Juni zu einem nationalen Gedenktag aufzuwerten, ja mehr noch: ihn als positive (ost-)deutsche Gründungslegende der neuen Bundesrepublik zu etablieren, die Auschwitz – der „Gründungslegende ex negativo der [alten] Bundesrepublik" – zur Seite gestellt werden soll[13].

In diesen erinnerungskulturellen Debatten sind die Konfrontationslinien zwischen Ost und Ost oftmals schärfer als die zwischen Ost und West[14]. Auf der einen Seite stehen Verfolgte der SED-Diktatur, die den Charakter der DDR als „Unrechtsstaat" herausstellen und ihre eigene Opferrolle sowie ihre Beteiligung an Opposition und Widerstand gewürdigt sehen wollen[15]. Auf der anderen Seite stehen Repräsentanten des Regimes, die dem ihrer Ansicht nach dominierenden falschen oder zumindest verzerrten Bild von der DDR ihre eigene Sicht entgegensetzen. Zwischen diesen beiden Polen bewegen sich diejenigen ehemaligen DDR-Bürger, die – obwohl sie das politische System des ostdeutschen Teilstaats nicht unbedingt bejaht haben – dessen bisherige Erforschung als unzureichend empfinden, weil sie „die Nahbereiche des eigenen Lebens in den Produkten der Geschichtswissenschaft nicht hinreichend wiedererkennen"[16]. Seinen Ausdruck findet dieses Empfinden etwa in der boomenden Erinnerungsliteratur über das Alltagsleben in der DDR, die darauf abzielt, ein Wir-Gefühl anzusprechen bzw. zu konstruieren[17]. Solche Formen der Selbstvergewisserung von „Erinnerungsgemeinschaften" (Hockerts) existieren

[10] Siehe die Überblicke bei Henrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans-Hermann Hertle/Hermann Wentker, Krisen und Aufstände im realen Sozialismus. Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, S. 9–22, hier S. 11–13; Bernd Eisenfeld/Ilko-Sascha Kowalczuk/Ehrhart Neubert, Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004, S. 717–740.

[11] Marc-Dietrich Ohse, Rückblicke, Aussichten. Erinnerungskultur und deutsche Befindlichkeit, in: DA 36 (2003), S. 924–928, hier S. 925.

[12] So etwa Eisenfeld/Kowalczuk/Neubert, Verdrängte Revolution, S. 808–820.

[13] Ebenda, S. 817 f., unter Bezugnahme auf ein Zitat von Rainer Eckert.

[14] Daß „die Auseinandersetzungen über die DDR-Verhältnisse zwischen Ost und Ost" „härter" sind, als die zwischen Ost und West, hat jüngst zu Recht auch der Theologe Richard Schröder festgestellt. Vgl. Richard Schröder, Nachdenken über die DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. 8. 2004, S. 6.

[15] Vgl. z. B. Peter Eisenfeld, „... rausschmeißen ...". Zwanzig Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, Bremen 2002; Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997.

[16] Hans Günter Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Konrad Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a. M. 2002, S. 39–74, hier S. 50.

[17] Vgl. z. B. Jana Hensel, Zonenkinder, Reinbek 2002; Claudia Rusch, Meine Freie Deutsche Jugend, Frankfurt a. M. 2003; Jakob Hein, Mein erstes T-Shirt, München 2001.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weitgehend unabhängig von der zeithistorischen Forschung und können durch diese auch nicht ersetzt werden. Auch deshalb sollte sich die Geschichtswissenschaft davor hüten, ihre Herangehensweise, wie jüngst postuliert, danach auszurichten, inwieweit sich Erinnerungen von Ostdeutschen darin spiegeln[18].

Vor diesem Hintergrund öffentlicher Interessen gewinnt der Kampf um die Meinungsführerschaft in der DDR-Forschung besondere Schärfe. Wer sich hier durchsetzen kann, erhöht seine Chance, auch künftig an knappe Ressourcen zu gelangen. Bauschen einige hier nicht etwas zur Krise auf, um sich gleichzeitig als die Retter der DDR-Forschung präsentieren zu können? Die Rezepturen jedenfalls, die zur Behebung echter oder vermeintlicher Gebrechen der DDR-Forschung angeboten werden, sind keineswegs unumstritten. Der vorgeschlagene Paradigmenwechsel weg vom Staatlich-Nationalen hin zum Transnationalen, zur europäischen oder globalen Perspektive ist keine etablierte und allgemein akzeptierte Herangehensweise der Zeitgeschichte, der sich die DDR-Forschung lediglich anzupassen hätte. Vielmehr ist dieser Paradigmenwechsel Ausdruck einer allgemeinen Suchbewegung: Das, womit einige deutsche Zeithistoriker den verloren geglaubten Anschluß an internationale Standards wiedergewinnen wollen, resultiert letztlich aus der Verunsicherung durch 1989, als die plötzliche Wiederkehr des Politischen und des Nationalen sicher geglaubte Gewißheiten zusammenbrechen ließ. Die dahinter stehende Befürchtung, gesellschaftliche und politische Trends zu verpassen und damit an öffentlicher Bedeutung zu verlieren, ist letztlich ein Symptom der „vorherrschenden Orientierungslosigkeit", die dadurch stimuliert wird, „daß in den Geschichtswissenschaften eine Mode die andere jagt"[19].

Im Fall der DDR dürfte die Forderung, die vermeintlich veralteten Kategorien Staat und Nation über Bord zu werfen[20], eher das Gegenteil dessen bewirken, was damit bezweckt werden soll – nämlich den Relevanzverlust der DDR-Geschichte innerhalb der Zeitgeschichte. Denn die Nation und der Staat – in unserem Fall die doppelte Staatlichkeit – bildeten trotz Überwölbungen durch die Strukturen der Blöcke oder durch säkulare Prozesse auch nach 1945 wesentliche politische und gesellschaftliche Bezugsrahmen. Implizit setzen selbst jene Ansätze, die sich von der Ebene der Staatlichkeit zu lösen versuchen, begrifflich wie forschungspraktisch deren Relevanz voraus. Wer nach transnationalen Beziehungen oder Prozessen fragt, erkennt eben auch das Nationale als wirkmächtig an. Insofern behält die DDR gerade in ihrer staatlichen Dimension ihre Bedeutung als Untersuchungsobjekt. Die Aufgabe lautet daher nicht, einen einheitlichen neuen Forschungstrend zu zementieren, sondern möglichst verschiedene Zugangsweisen zu testen, die

[18] So Jarausch, Zukunft, in: Hüttmann/Mählert/Pasternack (Hrsg.), DDR-Geschichte vermitteln, S. 87.

[19] Ludolf Herbst, Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte, München 2004, S. 16.

[20] So behauptet Konrad Jarausch etwa, daß nur „die ersten Nachkriegsjahre noch als eine Art auslaufender Nationalgeschichte beschrieben werden" können, danach müsse die „nationale Dimension [...] neu problematisiert werden". Ders., „Die Teile als Ganzes erkennen". Zur Integration der beiden deutschen Nachkriegsgeschichten, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), S. 10–30, hier S. 22 f.

VfZ 4 Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Gegenstand DDR angemessen sind. Zeitgeschichte bewegt sich immer in einem vielschichtigen „dynamischen Mehrebenensystem" zwischen „Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung", sie entzieht sich einseitigen Festlegungen und erfordert „ein wachsendes Bewußtsein für verschiedene Ebenen historischer Prozesse"[21]. Dies gilt für die DDR als eigenes Forschungsfeld, als deutsche Teilgesellschaft und deutscher Teilstaat, als Bestandteil (Ost-)Europas, als Haus im „Global Village" und – dazu quer liegend – als Teil deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert.

Die DDR als eigenständiges Forschungsfeld

Die genuine Beschäftigung mit der DDR ist auch deshalb in Zukunft so wichtig, weil es hier nicht nur um neue Erkenntnisse geht, sondern immer wieder auch um die Neubewertung von Interpretationen und Fakten, die wir allzu gut zu kennen glauben. Ungeachtet der großen Fortschritte seit 1990 gilt es, einige seitdem gewonnene Ergebnisse einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. So erlebte etwa Walter Ulbricht vor einigen Jahren eine fragwürdige Renaissance als Reformer, dessen Ziel eines modernisierten Sozialismus in den sechziger Jahren durch seinen Nachfolger Erich Honecker sabotiert worden sei[22]. Dieses Bild, das Ulbrichts Rolle bei der Etablierung der SED-Herrschaft weitgehend ausblendet, beruht auf einer stark vereinfachenden Interpretation des politischen und wirtschaftlichen Systems sowie der Handlungsspielräume des Ersten Sekretärs des ZK der SED. Auch die immer noch weit verbreiteten Vorstellungen einer monolithischen Hegemonialpartei[23] sowie einer Planwirtschaft, die starke Kontinuitäten zur NS-Kriegswirtschaft aufgewiesen habe[24], bedürfen einer kritischen Revision.

Zugleich sind wichtige Themengebiete noch immer weitgehend unerforscht. Insbesondere sind unsere Kenntnisse über die Strukturbedingungen politischen Handelns immer noch begrenzt. Wer die Funktionsmechanismen des politischen

[21] Michael Gehler, Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung, Bochum 2001, S. 194.

[22] Vgl. Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997.

[23] Vgl. Klaus Schroeder (unter Mitarbeit von Steffen Alisch), Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998.

[24] Vgl. Jürgen Schneider, Von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaftsordnung zur sozialistischen Zentralplanung in der SBZ/DDR, in: Ders./Wolfgang Harbrecht (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933–1993), Stuttgart 1996, S. 1–90. So auch Thomas Großbölting, SED-Diktatur und Gesellschaft. Bürgertum, Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung in Magdeburg und Halle, Halle (Saale) 2001, S. 255; Armin Owzar, Sozialistische Bündnispolitik und gewerblich-industrieller Mittelstand. Thüringen 1945 bis 1953, München/Jena 2001, S. 56. Vgl. dagegen zur Kennzeichnung des NS-Wirtschaftssystem als „gelenkte Marktwirtschaft" Christoph Buchheim/Jonas Scherner, Anmerkungen zum Wirtschaftssystem des „Dritten Reichs", in: Werner Abelshauser/Jan-Otmar Hesse/Werner Plumpe (Hrsg.), Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Festschrift für Dietmar Petzina zum 65. Geburtstag, Essen 2003, S. 81–97, hier S. 97.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Systems der DDR und ihre Veränderungen erforschen will, muß nicht nur formelle Organisationsstrukturen, sondern auch das informelle Netzwerk-Handeln diverser Funktionärsgruppen analysieren. Neuere Forschungen zu unterschiedlichen Politikfeldern haben gezeigt, daß hinter der Fassade des scheinbar monolithischen Herrschaftssystems zahlreiche Interessengegensätze und Bündniskonstellationen bestanden. Politische Entscheidungen waren vielfach nicht Ergebnis gemeinsamen, zielgerichteten, programmatischen Handelns, sondern waren wesentlich durch Gruppenkonflikte bestimmt. Um Netzwerkstrukturen im Parteiapparat der SED oder im DDR-Regierungsapparat historisch faßbar zu machen, bietet beispielsweise ein gruppenbiographischer Zugang gute Voraussetzungen. Auch zur Bestimmung des Verhältnisses von Individuum und „Kollektiv" vermag die neuere Biographieforschung wichtiges beizutragen: Hier geht es darum, struktur- und biographiegeschichtliche Ansätze produktiv miteinander zu verbinden und dabei auch kulturgeschichtliche Fragestellungen zu berücksichtigen. Für die Untersuchung der DDR als unzweifelhaft politisch dominiertes Gesellschaftssystem ist somit ein moderner, avancierter politikgeschichtlicher Zugriff, auf den noch näher einzugehen sein wird, von hoher Bedeutung.

Darüber hinaus ist das komplizierte Wechselverhältnis von diktatorischem Herrschaftsanspruch und den darauf bezogenen gesellschaftlichen Reaktionsmustern erst für einige Bereiche ausgelotet[25]. Ziel einer Sozialgeschichte von Herrschaft muß es sein, die Eigendynamik gesellschaftlichen Handelns jenseits von Anpassung und Widerstand zu analysieren[26], ohne daß dabei der Stellenwert von Gewalt und Repression aus dem Blickfeld gerät[27]. Zum Komplex Resistenz–Opposition–Widerstand ist in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Publikationen erschienen, ohne daß sich auf diesem Feld ein tragfähiges und differenziertes Konzept herauskristallisiert hätte[28], das vergleichbar wäre mit den Ansätzen der regionalgeschichtlich ausgerichteten Forschungsprojekte zur NS-Zeit (z.B. Bayern-Projekt[29], Saarland[30], Westfalen[31]). Außerdem besitzen sozialgeschichtliche Untersuchungen zu

[25] Vgl. dazu beispielsweise Arnd Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963, Köln u.a. 2002; Michael Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik". Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2004; Peter Skyba, Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, Köln u.a. 2000.

[26] Vgl. Thomas Lindenberger (Hrsg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln u.a. 1999; ders., Volkspolizei. Herrschaftspraxis und öffentliche Ordnung im SED-Staat 1952–1968, Köln u.a. 2003.

[27] Vgl. Hermann Wentker, Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen, München 2001; Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000.

[28] Jüngster Versuch: Eisenfeld/Kowalczuk/Neubert, Verdrängte Revolution.

[29] Vgl. Martin Broszat u.a. (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., München/Wien 1977–1983.

[30] Vgl. Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945, 3 Bde., Bonn 1989–1995.

[31] Vgl. Rudolf Schlögl/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.), Zwischen Loyalität und Resistenz. Soziale Konflikte und politische Repression während der NS-Herrschaft in Westfalen, Münster 1996.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einzelnen Bevölkerungsschichten oder Berufsgruppen immer noch Seltenheitswert. Hier hat sich der Kenntnisstand bis auf wenige zum Teil verdienstvolle Ausnahmen[32] nicht übermäßig vergrößert. Differenzierte Untersuchungen zur Entwicklung der ostdeutschen Arbeiterschaft[33], der Staatsangestellten oder der Nomenklatur in Staat und Partei müßten weiter vorangetrieben werden. Völlig unterbelichtet sind der Gender-Aspekt sowie mentalitäts- und erfahrungsgeschichtliche Ansätze, obwohl sie ihren heuristischen Wert für die historische DDR-Frauenforschung bereits unter Beweis gestellt haben[34].

Seit einiger Zeit wird gefordert, nicht so sehr die Krisenhaftigkeit, sondern vor allem die „relative Stabilität" und das „lange Überleben" der DDR zu erklären[35]. Auf der Suche nach systemstabilisierenden Momenten *innerhalb* der ostdeutschen Gesellschaft wird freilich zum einen oft übersehen, daß die DDR ohne den Kalten Krieg undenkbar war: Erst die Konfrontation der Blöcke führte zur Bereitschaft der Sowjetunion, die Existenz des ostdeutschen Staates zu garantieren, sowie zur Abschließung der DDR vom Westen durch eine seit 1961 fast unüberwindbare Grenze. Zum anderen wurde die DDR von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende von einem sich ständig verfeinernden Repressionsapparat am Leben erhalten[36]. Die Bereitschaft zu dessen Einsatz schwankte indes im Verlauf der Geschichte, und andere Mittel zur Stabilisierung der Machtstrukturen gewannen zeitweise die Oberhand. Daher muß beispielsweise die Erforschung der DDR-Sozialpolitik[37] intensiviert werden. Die tiefgreifende gesellschaftsverändernde Prägekraft der Sozialpolitik gegenüber sozialen Strukturen und kulturellen Werthaltungen sowie deren langfristige Nachwirkungen widersprechen der allzu schablonenhaften Einschät-

[32] Vgl. Gunilla-Friederike Budde, Frauen der Intelligenz. Akademikerinnen in der DDR 1945 bis 1975, Göttingen 2003; Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära, Göttingen 1999; Anna-Sabine Ernst, „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus". Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945–1961, Münster u. a. 1997.

[33] Vgl. Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter in der SBZ/DDR, Essen 1999, Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln u. a. 2005.

[34] Vgl. etwa Heike Trappe, Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik, Berlin 1995; Dorothee Wierling, Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR und seine historischen Erfahrungen, Berlin 2002; Budde, Frauen der Intelligenz; Michael Schwartz, Emanzipation zur sozialen Nützlichkeit. Bedingungen und Grenzen von Frauenpolitik in der DDR, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.), Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft 1945/49–1989, München 2005, S. 47–87.

[35] Vgl. u. a. Mary Fulbrook, Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR 1949–1989, Oxford 1995.

[36] Vgl. u. a. Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, Stuttgart 2001; Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995.

[37] Vgl. Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland nach 1945, Bd. 8: Deutsche Demokratische Republik 1949–1961: Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, Baden-Baden 2004. Zur Honecker-Ära Peter Skyba, Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionentheoretischer Perspektive, in: Christoph Boyer/Peter Skyba, Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR, Dresden 1999, S. 49–62; Hoffmann/Schwartz (Hrsg.), Sozialstaatlichkeit in der DDR.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zung von der DDR als „gescheitertem Sozialstaat". Kaum untersucht ist ferner das Wechselverhältnis von Wirtschafts-, Sozial- und Konsumpolitik in der Planwirtschaft. Desiderata bestehen auch in den Bereichen Wirtschafts- und Konsumgeschichte[38] der DDR. Über die Entwicklung der Zentralverwaltungswirtschaft[39] im „real existierenden Sozialismus" der Ära Honecker sowie einzelner Wirtschaftsbranchen und -zweige sind wir bisher nur zum Teil informiert[40]. Überhaupt fehlt eine umfassend angelegte Wirtschaftsgeschichte der DDR, die nicht nur auf die makroökonomische Ebene und die zentralgeleitete Industrie fokussiert ist[41]. Sektorale Überblicksdarstellungen liegen erst vereinzelt vor[42], harren aber noch der Einbettung in eine differenzierte Gesamtdarstellung. Die Liste dieser grundlegenden Forschungsdesiderate, die sich noch erweitern ließe, verdeutlicht, daß spezifische Forschungen zur DDR-Geschichte auch weiterhin notwendig sind. Dabei geht es nicht primär darum, auch noch die letzten „weißen Flecken" auf der Landkarte zu kolorieren, sondern um die Schaffung unerläßlicher Voraussetzungen, um DDR-Forschung anschlußfähig für größere Zusammenhänge in der Zeitgeschichte zu machen.

Die DDR im Kontext der deutschen Geschichte

Die DDR ist in erster Linie Teil der deutschen Geschichte. Gerade angesichts der insistierenden Vorschläge, sie vor allem von der europäischen Warte aus zu betrachten, muß dieser Sachverhalt unterstrichen werden. Diese Perspektive bietet Erkenntnischancen sowohl für den Gegenstand selbst als auch für die deutsche Geschichte seit dem Kaiserreich. Hier verschränkt sich die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur zur Signatur des 20. Jahrhunderts.

Dabei geht es nicht um eine neue, auf 1989 zulaufende Meistererzählung, in der beide deutsche Nachkriegsgeschichten aufgehoben sind, sondern um eine Historisierung der DDR. Ansatzweise ist dies bereits geschehen. Neben Gesamtdarstellungen der doppelstaatlichen Geschichte nach 1945[43] wurde vor allem ver-

[38] Vgl. neuerdings Philipp Heldmann, Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks. Konsumpolitik in der DDR der Sechzigerjahre, Göttingen 2004; Judd Stitziel, Clothing, Politics and Consumer Culture in East Germany, Oxford 2005.

[39] Vgl. zu den fünfziger Jahren Dierk Hoffmann, Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963, München 2002, zu den sechziger Jahren André Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.

[40] Vgl. Lothar Baar/Dietmar Petzina, Deutsch-Deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990. Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel. Ein Vergleich, St. Katharinen 1999.

[41] Auf diese Bereiche konzentriert sich André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.

[42] Vgl. Günther Heydemann, Die Innenpolitik der DDR, München 2003; Dierk Hoffmann, Die DDR unter Ulbricht. Gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung, Zürich 2003; Joachim Scholtyseck, Die Außenpolitik der DDR, München 2003; Arnd Bauerkämper, Sozialgeschichte der DDR, München 2005; Steiner, Von Plan zu Plan.

[43] Vgl. beispielsweise Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Göttingen 1982; ders., Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970,

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sucht, ausgewählte Felder und Prozesse in DDR und Bundesrepublik vergleichend zu analysieren und dabei die gemeinsame „Vorgeschichte" seit 1918 zu berücksichtigen[44]. Allerdings ist das Potenzial einer analytischen Kontextualisierung der DDR bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Zwei Zugänge scheinen besonders vielversprechend zu sein: zum einen die Einbettung der DDR in Längsschnittanalysen, zum anderen ihre Verortung in einer Abgrenzungs-, Beziehungs- und Kontrastgeschichte mit der Bundesrepublik. Damit rücken stärker als bisher wesentliche Determinanten ins Blickfeld, deren spannungsreiches Mischungsverhältnis die Entwicklung der SED-Diktatur prägte: etwa das sowjetische Modell, Perzeptionen und Traditionen der kommunistischen Arbeiterbewegung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, ältere strukturelle und gesellschaftliche Traditionsüberhänge oder die prekäre Wirkung des westlichen Konkurrenz- und Referenzstaates[45].

Längsschnittuntersuchungen liegen quer zu der neuerdings vorgeschlagenen, nicht unproblematischen Segmentierung der Forschungen zum 20. Jahrhundert in „ältere" Zeitgeschichte vor 1945, „neuere" Zeitgeschichte 1945–1989 und „neueste" Zeitgeschichte nach 1989[46]. Sie hinterfragen die Tiefenwirkung solcher Zäsuren und beugen dem Risiko vor, Kontinuitätsstränge zu unterschätzen. Zugleich bietet sich ein weiterer Vorteil: Genetisch angelegte Darstellungen sind zumindest implizit stets auch vergleichende Analysen von NS- und SED-Diktatur. Sie erlauben es, „analoge Fragestellungen auf einen Teilaspekt der deutschen Diktaturen anzuwenden" und „diese Phänomene in ihrer historischen Bedingtheit und Dynamik zu fassen"[47]. Nachdem sich das Potenzial systematischer, an Totalitarismustheoremen orientierter Vergleiche als begrenzt herausgestellt hat, erscheint dieser Zugriff mit komparativen Elementen fruchtbarer. Es ist übrigens überhaupt nicht zwingend, sondern in vielen Fällen eher erkenntnisbegrenzend, derartige Längsschnitte auf den Nationalsozialismus und die DDR zu beschränken. Gerade die Einbeziehung der Weimarer Republik erweitert den Fragehorizont, und nicht nur um den Aspekt, welche Phänomene diktaturtypisch oder systemübergreifend sind. Forschungspraktische Gesichtspunkte legen es vielmehr nahe, derartige Studien mit sehr langem Untersuchungszeitraum thematisch zu konzentrieren auf „einzelne Segmente von Politik, Wirtschaft

Göttingen 1988; Gerhard A. Ritter, Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte, München 1998; Peter Graf Kielmannsegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000.

[44] Vgl. Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/1993, S. 3–19.

[45] Vgl. Gerhard A. Ritter, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: VfZ 50 (2002), S. 171–200, insbesondere S. 171 f; Detlef Schmiechen-Ackermann, Diktaturen im Vergleich, Darmstadt 2002, S. 150.

[46] Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die neueste Zeitgeschichte. Muß der Begriff Zeitgeschichte neu definiert werden?, in: VfZ 51 (2003), S. 5–28, insbesondere S. 25, und Editorial der Herausgeber und der Redaktion in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), S. 4–6.

[47] Thomas Schaarschmidt, Regionalkultur und Diktatur. Sächsische Heimatbewegung und Heimat-Propaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 22.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Gesellschaft oder das spezifische Verhalten von Institutionen, sozialen Schichten und Berufsgruppen in ihrer jeweiligen Lebens- und Alltagswelt"[48]. Der Betrieb[49], die Region[50], die Kommune, die Schicht und das Milieu[51] sind beispielsweise geeignete, aber bisher nur wenig beleuchtete Felder, auf denen der Doppelfrage nach Kontinuität und Wandel sowie nach Überformung durch zwei Diktaturen nachgegangen werden kann. Eine Untersuchung etwa der Wohnungsbewirtschaftung und des Wohnungsbaus kleinerer Kommunen von den frühen zwanziger Jahren bis in die späte DDR demonstriert weit mehr als der Blick auf die Zentralebene, wie stark die Wohnungspolitik der SED begrifflich und instrumentell in Weimar wurzelte. Und sie fördert vordergründig Paradoxes zu Tage: Bei Fortbestehen oft drückender Wohnungsnot wurden die kommunalen Institutionen der Zwangswirtschaft vielfach als Elemente der Kontinuität zwischen Weimar und SBZ/DDR interpretiert, die in der individuellen Wahrnehmung die politische Zäsur des Jahres 1945 relativierten. Gleichzeitig verschaffte die Wohnungspolitik dem neuen Regime einen Startbonus, weil sie aus Sicht relativ unterprivilegierter Teile der Stadtbevölkerung versprach, gesellschaftliche Schichtungen zu ihren Gunsten einzuebnen. Denn der sich nach 1945 auf alle Bereiche des Wohnungsbestandes erstreckende Verfügungs- und Kontrollanspruch verhieß, Trennlinien, die zwischen Mietern und Hausbesitzern verlaufen waren und die sich über weite Strecken mit politischen Konfliktlinien der Weimarer Republik deckten, zu entschärfen[52].

Auch die Frage nach dem Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft läßt sich im Längsschnitt gewinnbringend diskutieren. Die Feststellung, daß sich die Pfade der Bundesrepublik und der DDR insofern wesentlich unterschieden, als im Westen der Nationalsozialismus die zwölfjährige Unterbrechung einer Demokratiegeschichte markierte, während er im Osten den Auftakt einer fast 60 Jahre währenden diktatorischen Entwicklung bedeutete, klingt zunächst banal. Was aber bedeutete dies im Verlauf des 20. Jahrhunderts für das Verhältnis von Gesellschaft und Staatsmacht oder für das Verhältnis von Individuum und Verwaltung? Scheint die Frage hinsichtlich der Organisationsmöglichkeiten und der politischen Partizipationschancen noch einfach zu beantworten, so tut sich dann ein produktives Untersuchungsfeld auf, wenn man sich von der Denkfigur der einfachen, politisch-diktatorischen Steuerbarkeit sozialer Prozesse löst und stärker das Fortbestehen vielfälti-

[48] Günther Heydemann/Detlef Schmiechen-Ackermann, Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn 2003, S. 9–54, hier S. 34.

[49] Vgl. z. B. Oliver Werner, Ein Betrieb in zwei Diktaturen. Von der Bleichert Transportanlagen GmbH zum VEB VTA Leipzig 1932 bis 1963, Stuttgart 2004.

[50] Vgl. z. B. Schaarschmidt, Regionalkultur.

[51] Vgl. z. B. Helge Matthiesen, Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900–1990, Düsseldorf 2000.

[52] Im Rahmen des mehrteiligen DFG-Projekts Mecklenburg-Vorpommern im 20. Jahrhundert untersucht Peter Skyba in der Berliner Abteilung des Instituts für Zeitgeschichte am Beispiel Stralsund das Wechselverhältnis von Politik und Gesellschaft im Stadtraum. Die beiden anderen Teilprojekte untersuchen dieses Wechselverhältnis an Hand der Küstenfischerei an der Ostseeküste bzw. der Lehrerschaft zweier höherer Schulen in Schwerin und Rostock.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ger gesellschaftlicher Interessengegensätze und deren Einwirkung auf das Verhältnis von Gesellschaft und Politik in Augenschein nimmt. Aufs Ganze gesehen finden wir eine stetige und in der DDR eutrophe Zunahme obrigkeitsstaatlicher Regulierungsansprüche gegenüber sozialen Prozessen und die Zurückdrängung gesellschaftlicher Selbstorganisation. Wenn auch in unterschiedlichem Maß, so versuchten doch beide Diktaturen im Unterschied zur Weimarer Republik, „mittels ‚sozialer Sicherheit' politische Partizipationsansprüche stillzustellen"[53]. Gerade auf der mittleren Ebene, der Schnittstelle zwischen System und Gesellschaft, auf der die Bürokratien der Diktatur mit Gesellschaft und mit sozialen Problemen konfrontiert wurden, zeigt sich ein Konfliktfeld, auf dem diese Ansprüche nicht völlig ignoriert oder unterdrückt werden konnten, sondern als fundamentale Interessengegensätze auch politisch zu verarbeiten waren. So resultierten beispielsweise öffentliche Rücktrittsforderungen gegenüber der städtischen Obrigkeit nicht aus der Parole vom „Aufbau des Sozialismus", sondern aus den Defiziten der Wohnungsversorgung.

Daß die Existenz der Bundesrepublik ein wichtiger Bedingungsfaktor der Entwicklung in der DDR war, ist eine zwar häufig wiederholte, in der Forschungspraxis aber wenig berücksichtigte Aussage. In jüngster Zeit stellt sich die Historiographie verstärkt der Frage, unter welchen Koordinaten die deutsche Nachkriegsgeschichte im Spannungsfeld von teilstaatlicher Abgrenzung und deutscher Einheit zu vermessen sein könnte. Aufbauend auf älteren Ansätzen werden vergleichende Untersuchungen von Bundesrepublik und DDR sowie die Analyse von innerdeutschen Transfers und der wechselseitigen Perzeptionen vorgeschlagen[54]. „Synthesekerne" vor allem komparativer Zugriffe können säkulare Prozesse wie etwa die sozioökonomische Krise der Industriegesellschaften seit Mitte der sechziger Jahre sein, denen beide Gesellschaften unterlagen. Mit dem Theorem der „reflexiven Modernisierung" (Ulrich Beck) lassen sich z. B. Phänomene wie Unterbeschäftigung oder Umweltproblematik vergleichend analysieren. Aber auch Paradigmen wie das der „Wissensgesellschaft" verdienen es, auf ihre Tragfähigkeit im deutsch-deutschen Zusammenhang geprüft zu werden[55].

Innovationspotential hat schließlich auch der Blick auf das vielschichtige Beziehungsgeflecht zwischen beiden deutschen Staaten. Die Anregung, Bundesrepublik und DDR in ihrem Verhältnis von „Verflechtung und Abgrenzung" zu analysieren[56], wurde allerdings bisher selten aufgenommen. Vermutungen über die

[53] Hans Günter Hockerts, Einführung, in: Ders. (Hrsg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S. 7–25, hier S. 14.

[54] Vgl. Etienne François, Conflits et Partages. Die Dialektik der geteilten Vergangenheit als historiographische Herausforderung, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 325–336.

[55] Vgl. Hans Günter Hockerts, Einführung, in: Ders. (Hrsg.), Koordinaten, S. VII–XV; Margit Szöllösi-Janze, Wissensgesellschaft – ein neues Konzept zur Erschließung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte, in: Hockerts (Hrsg.), Koordinaten, S. 277–304, sowie Hermann Wentker, Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/2005, S. 10–17.

[56] Vgl. Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: Ebenda, B 29-30/1993, S. 30–41. Problem-

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besondere Ausprägung des westdeutschen Sozialstaates unter dem Druck der DDR-Variante von sozialer Sicherheit fehlt daher ebenso die Evidenz wie der zwar nahe liegenden, aber eben noch nicht untermauerten These von den handlungsbeschränkenden Wirkungen des westdeutschen Konsummodells auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik der DDR. Beziehungsgeschichtliche Aspekte haben nur selten so deutlichen Niederschlag in den jeweiligen Akten gefunden wie etwa im Bereich des Sports[57]. Bekannt ist die regelmäßige Nutzung westlicher Medien vom Politbüromitglied bis zum Arbeiter. Was aber bedeutete diese Präsenz des Westens für die SED-Diktatur, deren Informationspolitik sogar stillschweigend darauf baute, daß die Adressaten über viele Sachverhalte von RIAS und Tagesschau informiert waren[58]? Generell ist bei der Untersuchung DDR-spezifischer Themen westlichen Einflüssen größere Beachtung zu schenken. Zugleich aber lohnt es sich, darüber nachzudenken, welche Aspekte der Parallel-, Kontrast- und Verflechtungsgeschichte beider Staaten jenseits konkreter Kontakte, Verhandlungen und Beziehungen als Gegenstand eigener Untersuchungen geeignet sind.

Einen Zugang eröffnet die Analyse der wechselseitigen Wahrnehmung oder auch Nichtwahrnehmung von politischen Entscheidungen, Programmen und Ideen sowie von verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Prozessen in den jeweiligen Teilstaaten. Keineswegs ausgelotet ist etwa die Fixierung der obersten Etagen der DDR-Wirtschaftsverwaltung auf die ökonomische und soziale Entwicklung in der Bundesrepublik und deren Folgen – übrigens ein Phänomen, das im Westen keine gleichrangige Entsprechung hatte. Es geht nicht darum, die deutschen Nachkriegsentwicklungen ausschließlich damit zu erklären, daß beide Staaten stets aufeinander bezogen gewesen seien. Vielmehr sind aus der deutsch-deutschen Sondersituation resultierende Faktoren zu identifizieren, die die jeweilige Entwicklung mit prägten. Da die deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte nicht in ihrer Gesamtheit in den Blick genommen werden kann, bietet sich ein differenziertes Vorgehen an, das zeitliche und sektorale Unterschiede berücksichtigt. So stellt sich etwa die Frage, inwieweit sich beide Staaten in ihren jeweiligen Bildungsreformen in den sechziger Jahren wechselseitig beeinflußten und die Bildungsexpansion in Ost und West auch Ergebnis dieses Prozesses war. Auffallend ist darüber hinaus die Parallele in der Diskussion über den Schwangerschaftsabbruch Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre, die in der DDR 1972 zur Einführung der Fristenregelung führte. Zu fragen wäre beispielsweise, welche Auswirkungen die Stellungnahmen und die Gesetzgebung der DDR in der Bundesrepublik besaßen, aber auch, inwieweit die Reformdiskussion in der Bundesrepublik den Gesetzgebungsprozeß in der DDR vorantrieb. Des weiteren wäre die

aufriß mit dem Versuch, beide deutsche Nachkriegsgeschichten zu integrieren, bei Jarausch, Teile als Ganzes, hier S. 15–21.

[57] Vgl. Jutta Braun, Klassenkampf nach Kalenderplan. Das Sportprotokoll vom 8. Mai 1974, in: DA 37 (2004), S. 405–414.

[58] Vgl. Gunter Holzweißig, Medien und Medienlenkung, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.), Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den achtziger Jahren: Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Bd. 1, Opladen 1996, S. 51–81.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Transformation der Jugendkultur seit den späten fünfziger Jahren ein lohnendes Thema: Erste Ergebnisse, denen zufolge westliche Trends sich trotz staatlicher Repressionsversuche auch in der DDR-Gesellschaft stark verbreiteten, liegen dazu bereits vor[59]. Eine weitere Arbeit, die sich mit einer solchen, auf wechselseitigen Perzeptionen beruhenden Beziehungsgeschichte befaßt, behandelt die Verfolgung von NS-Tätern in beiden deutschen Staaten[60].

Die DDR in europäischer Perspektive

Daß „eine vergleichende europäische Geschichte" zu „den wichtigsten Desiderata auch der Zeitgeschichte" gehöre, wird mittlerweile ohne weitere Begründung oder Einschränkung verkündet[61]. Doch gerade Historiker, die einer nationalistischen Sinnstiftungs-Funktion von Geschichtsschreibung zu Recht ideologiekritisch gegenüberstehen, sollten die Gefahr entsprechender Funktionalisierung der modischen europäischen Perspektive nicht übersehen. Sie sollten sehr sorgfältig „mit der Treitschke-Versuchung umgehen", die Integrationsprozesse der EU schlicht „durch die Konstruktion einer europäischen Meistererzählung" ideologisch zu unterfüttern[62]. Allein mit einer „kritischen Europageschichte", die deren „negative Aspekte" „genauso ernst" nehmen will „wie positive Seiten von Transaktionen und Integrationsprozessen"[63], entrinnt man einer problematischen Erfolgsgeschichte Europas jedenfalls nicht. Denn trotz aller vorangegangenen Barbarei-Kapitel gipfeln solche Erzählungen pünktlich zur Wende zum 21. Jahrhundert meist in einer Apotheose der „Wiederherstellung Europas"[64].

Methodisch mag es in mancher Hinsicht reizvoll sein, die DDR aus einer europäischen Perspektive zu betrachten. Jedoch sollte man sich hüten, solche „Europäisierung" als neuen „Königsweg" zu verkaufen. Um die Frage nach dem inhaltlichen Erkenntnisgewinn einer „Europäisierung der Zeitgeschichte" nüchtern zu prüfen, dürfen jedenfalls „Verinselung" und „Europäisierung" nicht als Gegensätze konstruiert werden[65]. Schließlich könnte „Europäisierung", wenn sie zu weit getrieben wird, nur die *neueste* Form von „Verinselung" sein. Verfechter einer „DDR-Zeitgeschichte in europäischer Absicht" versuchen sich wortgewaltig an der Umdeutung ausgerechnet des über Jahrzehnte eingemauerten SED-Staates „zum

[59] Vgl. Uta Poiger, Jazz, Rock and Rebels. Cold War Politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley 2000; Michael Rauhut, Rock in der DDR, Bonn 2002.

[60] Vgl. Annette Weinke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002.

[61] Jost Dülffer, Europäische Zeitgeschichte – Narrative und historiographische Perspektiven, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), S. 51–71, hier S. 63.

[62] Vgl. den zwischen Treitschke-Versuchung und -Kritik schwankenden Konrad H. Jarausch, Zeitgeschichte zwischen Nation und Europa. Eine transnationale Herausforderung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39/2004, S. 3–10, hier S. 3 f.

[63] Ebenda, S. 8.

[64] Harold James, Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914–2001, München 2004, S. 407.

[65] Vgl. jedoch Lindenberger/Sabrow, Verinselung.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

idealen Forschungsfeld einer vielfältigen histoire croisée internationaler Verflechtungen, Kooperationen und Konkurrenzen". Sobald es aber konkret werden soll, präsentieren dieselben Enthusiasten überwiegend Beispiele, die sich allein auf den sowjetischen Ostblock oder ganz auf das deutsch-deutsche Binnenverhältnis beziehen. Daß sich „die DDR" in diesem Zusammenhang „als Untersuchungsobjekt für transnationale Perspektiven geradezu auf[dränge]", sollte daher nicht länger behauptet werden[66].

Eine strikt auf „Europa" bezogene Einbettung der DDR-Forschung erscheint deshalb artifiziell, wenn nicht gar fragwürdig. Dies gilt für die verkürzende Deutung des sowjetischen „Ostblocks" als spezifisch europäische „Ost-Integration" (parallel zur westeuropäischen Integration)[67] ebenso wie für die Charakterisierung der massenhaften Vertreibungsvorgänge zwischen 1914 und 1950 als bloß „europäisches Ereignis"[68]. Denn weder das kommunistische Herrschaftssystem noch die vielen „ethnischen Säuberungen" des 20. Jahrhunderts waren auf Europa begrenzt, sondern sind nur als *globale* Erscheinungen zu verstehen und zu untersuchen[69].

Ist daher vor einer Überschätzung der „Europäisierbarkeit" der DDR dringend zu warnen, sollte man freilich auch nicht in das andere Extrem verfallen. Das Grundproblem vieler neuerer Betrachtungen zur europäischen Zeitgeschichte besteht leider darin, nicht allein die DDR, sondern ganz Osteuropa nahezu auszublenden. Manche Gesamtdarstellung zur „Geschichte Europas" scheint ihre kritische Feststellung, die Geschichte Ostmittel- und Osteuropas dringe „nur langsam" in „das historische Gedächtnis des Westens" ein, durch eigene Unterlassungssünden bestätigen zu wollen[70]. Nach wie vor bleiben Skizzen zur politischen, aber auch zur kulturellen Integration Europas nach 1945 fast völlig auf Westeuropa fokussiert, während eine parallele, aber anders geartete Integration Osteuropas kaum thematisiert wird[71]. Nirgends wird geklärt, inwieweit sich Integrationsmuster in Osteuropa von denen im Westen unterschieden, oder ob blockübergreifende gesamteuropäische Phänomene wirkten. Bis zu welchem Grade war zum Beispiel die im „Ostblock" so breitenwirksame Erfahrung sozialer Nivellierung und gleichzeitiger sozialpolitischer Grundsicherung mehr als eine einzelstaatlich-„nationale", nämlich eine „blockweite" Kollektiverfahrung? Für welche Personengruppen erzeugten jene bilateralen Abkommen zur Sozialpolitik im Ost-

[66] Vgl. die kritisierte Position in: Ebenda, S. 126 f.

[67] Vgl. Dülffer, Europäische Zeitgeschichte.

[68] Vgl. Karl Schlögel, Tragödie der Vertreibungen. Über das Erfordernis, ein europäisches Ereignis neu zu erzählen, in: Lettre International Nr. 60, I/03, S. 78–83. Norman M. Naimark, Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, München 2004, S. 21, versucht sich „auf Europa zu beschränken", obwohl seine Fallbeispiele – wie er selbst einräumt – nur dann strikt „der europäischen Geschichte" zuzurechnen wären, wenn man Europa „einschließlich der Sowjetunion, des Osmanischen Reiches und der Türkei" definieren wollte.

[69] Vgl. zur Globalität ethnischer „Säuberungen" Michael Mann, The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing, Cambridge 2004; Andrew Bell-Fialkoff, Ethnic Cleansing, New York 1996.

[70] Wolfgang Schmale, Geschichte Europas, Wien u.a. 2001, S. 285.

[71] Vgl. etwa ebenda, S. 225–228 u. S. 251 ff.; Gehler, Zeitgeschichte, S. 73–106.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

block, die um 1960 entstanden, eine staatenübergreifende Lebenswirklichkeit? Jedenfalls reicht es nicht aus, „Europa"-Konzepte im osteuropäischen Blocksystem allein auf die Fortexistenz teils nostalgischer, teils antisowjetischer Denktraditionen hin zu untersuchen, denn auch die allen Blockstaaten gemeinsame und dennoch stets unterschiedlich ausgeprägte Tendenz zur „Sowjetisierung" konnte großräumige „osteuropäische" Erfahrungen hervorrufen.

Besonders die Analyse der transnationalen (freilich nicht auf Europa beschränkten) Kulturkontakte unter Intellektuellen und Künstlern[72], wie sie sich über den ostblock-internen Kulturaustausch und die internationale Kulturpolitik sozialistischer Staaten[73] entwickelten, erscheint vielversprechend. Kulturpolitik war – neben den „harten" militärischen und ökonomischen Faktoren – für die schwierige Integration des sowjetisch beherrschten „Ostblocks" ein wichtiges Medium, das über symbolische Ereignisse (z. B. internationale Kultur- oder Sportveranstaltungen) transnationale Erfahrungsräume für bestimmte Personengruppen schuf. Weit davon entfernt, lediglich auf ökonomisches Integrationspotential zu setzen[74], nutzte auch die DDR diese Chance zur blockinternen Integration und Akzeptanzsteigerung durch Kultur frühzeitig und gezielt[75].

Im Bereich der Sozialpolitik im Ostblock sind nationale Pfadabhängigkeiten und unterschiedliche volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen zwar hemmende Faktoren für die Bildung eines einheitlichen Rechtsraumes gewesen. Und doch lassen sich schon für die fünfziger Jahre einzelne Beispiele für grenzüberschreitenden Wissenstransfer zwischen sozialpolitischen Experten aufzeigen. Solcher Wissenstransfer ergab sich aus transnationalen Gewerkschaftskontakten – etwa im Falle tschechoslowakischer Ratschläge an den FDGB zur Organisation eines Schwerbeschädigten-Verbandes in der DDR 1951; er resultierte aus organisierten Sozialpolitikvergleichen bei Besuchsreisen in „Bruderländer" – wie im Falle der Orientierung des DDR-Ministeriums für Gesundheitswesen an sowjetischen Vorbildern für Finanzbeihilfen für Blinde 1959; und er war die notwendige Folge gewollter Strukturanpassungen – wie etwa im Sozialversicherungsrecht zur Erleichterung grenzüberschreitender Arbeitsmigration im Kontext der schon erwähnten bilateralen Sozialpolitik-Abkommen der DDR zwischen 1956 und 1960[76].

---

[72] Vgl. Ernst Schumacher, Lotosblüten und Turbinen. China zwischen gestern und morgen, Düsseldorf 1958 bzw. Berlin [Ost] 1958; Renate Schumacher, Japan, Liebe auf den zweiten Blick. Mit zwei Essays von Ernst Schumacher, Berlin [Ost] 1989. Über den DDR-Theaterwissenschaftler Ernst Schumacher bereitet das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin eine Publikation vor.

[73] Vgl. Martina Wobst, Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR und der VR China 1949–1990. Kulturelle Diversität und politische Positionierung, Münster 2004, S. 233 u. S. 236.

[74] So glauben Konrad H. Jarausch/Michael Geyer, Shattered Past. Reconstructing German Histories, Princeton/Oxford 2003, S. 185, irrtümlich, die Deutschen seien nach 1945 in Politik und Kultur derart diskreditiert gewesen, daß sie nur noch die ökonomische Karte für ihre internationale Re-Integration hätten spielen können.

[75] Vgl. zur frühen DDR-Kulturpolitik den Überblick bei Dierk Hoffmann/Michael Schwartz, Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Handlungsfelder, in: Dies. (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland nach 1945, Bd. 8, S. 75–157, insbesondere S. 108–120.

[76] Vgl. Michael Schwartz, Ausgleich von Kriegs- und Diktaturfolgen/Soziales Entschädigungsrecht: 1. Vertriebene, Evakuierte, Bombengeschädigte, Kriegsheimkehrer sowie Kriegsbeschä-

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nicht nur in der Sozialpolitik war der Ostblock viel stärker durch Bilateralität als durch Supranationalität geprägt. Diese erst teilweise erforschten bilateralen Beziehungen zwischen der DDR und anderen „Ostblock"-Staaten[77] gehören allenfalls in das Vorfeld der hier diskutierten europäischen Dimension. Anders verhält sich dies mit der Integration der DDR in spezifisch internationale (und potentiell supranationale) „Ostblock"-Organisationen wie den Warschauer Pakt oder den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW). Doch handelte es sich dabei wirklich um eine der westeuropäischen Integration vergleichbare „Ost-Integration" (Dülffer)?

Im Unterschied zur westeuropäischen „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG), aus der die „Europäische Union" (EU) hervorging, war der 1949 gegründete RGW „eher zufällig ein europäisches Projekt", denn er zielte prinzipiell auf (sozialistische) Globalität, hatte daher auch außereuropäische Mitglieder und war folglich eine geographisch „beliebig erweiterbare Wirtschaftsorganisation"[78]. Weitere Unterschiede zur EWG waren die Dominanz einer einzigen Hegemonialmacht sowie die begrenzte supranationale Integrationskraft des RGW[79]. Diese Organisation als Beleg dafür zu nehmen, daß im „Ostblock" gar „keine supranationale politische Integration angestrebt"[80] worden sei, wäre zu weitgehend. Zumindest aber wurde echte Supranationalität im RGW niemals erreicht. Zu klären bleibt, weshalb es trotz aller Verflechtungsansätze im Unterschied zu Westeuropa nicht gelang, die von nationalen Interessen diktierte Abschottung der Volkswirtschaften zu überwinden und eine vertiefte Wirtschaftsintegration zu erreichen. Über die Rolle der DDR im RGW liegen lediglich für den Zeitraum zwischen 1963 und 1976 umfassendere Ergebnisse vor, die darauf schließen lassen, daß die begrenzte Integrationsfähigkeit des RGW weniger auf unterschiedliche nationale Interessen als auf verschiedenartige Wirtschaftsstrukturen, Entwicklungskonzepte und Innovationsdefizite zurückging[81]. Auch wenn die wirt-

digte und Kriegshinterbliebene, in: Hoffmann/Schwartz (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland nach 1945, Bd. 8, S. 592–641, hier S. 599 u. S. 639, sowie Peter A. Köhler, Internationale Sozialpolitik, in: Ebenda, S. 775–797.

[77] Vgl. etwa Beate Ihme-Tuchel, Das „nördliche Dreieck". Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962, Köln 1994; Basil Kerski u. a. (Hrsg.), Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990, Osnabrück 2003; Wolfgang Schwarz, Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der CSSR (1961–1968), München 2004.

[78] Vgl. Gregor Thum, „Europa" im Ostblock. Weiße Flecken in der Geschichte der europäischen Integration, in: Zeithistorische Forschungen 1 (2004), S. 379–395, hier S. 384; auch bei der EWG ist eine gewisse (postkolonialistisch bedingte und dadurch begrenzte) außereuropäische Maßstabserweiterung zu beachten.

[79] Vgl. Randall W. Stone, Satellites and Commissars. Strategy and conflict in the politics of Soviet-bloc trade, Princeton/NJ 1996.

[80] Vgl. Jürgen Osterhammel, Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich, Göttingen 2001, S. 333.

[81] Vgl. Ralf Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien, Köln u. a. 2000, der vergleichende Länderstudien zum RGW anmahnt, um die DDR in einen größeren Rahmen einordnen zu können.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaftliche Ost-Integration der DDR eine rasche Einschränkung traditioneller Wirtschaftsverbindungen zum Westen befördert zu haben scheint[82], resultierte doch aus der grundsätzlich fortbestehenden Parallelität von RGW-Integration und gesamtdeutsch bedingtem Zugang zum EWG-Markt eine interessante Sondersituation für die DDR[83].

Größere Forschungslücken klaffen auch hinsichtlich der militärischen Zwangsintegration des „Ostblocks" und damit auch der DDR im „Warschauer Pakt" ab 1955[84]. Bis heute gibt es kaum wissenschaftliche Monographien über die DDR und ihr Zusammenwirken mit den Koalitionspartnern im östlichen Militärbündnis[85]. Daher erscheint die DDR zuweilen als Staat, dessen „Verteidigungsausgaben [...] auch innerhalb des Warschauer Paktes unerreicht" gewesen seien und der „in einem Grade militarisiert war, der in Friedenszeiten in Europa kein ähnliches Beispiel kennt"[86]. Daß eine derartige Pauschalthese die Realitäten im östlichen Bündnis völlig verkennt[87], könnte durch einen vergleichenden Blick auf andere Ostblockstaaten demonstriert werden. Nur durch intensive Kooperation zwischen Wissenschaftlern aus allen ehemaligen Bündnisländern wird zu klären sein, welche Handlungsspielräume die Einzelstaaten im Warschauer Pakt besaßen und inwiefern diese zum Aufbau wirklicher Koalitionsstrukturen genutzt wurden. Diese Spielräume fanden ihre Grenzen an der geringen Bereitschaft der Sowjetunion, Entscheidungskompetenzen abzugeben. Bilaterale Versuche der nichtsowjetischen Bündnispartner, bestimmte Probleme vorab zu klären, wurden argwöhnisch beobachtet und wenn möglich unterbunden[88]. Überraschender dürfte

[82] Vgl. Christoph Buchheim, Wirtschaftliche Folgen der Integration der DDR in den RGW, in: Ders. (Hrsg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 341–362; Ludolf Herbst, Die DDR und die wirtschaftliche Integration des Ostblocks in den sechziger Jahren, in: Ebenda, S. 363–382.

[83] Vgl. Jana Wüstenhagen, „Blick durch den Vorhang". Die SBZ/DDR und die Integration Westeuropas (1946–1972), Baden-Baden 2001, S. 328 u. S. 175–179.

[84] Vgl. Anatoli Gribkow, Der Warschauer Pakt. Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses, Berlin 1995; Armin Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte 1953–1971, Berlin 2002.

[85] Schlüsseldokumente zur Geschichte des Paktes in: Vojtech Mastny/Malcolm Byrne (Hrsg.), A Cardboard Castle? An Inside History of the Warsaw Pact, 1955–1991, Budapest/New York 2005. Das Thema wird gestreift bei Otto Wenzel, Kriegsbereit. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR 1960 bis 1989, Köln 1995, S. 190–200; Rüdiger Wenzke, Die NVA und der Prager Frühling 1968. Die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechoslowakischen Reformbewegung, Berlin 1995, S. 29–40.

[86] Ilko-Sascha Kowalczuk/Stefan Wolle, Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001, S. 114.

[87] Die DDR hatte 1961 mit 15 Rubeln die niedrigsten Pro-Kopf-Aufwendungen für Militärausgaben im Warschauer Pakt, während Polen 31, die UdSSR 44 und die ČSSR 55 Rubel ausgaben; vgl. Auskunftsschreiben über das rüstungswirtschaftliche Potential des Warschauer Paktes, 21. 3. 1961, in: Rossijskij gosudarstvennyj archiv ēkonomiki – Russisches Staatsarchiv für Wirtschaft (künftig: RGAE), 4372/79/792, Bl. 131.

[88] Vgl. Schreiben von Malinovskij und Grečko an das ZK der KPdSU, 14. 3. 1966, in: Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii – Russisches Staatsarchiv für Zeitgeschichte, 5/30/490, Bl. 85.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das tiefe Mißtrauen sein, das Teile der sowjetischen Führung selbst gegen partielle osteuropäische Integrationsbestrebungen im Verteidigungsbündnis hegten. So widersetzten sich der militärisch-industriell-akademische Komplex und die Führung des Verteidigungsministeriums der UdSSR erfolgreich einer angestrebten verbesserten wehrwirtschaftlichen Zusammenarbeit, um selbst gegenüber den Verbündeten „die strengste Geheimhaltung der Arbeiten zur Verteidigungsthematik sicherzustellen"[89].

Gleichwohl muß nach den unterschiedlichen Graden internationaler Kooperation bestimmter Funktionseliten gefragt werden – weniger im Bereich der Sozial- oder Wirtschaftspolitik, wo sich die nationalen Netzwerke über vier Jahrzehnte insgesamt eher durch Abschottung oder Konfrontation denn durch Kooperation auszeichneten, als im militärischen Sektor, wo kooperative und integrative Tendenzen offenbar ausgeprägter waren. Die Kooperation der Militäreliten im Warschauer Pakt könnte zu länderübergreifenden Netzwerkstrukturen geführt haben, mit entsprechenden Folgewirkungen für die parallele Militarisierung der sozialistischen Gesellschaften in Osteuropa. Alle genannten Forschungsfelder sind wichtig, bleiben jedoch stets auf bestimmte Segmente der DDR-Gesellschaft begrenzt und geben folglich nur geringen Anlaß für zu viel „Europäisierungs"-Euphorie.

Ein europäischer Forschungsansatz darf also keinesfalls den Blick dafür trüben, daß der institutionelle Daseinszweck des Warschauer Paktes weniger die osteuropäische Integration als die Sicherung der sowjetischen Hegemonie über Osteuropa gewesen ist. Bemühungen um eine stärkere Integration gab es durchaus, sie wurden aber nicht nur von Moskau unterbunden, sondern immer wieder, wie vor allem das Beispiel Rumänien zeigt, auch durch nationale Alleingänge unterlaufen. Daß jeder Mitgliedsstaat eifersüchtig über seine „nationalen" Kompetenzen wachte, führte neben der sowjetischen Vorherrschaft (und ihrer Ablehnung) letztlich dazu, daß der Warschauer Vertrag als integratives Militärbündnis stets ein Torso blieb.

Eine über die Systemgrenzen des „Ostblocks" hinausgreifende „Europapolitik" des SED-Staates[90] wurde bislang kaum zusammenhängend untersucht. Dies findet seine Erklärung teilweise in der Tatsache, daß für die DDR der Stellenwert „Europas" deutlich niedriger war als für die Bundesrepublik. Dennoch: Auch wenn „Europapolitik für die SED in erster Linie die Ausrichtung auf Ost- und Südosteuropa bedeutete"[91], so erschöpfte sie sich doch nicht in dieser „Ostblock"-Fixierung. Eine darüber hinausgehende Europapolitik zielte nicht nur auf die propagandistische „Verteufelung der europäischen Integration" (in Form der EWG) in Westdeutschland[92], sondern – namentlich über das Werben für „kollektive Sicherheit" – zunehmend auch auf andere nord- und westeuropäische Staa-

[89] Schreiben von Ustinov, Malinovskij, Chruničev, Sidorovič, Ivašutin und Zacharov an das ZK der KPdSU, 1. 10. 1960, in: RGAE, 4372/79/261, Bl. 125.

[90] Vgl. diesen schon in der zeitgenössischen DDR-Publizistik propagierten Terminus etwa bei Siegfried Bock, Für kollektive Sicherheit in Europa. Die Europa-Politik der DDR, Dresden 1968.

[91] Wüstenhagen, „Blick durch den Vorhang", S. 327.

[92] Thum, „Europa" im Ostblock, S. 391; vgl. auch Klaus-Peter Schmidt, Die Europäische Gemeinschaft aus der Sicht der DDR (1957–1989), Hamburg 1991.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten. Die bemerkenswerteste Variante dieser Europapolitik war das Bemühen um die kultur- und sicherheitspolitisch begründete Einbeziehung der teils neutralen, teils zur NATO zählenden Staaten Skandinaviens in eine blockübergreifende „Ostsee"-Identität[93]. Grundsätzlich jedoch blieb diese auf Gesamt-Europa bezogene „Europapolitik" der DDR – im Gegensatz zur entsprechend bezeichneten Politik der Bundesrepublik – durch ihre primär propagandistische Zielsetzung beschränkt. So wurde auch das „Ostsee"-Experiment Mitte der siebziger Jahre weitgehend wieder abgebrochen, sobald sich der DDR andere, vermeintlich bessere Foren zur internationalen Selbstdarstellung boten.

Faktischer Höhepunkt der DDR-Europapolitik war die Beteiligung des SED-Staates an der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE), einem großangelegten Verhandlungsmarathon, der – bezeichnend für die Relativität des Bezugsraumes Europa – mit den USA, Kanada und der Sowjetunion deutlich darüber hinausreichende Mächte involvierte. Bedeutete für die SED-Führung die KSZE vor allem das Eintrittsbillett zur internationalen Gipfeldiplomatie, so ließen deren innenpolitische Rückwirkungen diese Konferenz in gesamteuropäischer Dimension brisant werden: Die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki über Meinungs- und Informationsfreiheit lösten in der DDR wie auch in anderen Ostblockstaaten regimekritische Debatten aus, die zugleich dem „Westen" rechtlich legitimierte Möglichkeiten zur Einmischung boten[94]. Transnationale Wechselwirkungen – etwa der Einfluß der tschechoslowakischen Dissidentenbewegung „Charta 77" auf DDR-interne Entwicklungen – wären hier ebenfalls zu prüfen[95], wie denn überhaupt die Rückwirkungen der zunehmenden Interdependenz im internationalen System auf die DDR – namentlich in Form wachsender Rechtsbindung – längst nicht zufriedenstellend untersucht sind. Es ist eine offene Frage, inwiefern neben einer solchen Rechtsgrundlage auch ideengeschichtliche Europa-Konzepte (wie z.B. „Mitteleuropa") ein Motiv oder Instrument der entstehenden Bürgerrechtsbewegung darstellten.

Die DDR und die außereuropäische Welt

Daß der Nutzen der Europa-Perspektive für die DDR-Forschung überschätzt wird, zeigt erst recht der unverzichtbare Blick auf jene *internationalen* Bezüge der

[93] Vgl. Michael F. Scholz, Die Ostsee muß ein Meer des Friedens sein. Die Rostocker Ostseewochen in der Außenpolitik der DDR (1958–1975), Greifswald, Diss. A 1990; Peter Lübbe, Kulturelle Auslandsbeziehungen der DDR. Das Beispiel Finnland, Bonn 1981; Dörte Putensen, Im Konfliktfeld zwischen Ost und West. Finnland, der Kalte Krieg und die deutsche Frage (1947–1973), Berlin 2000.

[94] Vgl. Gerhard Wettig, Argumentationslinien der UdSSR und der DDR im Blick auf die Verwirklichung ihrer KSZE-Verpflichtungen, Köln 1977; Sylvia Rohde-Liebenau, Menschenrechte und internationaler Wandel. Der Einfluß des KSZE-Menschenrechtsregimes auf den Wandel des internationalen Systems in Europa, Baden-Baden 1996; Peter Schlotter, Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt a. M./New York 1998.

[95] Etwa die Entstehungsbedingungen des „Querfurter Papiers" eines ökumenischen Arbeitskreises in der DDR. Vgl. Lothar Tautz, Die Bedeutung der kirchlichen Friedensbewegung für die Entwicklung von Dissidenz und Opposition in der DDR, in: DA 37 (2004), S. 801–809, hier S. 804.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DDR, die eine rein Europa-bezogene Betrachtung zwangsläufig völlig ausblendet: Gemeint sind die Bezüge der DDR zur außereuropäischen Welt, insbesondere zur „Dritten Welt", aber auch ihre übereuropäischen internationalen Beziehungen, wobei vor allem die Handlungsebene der Vereinten Nationen (UNO) herausragt. Die UNO-Politik der DDR verfolgte zwischen 1949 und 1973 als einziges Ziel die internationale Anerkennung[96]. Gerade darin zeigt sich die hilflose Heteronomie des SED-Staates gegenüber einflußreicheren Akteuren wie der Sowjetunion, aber auch der Bundesrepublik, denn erst die bilateralen Abmachungen zwischen Moskau und Bonn eröffneten den Weg zur gleichzeitigen Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO[97]. Seit ihrer Gründung hatte die DDR die Vereinten Nationen als internationales Legitimationsforum zu instrumentalisieren versucht, wobei die „antifaschistische" und friedensstiftende Ausrichtung des eigenen Staates herausgestellt wurde. Propagandistische Elemente dominierten auch nach der Aufnahme in die Vereinten Nationen die UNO-Politik der DDR[98] und deren Engagement in internationalen Nichtregierungs-Organisationen (NGO), etwa der Olympischen Bewegung oder dem Internationalen Roten Kreuz.

Die außereuropäische Politik der DDR konzentrierte sich zunächst auf die Staaten des kommunistischen Blocks, wobei man speziell mit der ebenfalls 1949 gegründeten Volksrepublik China eine „entente fraternelle" etablierte. Doch wurde seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre die sich entkolonialisierende „Dritte Welt" – namentlich Indochina, der Nahe Osten und Afrika – von der DDR-Politik als breiteres Handlungsfeld entdeckt[99]. Während der auch auf dem Felde der „DDR-Südpolitik" geführte „Kampf gegen die Alleinvertretungsanmaßung" der Bundesrepublik bis 1972 nahezu erfolglos blieb[100], boten sich dem SED-Staat in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in der südlichen Hemisphäre weit „günstigere Bedingungen und mehr Möglichkeiten für eine aktive Außenpolitik" als irgendwo sonst[101]. Daraus resultierte ein sehr weitgehendes Engagement in der Dritten Welt. Gewiß wird die DDR „für eine neue Globalisierungsge-

[96] Vgl. Wilhelm Bruns, Die UNO-Politik der DDR, Stuttgart [3]1980.

[97] Vgl. Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 539.

[98] Vgl. Bruns, UNO-Politik der DDR.

[99] Claudie Gardet, Les relations de la République populaire de China et de la République démocratique allemande (1949–1989), Bern 2000, S. 23; vgl. Harald Möller, DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern. Ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran, Berlin 2004, S. 15–17 u. S. 99–159; Wobst, Kulturbeziehungen, S. 234 f.; Hans-Joachim Döring, „Es geht um unsere Existenz". Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien, Berlin 1999; Haile Gabriel Dagne, Das entwicklungspolitische Engagement der DDR in Äthiopien. Eine Studie auf der Basis äthiopischer Quellen, Münster 2004.

[100] Hans-Joachim Spanger/Lothar Brock, Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?, Opladen 1987, S. 161–168 u. S. 175.

[101] Benno-Eide Siebs, Die Außenpolitik der DDR 1976–1989. Strategien und Grenzen, Paderborn u.a. 1999, S. 190.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schichte" dadurch nicht gleich ein „zentraler Bezugspunkt"[102]; doch als wichtiger Akteur in der zweiten Reihe internationaler kommunistischer Militär- und Entwicklungspolitik muß sie in den letzten fünfzehn Jahren ihrer Existenz durchaus ernstgenommen werden. Zwar läßt sich der militärische Anteil der ostdeutschen Dritte-Welt-Politik im Verhältnis zu wirtschafts- und entwicklungspolitischen Anteilen noch nicht exakt bestimmen[103], doch darf die prinzipielle Ausrichtung am aggressiven Ziel der Ausbreitung des Sozialismus sowjetischen Typs ebensowenig unterschätzt werden wie die hohe Relevanz des militär- und repressionspolitischen DDR-Wissenstransfers für zahlreiche verbündete diktatorische Regierungen oder „Befreiungsbewegungen" in der Dritten Welt[104]. Bei alledem erscheint das Verhältnis dieser „Süd-Politik" zur sowjetischen Außenpolitik ambivalent: Ging es der DDR grundsätzlich darum, Moskau ihren hohen Nutzwert als weltpolitische Hilfskraft zu demonstrieren, so organisierte das SED-Regime gelegentlich durchaus eigenwillig – wie etwa in den fünfziger Jahren mit China gegen Chruschtschows Reformpolitik – auch eine blockinterne Fronde[105].

In der Außenpolitik zeigte sich der SED-Staat gerade in der Dritten Welt ganz und gar „nicht isolationistisch"[106]. Beim Umgang mit „Fremden" aus Dritte-Welt-Staaten innerhalb der DDR setzte er hingegen dezidiert auf Abgrenzung. „Völkerfreundschaft" blieb zumindest für die große Mehrheit der Bevölkerung eine politische Parole ohne lebensweltliche Folgen[107]. Freilich verdient hier die kirchliche Arbeit im Bereich von Jugendbegegnungen oder Gemeindepatenschaften größere Aufmerksamkeit[108], und ähnliches gilt für den kulturellen Sektor von der Wissenschaft bis zu Theater und Ballett, in dem zumindest ein Stück „Weltoffenheit" anzutreffen war. Überhaupt ist das sich verändernde Spektrum der Bilder vom Fremden und namentlich von der „Dritten Welt" in der DDR-Gesellschaft klärungsbedürftig: So wies die frühe DDR-Publizistik zu Afrika einen Unterton begeisterter „weißer" Entdecker-Literatur auf, den man aus früheren Epochen

[102] Jarausch, Zukunft, in: Hüttmann/Mählert/Pasternack (Hrsg.), DDR-Geschichte vermitteln, S. 92 f.

[103] Vgl. die divergierenden Einschätzungen bei Möller, DDR und Dritte Welt, S. 285, Spanger/Brock, Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt, S. 199, und Siebs, Außenpolitik der DDR, S. 289.

[104] Vgl. Mike Dennis, The Stasi. Myth and reality, Harlow/London 2003, S. 206; Siebs, Außenpolitik der DDR, S. 190; Möller, DDR und Dritte Welt, S. 322–325; Heinrich Engelhardt, Unterstützung befreundeter Staaten und progressiver nationaler Befreiungsbewegungen durch die NVA, in: Klaus Naumann (Hrsg.), NVA: Anspruch und Wirklichkeit. Nach ausgewählten Dokumenten, Hamburg u. a. ²1996, S. 317–329; Hans-Georg Schleicher/Ulf Engel, DDR-Geheimdienst und Afrika-Politik, in: Außenpolitik. Zeitschrift für Internationale Fragen 47 (1996), S. 399–409.

[105] Vgl. Möller, DDR und Dritte Welt, S. 7–9, S. 298 f., S. 318 u. S. 322.

[106] Siebs, Außenpolitik der DDR, S. 199.

[107] Vgl. Jan C. Behrends u. a. (Hrsg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003.

[108] Vgl. Sylvia Wolff, „Völkerfreundschaft". Ein Vergleich interkultureller Sozialisation in der Jugendarbeit der FDJ und der Kirchen in der SBZ/DDR 1945–1990, Neu Zittau 1997; Christfried Berger u. a., Lernerfahrungen in der einen Welt. Partnerschaften von Gemeinden in der DDR nach den Niederlanden, Polen und Mosambique, Rothenburg 2000.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kennt[109], bevor die offiziösen Afrika-Vorstellungen der DDR stärker politisiert wurden[110]. Die Wahrnehmungen des Fremden wurden zudem durch interkulturelle Begegnungen beeinflußt: Ausländer füllten in der DDR ganz unterschiedliche soziale Rollen als Asylanten, Studenten, Künstler oder Vertragsarbeiter. Umgekehrt entsandte die DDR „Auslandskader" für Beratertätigkeiten oder „wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit" in die „Dritte Welt", über deren Erfahrungen man bis jetzt ebensowenig weiß wie über jene der von der FDJ organisierten „Brigaden der Freundschaft". Die daraus resultierende Vielschichtigkeit der Bilder von der „fremden Welt" in Politik, Öffentlichkeit und Bevölkerung der DDR ist bisher kaum untersucht. Ihre Erforschung ist allerdings auch ohne „transnationales" Überbau-Vokabular möglich.

Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Bezugsräume und daran anknüpfender Forschungsperspektiven läßt sich eine historische Einordnung der DDR, die über eine nationalgeschichtliche Verortung hinaus will, keineswegs auf die modische, aber ebenfalls zu enge Ebene der „Europäischen Geschichte" beschränken. Letztlich wird jeder verabsolutierte „Königsweg" zur Sackgasse. Geeigneter erscheinen methodische Theoreme, die einem modernen politik- oder kulturgeschichtlichen Ansatz mit internationaler Ausrichtung den Vorzug geben.

Fazit

Bei der Diskussion der unterschiedlichen Ansätze zur Erforschung der DDR-Geschichte ist die besondere Rolle des Politischen, also von Herrschafts- und Machtverhältnissen, deutlich geworden. Gleichgültig, ob die DDR in den Gesamtverlauf der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, in die deutsche Teilungsgeschichte nach 1945, in den (ost-)europäischen oder internationalen Zusammenhang eingeordnet wird – die zentralen Akteure finden sich im Herrschaftsapparat. Die gesellschaftlichen Subsysteme hingegen entwickelten nie die Autonomie, die ihr in pluralistisch-demokratischen Systemen zukommt. Dies beeinträchtigte auch transnationale Beziehungen im Sinne gesellschaftlicher Kontakte und interkulturellen Austauschs. Die hohe Relevanz des Politischen bedeutet aber nicht, daß DDR-Geschichte primär unter Zugrundelegung von Modellen linearer oder totalitärer Herrschaft erforscht werden sollte. Deren begrenzter Ertrag liegt klar vor Augen. Nicht nur in der „Gesellschaft", sondern auch in den Apparaten herrschten weitaus komplexere Verhältnisse, als durch die Vorstellung von diktatorischer Herrschaft und einfacher Steuerung suggeriert wird. Die Forschungen der letzten Jahre haben gerade hier eine Vielzahl von Widersprüchen und Spannungsfeldern identifiziert.

---

[109] Vgl. Gerhard Lerch/Klaus Schlegel/Günter Hoth/Heinz Liebetanz, Schwarze Sterne – weiße Stadien. Mit DDR-Sportlern in Afrika und im Vorderen Orient, Berlin [Ost] 1961; Fritz Rudolph/Percy Stulz, Jambo, Afrika! DDR-Afrika-Expedition zwischen Kongo und Sansibar, Leipzig 1970.

[110] Vgl. Jan-Peter Behrendt, Zwischen proletarischem Internationalismus und Sicherheitsdenken. Afrikabilder in den Lehrplänen und Schulbüchern der DDR, Hamburg 2004.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hier weiterzuarbeiten ist eine Herausforderung, zugleich aber auch eine Chance für eine integrative Politikgeschichte. Die diktaturbedingte Dominanz des Politischen in der DDR erfordert einen avancierten politikgeschichtlichen Untersuchungsansatz in weitaus größerem Maße als die Analyse demokratischer Gesellschaften. Das Politische in der DDR beschränkte sich freilich nicht auf das Politbüro. Für eine integrative politikgeschichtliche Analyse der DDR muß daher das Set potentieller Akteure erweitert werden. Dabei ist vor allem an die bisher weitgehend unterbelichtete Rolle der Apparate und Verwaltungen im Verhältnis zur SED-Führung, aber auch an gegensätzliche Interessen gesellschaftlicher Gruppen oder an die Politik begrenzende Funktion von Traditionsbeständen zu denken. Des weiteren gilt es, das Methodenarsenal zu erweitern. Dabei kann es nicht darum gehen, Modelle und Methoden, die zur Analyse westlich differenzierter Gesellschaften entwickelt wurden, ohne weiteres auf die DDR anzuwenden. Es kommt vielmehr darauf an, Politikgeschichte und Diktaturanalyse mit Methoden der Sozial-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturgeschichte jeweils themenbezogen zu kombinieren.

Ein solcher integrativer politikgeschichtlicher Untersuchungsansatz erscheint nicht nur auf der (gesamtstaatlichen) Makroebene, sondern vor allem auf der mittleren, also auf der regionalen Ebene besonders ertragversprechend. Denn in einer Region ist die Verschränkung von Herrschaft und Gesellschaft meist sehr viel besser zu greifen als aus dem Blickwinkel der Zentrale, die den Staat oder die Gesellschaft als ganzes zu steuern versucht. Hier kann am ehesten verdeutlicht werden, daß Herrschaft in der DDR zwar nicht auf Aushandlungsprozessen zwischen gleichen Akteuren, aber zumindest auf Interaktionen staatlicher und gesellschaftlicher Akteure basierte. Über diese „mittlere" Untersuchungsebene ist die DDR-Forschung auch besonders anschlußfähig an einige der dargestellten analytischen Ansätze. So können Längsschnittuntersuchungen, die über das Jahr 1945 hinausgehen, die Relevanz von politischen Zäsuren auch für die Lebenswelt der Menschen hinterfragen. Des weiteren sind derartige Forschungen geeignet, die Frage nach den Spezifika von ostdeutschen Entwicklungen in ihrem Verhältnis zur vorangegangenen gesamtdeutschen Geschichte zu beantworten. Schließlich ermöglicht diese Art von regionalgeschichtlicher Forschung auch interregionale Vergleiche, sei es auf deutsch-deutscher, sei es auf europäischer Ebene.

Auch zur Erhellung interner Strukturen politischer Herrschaft kann eine integrative Politikgeschichte Wesentliches beitragen. Diese setzt eine Abkehr von undifferenzierten Kollektivsingularen wie „die SED" oder „die Sowjets" voraus; hinter die Fassaden des scheinbar monolithischen Herrschaftssystems kann man nur blicken, wenn Zusammensetzung und Aktivitäten der Herrschaftsträger untersucht und interne Akteurskonstellationen sowie ihre Interaktionen aufgedeckt werden. Wer Funktionen und Dysfunktionen des politischen Systems und dessen Veränderungen erklären will, muß das informelle Netzwerk-Handeln unterschiedlicher Funktionärsgruppen viel stärker als bisher berücksichtigen. Hier liegt auch die Bedeutung einer akteurszentrierten Erforschung von Politik, die sich sinnvoll mit den übergeordneten Perspektiven auf die DDR-Geschichte verknüpfen läßt. Denn die Einbindung der DDR in den Ostblock erfolgte nicht

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur über Organisationen und formalisierte Verfahren, sondern auch über die bislang wenig beachteten transnationalen Funktionärsnetzwerke und Interessengruppen.

Die vorgeschlagene Einbindung der DDR-Vergangenheit in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts sowie ihre Einordnung in das „dynamische Mehrebenensystem" europäischer, internationaler und globaler Zusammenhänge eröffnen wichtige Perspektiven auf die ostdeutsche Vergangenheit. Aber eine solche Einordnung kann nur dann gelingen, wenn man die DDR zuallererst selbst ernst nimmt – und sie folglich auch in Zukunft ernsthaft untersucht, statt sie ins „kognitive Nirwana" zu entlassen.

Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD): Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945–1949

Ziele, Methoden, Ergebnisse. Dokumente aus russischen Archiven

Im Auftrag der Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen herausgegeben von Horst Möller (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin), Alexandr O. Tschubarjan (Institut für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften Moskau). In Zusammenarbeit mit Wladimir P. Koslow (Föderale Archivagentur Russlands), Sergei W. Mironenko (Staatsarchiv der Russischen Föderation), Hartmut Weber (Bundesarchiv). Verantwortliche Bearbeiter: Jan Foitzik und Natalja P. Timofejewa

2005. 468 Seiten. Gebunden. 98,– / sFr 169,–. ISBN 3-598-11733-7

(Texte und Materialien zur Zeitgeschichte. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte. Bd. 15)

Die Edition stellt die Kultur-, Schul- und Wissenschaftspolitik der SMAD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) vor. Anhand ausgewählter übersetzter Dokumente wird das Verhältnis zwischen der Besatzungsmacht und den Institutionen des entstehenden Staates der DDR deutlich.

Bitte fordern Sie unseren ausführlichen Prospekt an.

www.saur.de

K·G·Saur Verlag
A Part of The Thomson Corporation

Postfach 70 16 20 · 81316 München · Germany
Tel. +49 (0) 89 769 02-300 · Fax +49 (0) 89 769 02-150/ 250
e-mail: saur.info@thomson.com http://www.saur.de

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß es in der Rüstungstechnik ganz bestimmte Schlüsseltechnologien gibt, die über das Technische hinaus eine unabsehbare militärische und politische Wirkung entfalten, ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein bekanntes Phänomen. Dieser Artikel erinnert daran, daß es sich hier nicht um eine Erscheinung aus der Zeit nach 1945 handelt. Am Beispiel eines Naturprodukts, des Edelgases Helium, wird vorgeführt, welche technischen und politischen Folgen die Entdeckung dieses chemischen Elements hatte. Aber nicht nur das. Dieser Artikel vermittelt auch eine Vorstellung davon, wie schnell die Rüstungstechnik in 20 Jahren veralten konnte.

Helmut Braun

Das „Wundergas" Helium, die US-amerikanische Innenpolitik und die deutschen Zeppeline

Problemstellung

Spätestens mit der Explosion der „Hindenburg", des deutschen Zeppelins LZ 129, über der US-amerikanischen Luftschiffbasis Lakehurst am 6. Mai 1937 war offensichtlich geworden, daß Wasserstoff als Traggas für Luftschiffe nicht mehr zu verantworten war. Doch war eine Alternative schon lange bekannt: Helium. Wirtschaftlich nutzbare natürliche Heliumvorkommen gab es damals aber nur in den USA[1]. Vor dem Hintergrund der freundschaftlichen Kontakte zwischen den deutschen Zeppelinern mit Luftschiffern der US-Navy sowie mit höchsten amerikanischen Regierungskreisen[2] ist zu fragen: Warum bekam das Deutsche Reich kein Helium zur Befüllung seiner Zeppeline? Wie wurde in den USA ein Heliumexport nach Deutschland blockiert? Diese Fragen wurden zwar unter dem Begriff „Helium-Kontroverse" bereits diskutiert, doch lautete das Ergebnis dieser Spezialstudien[3], daß die Heliumabgabe an NS-Deutschland vom damaligen US-

[1] England fand während des Ersten Weltkrieges in Kanada nur wenig ergiebige Heliumquellen. Vgl. Barry Countryman, Helium for Airships and Science. The Search in Canada 1916–1936, Toronto 1992.

[2] Zur Entwicklung dieser Beziehungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung vgl. Helmut Braun, Deutsche Zeppeline und die amerikanische Politik, in: Technikgeschichte 71 (2004), S. 265–286.

[3] Vgl. in chronologischer Reihenfolge die Arbeiten von Günther Moltmann, Die Luftschiff-„Hindenburg"-Katastrophe und das Heliumproblem. Ein Kapitel amerikanisch-deutscher Beziehungen vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 11 (1961), S. 617–634; Michael D. Reagan, The Helium Controversy, in: H. Stein (Ed.), American Civil-Military Decisions. A Book of Case Studies, Birmingham/AL 1963, S. 45–57; Henry Cord Meyer, Airshipmen, Businessmen, and Politics 1890–1940, Washington/London 1991, Chapter 10; Manfred Bauer/John Duggan, LZ 130 „Graf Zeppelin" und das Ende der Verkehrsluftschiffahrt, Immenstaad/Builth Wells 1994, Kapitel 4. Zumindest kurz erwähnt wird die Helium-Frage bei Josef E. Heindl, Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Innenminister Harold Ickes aufgrund außenpolitischer Motive verhindert wurde. Dies ist partiell sicher richtig. Doch gab es noch andere Gründe, auf die hier eingegangen werden soll. Als Grundlage dienen die Tagebücher von Harold Ickes und von US-Außenminister Cordell Hull, gedruckt vorliegende Quellen mit Aussagen des damaligen US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt sowie Aufzeichnungen von Hugo Eckener als Repräsentanten der deutschen Zeppeliner sowie weitere Dokumente aus der NS-Zeit[4]. Daneben wird die „Heliumfrage" auch vor dem Hintergrund neu entdeckter Verwendungsmöglichkeiten dieses Gases noch einmal diskutiert.

Eigenschaften und Einsatzpotentiale von Helium

Helium wurde erst 1868 vom britischen Astronomen Joseph Norman Lockyer als Bestandteil der Sonne (im Griechischen „Helios") identifiziert. 1895 wies der britische Chemiker William Ramsay dann dessen Existenz auf der Erde nach. Als das nächst leichteste Element nach Wasserstoff ist Helium ein durchsichtiges, chemisch extrem träges Edelgas ohne Geschmack und ohne Geruch. In ersten Versuchen wurde 1903 entdeckt, daß einzelne Erdgasgemische aufgrund ihres natürlichen Heliumgehalts Feuer löschen konnten[5]. Helium war also weder brennbar, noch konnte es explodieren. Jedoch konnte es anfänglich trotz horrender Kosten nur in äußerst geringen Mengen gewonnen werden[6].

Bereits 1914 schlug Sir Richard Threllfall Helium als Traggas für englische Luftschiffe und Ballons vor; 1915 unterstützte im Gefolge deutscher Luftschiffangriffe auch Ramsay diese Idee. Unter den für einen Luftschiffbetrieb normalen Umweltbedingungen hatte ein Kubikmeter Heliumgas nur eine Tragkraft von 1,16 Kilogramm, ein Kubikmeter des hochexplosiven Wasserstoffgases hingegen von 1,25 Kilogramm. Trotz intensiver Suche entdeckten aber weder Engländer, noch die ebenfalls danach suchenden Italiener Heliumquellen, die man zu halbwegs tragbaren Kosten ausbeuten konnte[7]. Erfolgreicher war dagegen das U. S. National Research Council und das Geological Survey, die in den US-amerikani-

von Amerika von 1933–1939, Diss. Würzburg 1964, S. 110–115; Herbert Sirois, Zwischen Illusion und Krieg: Deutschland und die USA 1933–1941, Paderborn/München/Wien/Zürich 2000, S. 116 f.

[4] Eine weit ausführlichere Diskussion in einem umfassenden Kontext erfolgt in: Helmut Braun, Aufstieg und Niedergang der Luftschiffahrt – eine wirtschafts- und technikhistorische Analyse, Habilitationsschrift Universität Regensburg, im Erscheinen.

[5] Vgl. A. Penk, Das Helium in Wissenschaft und Praxis, in: Beilage der kölnischen Volkszeitung vom 16. 5. 1937, S. 8 f.

[6] Vor der Inbetriebnahme der ersten Gewinnungsfabrik 1916 konnte Helium nur unter Laborbedingungen isoliert werden, wobei ein cubic foot etwa 2.500 US-Dollar kostete. Vgl. Douglas H. Robinson/Charles I. Keller, „Up Ship!". A History of the U.S. Navy's Rigid Airships 1919–1935, Annapolis/MD 1982, S. 62. Vor dem Ersten Weltkrieg lag die weltweite jährliche Produktion unter einem Dutzend Kubikmeter Gas. Vgl. Hans Woltereck, Das Helium-Problem, in: Waggon- und Lokomotivbau 13 (1930), S. 9.

[7] Vgl. Countryman, Helium; Penk, Das Helium, S. 8; R. R. Bottoms, The Production and Uses of Helium Gas, in: Aeronautical Engineering, 1929, S. 107–117, hier S. 115.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Bundesstaaten Texas, Kansas und Ohio Helium fanden; zugleich entwikkelte das U. S. Bureau of Mines zusammen mit der US-Army und der US-Navy Methoden, um reines Helium aus diesen Quellen abzusondern. Aber erst ab Mitte 1918 gelang dies zu tragbaren Kosten. Die Mengen reichten jedoch nur zur Befüllung von vier Beobachtungsballons[8].

Nach Kriegsende war der damalige Unterstaatssekretär von Marineminister Josephus Daniels, der spätere Präsident Roosevelt, jedoch der Ansicht, daß „with the fire risk eliminated, the rigid airship, or Zeppelin, will be one of the most powerful weapons known"[9]. Am 5. Dezember 1921 wurde dann, weltweit erstmals, ein kleines amerikanische Pralluftschiff mit Helium als Traggas ausgestattet; 1923 folgte das für die US-Navy in Amerika nach deutschen Plänen konstruierte Großluftschiff ZR I „Shenandoah"[10]. Dessen Heliumfüllung stammte bereits aus der im Herbst 1922 in Betrieb genommenen, ersten großdimensionierten Heliumgewinnungsfabrik in Fort Worth/Texas; die Menge des bis dahin in den USA geförderten Heliums (etwa 2,4 Millionen cubic feet) reichte gerade für die Füllung dieses Luftschiffes (etwa 1,783 Millionen cubic feet) aus, wobei die Gewinnungskosten für 1.000 cubic feet noch bei etwa 120 US-Dollar lagen[11]. Als im November 1924 das in der deutschen Zeppelinwerft als Reparationsleistung erbaute, von Wasserstoff getragene Luftschiff LZ 126 als ZR III „Los Angeles" nach seiner Atlantiküberquerung an die US-Navy übergeben wurde, war die in den USA bis dahin gewonnene Heliummenge noch so gering, daß das für die Befüllung von ZR III „Los Angeles" nun benötigte Helium aus ZR I „Shenandoah" abgepumpt werden mußte[12]. Beide Luftschiffe waren jedoch nicht für eine Heliumverwendung konstruiert worden und hatten daher eine geringere Leistungsfähigkeit als bei einer Wasserstoffüllung.

Das U. S. Bureau of Mines begann daraufhin, meist zusammen mit dem U. S. Navy Department, das Gas genauer zu untersuchen. Dabei kamen zwischen 1925 und 1932 erstaunliche Einsatzpotentiale zum Vorschein: Heliumbeimengungen zur Preßluft verminderten Erscheinungen der sog. Taucherkrankheit wie Übelkeit und Krämpfe derartig, daß tiefer und länger getaucht werden konnte und die sogenannten Dekompressionszeiten kürzer wurden. Daneben erleichterte mit Helium angereicherte Luft in Caissons Unterwasserarbeiten wie Schachtgründungen oder Tunnelbauten erheblich. Wie militärisch wertvoll Helium war, zeigte 1930 die sensationelle Bergung der Crew eines US-amerikanischen U-Bootes, das aufgrund eines

[8] Vgl. Bauer/Duggan, LZ 130, S. 80f.; C.W. Seibel, The Contributions of the U.S. Bureau of Mines to Helium Production, in: Transactions of the American Society of Mechanical Engineers 59 (1937), S. 55–59.

[9] Roosevelt, zit. nach G. Sherburne Rogers, Helium. The New Balloon Gas, in: National Geographic Magazine 1919, S. 441–456, hier S. 444. Roosevelt hatte 1919 zudem die Aufgabe, für die Regierung ein geeignetes Grundstück für die Errichtung der späteren Luftschiffbasis Lakehurst zu suchen. Vgl. Robinson/Keller, „Up Ship!", S. 13.

[10] Vgl. Countryman, Helium, S. 41.

[11] Vgl. William F. Althoff, Sky Ships. A History of the Airship in the United States Navy, New York 1990, S. 27 f.

[12] Vgl. C. E. Rosendahl, What about the Airship, New York/London 1938, S. 90.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unfalls gesunken war[13]. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war zwar die hohe Wärmeleitfähigkeit des Gases entdeckt worden, aber erst während der 1920er Jahre kam es zur Anwendung als Kühlmittel schnellaufender Elektromotoren und zum Brandschutz bei Hochspannungs-Schaltkästen. Mischungen mit anderen Edelgasen wie Neon zeigten bei der Verwendung in Glimmlampen einen sehr geringen Stromverbrauch und waren daher für Notbeleuchtungen geeignet. Zudem nutzte eine Heliumatmosphäre beim schnellen Trocknen chemischer Substanzen, beispielsweise zur Konservierung von Nahrungsmitteln. Alle diese Einsatzpotentiale waren auch militärisch nutzbar, insbesondere beim Bau und Betrieb von Unterseebooten. Daneben wurden medizinische Anwendungen für die Therapie von Atemwegserkrankungen wie Asthma, Morbus Krupp, Diphtherie und für die Anästhesie entdeckt; aus humanitären Überlegungen heraus verkauften die USA deshalb geringe Mengen Helium an ausländische Forscher. Nachdem bereits 1911 mit Hilfe von flüssigem Helium die elektrische Supraleitfähigkeit von Quecksilber entdeckt wurde[14], begann um 1929 die Erforschung des Einsatzes dieses, in Metallen nicht löslichen Inert-Gases bei metallurgischen Verarbeitungsprozessen[15]. Experimente zeigten bereits vor 1933, daß bei Schweißvorgängen innerhalb einer Heliumatmosphäre keine Gaseinschlüsse stattfanden und damit Korrosionseffekte ausblieben[16].

Die damals entdeckten Einsatzpotentiale schienen Helium geradezu als „Wundergas" auszuweisen, mit unverkennbaren Nutzenpotentialen für militärisch relevante Anwendungen *weit jenseits* einer Befüllung von Luftschiffen. Doch nur dieses Einsatzgebiet war Gegenstand politischer Diskussion.

Das US-amerikanische Heliummonopol: politische Kontrolle und wirtschaftliche Problematik

Aufgrund des vorgesehenen Aufbaus einer eigenen Luftschiffflotte wollte die amerikanische Politik die auf amerikanischem Boden befindlichen, weltweit einzi-

[13] Vgl. Andrew Stewart, About Helium, Information Circular, I.C. 6745, United States Bureau of Mines, September 1933, S. 37f.; C.W. Seibel/H.S. Kennedy, Helium, in: United States Department of the Interior, Harold L. Ickes, Secretary, Bureau of Mines (Ed.), Minerals Yearbook 1934, Washington D.C. 1934, S. 757–764; dies., in: Minerals Yearbook 1940, Washington D.C. 1940, S. 1103–1106; Yandell Henderson, The Possible Use of Helium in Subaqueous Engineering, in: Mechanical Engineering 61 (1939), S. 112; Geoffrey Morey, Helium. Die Möglichkeiten seiner Verwendung und das Geheimnis seiner Herkunft, in: Der Tag, Unterhaltungs-Rundschau, 14.1. 1931, S. 1f.; Mac B. Revell, Helium, das Sonnengeborene, als vielseitiges Nutzgas, in: Wissen und Fortschritt, 1930, S. 205–207; W.A.H. Brase, Helium und Wasserstoff für Taucher, in: Marine-Rundschau 35 (1930), S. 262f. Auch bei den aus den späten 1930er Jahren stammenden Quellen wurden hier nur die im Text genannten, zwischen 1925 und etwa 1931 erkannten Einsatzmöglichkeiten aufgeführt.

[14] Vgl. Stewart, About Helium, S. 38–46. Stewart zitiert speziell zu diesen Aspekten der Grundlagenforschung auch einige wissenschaftliche Arbeiten aus Deutschland.

[15] Die erste dem Verfasser bekannte Erwähnung von Einsatzmöglichkeiten von Helium bei metallurgischen Verarbeitungsprozessen fand sich im für die Luftfahrt und den Flugzeugbau einschlägigen wissenschaftlichen Journal Aeronautical Engineering. Vgl. Bottoms, The Production, S. 115.

[16] Vgl. Stewart, About Helium, S. 38.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen ausbeutbaren natürlichen Heliumquellen in hoheitliche Gewalt bekommen[17]. Um den Heliumbedarf der US-Navy, der US-Army und anderer Regierungseinrichtungen trotz einer vorerst bescheidenen Gasförderung zu sichern, wurde im März 1925 das Erste Heliumgesetz erlassen. Oberstes Ziel des Gesetzes war die Sicherung der eigenen militärischen Versorgung zur „national defense"[18]. Sollte dann noch Helium zur Verfügung stehen, durfte, sofern der US-Präsident zustimmte, dieses Gas an amerikanische Bürger und Unternehmen abgegeben werden. Ein Heliumexport setzte, neben der Zustimmung des US-Präsidenten, zusätzlich eine gemeinsame Befürwortung durch den Kriegsminister, den Marineminister und den Innenminister voraus. Letzterem unterstand das Bureau of Mines, welches wiederum für die regierungseigenen Heliumgewinnungsfabriken zuständig war. Bereits 1927 folgte mit dem Zweiten Heliumgesetz eine Novellierung[19]. Nun unterstanden das Bureau of Mines und die Fabriken zur Heliumgewinnung dem Handelsminister (Secretary of Commerce), die Kontrolle der Heliumquellen sowie die Ausbeuterechte blieben hingegen beim Innenminister. Damit war der Export noch schwieriger geworden. Denn nun konnte noch ein weiteres Ministerium darüber entscheiden, ob Helium exportiert werden sollte oder nicht. Da sich zudem alle bis dahin gefundenen amerikanischen Heliumquellen im Eigentum des amerikanischen Staates befanden, von kleinsten Fundstellen abgesehen, zementierte die Heliumgesetzgebung eine staatliche Monopolstellung bei der Heliumförderung, bei der Heliumabgabe an die amerikanischen Streitkräfte und schließlich auch an andere, auch ausländische Interessenten. Für diese war die für politische Blockaden anfällige Genehmigungspraxis wahrscheinlich abschreckender als die Heliumpreise selbst: im Juni 1925 kosteten 1.000 cubic feet Helium 47 US-Dollar, aufgrund gesteigerter Förderungen fielen die Preise bis Juni 1926 auf 34 US-Dollar. In einer im April 1929 neu in Betrieb genommenen Heliumfabrik betrugen die durchschnittlichen Nettoproduktionskosten etwa 9 US-Dollar, in Monaten mit hoher Förderung etwa 5 US-Dollar[20].

---

[17] Vorbild war die bereits im Gefolge der nationalen Sicherung der Erdölversorgung Anfang der 1920er Jahre geführte Diskussion über die vor privaten Interessen stehenden staatlichen Rechte auf Erschließung und Ausbeutung militärisch wichtiger nationaler Rohstoffschätze. Vgl. Jens Hohensee, Von Spindletop bis Teapot, in: Manfred Berg/Philipp Gassert (Hrsg.), Deutschland und die USA in der Internationalen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Festschrift für Detlef Junker, Stuttgart 2004, S. 156–170, hier S. 168 f.

[18] Chap. 426. – An Act Authorizing the conservation, production, and exploitation of helium gas, a mineral resource pertaining to the national defense, and to the development of commercial aeronautics, and for other purposes, March 3, 1925, Sixty-Eight Congress, Sess. II, Abstract of Current U.S. Legislation, 1925, 43 Stat. 1110 f.

[19] Chap. 355. – An Act to amend the Act entitled „An Act Authorizing the conservation, production, and exploitation of helium gas, a mineral resource pertaining to the national defense, and to the development of commercial aeronautics, and for other purposes", March 3, 1927, Sixty-Ninth Congress, Sess. II, Abstract of Current U.S. Legislation, 1927, 43 Stat. 1387 f.

[20] Vgl. Seibel, Contributions. Für das Jahr 1937 wurde auf deutscher Seite berechnet, daß ein Kubikmeter Helium auf einem amerikanischen Luftschiffhafen umgerechnet mindestens 0,88 Reichsmark kosten würde, nach Berücksichtigung von Transportkosten am Luftschiffhafen Frankfurt am Main 1,60 Reichsmark. Ein Kubikmeter Wasserstoffgas jedoch kostete knapp

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der militärische Eigenbedarf an Helium und das staatliche Heliummonopol beim Verkauf beziehungsweise eventuellen Export des Gases war damit verkoppelt mit „economies of scale": aufgrund der kapitalintensiven fabrikmäßigen Heliumgewinnung konnten die durchschnittlichen Kosten pro 1.000 cubic feet nur durch eine überdurchschnittliche Ausdehnung der Produktionsmengen gesenkt werden. Doch damit mußte sichergestellt sein, daß für die produzierten Mengen auch eine Nachfrage bestand – im In- wie auch im Ausland.

Während der 1920er und frühen 1930er Jahre war eine amerikanischen Kontrollinteressen genügende „Unterbringung" der langsam ansteigenden Heliumförderung sichergestellt: zwar war ZR I „Shenandoah" trotz Heliumfüllung im September 1925 abgestürzt, aber zwischen 1922 und 1931 wurden für das US-Militär sechs kleinere Prallluftschiffe mit insgesamt etwa 1,3 Millionen cubic feet Traggasvolumen und, nach langem Zögern innerhalb der US-Regierung, auch zwei riesige Starrluftschiffe gebaut: die USS „Akron" (ZRS-4) hatte ihre erste Fahrt am 25. September 1931, stürzte aber bereits im April 1933 ab; die USS „Macon" (ZRS-5) hatte ihre erste Fahrt am 21. April 1933 und ging am 11./12. Februar 1935 verloren[21]. Da ZR III „Los Angeles" im Juni 1932 stillgelegt worden war[22] und nach dem Verlust der USS „Akron" jegliche Planungen für weitere Militärluftschiffe trotz Widerstände aus dem Lager der amerikanischen Marineluftschiffer hinfällig geworden waren, bestand plötzlich keine quantitativ markante amerikanische Nachfrage mehr nach Heliumgas. Damit drohten zurückgehende Fördermengen und somit wieder höhere Kosten für das Gas, wobei aber mittlerweile viele, auch militärisch höchst relevante Einsatzgebiete zwar entdeckt, aber noch nicht breit angewendet wurden. Im Gegensatz zur US-Navy hatte sich die US-Army bereits 1922 von der Luftschifftechnologie verabschiedet[23], während der seit 1925 von der Firma Goodyear betriebene Aufbau eines zivilen innerameriknanischen Passagierdienstes mit bis 1932 etwa 20 kleineren Prallluftschiffen mehr stagnierte als blühte[24]. Als potentielle Interessenten an großen Heliummengen blieben daher nur ausländische Luftschiffbetreiber. Nachdem aber ambi-

unter 0,20 Reichsmark. Eine erstmalige Befüllung eines Luftschiffes in Deutschland mit Helium wäre demnach etwa achtmal teurer gewesen als mit Wasserstoffgas. Vgl. E. Breithaupt, Grundsätzliche Fragen des Luftschiffbetriebs unter Verwendung von Helium, Referat 6. 10. 37, Frankfurt a. M., Abschrift, S. 8f., Quelle aus dem Lufthansa Archiv Köln. Bauer und Duggan nennen jedoch eine Quelle, laut derer für Helium am Gewinnungsort Texas der dreifache, bei einer Abfüllung in Friedrichshafen der fünffache Preis im Vergleich zum Wasserstoff angefallen wäre. Vgl. Bauer/Duggan, LZ 130, S. 50.

[21] Vgl. ausführlich Richard K. Smith, The Airships Akron and Macon, Annapolis/MD 1965.

[22] Vgl. Althoff, Sky Ships, S. 102.

[23] Das in Italien erbaute US-Army-Luftschiff „Roma" war mit Wasserstoffgas befüllt worden und explodierte im Februar 1922; im Oktober verbrannte das ebenfalls von Wasserstoff getragene kleine Prallluftschiff C2. Danach hatte die Army kein Interesse mehr an Luftschiffen, verfügte aber bis 1937 noch über einige Beobachtungsballons. Vgl. P. W. Litchfield/Hugh Allen, Why? Why has America no rigid airships? Cleveland 1945, S. 55; Robinson/Keller, „Up Ship!", S. 63; Thomas Ray, Army Air Service Lighter-Than-Air Branch 1919–1926, in: Journal of the American Aviation Historical Society 25 (1980), S. 301–315.

[24] Vgl. Hugh Allen, The Story of the Airship, Akron/OH 1932, S. 95.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionierte englische Pläne zur Eröffnung ziviler Luftschifflinien nach der Explosion des mit Wasserstoffgas getragenen Luftschiffes R 101 im Oktober 1930 sofort ad acta gelegt worden waren, kamen als potentielle Abnehmer nur noch die deutschen Zeppeliner in Frage. Diesen waren weite Kreise der amerikanischen Marineluftschiffer seit der Zeit des Baues des Reparationsluftschiffes LZ III „Los Angeles" freundschaftlich verbunden; auch der Bau der beiden Großluftschiffe USS „Akron" und USS „Macon" erfolgte von einem deutsch-amerikanischen Gemeinschaftsunternehmen, der Goodyear-Zeppelin Corporation. Wie weit erschien eine Abnahme amerikanischen Heliums durch die deutschen Zeppeliner mit ihrem mittlerweile eingerichteten, zivilen transkontinentalen Luftschiffverkehr damals realistisch?

Das Deutsche Reich als potentieller Interessent an amerikanischem Helium?

Der unumstrittene Repräsentant der deutschen Zeppelinluftschiffahrt, Dr. Hugo Eckener, war in amerikanischen Regierungskreisen sehr geschätzt: im Vorfeld des Baues von ZR III „Los Angeles" hatte Eckener Kontakte zum späteren US-Präsidenten Warren G. Harding geknüpft. Nach der spektakulären Überfahrt dieses Luftschiffes wurde Eckener vom neuen US-Präsidenten Calvin Coolidge erstmals 1924 empfangen. Auch Fahrten mit dem 1928 fertiggestellten Zivilluftschiff LZ 127 „Graf Zeppelin" führten nach den USA: der ersten Fahrt 1928 folgte eine weitere Audienz bei Präsident Coolidge. Die vom amerikanischen Zeitungsmogul William Randolph Hearst finanziell unterstützte Weltfahrt im Herbst 1929 fand ihre politische Anerkennung in einem Empfang im Weißen Haus durch den neuen Präsidenten Herbert Hoover[25]. In diesem Zusammenhang soll Hoover Eckener auch die Lieferung von Helium angeboten haben[26]. Doch zu dieser Zeit glaubten die Zeppeliner die mit dem Einsatz von billigem[27] Wasserstoff als Traggas verbundenen Gefahren aufgrund der erfolgreichen Demonstrationsfahrten des LZ 127 „Graf Zeppelin" zu beherrschen; zudem sprachen die Kosten des Heliums, dessen geringere Tragfähigkeit und der Einwand der Abhängigkeit[28] von den USA dagegen. Der 1929/30 projektierte Zeppelin LZ 128 war daher

[25] Vgl. Braun, Deutsche Zeppeline, S. 277–284.

[26] Vgl. Bauer/Duggan, LZ 130, S. 82.

[27] Die Delag als Betreibergesellschaft der zivilen Zeppelin-Luftschiffahrt befand sich (nicht nur) in diesen Jahren in einer finanziell prekären Situation und war auf Subventionen durch die andere Gesellschaft des Zeppelin-Konzerns, dem Luftschiffbau Zeppelin (LZ) angewiesen. Vgl. Zeppelin-Archiv Friedrichshafen, LZA 016/0459, Geschäftsberichte der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft Frankfurt am Main, Bilanz und Gewinn- & Verlustrechnung, für die 19., 20. und 21. Ordentliche Generalversammlung 1929, 1930 und 1931.

[28] Der Geschäftsführende Direktor Alfred Colsman, über Jahrzehnte hinweg innerhalb des Zeppelin-Konzerns der Widersacher von Hugo Eckener, welcher damals allein der Delag als der zivilen Luftschiffreederei innerhalb des Konzerns vorstand, lehnte den Kauf von Helium ab: „Ein Weltluftverkehr sollte meines Erachtens nie auf einem Betriebsstoff aufgebaut werden, der nur in einem einzigen Lande zu beziehen ist." Alfred Colsman, Luftschiff voraus! Arbeit und Erleben am Werke Zeppelins, Stuttgart 1933, S. 135.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ebenfalls für einen Betrieb mit dem billigen Wasserstoffgas ausgelegt worden, für das keine Devisen benötigt wurden. In Folge der Explosion des englischen Luftschiffes R 101 im Oktober 1930 wurden die Planungen für LZ 128 eingestellt, und Eckener wollte für das statt dessen projektierte Luftschiff LZ 129 (das spätere Luftschiff „Hindenburg") nun doch Helium in den USA erwerben. Als er damit scheiterte, mußte LZ 129 wieder für einen Betrieb mit Wasserstoffgas umkonstruiert werden[29]. Dies hatte aber auch handfeste wirtschaftliche Vorteile, denn ein Luftschiff von der Größe des LZ 129 „Hindenburg" wog allein schon etwa 200 Tonnen. Seine Nutzlast von 50 Tonnen beim Betrieb mit Wasserstoffgas wäre auf etwa 32 Tonnen geschrumpft, hätte man es mit Helium betrieben. Allerdings gab es auch Vorteile: So wäre während des Fahrbetriebs weit weniger Helium aus den Traggaszellen in die Umgebungsluft diffundiert als vergleichbares Wasserstoffgas, und das verbliebene, durch Eindringen von Luft verunreinigte Helium hätte mit Hilfe einer speziellen Anlage wieder gereinigt werden können. Auch hätten bei einer Verwendung unbrennbaren Heliums die Verbrennungsmotoren für den Vortrieb des Luftschiffes in das Innere der Luftschiffhülle verlegt und damit ein geringerer Luftwiderstand geschaffen werden können. Doch konnten alle diese Vorteile die Nachteile der geringen Nutzlast offenbar nicht aufwiegen. Die damals fehlende amerikanische Bereitschaft, Helium an die zivilen deutsche Zeppeliner abzugeben, kann damit erklärt werden, daß die genehmigten beziehungsweise sich nun in der Bauphase befindenden beiden US-Großluftschiffe „Akron" und „Macon" für ihre jeweilige Erstbefüllung 1931 und 1933 gewaltige Heliummengen benötigten. Damit fielen aber, nicht nur nach dem Abklingen der Weltwirtschaftskrise und der Inbetriebnahmen der „Akron" und „Macon", aufgrund der langen Konstruktions- und Bauzeiten bei Großluftschiffen die deutschen Zeppeliner über Jahre hinweg als potentielle Nachfrager nach Helium aus: eine spätere Umrüstung des 1927 für Wasserstoffeinsatz konstruierten LZ 127 „Graf Zeppelin" auf Heliumbetrieb hätte den 1932/33 langsam beginnenden kommerziellen Personentransport noch weit unrentabler gemacht als er ohnehin schon war; gleiches galt für den sich nun im Bau befindlichen LZ 129. Als vor den ersten Fahrten von LZ 129 „Hindenburg" nach den USA Eckener Anfang März 1936 persönlich um die Erteilung von Lande- und Nutzrechten auf der U. S.-Luftschiffbasis Lakehurst (der durch den Verlust der „Akron" militärisch überflüssig geworden war) beim nun amtierenden US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt nachsuchte, wurde deshalb an keiner Stelle die Möglichkeit eines Heliumkaufes erörtert[30]. Dies sollte sich schnell ändern, nachdem die „Hin-

[29] Über den Zeitpunkt und die Intensität dieser Kaufverhandlungen ist die Quellen- und Literaturbasis spärlich und vage. Vgl. Meyer, Airshipmen, S. 211 f.; Bauer/Duggan, LZ 130, S. 82; Hugo Eckener, Im Zeppelin über Länder und Meere – Erlebnisse und Erinnerungen, Flensburg 1949, S. 540.

[30] Zumindest findet sich kein Hinweis in: Ebenda, S. 509–513. Eckener wies in seinen Erinnerungen auch darauf hin, daß die amerikanische Seite eine offizielle Audienz mit der protokollarisch üblichen Anwesenheit des damaligen deutschen Botschafters in Washington, Hans Luther, freundlich absagte und statt dessen Eckener Tage später von Roosevelt zum privaten Tee geladen wurde.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denburg" am 6. Mai 1937 über Lakehurst nahe New York explodiert war. Doch mittlerweile waren seit der Machtergreifung Hitlers und dem fast zeitgleichen Beginn der ersten Amtsperiode von Präsident Roosevelt etwa drei Jahre vergangen, die nicht ohne Folgen für das allgemeine politische Verhältnis zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und den USA geblieben waren.

Charakteristika zentraler amerikanischer Akteure der späteren „helium-controversy"

Die seit den Abstürzen der „Akron" und „Macon" nicht mehr durch amerikanische Nachfrage auslastbare Heliumproduktion brachte im August 1936 einige Vertreter der US-Navy auf die Idee, sich für eine exportfreundlichere Heliumpolitik einzusetzen[31]. Diese Idee traf auf das Wohlwollen des Bureau of Mines, aber bereits damals auf den Widerstand des Innenministers Harold L. Ickes, dem nun das Bureau wieder unterstand[32].

Ickes, von Roosevelt nur zwei Wochen vor seiner Amtseinführung für viele überraschend zum Innenminister berufen, galt als eigenwillig, kommunikativ, offen, rechtschaffen, prinzipientreu und klar argumentierend; oder negativ formuliert: als ein rechthaberisch-sturer Charakter, der gelegentlich auch ohne Rücksprache mit dem Präsidenten oder sogar gegen dessen Willen entschied[33]. Der sich selbst als „Old Curmudgeon"[34] bezeichnende Ickes wurde zu „Roosevelt's Warrior"[35]; beide verband gegenseitige Achtung, im Temperament eine gewisse kongeniale gegenseitige Ergänzung und eine über die politische Aufgabenteilung hinausgehende Freundschaft. Manche bezeichneten Ickes als „supercabinet officer"[36], für seinen Präsidenten war er „always willing to fight"[37] und allgemein einer der einflußreichsten Minister[38]. Innenpolitisch war Ickes liberal und reformfreudig, gegenüber Deutschland hatte er eine „lifelong antipathy"[39]. Damit ging Ickes konform mit seinem Kabinettskollegen Finanzminister Henry Morgenthau. Ickes' Temperament führte mehrfach zu öffentlichen Äußerungen über das nationalsozialistische Deutschland, die so harsch ausfielen, daß sich das US-Außenministerium zum Protest gezwungen sah[40]. Ein Verkauf von Helium an das Dritte Reich, über den Ickes kraft seiner Aufsicht über das Bureau of Mines

[31] Vgl. Reagan, Helium Controversy, S. 46 f.
[32] Vgl. Harold Ickes, The Secret Diary of Harold Ickes, Vol. II: The Inside Struggle 1936–1939, New York 1954, S. 325.
[33] Vgl. Jeanne Nienaber Clarke, Roosevelt's Warrior. Harold L. Ickes and the New Deal, Baltimore/London 1996, S. xiii und S. 371 f.
[34] Zit. nach T.H. Watkins, Righteous Pilgrim. The Life & Times of Harold Ickes 1874–1952, New York 1990, Klappentext.
[35] Clarke, Roosevelt's Warrior.
[36] Charles Merriam, zit. nach ebenda, S. 369.
[37] Roosevelt, zit. nach ebenda, S. 377.
[38] Ohne Verfasser: Current Biography „Harold Ickes", New York 1941, S. 426–428.
[39] Clarke, Roosevelt's Warrior, S. 253.
[40] Vgl. James V. Compton, Hitler und die USA. Die Amerikapolitik des Dritten Reiches und die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges, Hamburg 1968, S. 68.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entscheiden konnte, lag daher nicht in seinem Interesse[41]. Damit war Ickes als Innenminister zwangsläufig auch in außenpolitische Fragen involviert, und damit geriet er zunehmend in einen Gegensatz zu Außenminister Cordell Hull.

Hull, in innenpolitischen Grundsatzfragen eher konservativ, war außenpolitisch liberal und internationalistisch. Bei den sich seit spätestens Ende der 1920er Jahre quer durch die Parteien und die Gesellschaft ziehenden ideologischen Debatten zwischen Befürwortern eines binnenzentrierten, amerikanischen Isolationismus' in Verbindung mit einem Neutralismus und den Befürwortern eines Internationalismus', der jedoch auch die eigenen wirtschaftlichen, militärischen und idealistisch-demokratischen Interessen vertrat und im globalen Maßstab nach befreundeten und mehr gegnerisch einzustufenden Staaten unterschied, stand Außenminister Hull[42] klar auf der Seite der Internationalisten[43]. Hull war daher ein Befürworter des für die amerikanische Wirtschaft wichtigen Exports und des Freihandels; auch war er nicht deutschfeindlich eingestellt[44]. Damit waren innerhalb des Kabinetts Außenminister Hull und Innenminister Ickes in vielen ihrer politischen Grundüberzeugungen Antipoden. Ickes äußerte sich mehrfach wenig schmeichelhaft über Hull und verbarg seine persönliche Geringschätzung und Antipathie auch ihm gegenüber nicht[45]. Der deutsche Wunsch, amerikanisches Helium zu kaufen, bot Ickes eine doppelte Chance – nicht nur gegenüber dem verhaßten Dritten Reich, sondern auch gegenüber seinem Kabinettskollegen Hull. Denn nur auf dem innen- und außenpolitische Kompetenzen verquickenden Gebiet der Genehmigung des Heliumexportes war es Ickes möglich, seinen Kollegen Hull als machtlos vorzuführen und damit als ehrgeizigen politischen Rivalen kaltzustellen. Doch wie würde sich Präsident Roosevelt im Falle eines derartigen, persönlich motivierten Machtspiels innerhalb seines Kabinetts verhalten?

Der pragmatische, mit seiner „New Deal"-Politik liberal und reformfreundlich sowie internationalistisch[46] eingestellte Präsident Roosevelt, als stark wie ein Löwe und schlau wie ein Fuchs charakterisiert[47], nahm in mancherlei Hinsicht eine Mittelposition ein zwischen den beiden Antipoden seines Kabinetts Ickes (in oft naher Verbindung zu Finanzminister Morgenthau) und Hull. Roosevelt galt als meisterhafter Psychologe bei der Einschätzung der öffentlichen Stimmungs-

[41] Vgl. beispielsweise Moltmann, Die Luftschiff-„Hindenburg"-Katastrophe, S. 617–634.

[42] Ohne Verfasser: Current Biography „Cordell Hull", New York 1941, S. 413 f.

[43] Vgl. Wayne S. Cole, Roosevelt & the Isolationists 1932-45, Lincoln/London 1983; Detlef Junker, Kampf um die Weltmacht. Die USA und das Dritte Reich 1933–1945, Düsseldorf 1988, S. 173.

[44] Vgl. Hans-Jürgen Schröder, Deutschland und die Vereinigten Staaten 1933–1939. Wirtschaft und Politik in der Entwicklung des deutsch-amerikanischen Gegensatzes, Wiesbaden 1970, S. 59–67.

[45] „Hull is a little man, just a small mountaineer type, who is governed by his personal feelings and grudges." Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 418. Auch über Kriegsminister Harry Woodring äußerte sich Ickes („pompous second- or third-rate intellect") nicht gerade zimperlich. Ickes, zit. nach Clarke, Roosevelt's Warrior, S. 353.

[46] Verbale Zugeständnisse an die sogenannten Isolationisten waren mehr politisch-taktisch motiviert. Vgl. Detlef Junker, Franklin D. Roosevelt. Macht und Visionen: Präsident in Krisenzeiten, Göttingen/Zürich/Frankfurt a. M. 1979, S. 30.

[47] Vgl. James MacGregor Burns, Roosevelt: The Lion and the Fox, New York 1956.

VfZ 4
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lage und verfolgte deren Entwicklung kontinuierlich in den Medien. Wer, wie beispielsweise Ickes, mit geeigneten Maßnahmen Einfluß auf die publizistische Meinungsbildung nehmen konnte, war damit in der Lage, das Handeln des Präsidenten zu beeinflussen[48].

Bereits seit 1913, als Assistant Secretary of the Navy, hegte Roosevelt ein besonderes Mißtrauen gegenüber dem damals aggressiv auftretenden wilhelminischen Deutschland. 1916 drängte er auf den Kriegseintritt der USA und 1917 forderte er, daß Deutschland kein globaler Machtfaktor mehr werden dürfe[49]. Den Versailler Vertrag empfand Roosevelt als zuwenig hart[50]. Roosevelt, der 1919 unbrennbare Zeppeline als mächtiges Waffensystem ansah, war nicht nur ein Anhänger der Monroe-Doktrin, sondern befürwortete auch eine stärkere globale Präsenz der USA, wobei eine schlagkräftige Kriegsmarine amerikanische Interessen in aller Welt durchsetzen sollte. Nach seiner Wahl war Roosevelt erneut mit einem aggressiven Deutschland mit Groß- oder besser Weltmachtambitionen konfrontiert. Doch konnte der Pragmatiker Roosevelt Hitlers ideologischen Fanatismus ebensowenig verstehen wie dessen außenpolitische Vabanquespiele. Roosevelt glaubte, auch Hitler würde sich letztlich an die Grundregeln des „Spieles der Mächte" halten, womit ihm auch mit den klassischen Instrumenten der Außenpolitik begegnet werden könnte[51], die lange Zeit zur Politik der Neutralität und einer Nicht-Einmischung bei gleichzeitiger öffentlicher Verurteilung aggressiver Politik führte[52]. So reserviert Roosevelt gegenüber Hitler auch war, so freundlich war er gegenüber den deutschen Zeppelinern, insbesondere gegenüber Hugo Eckener[53]. Dieser galt in den USA als ein „guter Deutscher", weil er sich bereits früh in Wort und Tat und mehrfach auch öffentlich gegen die Nationalsozialisten gestellt hatte. Informell soll 1932 Eckener bei einigen Parteien als Gegenkandidat zu Hitler für das Amt des Reichskanzlers im Gespräch gewesen sein. Ende Juni 1934 soll Eckener während der Säuberungen nach dem sogenannten „Röhm-Putsch" auf einer schwarzen Liste gewesen sein, so daß er damals mit dem Gedanken gespielt haben soll, in den USA um politisches Asyl nachzusuchen. Als sich Eckener 1936 auf der Jungfernfahrt von LZ 129 „Hindenburg" spöttisch über das auch an Bord durchgeführte Referendum über die Besetzung des Rheinlands äußerte und dabei Joseph Goebbels als Mephisto bezeichnete, erklärte ihn der Propagandaminister zur Unperson[54]. Erst auf die Intervention von Hermann

[48] Vgl. dazu ausführlicher Thomas H. Greer, What Roosevelt Thought. The Social and Political Ideas of Franklin D. Roosevelt, East Lansing/MI 1958.

[49] Vgl. Sirois, Zwischen Illusion und Krieg, S. 136 f.

[50] Vgl. Rexfort Tugwell, The Democratic Roosevelt, Garden City/NY 1957, S. 99.

[51] Vgl. Sirois, Zwischen Illusion und Krieg, S. 136–138.

[52] Vgl. Lloyd E. Ambrosius, Nationale Selbstbestimmung im Ersten und Zweiten Weltkrieg, in: Berg/Gassert (Hrsg.), Deutschland und die USA, S. 237–262, hier S. 249–260.

[53] Als die italienische Zeitung Corriere della Sera 1932 bei einer Leserumfrage nach der populärsten Person auf der Welt fragte, votierte die große Mehrheit für Hugo Eckener. Vgl. dazu als leider einzige Quelle Eckener, Im Zeppelin, S. 439.

[54] Zum Bann durch Goebbels und als primärer Beleg für einen Tobsuchtsanfall von Hitler wegen Eckener vgl. William E. Dodd, Ambassador to Germany, to R. Walton Moore, Berlin,

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Göring hin und anderer Prominenter hin wurde der Bann wieder aufgehoben. Mehrmals stellte die amerikanische Presse Eckener als Friedensbotschafter dar; auch die englische Regierung ehrte Eckener mit einer Medaille, während der Papst ausdrücklich die Abhaltung Heiliger Messen an Bord der „Hindenburg" erlaubte. Mit der von der NS-Regierung durchgesetzten Gründung der Deutschen Zeppelin Reederei (DZR) als Nachfolgegesellschaft der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft (Delag) wurde Eckener als Direktor jedoch kaltgestellt und auf den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden abgeschoben[55]. Wie verhielt sich Roosevelt nun, als die deutschen Zeppeliner nach der Katastrophe von Lakehurst größtes Interesse am Erwerb von Helium zeigten?

Die Neuformulierung des Heliumgesetzes

Die spätestens seit 1935 rapide gesunkene Binnennachfrage nach Helium in Verbindung mit neu errichteten Produktionsanlagen und der Entdeckung neuer, militärisch relevanter Einsatzpotentiale des Gases erforderte eine Novellierung des Heliumgesetzes. Am 1. Februar 1937 stellte Ickes den entsprechenden parlamentarischen Institutionen einen Entwurf zur Abänderung des Zweiten Heliumgesetzes vor[56]. Dem Bureau of Mines[57] sollte der Verkauf von Helium an Dritte, auch bei einem dann notwendigen Export, erleichtert werden. Vom 20. bis 22. April 1937 fand der erste Termin zur Anhörung von Interessenvertretern und unabhängigen Fachleuten zur Neuformulierung dieses Gesetzes vor dem Committee on Military Affairs des House of Representatives statt[58]. Dabei wurden Statements zur Heliumförderung, zu den militärischen und den zivilen, insbesondere medizinischen Möglichkeiten der Heliumnutzung sowie zu den Chancen und Risiken eines Heliumexports vorgetragen und diskutiert, die metallurgischen

April 18, 1936, in: Edgar. B. Nixon (Ed.), Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs, Vol. III: September 1935–January 1937, Cambridge 1969, S. 290 f.; W.E. Dodd jr./M. Dodd, Ambassador Dodds Diary 1933–1938, New York 1941, S. 333.

[55] Vgl. Eckener, Im Zeppelin, S. 444–448, S. 453 u. S. 476–478; Rudolf Kaefer, Wer war Hugo Eckener?, Friedrichshafen ²1999, S. 21–23; Rick Archbold, Hindenburg. An Illustrated History, Toronto 1994, S. 141–144 u. S. 156–159; Harold G. Dick/Douglas C. Robinson, The Golden Age of the Great Passenger Airships Graf Zeppelin & Hindenburg, Washington D.C./London 1985, S. 18 u. S. 247; Rolf Italiaander, Hugo Eckener. Ein moderner Columbus, Konstanz 1979, S. 118; Albert Sammt, Mein Leben für den Zeppelin, Wahlwies o.J., S. 135–136.

[56] Vgl. Senate Report No. 964, 75th Congress, 1st Session, 1937 und Calendar No. 997, Amending the Helium act, July 22, 1937.

[57] Das kurzzeitig dem Handelsministerium unterstellte Bureau of Mines war mittlerweile wieder dem Innenministerium zugeordnet worden. Vgl. Senate Report No. 964, 75th Congress, 1st Session, 1937, S. 16. Die Bedeutung des Bureaus of Mines umschrieb Clarke mit den Worten „The strategic nature of certain mineral resource, in an increasing dangerous world, was becoming apparent. And the Interior Secretary controlled many of them." Clarke, Roosevelt's Warrior, S. 253. Das vom Bureau of Mines publizierte Mineral Yearbook bzw. Minerals Yearbook wurde offiziell vom Secretary of the Interior herausgegeben.

[58] Vgl. Conservation of Helium Gas, Hearings before the Committee on Military Affairs. House of Representatives Seventy-Fifth Congress on H.R. 4415 and H.R 7494, April 20, 21, 22, May 27, June 29, 30, and July 1, 1937, Washington, United States Government Printing Office 1937.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verwendungsmöglichkeiten blieben davon aber ausgenommen. Zu Wort kam auch die American Zeppelin Transport, Inc. (AZT), das in den USA residierende Gemeinschaftsunternehmen der deutschen Zeppeliner und des US-Konzerns Goodyear. Während sich die Vertreter des Bureau of Mines für die Neuformulierung des Heliumgesetzes aussprachen, erhob der Kongreßabgeordnete Lanham aus Texas, dem Bundesstaat mit den ergiebigsten Heliumquellen, Einwände: er sah in den mit Helium getragenen Luftschiffen mächtige Waffen; wenn das Dritte Reich mit seinen anerkannten Erfahrungen im Bau von Starrluftschiffen amerikanisches Helium bekäme, würden auch andere europäische Staaten die Abgabe dieses Gases fordern. Die USA liefen dann Gefahr, in einen europäischen Krieg hineingezogen zu werden. Zudem störte nach Lanham der deutsche Zeppelinverkehr amerikanische Handelsinteressen „in our natural trade territory"[59]. Die zweite Anhörung fand am 27. Mai 1937 statt, also etwa drei Wochen nach der Explosion der „Hindenburg". Nicht allein das hatte bei den deutschen Zeppelinern einen Schock ausgelöst. Am 11. Mai 1937 hatte Hitler dekretiert, daß weder das verbliebene Luftschiff LZ 127 „Graf Zeppelin" noch der mittlerweile fast fertiggestellte, neueste Zeppelin LZ 130 zivile Fahrten mit Wasserstoffgas durchführen durften[60]. Eckener war also dringend auf amerikanisches Helium für LZ 130[61] sowie für das projektierte Luftschiff LZ 131 angewiesen[62]. Da er anläßlich der amtlichen Untersuchung der Katastrophe von Lakehurst in den USA war, wurde er vom Committee on Military Affairs zur Mai-Anhörung geladen und ehrenvoll begrüßt[63]. Eckener wies darauf hin, daß er bereits vor acht Jahren mit amerikanischen Regierungsstellen über den Kauf von Helium in Kontakt stand, ein Kauf für die Zeppeliner aber wegen der damals hohen Kosten unwirtschaftlich erschien; das jetzt für den kurz vor der Vollendung stehenden LZ 130 benötigte Helium könnte dabei in ein deutsch-amerikanisches Unternehmen, die AZT, eingebracht werden[64]. Fragen des Komitees über eine mögliche deutsche

[59] Conservation of Helium Gas, Hearings, S. 114.

[60] Vgl. Bauer/Duggan, LZ 130, S. 85.

[61] Für die Erstfüllung des LZ 130 wurde von einem Heliumbedarf im Umfang von circa 200.000 Kubikmeter ausgegangen, für Nachfüllungen wären zusätzlich pro Jahr etwa 150.000 Kubikmeter Helium benötigt worden. Amerikanische Berechnungen gingen sogar von insgesamt 500.000 Kubikmeter Heliumbedarf für einen Betrieb von LZ 130 während des Jahres 1938 aus. Vgl. ebenda, S. 73 u. S. 90. Da 1.000 cubic feet ein Hohlmaß für etwa 2,83 Kubikmeter sind, hätten für die Erstfüllung von LZ 130 knapp 71.000.000 cubic feet Helium beschafft werden müssen, für die jährlichen Nachfüllungen zusätzlich mindestens 53.000.000 cubic feet.

[62] Regierungsstellen werteten die Ankunft Eckeners in Washington folgendermaßen: „The purpose of his visit, I understand, is to ‚beg helium'." Stephen T. Early, Assistant Secretary to the President, to Roosevelt, May 25, 1937, [OF294:CT], abgedruckt in: Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs, Second Series January 1937–August 1939, Vol. Five: April–June 1937, ed. by Donald. B. Schewe u. a., New York/Toronto 1969, Document 271, S. 265.

[63] Gemäß einer Meldung der „Washington Post" war Eckener bis dahin der erste Ausländer, der vor einer derartigen Kommission erscheinen und sich äußern durfte. Washington Post, zit. nach Eckener, Im Zeppelin, S. 543.

[64] Vgl. Conservation of Helium Gas, Hearings, S. 117–122. Bereits in einem Brief vom 25. 5. 1937 schlug Eckener Präsident Roosevelt die Einbringung des Heliums in die AZT vor. Vgl. Hugo Eckener, Chairman of the Board, Deutsche Zeppelin Reederei, Washington D.C. to

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zweckentfremdung von Helium zur Füllung militärischer Beobachtungsballons versuchte Eckener durch eigene Vorschläge für eine quantitative Kontrolle der Abgabe und des Verbrauchs von Helium zu entkräften. Bei der dritten Anhörung vom 29. Juni bis 1. Juli 1937 kamen militärische Sachverständige zu Wort. Dort stellte, neben dem von der Luftschiffahrt begeisterten Commander Garland Fulton, insbesondere Commander Charles Emery Rosendahl als einer der erfahrensten amerikanischen Luftschiffer der Navy fest, Helium an sich hätte keinerlei militärischen Wert, außer als Traggas für Luftschiffe. Diese wiederum hätten aufgrund der geographischen Lage der USA nur für die US-Navy eine militärische Relevanz, aber nicht für europäische Staaten. Daher plädierte Rosendahl für einen Heliumexport nach Deutschland, weil dadurch Helium kostengünstig bleiben könnte und damit auch die USA, trotz der Erfahrungen mit der „Akron" und „Macon", wieder eine Luftschiffflotte aufbauen könnten. Ein Vertreter der US-Army, in die ein Teil der amerikanischen Luftwaffe integriert war, sprach sich ebenfalls für einen militärisch unbedenklichen Export aus, wie auch der befragte Chief Engineer der Öl- und Gasabteilung im Bureau of Mines, trotz dessen Kenntnisse über die neuen Einsatzpotentiale dieses Gases[65]. Militärische Bedenken, wenn auch nur in Verbindung mit der Luftschiffahrt und äußerst partiell gegenüber Nutzungen bei Tauch- und Caissonarbeiten, kamen allein von Vertretern der „politischen Kaste".

Im ersten, aus dem amerikanischen Innenministerium eingebrachten Gesetzesentwurf war zwar in Section 4 die Genehmigung eines Heliumexports vom Secretary of the Interior in Abstimmung mit dem Secretary of War und dem Secretary of the Navy abhängig, der Präsident hatte aber hier das letzte Wort[66]. Weiterhin unter der Federführung des Innenministeriums, entfiel im späteren Gesetz dann die tragende Funktion des Präsidenten, da die Entscheidung über einen Heliumverkauf allein auf die ministeriale Ebene verlagert wurde: Roosevelt hatte nun

Roosevelt, May 25, 1937 [OF594:TS], abgedruckt in: Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs, Second Series, Vol. Five, Document 269, S. 263. Dieser Brief blieb offenbar unbeantwortet.

[65] Vgl. Conservation of Helium Gas, Hearings, S. 139–187. Jedoch verwundert die Aussage Rosendahls, Helium habe keine sonstige militärische Relevanz. Denn in seinem kurz darauf erschienenen Buch urteilte er: „In general, it may be said that whereever a perfectly inert gas, or a buoyant gas, or one having high conducting power for heat and electricity or low solubility, is desired, helium may find application." Rosendahl, What About The Airship, S. 75. Auf S. 69 bedankte sich Rosendahl bei Mitarbeitern des Bureau of Mines für die Bereitstellung dieser Informationen. Vermutlich motivierten Rosendahl bei seinen Aussagen vor dem Hearing seine eigenen Interessen am erneuten Bau von Starrluftschiffen für die Navy ebenso wie die mittlerweile langjährige persönliche Freundschaft mit deutschen Zeppelinern. Da Ickes in seinem Tagebucheintrag vom 23. 7. 1938 die bei Rosendahl genannte militärische Relevanz von Helium erwähnte, muß das Buch vor diesem Datum erschienen sein. Vgl. Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 427.

[66] Vgl. den ersten Novellierungsentwurf, in: 75th Congress, 1st Session – Chapter 895 – September 1, 1937: An Act Autorizing the conservation, production, exploitation, and sale of helium gas, a mineral resource pertaining to the national defense and to the development of commercial aeronautice, authorizing the aquisition, by purchase or otherwise, by the United States of properties for the production of Helium gas, and for other purposes, in: Conservation of Helium Gas, Hearings, S. 2.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keine im Gesetz institutionalisierte Mitsprache bei einem konkreten Exportantrag, konnte rechtlich nicht einmal eine Entscheidung auf der Ebene der involvierten Minister aufheben. Zudem wurde auch das Außenministerium in den Entscheidungsprozeß eingebunden, da dort nun auf einer ersten Stufe eine Exporterlaubnis ausgestellt werden mußte. Dieser mußte dann ein neu im Außenministerium installiertes Gremium, das National Munitions Control Board (NMCB)[67], einstimmig zustimmen. Danach mußte, kumulativ, der Innenminister als der rechtliche Verkäufer die endgültige Verkaufs- und damit auch Exporterlaubnis erteilen. Ickes hatte damit als letztes Glied der Genehmigungsprozedur ein absolutes Vetorecht[68]. Zudem war nur eine Abgabe zu den im Gesetz definierten kostendeckenden Preisen erlaubt. Mit einer Vielzahl von Gegenstimmen und Enthaltungen wurde im August 1937 von beiden amerikanischen Häusern das im Gesetzgebungsverfahren weiter verschärfte Dritte Heliumgesetz verabschiedet[69], mit gewissem Unmut[70] vom Präsidenten unterzeichnet und dann von Ickes eine Verordnung zum formalen Ablauf eines Heliumexportantrages erlassen. Absatz 10 dieser ersten, später verschärften (nur in deutscher Übersetzung vorliegenden) Verordnung aus dem Innenministerium verfügte:

> „10. Heliumgas, das aus den Vereinigten Staaten exportiert wird, wird, wenn es für die Füllung eines Luftschiffes gebraucht oder beabsichtigt wird, nicht als nach Abschnitt 4 des Gesetzes exportiert angesehen, wenn es die Absicht des Miteigentümers des Luftschiffes ist, dass es unter amerikanischer Registrierung bleibt und während der ganzen Dauer seines Aufenthalts im Ausland von einem gebührend beglaubigten amerikanischen Flieger beaufsichtigt wird, und wenn auf Seiten des Eigentümers des Luftschiffes keine Absicht besteht, in irgendeinem fremden Land über das Heliumgas zu verfügen."[71]

Wollte Ickes mit dieser Kontrolle durch die Hintertür den Exponenten des nationalsozialistischen Deutschlands demütigen? Wollte er alle militärischen Verwendungsmöglichkeiten durch Deutschland ausschließen und zugleich den zivilen Luftschiffverkehr mit Südamerika erschweren? Oder wollte der Innenminister

[67] Mitglieder des NMCB waren Außenminister Hull als Vorsitzender, Finanzminister Morgenthau, Kriegsminister Woodring, Marineminister Swanson und Handelsminister Roper. Vgl. Bauer/Duggan, LZ 130, S. 89.

[68] Vgl. 75th Congress, 1st Session-Chapter 895-September 1, 1937: An Act Autorizing the conservation, production, exploitation, and sale of helium gas, a mineral resource pertaining to the national defense and to the development of commercial aeronautice, authorizing the aquisition, by purchase or otherwise, by the United States of properties for the production of Helium gas, and for other purposes, in: Conservation of Helium Gas, Hearings. Die gesetzlich verankerte Ohnmächtigkeit des Präsidenten verwundert hier, da bei einigen während der Roosevelt-Administration erlassenen Gesetzen, beispielsweise im Reciprocal Trade Agreements Act, Roosevelt eigenmächtige Entscheidungsbefugnisse eingeräumt wurden.

[69] Vgl. Bauer/Duggan, LZ 130, S. 88.

[70] Vgl. Roosevelt's Statement on Vetoing, September 1, 1937 [OF594:CT], abgedruckt in: Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs, Second Series, Vol. Five, Document 480, S. 403.

[71] Zeppelin-Archiv Friedrichshafen, LZA 017/0398, Abschrift. Verordnungen, die für die Ausfuhr von Helium gelten, Übersetzung des Reichsluftfahrtministeriums, S. 5.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch den von ihm verachteten Kabinettskollegen Hull politisch und persönlich brüskieren, oder – auch das ist möglich – seinen Präsidenten vor einer möglichen (innen-) politischen Zwangslage bewahren?

Harold Ickes, die Zeppeliner und erste Rangeleien mit Cordell Hull

Noch während der Anhörungen zur Novellierung des Heliumgesetzes schien Ickes, der am 25. Mai 1937 auch von Eckener aufgesucht wurde[72], einen Heliumverkauf zumindest noch nicht kategorisch abgelehnt zu haben; eine militärische Verwendung mußte aber ausgeschlossen sein. Als nach Inkrafttreten des Dritten Heliumgesetzes am 1. September 1937 sowie der Durchführungsbestimmungen des Innenministeriums die American Zeppelin Transport Corporation in Vertretung der Deutschen Zeppelin Reederei mit Lieferbeginn zum 1. November 1937 500.000 Kubikmeter Helium für den Export nach Deutschland bei Außenminister Hull beantragte, informierte dieser natürlich nicht nur das National Munitions Control Board, sondern leitete am 20. Oktober 1937 den deutschen Exportantrag auch an Ickes. Da das amerikanische Marineministerium den Exportantrag ebenso genehmigte wie die anderen im NMCB vertretenen Ministerien, stellte Hull der AZT eine auf den 31. Januar 1938 bezogene Exportlizenz über eine erste Heliumlieferung im Umfang von 72.800 Kubikmetern aus[73]. Damit war rechtlich aber noch kein Kaufvertrag zwischen der AZT beziehungsweise DZR[74] und dem amerikanischen Innenministerium als Verkäufer geschlossen worden. Doch statt seine Unterschrift zum Verkauf zu leisten, erließ Ickes am 14. Januar 1938 neue, noch am gleichen Tag von Präsident Roosevelt genehmigte „Vorschriften über die Herstellung und den Verkauf von Helium für medizinischen, wissenschaftlichen und handelsüblichen Gebrauch"[75]. Nun mußte das Kaufbegehren so abgefaßt sein, daß das Innenministerium prüfen konnte, ob es „bona fide" sei. Auf der Grundlage einer schwer nachvollziehbaren Kostenkalkulation wurde zudem der Kaufpreis von 8,50 US-Dollar für 10.000 cubic feet Helium auf nun 10,00 US-Dollar erhöht[76]. Als weitere Hürde wurde noch eine vom Importeur vor der Lieferung zu hinterlegende Sicherheitsleistung in Höhe von 120 Prozent,

[72] Jedoch vermied es Ickes, mit Eckener zusammen von der Presse fotografiert zu werden. Vgl. Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 145 f.

[73] Vgl. Bauer/Duggan, LZ 130, S. 90.

[74] An dieser Stelle muß erwähnt werden, daß der DZR aufgrund des chronischen Devisenmangels des Dritten Reiches erst nach langen Verhandlungen eine knapp bemessene Zuteilung der für einen Heliumkauf benötigten Devisen gelang. Zeppelin-Archiv Friedrichshafen, LZA 005/0605, Schreiben der Überwachungsstelle „Chemie" vom 10. 1. 1938.

[75] Ebenda, LZA 005/0602, Vorschriften über die Herstellung und den Verkauf von Helium für medizinischen, wissenschaftlichen und handelsüblichen Gebrauch, vom 14. 1. 1938, deutsche Übersetzung.

[76] Unzufrieden über die Arbeit seines Bureau of Mines, setzte Ickes diesen Preis so hoch an, um die Hürden für einen Export, den er nach wie vor als militärisch relevant ansah, zu erhöhen. Vgl. Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 324 f. Unklar bleibt, warum Ickes in seinen Aufzeichnungen sich nun bei der Einzelpreisgestaltung auf 10.000 cubic feet statt der bisher üblichen Maßeinheit 1.000 cubic feet bezog.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bezogen auf den neuen Preis zuzüglich der Lieferkosten, festgesetzt[77], obwohl bereits seit Anfang Januar 1938 ein deutscher Frachter in Galveston leere Transportflaschen der DZR auslud und die US-Navy Tankwagen mit Helium befüllte[78]. Aus dem Tagebuch von Ickes geht nun hervor, daß er sich spätestens ab dem 23. Februar 1938 der nachhaltigen Behinderung des bisher so reibungslos ablaufenden Heliumtransportes widmete[79]. An diesem Tag erhöhte Ickes die zu hinterlegende Sicherheitsleistung auf den nun festen Betrag von 500.000 US-Dollar. Dieser penalty bond verfiel, sobald bei Inspektionen der Heliumlieferungen eine militärische Verwendung festgestellt werden würde[80]. Dennoch verweigerte Ickes noch immer die Unterschrift unter diesen Kaufvertrag; er hoffte wohl, daß bereits die Käuferseite wegen der hohen Bürgschaft den Vertrag nicht signieren würde[81]. Als am 12. März 1938 der „rape of Austria"[82] stattfand, war, neben weiten Kreisen der amerikanischen Bevölkerung und der amerikanischen Presse, auch Ickes empört:

> „Even so, I refrained from signing the contract as amended. In view of Germany's ruthless and wanton invasion of Austria I doubt whether it is right for us to sell helium gas to Germany under any pretext. Moreover, a bill has been introduced in the House of Representatives preventing any such sale."[83]

Der angesprochene, aber nicht verabschiedete Gesetzentwurf einzelner Kongreßabgeordneter belegt, daß sich einige Abgeordnete mit der Haltung von Ickes solidarisieren würden[84]. Trotz einer stärker werdenden antideutschen Stimmung in der amerikanischen Bevölkerung glaubte aber Roosevelt, in Übereinstimmung mit Außenminister Hull und dem NMCB, an eine moralische Verpflichtung zum Heliumverkauf. Hull vermerkte in seinen Memoiren verbittert, Ickes vermittle der Öffentlichkeit das Bild, daß das Außenministerium selbst den Heliumexport eingefädelt habe, um Deutschland einen Gefallen zu tun[85]. In einem Memorandum von Joseph C. Green, dem Hull nahestehenden Executive Secretary des NMCB, wurden Roosevelt nun Argumente für den von Green der AZT bereits zugesagten Heliumexport vorgelegt, insbesondere die Gewährleistung der Einhaltung des Dritten Heliumgesetzes und die Notwendigkeit der Erhaltung der

[77] Vgl. Zeppelin-Archiv Friedrichshafen, LZA 005/0602, Vorschriften über die Herstellung und den Verkauf von Helium für medizinischen, wissenschaftlichen und handelsüblichen Gebrauch vom 14. 1. 1938, deutsche Übersetzung, S. 5–8.

[78] Vgl. Bauer/Duggan, LZ 130, S. 91.

[79] Vgl. Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 324 f.

[80] Vgl. Zeppelin-Archiv Friedrichshafen, LZA 017/0399, Deutsche Zeppelin-Reederei G.m.b.H., Zeichen I/Rg., Vertraulich. Bericht über die Verhandlungen betr. den Kauf von Helium, Frankfurt a.M., den 6. 4. 1938, S. 7.

[81] Vgl. Bauer/Duggan, LZ 130, S. 93.

[82] Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 428.

[83] Ebenda, S. 344.

[84] Vgl. Zeppelin-Archiv Friedrichshafen, LZA 017/0399, Deutsche Zeppelin-Reederei G.m.b.H., Zeichen I/Rg., Vertraulich. Bericht über die Verhandlungen betr. den Kauf von Helium, Frankfurt a.M., den 6. 4. 1938, S. 7; Reagan, The Helium Controversy, S. 49.

[85] Vgl. Cordell Hull, The Memoirs of Cordell Hull, Vol. I, New York 1948, S. 598.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Glaubwürdigkeit einer liberalen amerikanischen Handelspolitik. Zudem demonstrierte Green, daß die unterschiedlichen Zuständigkeiten, wie sie im Dritten Heliumgesetz verankert waren, zwangsläufig zu einem Konflikt zwischen Hull und Ickes führen mußten[86]. Zusammen mit diesem Memorandum schrieb Hull am 22. März 1938 an den Präsidenten, daß Experten der US-Army und US-Navy keine militärische Relevanz von Helium für Deutschland erkannten[87]. Bereits am 23. März 1938 antwortete Roosevelt aus seinem Feriendomizil Warm Springs lapidar-uninteressiert und für Außenminister Hull brüskierend mit einem Brief an Ickes: „Memorandum for the Secretary of the Interior: Will you please discuss the helium question with all interested officials and let me have a recommendation at Warm Springs. F. D.R. Copy to the Secretary of State."[88] Offenbar wollte sich Roosevelt aus der ganzen Angelegenheit heraushalten, wobei der Innenminister weiterhin die Federführung in der Heliumfrage behalten sollte. Hull hingegen erhielt am 30. März 1938 durch ein Memorandum des Kriegsministers Unterstützung. Das Kriegsministerium drückte seine Verärgerung gegen die über alle Ressorts hinweggehenden Blockademaßnahmen von Ickes aus und wies auf einen logischen Fehler bei Ickes' Argumenten hin: Im Friedensfall wäre eine illegale Heliumnutzung durch Deutschland nicht zu erwarten und im Kriegsfall wäre die Einbehaltung der Sicherheitsleistung als Vertragsstrafe ohnehin ein wenig abschreckendes Mittel[89]. Daraufhin begann Ickes nun verstärkt Hull direkt anzugreifen[90].

Die Eskalation der Helium-Kontroverse und der „Sieg" von Ickes über Hull

Als sich am 9. April 1938 Sumner Welles als Vertreter des nun sich in Urlaub befindlichen Hull beim Präsidenten persönlich über das Verhalten von Ickes beschweren wollte, kam ihm dieser bei Roosevelt zuvor. Zudem bombardierte nun Ickes seine Kollegen vom Außen-, Marine- und Kriegsministerium mit Memoranden. Gleichzeitig lancierte Ickes ihm genehme Informationen an Zeitungskommentatoren, um die öffentliche Meinung gegen einen Heliumverkauf zu mobilisieren[91]. Er führte nun einen „one-man crusade within the govern-

[86] Vgl. Memorandum by Joseph C. Green, Executive Secretary, National Munitions Control Board, [OF594:CT], abgedruckt in: Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs, Second Series January 1937–August 1939, Vol. Nine: March–April 1938, ed. by Donald B. Schewe u.a., New York/Toronto 1969, Document 944a, S. 207–215.

[87] Vgl. Cordell Hull, Secretary of the State, to Roosevelt, March 22, 1938, [OF594:CT], abgedruckt in: Ebenda, Document 944, S. 206.

[88] Roosevelt, Warm Springs, to Harold L. Ickes, Secretary of the Interior, March 23, 1938, [OF594:CT], abgedruckt in: Ebenda, Document 948, S. 225.

[89] Vgl. Reagan, The Helium Controversy, S. 49.

[90] Vgl. Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 346 f.

[91] Stein bewertete das Vorgehen von Ickes als ein Paradebeispiel für die Durchsetzung eigener Interessen durch gezielte Informationsvergabe an Presseorgane. Vgl. Harold Stein, Editorial Comments, to Michael D. Reagan, The Helium Controversy, in: Ders. (Ed.), American Civil-Military Decisions, S. 58 f.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment"[92], wobei ihn die in Pressekommentaren veröffentlichte Meinung in seiner Haltung immer mehr unterstützte und damit die Wähler für seine Ansicht einnahm, wobei das gesamte Außenministerium teilweise rüde verunglimpft wurde. Selbstzufrieden vermerkte Ickes in seinem Tagebuch am 17. April 1938:

> „Moreover, I believe that public opinion is with me. The newspapers haven't been very excited about it, but the editorials that I have read have all been in favor of refusing [den Heliumverkauf]. [...] The President has seemed inclined to think that the helium should go, but I haven't had time really to trash it out with him, although I expect to do so in the next time I talk with him."[93]

Am 21. April 1938 berichtete Ickes von einer Unterredung mit Roosevelt, bei der es auch über die militärische Nutzbarkeit von Helium ging:

> „I had with me excerpts from the testimony before the Committee on Military Affairs of the House of the ranking officers of the Army and Navy who are experts in aircraft of different sorts. According to these officers, helium could play a very definite and useful part in a war. [...] The President was quite open-minded and told me to adopt a Fabian policy."[94]

Diese Passage ist in zweifacher Hinsicht aufschlußreich: Zum ersten spricht die Erwähnung von Informationen von Flugzeugexperten dafür, daß Ickes über die metallurgischen Verwendungsmöglichkeiten von Helium, die ja bereits im 1933 erschienenen Information Circular[95] des Ickes unterstellten Bureau of Mines genannt wurden, Bescheid wußte. Mit Hilfe einer Heliumatmosphäre blieben bei Schweißvorgängen von Metallen Korrosionseffekte aus, was beim Verschweißen von Leichtmetallen im Flugzeugbau eine bessere Fertigung, Allwettertauglichkeit und Haltbarkeit bedeutete. Bestätigt wird diese Vermutung im 1943 erschienenen Jahrgang 1941 des vom Innenminister herausgegebenen Mineral Yearbook. Dort berichten zwei langjährige Mitarbeiter des Bureau of Mines, daß Forschungen zur metallurgischen Nutzung von Helium stattfanden:

> „Helium is being used as an inert atmosphere for welding magnesium-alloy wings for war planes, and this development has speeded their manufacture. Another use of helium in the national war program is to provide an inert atmosphere for welding defects in magnesium-alloy castings. It is reported that this use of helium has accelerated the production of magnesium castings."[96]

Hierin könnte begründet sein, warum sich Ickes während der gesamten Helium-Kontroverse stur auf vage Andeutungen einer unerlaubten potentiellen militäri-

---

92 Clarke, Roosevelt's Warrior, S. 254.
93 Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 368 f.
94 Ebenda, S. 372 f.
95 Vgl. Stewart, About Helium.
96 H. S. Kennedy/R. A. Cattell, Helium, in: United States Department of the Interior, Harold L. Ickes, Secretary, Bureau of Mines (Ed.), Mineral Yearbook 1941, Washington 1943, S. 1179–1183, hier S. 1181.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Nutzung von Helium zurückzog[97], wenn andere die militärische Irrelevanz von heliumgetragenen Luftschiffen für Deutschland darlegten. Zwar gibt es im Tagebuch keine Hinweise auf diese mögliche inhaltliche Erklärung seiner Ablehnung des Heliumexports, aber die Erwähnung der Konsultation von Flugzeugexperten läßt diese Schlußfolgerung zu. Zum zweiten ist das im Tagebuch von Ickes erwähnte Gespräch mit Roosevelt auch für den weiteren Kurs des Innenministers gegenüber Hull aufschlußreich: Angesichts der zögernden Haltung des Präsidenten hatte Ickes nun das weitere Vorgehen, auch aufgrund seiner „Impfungen" von Journalisten, vorerst in der Hand. Dabei kam ihm gelegen, daß Eckener erneut auf dem Weg in die USA war. Seine persönlichen Gedanken hielt Ickes in einem Tagebucheintrag vom 1. Mai fest:

> „The helium controversy continues to rage. What surprises me is the steady flow of letters that I get upholding my stand. [...] Captain Eckener is on way to America now to try to put this helium contract across. State, War, and Navy still insist that the helium ought to be released. The President never brings the subject up except when I do and I am somewhat at a loss to know just what is running in his mind. Personally, I believe that our decision should be against selling this helium to Germany and I hope that this will be the course finally adopted. When Eckener gets here the whole subject will be reopened. There are more newspaper editorials appearing on the subject too and most of them are favorable. Some of this editorials give me grudging praise."[98]

Nun war die Helium-Kontroverse zu einem „Selbstläufer" in Richtung der Interessen von Ickes geworden, insbesondere als Roosevelt in einer offiziellen Stellungnahme des Weißen Hauses am 11. Mai 1938 erklären ließ: „The President is without legal power to override the judgement of Secretary Ickes and to direct the sale of helium for export."[99] Am 12. Mai 1938 berichtete Ickes über eine Sitzung mit Roosevelt und einflußreichen Militärs und Juristen. In dieser von Roosevelt geleiteten Sitzung betonte der Präsident, unterstützt von Admiral William D. Leahy und General Malin Craig, daß Helium keine militärische Bedeutung habe. Ickes behauptete das Gegenteil, worauf Roosevelt deutsche Garantien für eine nicht-militärische Nutzung für eine Heliumlieferung verlangte. Die zentrale Frage war nun, was ein Wort von Hitler wert war. Zudem erklärte Ickes, ein Heliumexport sei im NMCB nicht von den dort involvierten Ministern befürwortet worden, sondern von deren Stellvertretern. Daher würde bereits ein einzelner persönlicher Widerspruch eines Ministers die NMCB-Entscheidung aufheben[100]. Damit ließ sich ein rechtlicher Formfehler der NMCB-Entscheidung ableiten.

---

[97] Es kann davon ausgegangen werden, daß die rapide deutsche Flugrüstung in den USA bekannt war.

[98] Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 385.

[99] Item 61: White House Statement on the Sale of Helium for Export. May 11, 1938, abgedruckt in: The Public Papers and Adresses of Franklin D. Roosevelt. With a special introduction and explanatory notes by President Roosevelt, 1937 Volume, The Constitution Prevails, New York 1941, S. 335.

[100] Vgl. Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 391 f.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„At this point the President gave up. I had previously suggested to him that I believed the sentiment of the country was opposed to this sale, pointing out the great number of letters that keep coming to me right along, and the attitude of the newspapers. I told the President that I thought it would be a bad political move to export this helium and that he had a perfect out in letting me carry the responsibility."[101]

Die Stimmungslage und die zentrale Frage dieser Sitzung faßte Watkins pointiert zusammen:

„The meeting ended in laughter – and an impasse. Roosevelt made one more try during a cabinet meeting a few days later, but Ickes still refused to sign. The President was left with two choices: to go along, since could not by law supersede Ickes's authority in the matter, or fire his Secretary of the Interior, a move that would been willing to loose a man whose resignations he had been turning back with boring regularity for nearly five years. The President gave up."[102]

Damit hatte sich Ickes beim Präsidenten durchgesetzt, jedoch fehlte zu seinem persönlichen Sieg noch eine Entscheidung innerhalb des Kabinetts, wo sein hartnäckigster und von ihm verachteter Gegner Hull gleichberechtigt war. In der anschließenden Kabinettssitzung war die Situation angespannt – zu offensichtlich war, daß es um eine kabinettsinterne Machtfrage ging: Hull, höchst angespannt, fahl und zitternd, begann Ickes mit den bekannten Argumenten für einen Heliumexport anzugreifen. Roosevelt machte den Kompromißvorschlag, er selbst würde einen Brief verfassen, in welchem er als Oberster Befehlshaber von Navy und Army eine fehlende militärische Bedeutung für diesen einen Heliumexport zur Füllung von deutschen Zeppelinen konstatieren würde, ohne damit ein Präjudiz für weitere Exporte an andere Staaten zu schaffen. Da selbst Finanzminister Morgenthau, der kurz zuvor Ickes seine Unterstützung versichert hatte, ebenso schwieg wie einige andere Minister, sprachen sich Hull und die ihn unterstützenden Minister erneut nachhaltig für einen Heliumverkauf aus. Nichts konnte sie davon abbringen, auch nicht die Hinweise von Ickes auf die Unterstützung seiner Position in der Öffentlichkeit und in der Presse. Trotz dieses Drucks beharrte Ickes auf seiner Position und machte klar, niemals einen Vertrag über einen Heliumverkauf an Deutschland zu unterschreiben[103]. Hätte sich der Präsident, der sich innerhalb des Kabinetts verbal für den Export aussprach, eindeutig durchsetzen wollen, hätte er Ickes als seinen Innenminister entlassen müssen. Mit einer derartig klaren Entscheidung für einen Heliumexport nach Deutschland in Verbindung mit der Entlassung von Ickes hätte Roosevelt aber eine breite, von Ickes geschickt sensibilisierte Öffentlichkeit mindestens irritiert, wenn nicht sogar geschockt. Dies waren dem Präsidenten die Zeppeliner offenbar nicht wert – Ickes hatte hoch gepokert und trotz enormer

[101] Ebenda, S. 392 f.
[102] Watkins, Righteous Pilgrim, S. 669.
[103] Vgl. ausführlich, mit einigen Andeutungen „zwischen den Zeilen" Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 396–399. Prägnant Clarke, Roosevelt's Warrior, S. 256.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Widerstände gewonnen. Obgleich mehrere Zeitgenossen berichteten, daß Roosevelt mehrfach über das Verhalten von Ickes verärgert war[104], sah der Präsident wohl Vorteile für den anstehenden Wahlkampf, wenn er an ihm festhielt. Auf die neu entdeckten technischen Verwendungsmöglichkeiten von Helium kam es spätestens zu diesem Zeitpunkt nicht mehr an.

Präsident Roosevelt: „Über den Dingen stehen" als innenpolitische Wahltaktik

Nicht nur die Heliumdebatte zwischen Ickes und Hull, sondern vielmehr die zunehmend aggressiver werdende Außenpolitik NS-Deutschlands berührte über die amerikanische Presse die 1938 anstehenden mid-term-Wahlen zum US-Kongreß. Nach Detlef Junker befand sich Roosevelt in einer prekären innenpolitischen Lage. Nicht nur gegenüber der oppositionellen Republikanischen Partei, sondern auch in der eigenen Demokratischen Partei ließ die reformfreudige Stimmung nach, besonders bei den konservativer und isolationistischer eingestellten demokratischen Kongreßabgeordneten aus den Südstaaten. Roosevelt schaltete sich daher verstärkt in den Wahlkampf ein, um innerhalb der Demokratischen Partei die von seinem New-Deal-Programm überzeugten Parteigänger zu fördern[105]. Um sich in der Heliumfrage nicht parteiisch festlegen zu müssen, konnte sich Roosevelt nun jederzeit auf die im Dritten Heliumgesetz genannten Formulierungen stützen, wonach es bei einem Heliumexport letztlich auf den Ausschluß einer militärischen Nutzung ankam. Der Präsident konnte aber qua Gesetz nicht darüber entscheiden, was ihn für die Wähler als „ohnmächtig" erscheinen ließ. Damit konnten weder deutschfreundliche noch deutschfeindliche Wähler verärgert werden[106]. Diese im Wahlkampf für Roosevelt bequeme, gesetzlich auferlegte Ohnmächtigkeit trug der Präsident mehrfach in die Öffentlichkeit: Bereits am 5. April 1938, also unmittelbar vor der internen Eskalation der Heliumfrage, wich Roosevelt auf einer Pressekonferenz einer Frage nach der Verschiffung des Gases nach Deutschland dahingehend aus, daß er mit einer Antwort warte, bis er mit Ickes gesprochen habe. Nach einer weiteren, nur zwei Worte („not yet") umfassenden Vertröstung der Journalisten auf einer Pressekonferenz am 8. April 1938 wurde der Präsident vier Tage später mehrfach von Journalisten erneut auf das Heliumproblem angesprochen. Auch hier äußerte sich Roosevelt inhaltlich sehr vorsichtig und hinauszögernd. Das wiederholte sich auf einer Pressekonferenz am 19. April 1938[107]. Nach dem Gespräch zwischen Ickes und Roosevelt am 22. April 1938 und der anschließenden Kabinettssitzung sowie aufgrund der zwischenzeitlichen Ankunft

[104] Vgl. Compton, Hitler und die USA, S. 224, Anm. 12 mit Primärquellennennungen.

[105] Vgl. Junker, Franklin D. Roosevelt, S. 92.

[106] Vgl. Clarke, Roosevelt's Warrior, S. 255.

[107] Die genauen Fragen und Antworten finden sich bei Roosevelt Presidential Press Conferences, Number 448 (April 5, 1938), Number 449 (April 8, 1938), Number 450 (April 12, 1938), Number 451 (April 15, 1938), Number 452 (April 19, 1938), in: Complete Presidential Press Conferences of Franklin D. Roosevelt, Vol. 11–12 1938, New York 1972, hier Vol. 11, S. 274, S. 285, S. 309f., S. 312 u. S. 317.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Eckener in den USA konnte Roosevelt in seiner Pressekonferenz vom 10. Mai nicht mehr auf Vertröstungen wegen eines noch zu führenden Gesprächs mit Ickes rekurrieren. Daher kreisten die Journalistenfragen um die Bewertung einer militärischen Bedeutung des Gases. Doch auch hier schien Roosevelt gelangweilt von diesem Thema[108]. Die bereits genannte, am 11. Mai 1938 vom Weißen Haus veröffentlichte Stellungnahme brachte dann die „Ohnmächtigkeit" des Präsidenten im Rahmen des Dritten Heliumgesetzes auf den Punkt – und gab den deutlichen Hinweis, daß dies im Prinzip seine Minister unter sich ausfechten sollten[109]. Nachdem in der entscheidenden Kabinettssitzung, sowie in der bereits genannten internen Sitzung zuvor, der Präsident vor der kompromißlosen Haltung von Ickes kapituliert hatte, bemühte sich Roosevelt auf der Pressekonferenz am 13. Mai 1938 neuerlich darum, sich selbst aus der Heliumproblematik herauszuhalten[110].

Roosevelt, Ickes und Eckener: Das „Katz- und Maus-Spiel" mit den Zeppelinern

Jedoch hatten Roosevelt und Ickes noch ein persönliches Problem: Sie mußten den in den USA immer noch als ehrenwerten Mann und „guten Deutschen" hochangesehenen Eckener die negative Entscheidung irgendwie beibringen. Ickes berichtete dazu in seinem Tagebucheintrag vom 15. Mai 1938 über ein Gespräch mit Eckener am Tag zuvor:

> „Captain Hugo Eckener came in to see me yesterday morning. I have a very high opinion of Captain Eckener and the interview was somewhat painful. He was terribly disappointed and I could understand this because the development of Zeppelins represents his life work. He has announced that he will never carry any more passengers unless he can get helium gas. I told him that it was a question of law with me. [...] I told him that Congress might amend the law or I might have a successor who would have a different point of view. That was all the consolation that I could give him."[111]

Vermutlich nur der Form halber erwähnte Ickes eine mögliche Entlassung aus dem Amt des Innenministers[112] sowie eine möglicherweise später exportfreundlichere Neufassung des Heliumgesetzes; doch hier hätte er als amtierender Minister wohl wieder ein gewichtiges Wort gehabt. Ein vertrauliches Protokoll von Thomas A. Knowles von der AZT, der dieses Treffen wohl arrangiert hatte, bestätigte, daß Ickes hartnäckig auf seiner engen Interpretation des (von ihm entworfenen) Dritten Heliumgesetzes beharrte und sich das Gespräch um hypothetische

[108] Roosevelt Presidential Press Conferences, Number 457 (May 10, 1938), in: Ebenda, Vol. 11, S. 408 f.
[109] Vgl. Item 61: White House Statement on the Sale of Helium for Export. May 11, 1938, abgedruckt in: The Public Papers and Adresses of Franklin D. Roosevelt, S. 335.
[110] Roosevelt Presidential Press Conferences, Number 458 (May 13, 1938), in: Complete Presidential Press Conferences of Franklin D. Roosevelt, Vol. 11, S. 416–418.
[111] Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 399.
[112] Die alleinige Quelle dafür ist Ickes in: Ebenda.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fragen einer militärischen Zeppelin-Nutzung drehte[113]. Auch ein von Eckener verfaßtes Gedächtnisprotokoll bestätigt die Aussage von Ickes, nach der er unabhängig von den gewünschten Mengen bei einem Export von Helium dessen Verwendung für Kriegszwecke durch Deutschland als möglich ansah[114].

Doch Eckener suchte noch ein direktes Gespräch mit Roosevelt. Der Präsident empfing ihn schließlich am 20. Mai 1938 zu einer nur auf fünf Minuten veranschlagten Audienz. Die auffällige Kürze der Audienz wurde damit erklärt, daß bei einer später doch noch positiven Entscheidung für einen Heliumexport die regierungskritische Presse eine längere Audienz dahingehend hätte interpretieren können, der Präsident habe sich von deutscher Seite überreden lassen[115]. Obwohl es von Eckener und dem ihn begleitenden DZR-Direktor Issel positiver bewertet wurde, zeigt die zentrale Aussage ihres Protokolls auch, wie sehr Präsident Roosevelt einerseits keine Entscheidungen präjudizieren, andererseits die Zeppeliner und letztlich damit das Deutsche Reich sowie mit ihm sympathisierende amerikanische Wähler nicht vor den Kopf stoßen wollte:

> „Der Präsident liess erkennen, dass er die beantragte Heliummenge militärisch für nicht bedeutsam halte, betonte aber, dass er sich an das Gesetz halten müsse, er betrachte jedoch die Sache noch nicht als endgültig entschieden. Er wiederholte mehrfach, die Angelegenheit sei ‚not yet fini', Herr Dr. Eckener habe ‚still a chance and still a hope'."[116]

Eckener glaubte, daß die Entscheidung gegen einen Heliumexport zu einer rein politischen Frage, hochgespielt von den Zeitungen, geworden war und sich Roosevelt hier heraushalten wollte. Als Begründung dafür vermutete Eckener, daß Roosevelt um sein Konzept des „New Deal" und um seine Wiederwahl kämpfen mußte und daher einerseits die starke antideutsche Stimmung nicht ignorieren durfte, andererseits aber durch eine klare Verweigerung jeglichen Heliumexportes nach Deutschland deutsch-amerikanische Wähler verprellt hätte. Daneben vermerkte Eckener in seinem Protokoll, daß sich nach seiner Meinung Finanzminister Morgenthau „trotz jüdischer Abstammung und Einstellung gegen Deutschland für eine Abgabe des Heliums aus wirtschaftlichen Gründen"[117] aussprach. Weiterhin glaubte Eckener, Roosevelt „dürfte auch auf seinen Innenminister Ickes deshalb Rücksicht nehmen wollen, weil anscheinend über diesen zahlreiche Geldmittel für die Durchführung der Wahlen der demokratischen Partei zufliessen"[118]. Damit schätzte Eckener ohne Zweifel die innerameri-kanische Helium-Kontroverse partiell richtig ein, übersah bei seiner Analyse

[113] Vgl. „confidential report" by Thomas A. Knowles, zit. nach Meyer, Airshipmen, S. 217.
[114] Lufthansa Archiv, Protokoll Streng Vertraulich, Reise Dr. Eckener – Issel nach New York, mit Erstellungsdatum 3. 6. 1938, S. 5.
[115] Ebenda.
[116] Ebenda.
[117] Ebenda, S. 3.
[118] Ebenda, S. 4 f.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

jedoch den von Ickes gegen Außenminister Hull angezettelten persönlichen Machtkampf.

Eckener schien noch Hoffnungen für einen späteren Heliumkauf gehabt zu haben, wobei er aus Kreisen der US-Navy bestärkt wurde: So kam es in den Tagen nach den Audienzen bei Roosevelt und Ickes zu ominösen Vorgängen über eventuell dennoch mögliche Heliumlieferungen für den LZ 130, über Gedankenspiele im Kriegs- und Marineministerium bezüglich einer Änderung des Dritten Heliumgesetzes sowie zur Diskussion der Möglichkeit, LZ 130 könnte mit Wasserstoffgas gefüllt nach Lakehurst kommen und dort dann, also in den USA, mit Helium befüllt werden. Für diesen formal ohne Exportanträge gangbaren Weg hätte man aber nicht nur die amerikanischen mid-term-Wahlen im November 1938, sondern auch die Genehmigung des deutschen Reichsluftfahrtministeriums abwarten müssen. Die Aufnahme eines regelmäßigen Passagierdienstes mit LZ 130 wäre mit Hilfe dieses „Umwegs" ab dem Frühjahr 1939 möglich gewesen; jedoch wäre nach diesem Vorschlag der erste Schritt einer Heliumbeschaffung auf Reichsluftfahrtminister Göring abgewälzt worden[119].

Das für die Haltung von Roosevelt in der Helium-Kontroverse vermutete Wahlkampfkalkül ging aber nicht auf: Obwohl der Präsident bei der Heliumpolitik keine unnötige innenpolitische Angriffsfläche bot, fand in der amerikanischen Bevölkerung ein Schwenk weg von Isolationismus und Neutralität und hin zu kritischer Distanz gegenüber den als undemokratisch und aggressiv eingestuften Staaten Deutschland, Italien und Japan statt. Dieser Schwenk festigte das Ansehen des natürlich im Amt verbliebenen Innenministers Ickes und dessen Einfluß auf Roosevelt[120]. Dennoch endeten die mid-term-Wahlen im November 1938 mit einer Schlappe für die Demokraten. Zwar behielt die Partei des Präsidenten in beiden Häusern des amerikanischen Parlaments noch eine sichere Mehrheit, aber vielerorts siegten die von Roosevelt parteiintern bekämpften konservativen Demokraten[121].

Ickes und Hull nach der entscheidenden Kabinettssitzung

Für die These, daß Ickes unter Ausnutzung der Möglichkeiten des Dritten Heliumgesetzes bei der außenpolitisch relevanten Frage eines Heliumexports endlich einen Ansatzpunkt für einen persönlichen und kabinettsinternen Machtkampf mit Außenminister Hull gefunden hatte, sprechen die Entwicklungen im Nachgang des „Sieges" von Ickes über Hull am 12. Mai 1938: Für den Rest des Jahres trat Ickes außenpolitisch kaum mehr in Erscheinung, obwohl er durch seine Haltung bei der Helium-Kontroverse offenbar in der Öffentlichkeit so an außenpolitischer Profilierung gewonnen hatte, daß der Rundfunksender CBS Mitte November 1938 Ickes um eine Stellungnahme zu den Judenpogromen in NS-Deutschland bat. Ickes nahm dieses außenpolitisch relevante Angebot eines

119 Ebenda, S. 6–8.
120 Vgl. Clarke, Roosevelt's Warrior, S. 376 f.
121 Vgl. Junker, Franklin D. Roosevelt, S. 92 u. S. 96.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Redebeitrages zwar an, hielt aber vorher Rücksprache mit Roosevelt[122]. Unterstützung erhielt Ickes für seine Haltung auch von englischer Seite: Im Rahmen eines halb privaten Besuches traf sich der frisch verheiratete Innenminister Ende Mai 1938 mit Lord Halifax und Premier Chamberlain. In seinem Tagebuch vermerkte Ickes, durchaus zufrieden mit sich selbst, eine erleichterte Haltung über seine Heliumpolitik bei der politischen Führung in England[123]. Eine derartige Bestätigung bedeutete aber auch, daß von nun an Ickes ohne eine Beschädigung seines Ansehens nicht mehr zurück konnte, sollte ein neues deutsches Kaufgesuch für Helium kommen oder Roosevelt sich plötzlich doch für einen Export aussprechen. Als im Juli 1938 Navy-Commander Rosendahl als Vertreter der amerikanischen Luftschiffer bei einem Besuch in Deutschland zu den Feiern des 100. Geburtstagsjubiläums von Graf Zeppelin erneut heftig für einen Heliumexport nach Deutschland warb, trat Ickes sofort gegen diesen Plan auf[124]. Wie „flexibel" Ickes aber sein konnte, zeigt die Tatsache, daß der Innenminister ohne großes Aufheben bereits Anfang Juli 1938 den Export von einigen Hunderttausend cubic feet Helium an Polen zur Füllung eines Stratosphärenballons genehmigte. Nun leistete das Außenministerium Widerstand, wodurch sich dieser Export bis Mai 1939 verzögerte[125]. Hier handelte es sich um einen von Ickes gewünschten Export, nämlich um die Belieferung eines Nachbarn des Deutschen Reichs; Roosevelt wurde darüber nur benachrichtigt[126].

Offiziell beendet wurde der heftige Streit um einen Heliumexport nach Deutschland am 22. November 1938 mit einem Brief von Ickes an Edward Farley, dem Präsidenten der AZT. Hier verwies Ickes auf eine erneute Bestellmöglichkeit nach einer entsprechenden Gesetzesänderung und fügte den Scheck mit der gestellten Sicherheitsleistung bei[127].

---

[122] Vgl. Clarke, Roosevelt's Warrior, S. 291.

[123] Vgl. Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 406.

[124] Vgl. ebenda, S. 427 f.

[125] Vgl. ebenda, S. 637 f. u. S. 661. James H. Rowe, Jr., Executive Officer, White House, to Roosevelt, May 17, 1939, [OF594:CT], abgedruckt in: Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs, Second Series January 1937–August 1939, Volume Fifteen May–June 1939, Document 1810, S. 116.

[126] Vgl. Item 60: A Recommendation as to a Policy for the Exportation of Helium. May 25, 1939, Note, in: The Public Papers and Adresses of Franklin D. Roosevelt. With a special introduction and explanatory notes by President Roosevelt, 1939 Volume, New York 1941, S. 225–227.

[127] Vgl. Zeppelin-Archiv Friedrichshafen, LZA 017/0469, „Exhibit G", Department of the Interior, the Secretary of the Interior, Brief an Mr. Edward P. Farley, President, American Zeppelin Tranport, Inc., November 22, 1938. Daraus kann geschlossen werden, daß von deutscher Seite trotz der Devisennot die Mittel für den penalty bond bereitgestellt wurden. Zur Devisennot vgl. Ralf Banken, Die deutsche Goldreserven- und Devisenpolitik 1933–1939, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2003/1, S. 49–78. Dies verwundert, weil Göring als Flieger und Luftfahrtminister die Zeppeline geringschätzte. Vgl. dazu Bauer/Duggan, LZ 130, S. 107. Vor der Katastrophe von Lakehurst verdienten jedoch die zivilen Passagierluftschiffe LZ 127 „Graf Zeppelin" und LZ 129 „Hindenburg" aufgrund amerikanischer und brasilianischer Buchungen Devisen für das Reich. Vgl. Zeppelin-Archiv Friedrichshafen, LZA 017/0488, Deutsche Zeppelin-Reederei G.m.b.H., Vorläufiger Verkehrsbericht für die Fahrzeit 1935, Zur Vorlage am 18./19. 12. 1935, S. 6.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie sehr Hull sich von der Niederlage gegenüber Ickes getroffen fühlte, zeigen seine Memoiren. Besonders enttäuscht zeigte sich Hull erneut[128] über Präsident Roosevelt:

> „Since Ickes' department continued to give the press and public the impression that the State Department had promoted the idea of selling helium to Germany over the opposition of the Interior Department, I gave to the President the letter Ickes had written requesting me to grant the export license. Mr. Roosevelt was much surprised. When the matter came up for discussion at the next Cabinet meeting, the President read this letter, and offered his comment that the State Department's position was correct. Ickes advanced no real argument. However, he continued to block the sale, and the President would not take a stand sufficiently strong to overrule him. Sometimes the President seemed to take a boyish delight in seeing two of his assistants at odds."[129]

Ickes hingegen schien die mit Hilfe des Präsidenten bewußt oder unbewußt mitinszenierte Demütigung von Hull zu genießen. Als auf einer Kabinettssitzung die Diskussion um einen erneuten Bau von amerikanischen Luftschiffen aufkam, vermerkte Ickes in seinem Tagebuch mit Genugtuung:

> „When Edison mentioned helium, the President said laughingly: ‚Charles, you shouldn't have said anything about helium; the Secretary of the Interior is still on his honeymoon.' I said that it was all right so far as I was concerned. Then Edison went on to say that if the German Zeppelin Company were given helium, it would mean that American officers could be trained in a dirigible. At this point I said: ‚Would these men receive military training?' Not aware of the trap he said: ‚Yes.' Whereupon I said: ‚That is all I wanted to know.' A great laugh went up from everyone except Hull whose face assumed an unusually sour expression."[130]

Der Machtkampf zwischen Ickes und Hull hatte aber noch andere Gründe: Hull beschäftigte sich mit dem Gedanken einer Kandidatur für die 1940 anstehende Präsidentschaftswahl; vereinzelte Zeitungen prophezeiten ihm gute Chancen. Insbesondere konservative Demokraten hielten Hull für einen geeigneten Kandidaten, und der amtierende Präsident hätte kaum widersprechen können. Doch diese Blütenträume zerstoben sehr schnell angesichts der Niederlage gegen Ickes, da sich der Präsident in der Helium-Kontroverse nicht für Hull einsetzte, sondern sich durch den Rückzug auf seine gesetzlich verankerte Ohnmächtigkeit de facto für Ickes aussprechen konnte. Wochen nach seinem „Sieg" über Hull im

[128] Aus innenpolitischen Gründen versagte Roosevelt seinem Außenminister bereits die Unterstützung bei der Verabschiedung des Neutralitätsgesetzes und bei einem Konflikt zwischen Hull und Finanzminister Morgenthau im Juni 1936. Zu Details vgl. Junker, Franklin D. Roosevelt, S. 114, und Detlef Junker, Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941, Stuttgart 1975, S. 102 f.

[129] Hull, The Memoirs of Cordell Hull, Vol. 1, S. 598.

[130] Ickes, The Secret Diary, Vol. II, S. 414.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kabinett, vermerkte Ickes am 3. Juli 1938 über die für ihn noch nicht definitive Entscheidung des Präsidenten:

> „Surely if he does not do anything about helium in these next three or four days, he won't do it at all. And if he does not do anything, I will have won over Hull at the cost of making an enemy of him."[131]

Die Reaktionen in NS-Deutschland: Hatte Ickes eine richtige Vermutung?

Reichsluftfahrtminister Göring und andere offizielle deutsche Stellen reagierten auf die Ablehnung des amerikanischen Heliumexports beleidigt oder auch bösartig. Bereits am 29. April 1938 telegrafierte Hugh R. Wilson, der amerikanische Botschafter in Berlin, über ein von ihm geführtes Gespräch mit Göring, in welchem dieser erregt und grob den Tiefpunkt der deutsch-amerikanischen Beziehungen und Feindseligkeiten aufgrund dieser für beide Staaten doch unwichtigen Kleinigkeit des Heliumkaufs beschwor. In diesem Zusammenhang soll Göring sein Ehrenwort dafür gegeben haben, daß Helium nicht für Kriegszwecke genutzt würde, aber eine Kontrolle seines Ehrenwortes würde er niemals hinnehmen[132]. Der deutsche Botschafter in Washington, Hans-Heinrich Dieckhoff, telegrafierte dagegen am 20. Mai 1938 nach der Audienz zusammen mit Hugo Eckener nach Berlin: „Die beste Antwort für Herrn Ickes wäre ein Übungsflug des neuen Luftschiffes [gemeint ist „LZ 130 Graf Zeppelin II"] mit Wasserstoffgas über New York und Washington."[133] Es gibt auch Quellenhinweise, daß im Deutschen Reich eine verstärkte Suche nach Heliumquellen im Gange war[134]. Die Funde blieben aber, trotz gelegentlich spektakulärer Ankündigungen direkt an Hitler[135], bis 1937 äußerst dürftig. Im Mai/Juni 1938 schienen intensivere Suchmaßnahmen eingeleitet worden sein; ein Dossier erwähnt sogar den Bau einer Heliumförderanlage[136]. Neben der DZR, die vor der Katastrophe von Lakehurst

---

[131] Ebenda, S. 418.

[132] Vgl. Hugh R. Wilson, Ambassador to Germany, to Cordell Hull, Secretary of the State, April 29, 1938, [PSF:Germany:Wilson:M], abgedruckt in: Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs, Second Series, Vol. Nine, Document 1954, S. 517.

[133] Der Deutsche Botschafter in Washington an das Auswärtige Amt, Telegramm, Vertraulich, Nr. 154 vom 20. 5. 1938, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Serie D: 1937–1945, Band 1: Von Neurath zu Ribbentrop September 1937 – September 1938, Baden-Baden 1950, Dokument 542, S. 575 f.

[134] Vgl. Penk, Das Helium, S. 8; Woltereck, Das Helium-Problem, S. 9; Stewart, About Helium, S. 26.

[135] Zu vermeintlich stark heliumhaltigen Erdgasbohrungen in Mühlhausen vgl. Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, R 43 II/976b, Telegramm von Gauleiter und Reichsstatthalter Sauckel an den Führer und Reichskanzler, vom 10. 5. 1937. Hitler selbst habe diese Nachricht mit Interesse zur Kenntnis genommen, und auch Göring wurde informiert. Antwortbrief vom Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei an den Reichsstatthalter in Thüringen, vom 12. 5. 1937, in: Ebenda.

[136] Vgl. Zeppelin-Archiv Friedrichshafen, LZA 005/0600, Dossier Prof. Francke, I Min.Öl 3/5510/38, Gegenwärtige Möglichkeiten einer deutschen Heliumgewinnung, Berlin, den 30. 6.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kein Interesse an einer „deutschen" Heliumförderung zeigte, wurde im Februar 1939 zusätzlich nach dem jedoch nicht abschätzbaren Heliumbedarf der Wehrmacht gefragt; außerdem finden sich Quellenbelege, wonach „seitens des RLM sehr grosses Interesse an der Helium-Produktion neuerdings gezeigt wurde"[137]. Daraus kann geschlossen werden, daß die deutsche Luftwaffe über die metallurgischen Einsatzpotentiale von Helium informiert war. Ohne daß es hier mit Quellenmaterialien bewiesen werden kann, ist es denkbar, daß US-Innenminister Ickes einen zutreffenden Verdacht mit seiner Befürchtung einer militärisch-technischen Nutzung amerikanischen Heliums in Deutschland hatte. Und die für das Deutsche Reich einfachste Methode, an große Mengen Heliumgas zu gelangen, wäre der Kauf des Gases in den USA gewesen, wobei die Füllung eines Zeppelins eine zivile Nutzung hätte vorspiegeln können.

Zusammenfassung

Die deutschen Zeppeliner benötigten nach der Katastrophe von Lakehurst dringend das unbrennbare Helium als Traggas. Daneben zeigten neu entdeckte Verwendungsmöglichkeiten des Gases immer mehr militärisch relevante Einsatzpotentiale. Daher war das Gas für die deutsche Aufrüstung auch außerhalb der Luftschiffahrt von Interesse; diese konnte lediglich als Vorwand genutzt werden, um Helium von den USA zu bekommen.

Ickes, der aufgrund des aus seinem Hause stammenden Dritten Heliumgesetzes in der Lage war, jeglichen Export von Helium zu blockieren, bot sich mit den deutschen Kaufabsichten die Möglichkeit, mehrere politische und insbesondere auch persönliche Ziele durchzusetzen: Erstens, das politische Ziel, das NS-Regime zu brüskieren, selbst wenn Deutschland das amerikanische Helium wirklich nur für die Befüllung von Zeppelinen benutzen würde. Zweitens, andere militärisch-technische Verwendungen von Helium durch die deutsche Rüstungswirtschaft von vornherein zu verhindern. Damit mischte sich der amerikanische Innenminister, gedeckt durch die von ihm entworfenen Regelungen im Dritten Heliumgesetz, direkt in die amerikanische Außenpolitik ein. Doch damit verfolgte Ickes, drittens, auch persönliche Ziele. Denn er hatte schon viele Jahre eine äußerst abschätzige Meinung von seinem ambitionierten Kollegen Hull – die Helium-Kontroverse erlaubte Ickes nun endlich, einen Machtkampf mit ihm auszufechten. Da im Gegensatz zum engen persönlichen Verhältnis zwischen Ickes und Roosevelt[138] zwischen dem Präsidenten und seinem Außenminister häufiger

1938, und BA Koblenz, R 43 II/976b, Jahresbericht 1938 der Technischen Abteilung der Deutschen Zeppelin-Reederei G.m.b.H., 1939, und Jahresbericht 1939 der Technischen Abteilung der Deutschen Zeppelin-Reederei G.m.b.H., 1940.

[137] Zeppelin-Archiv Friedrichshafen, LZA 017/0375, Niederschrift der im Reichswirtschaftsministerium, Berlin, am 22. 2. 1939 stattgefundenen Besprechung, hier: Heliumhaltige Erdgasbohrungen, vom 27. 2. 1939.

[138] Das enge Verhältnis zwischen dem Präsidenten und seinem Innenminister zeigten zwei kurze Sentenzen vom Februar 1940: In einem persönlichen Brief schrieb Roosevelt an Ickes: „We – you & I, were married, for better, for worse' – and it's too late to get a divorce & too

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Spannungen auftraten und die Helium-Kontroverse zu einem Zeitpunkt eskalierte, als der Wahlkampf zu den für Roosevelt wichtigen mid-term-Wahlen anstand, kann vermutet werden, daß, viertens, Ickes den Präsidenten in der umstrittenen Frage eines Heliumexports nach Deutschland aus dem innenpolitischen Schußfeld nehmen wollte. Roosevelt unterstützte daher das teilweise grobe Vorgehen seines Innenministers, denn damit entledigte er sich nicht nur eines außen- und innenpolitisch prekären Themas, sondern en passant mit Hull auch eines von ihm wenig geschätzten potentiellen Nachfolgers als Präsidenten.

Gegen derartige Konstellationen hatten die deutschen Zeppeliner, trotz der Aufrichtigkeit ihrer Versprechen, an einer militärischen Verwendung von Helium keine Interesse zu besitzen, keine Chance.

late for you to walk out of the home-anyway, I need you! Nuff said. Affec. FDR". Ickes antwortete am 8. 2. 1940: „You are a hard man to deal with, especially when anyone admires and loves you as I do. Your letter quite touched me. I am yours to command ... of my devotion there can be no doubt, Harold L. Ickes, to FDR". Zit. nach Clarke, Roosevelt's Warrior, Vorblatt vor der Inhaltsübersicht.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeitgeschichtsforschung in Italien, so hat ein großer Gelehrter einmal geschrieben, sei doppelt so mühsam wie in Frankreich, vor allem doppelt so zeitaufwendig. Brunello Mantelli differenziert diese allzu einseitige Einschätzung. Er verfolgt die Geschichte der faschistischen Archive, gibt einen ersten Überblick über die wichtigsten Quellenbestände und skizziert dabei – en passant – die neuesten Trends der Forschung über den Faschismus. Die Bilanz ist so schlecht nicht, auch wenn die Archiv- und Geschichtspolitik der Mitte-Rechts-Koalition von Berlusconi manchen Anlass zur Sorge gibt.

Brunello Mantelli

Im Reich der Unsicherheit?

Italienische Archive und die Erforschung des Faschismus

Die Bedeutung der vom faschistischen Regime produzierten Akten entging den höchsten Führungsstellen der Anti-Hitler-Koalition nicht einmal im Chaos der sich überschlagenden Kriegsereignisse. Das geht auch aus dem so genannten langen Waffenstillstand hervor, den Marschall Pietro Badoglio als neuer, von König Viktor Emanuel III. nach dem Sturz Mussolinis eingesetzter Regierungschef und General Dwight D. Eisenhower als Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte im Mittelmeerraum am 29. September 1943 in Malta unterzeichnet haben. Dort heißt es im Art. 35: „Die italienische Regierung wird alle Informationen liefern und alle Dokumente besorgen, derer die Vereinten Nationen bedürfen. Es ist untersagt, Archive, Protokolle, Pläne oder jedwedes andere Dokument bzw. Information zu vernichten oder zurückzuhalten."

Nach Claudio Pavone wollte man damit unter anderem verhindern, dass Beweise für die Verbrechen des Faschismus und die Verstrickungen des Staatsapparates in das Regime beiseite geschafft oder verfälscht würden[1] – was mit der Absicht zusammenhing, nach dem Ende des Konflikts Kriegsverbrecherprozesse gegen die deutschen, japanischen und italienischen Führungsschichten einzuleiten. Nicht zufällig hatten die Vertreter der 17 Koalitionspartner die „United Nations War Crimes Commission" gebildet, welche die einschlägige Dokumentation zusammentragen sollte. Während es aber in Nürnberg und Tokio zur Einrichtung entsprechender Tribunale kam, geschah in Italien nichts. Tatsächlich gelangten die Angloamerikaner nach und nach zu dem Schluss, Italien und Deutschland unterschiedlich zu behandeln, was am Ende dazu führte, dass sie den Italienern eine institutionelle staatliche Kontinuität zubilligten, die sie den Deutschen verwehrten. Folglich wurden die italienischen Archive nicht von den Siegermächten beschlagnahmt, wenn man von einigen Beständen absieht, die zwar nicht

[1] Claudio Pavone, Alle origini della Repubblica. Scritti su fascismo, antifascismo e continuità dello Stato, Torino 1995, S. 105.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unwichtig, aber von relativ geringem Umfang sind[2]. Vielleicht wäre es für die historische Forschung vorteilhafter gewesen, wenn die Angloamerikaner auch dieses Archivgut – wie es mit dem überwiegenden Teil der deutschen Papiere geschah – komplett verfilmt hätten, denn dann wäre den Forschern der Zugang vermutlich erleichtert worden.

Faschistische Archive und Staatsarchive

Der italienische Faschismus hielt sich als politisches Regime fast 23 Jahre, vom Oktober 1922 bis zum April 1945, davon über 20 Jahre in monarchischer, vom September 1943 bis zu seiner endgültigen Niederschlagung in republikanischer Form. Zumindest für die erste, lange Phase ist es fast unmöglich, zwischen faschistischen Dokumenten im eigentlichen Sinne und Akten, welche die öffentlichen Einrichtungen in Erfüllung ihrer institutionellen Aufgaben produziert haben, zu unterscheiden, obgleich die Entstehung und Entwicklung spezifisch faschistischer staatlicher und parastaatlicher Apparate natürlich auch zur Herausbildung neuer Aktengruppen geführt hat. Auf die Krise von 1943 folgten dann der Zusammenbruch des Staates und die Etablierung zweier staatlicher Einheiten, des so genannten „Reichs des Südens", dessen Regierung erst im Juli 1944 wieder nach Rom zurückkehrte, und der kollaborationistischen Republik von Salò. Sie wurden von jenen beiden Figuren repräsentiert, vom König im Süden und vom „Duce" im Norden, die das Land in den vorausgegangenen zwanzig Jahren zusammen gelenkt hatten. Diese Entwicklung hatte einschneidende Folgen für die Überlieferung staatlicher Akten: Tatsächlich kam es zur Verdoppelung der Aktenserien – die eine für das Königreich, die andere für die Salò-Republik, was den Archivaren nach dem Krieg nicht wenige Erfassungs- und Einordnungsprobleme bereitete.

Die faschistische Regierung hatte nach 1922 an den im liberalen Italien geschaffenen gesetzlichen Grundlagen zur Aufbewahrung des Überlieferungsgutes

[2] Es handelt sich im Wesentlichen um drei Bestände: Papers of Count Ciano received from the Department of State (Lisbona Papers); Personal Papers of Benito Mussolini; Collection of italian military records. Der erste, kleine Bestand (ganze 2 Mikrofilme) enthält Papiere des Außenministeriums aus den sieben Jahren (1936–1943), in denen Galeazzo Ciano Außenminister war. Raffaele Guariglia, Außenminister im Kabinett Badoglio, ließ diese Papiere in die italienische Legation von Lissabon bringen. Auf Bitten der Washingtoner Regierung, die sich dabei auf den zitierten Art. 35 des „langen Waffenstillstands" berief, wurden sie 1946 in die USA gebracht, dort verfilmt und schließlich zurückgegeben. Der zweite Bestand enthält das Archiv des persönlichen Sekretariats des Duce; es war in der Villa Feltrinelli in Gargnano am Gardasee, Mussolinis Residenz während der Republik von Salò, zurückgeblieben und der 5. amerikanischen Armee in die Hände gefallen. Die Dokumente wurden zunächst nach Caserta, dann nach Rom gebracht, wo sie zwischen 1945 und 1947 von der Joint Allied Intelligence Agency komplett verfilmt wurden (316 Rollen für den Zeitraum 1922–1945). Die Originale wurden anschließend zurückgegeben. Der dritte Bestand enthält eine Sammlung unterschiedlicher militärischer Unterlagen, die die deutschen Truppen im September 1943 im italienischen Hauptquartier und bei nachgeordneten Kommandos beschlagnahmt und nach Deutschland gebracht hatten. Dort fiel sie in amerikanische Hände, kam in die USA und wurde dort aufgenommen (506 Mikrofilme). 1966 beschloss Washington, die Originale an Italien zurückzugeben.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kaum etwas geändert. Die Akten der öffentlichen Verwaltung flossen weiterhin in drei große Archive, nämlich, erstens, in das 1875 eingerichtete Archivio del Regno, das in erster Linie jene „Akten der zentralen Ministerien aufnehmen" sollte, die „für die gewöhnlichen Geschäftsvorgänge nicht mehr gebraucht wurden"[3] (um dieses Archiv gruppierten sich die regionalen Staatsarchive, die ihren Sitz normalerweise in den Provinzhauptorten hatten und in periodischen Abständen das von den nachgeordneten Staatsbehörden produzierte Aktenmaterial empfingen); zweitens, in das erst 1902 formal gegründete und 1908 mit einer Benutzerordnung ausgestattete Archiv des Außenministeriums (Archivio del Ministero degli Affari Esteri – ASMAE), nachdem mit der nationalen Einigung von 1870 die im Königreich Piemont-Sardinien übliche Praxis aufgegeben worden war, auch die diplomatischen Akten an die staatlichen Archive zu überweisen; drittens, in die Militärarchive (das Heeresarchiv, dessen Gründung noch vor der Einheit im Jahr 1853 erfolgte, das 1913 geschaffene Marinearchiv und das 1927 vom Faschismus selbst eingerichtete Luftwaffenarchiv). Während die letztgenannten für die Öffentlichkeit ausdrücklich geschlossen blieben („seit den 70er Jahren [des 20. Jahrhunderts] wurden auf Initiative der Direktoren zunehmend auch externe Benutzer zugelassen, bis ein Dekret von 1990 diese Archive schließlich formal der Archivgesetzgebung unterstellte und damit auch die Öffnungszeiten regelte"[4]), waren die Staatsarchive und das Archiv des Außenministeriums – bei diesem hatten die Interessenten jedoch allerlei Klippen zu überwinden – frei zugänglich.

Bis 1963 regelte den Zugang ein Dekret vom Oktober 1911, das die Zuständigkeit für die Archive dem Innenministerium übertragen hatte. Mit der Freigabe der Dokumente befassten sich die Art. 77 bis 82, deren recht konfuse Bestimmungen der Archivverwaltung einen großen Entscheidungsspielraum ließen. Tatsächlich hieß es in Art. 77, „dass die in den Archiven aufbewahrten Akten aus der Zeit nach 1815 öffentlich sind, ausgenommen die bei ihrer Entstehung als vertraulich und geheim eingestuften Papiere, die Informationen und Urteile von Beamten des öffentlichen Dienstes über das Leben bestimmter Personen enthalten". Allerdings wurde dem Innenministerium das Recht eingeräumt, in außergewöhnlichen Fällen die Einsicht auch in diese Dokumente zu gewähren. Der nachfolgende Art. 78 sah sogar vor, dass „das Überlieferungsgut rein historischen, literarischen oder wissenschaftlichen Charakters unabhängig von seiner Entstehungszeit öffentlich ist". Art. 79 hingegen bestimmte kategorisch: „Die Dokumente zur Außenpolitik und die Akten bezüglich der allgemeinen Verwaltung derjenigen Staaten, die später das Königreich konstituierten, sind bis 1830 öffentlich", wobei auch Material aus früheren Jahren gesperrt werden konnte,

[3] So das Königliche Dekret vom 25. Mai 1875, Nr. 2552, in: Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia, Nr. 144 vom 22. 6. 1875.

[4] Giorgio Rochat, Una postilla sugli archivi militari, in: Le carte e la storia. Rivista di storia delle istituzioni, 8, 2002, Nr. 1, S. 180. Zu den in den Militärarchiven lagernden Quellen, darunter die aus faschistischer Zeit, vgl. ferner Silvia Trani, Le fonti documentarie d'interesse storico conservate presso le istituzioni culturali e gli uffici delle forze armate a Roma, in: Ebenda, S. 149–180.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollte „die Archivleitung seine Freigabe nicht für opportun halten" und das Innenministerium sich in diesem Sinne äußern. Prozessakten wurden nach 70 Jahren zugänglich, Verwaltungsakten nach 30 Jahren, „die Akten und Dokumente [...] privater Natur nach 50 Jahren", „die nicht öffentlichen [sic!] Akten können mit Genehmigung des Innenministeriums und nach Zustimmung des zuständigen Ministeriums eingesehen werden"[5].

Die Krise von 1943 und das Schicksal der Archive

Die verworrene Phase, die vom Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943 bis zum Waffenstillstand im September 1943 reichte, hatte erhebliche Auswirkungen auf das Schicksal der öffentlichen Archive. Der Zusammenbruch des Regimes und die nachfolgende Auflösung der Organe und Institutionen, die es getragen hatten (von der Partei bis zum Faschistischen Großrat, vom Sondergericht zur Verteidigung des Staates bis zur Freiwilligen Miliz für die nationale Sicherheit usw.), warfen die Frage auf, was mit dem von ihnen produzierten Aktenmaterial geschehen sollte. Emilio Re, Superintendent für die Archive Mittelitaliens, regte im August 1943 an, die Bestände an das Archivio del Regno abzugeben, doch die Regierung Badoglio griff den Vorschlag nicht auf. Einige Tage später flohen der König, Badoglio und ein Großteil der Regierung überstürzt nach Brindisi. In der Eile konnten nur wenige Papiere mitgeführt werden, was nicht wenige Schwierigkeiten bereitete, als es später darum ging, in den nach und nach zurückeroberten Gebieten den Staatsapparat wiederaufzubauen. Praktisch die gesamten vom monarchisch-faschistischen Regime und seinen Staats- und Parteigliederungen produzierten Akten waren ja in Rom bzw. an den Orten geblieben, wohin sie zum Schutz vor möglichen Kriegsschäden ausgelagert worden waren[6], und fielen somit in deutsche Hände. Nach der Errichtung der Republik von Salò wurden die Archive, von denen man annahm, sie seien wichtig für das Funktionieren des kollaborationistischen Staates oder für eine spätere historische Rekonstruktion der Geschichte des Regimes, nach Norden gebracht und dort auf die verschiedenen Sitze der republikanisch-faschistischen Regierung verteilt. So erging es

[5] Königliches Dekret vom 2. Oktober 1911, Nr. 1163, in: Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia, Nr. 260 vom 8. 11. 1911. Die zuletzt zitierten Bestimmungen finden sich in Art. 80. Sie gewährten der Archivverwaltung einen enormen Entscheidungsspielraum: Je nachdem, wie sie die Bestände nach den verschiedenen in den zitierten Artikeln enthaltenen Definitionen klassifizierte, konnte sie den Zugang zu den Beständen erlauben oder verweigern.

[6] So geschehen mit dem Archiv des Ufficio storico dello Stato maggiore dell'esercito, welches das umfangreichste unter den Militärarchiven war: es wurde im Mai 1943 nach Orvieto ausgelagert und im dortigen Dommuseum untergebracht. Nach dem 8. September kehrten Teile des Materials, darunter die Bestände über die Kriegsoperationen in Nordafrika und in der Sowjetunion zwischen 1941 und 1943, nach Rom zurück und wurden im Vatikan versteckt. Andere Bestände wurden in den Kellern des Doms eingemauert und nach Kriegsende wieder hervorgeholt. Ähnlich erging es einigen Aktenserien des Außenministeriums. Dessen Kabinettsarchiv wurde im Chaos, das auf die Bekanntmachung des Waffenstillstands folgte, hastig in den Kellern des Palazzo Lancellotti in Rom versteckt, wo es bis zur Befreiung Roms blieb, aber starke Feuchtigkeitsschäden erlitt.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sowohl einem Großteil von Dokumenten eigentlich faschistischer Herkunft, d. h. produziert von Institutionen, die das Regime neu geschaffen hatte, als auch umfangreichen Serien aus den laufenden Archiven der Ministerien und traditionellen staatlichen Stellen, darunter das Außenministerium und die militärgeschichtlichen Büros der Streitkräfte. Kriegseinwirkungen und menschliche Eingriffe schlugen Lücken und riefen Verluste hervor, die nur teilweise wieder behoben werden konnten. Ein nicht unerheblicher Teil des Aktenmaterials, das von der republikanischen faschistischen Partei (Partito fascista repubblicano – PFR[7]), ihren Nebenorganisationen wie z. B. den Schwarzen Brigaden oder den faschisierten Staatsorganen wie der Republikanischen Nationalgarde (Guardia nazionale repubblicana – GNR) oder den Präfekturen produziert worden war, fiel in die Hände der Partisanen. Sie wollten dieses Material als Basis für Strafprozesse gegen die Verantwortlichen des gestürzten Regimes nutzen. Auch andere Absichten verbargen sich dahinter, nicht zuletzt – wie im Fall der Polizeiakten – der Wunsch, in den Besitz von Faszikeln zu gelangen, welche die antifaschistischen Kämpfer des Widerstands betrafen. In diesen Fällen bedeutete die Beschlagnahme nicht immer den endgültigen Verlust, sie legte vielmehr den Grund für neue Aktenserien, die später von den neu gegründeten kulturellen Resistenza- oder Archiveinrichtungen betreut wurden.

Die faschistischen Akten nach 1945

Nach der Rückführung der ausgelagerten Archivbestände nach Rom wurde im Zentralen Staatsarchiv (Archivio centrale dello Stato – ACS; so die neue Bezeichnung für das Archivio del Regno) die Abteilung der „faschistischen Archive" geschaffen. Sie vereinigte „die Archive von Organen und Ämtern, die spezifischer Ausdruck des faschistischen Regimes waren"[8], darunter fallen die Serien aus der monarchisch-faschistischen Zeit bis 1943 und aus der Republik von Salò. Die Abteilung umfasst Bestände, die für eine historische Rekonstruktion der Entwicklung des Regimes von grundlegender Bedeutung sind; zu den wichtigsten zählt das persönliche Sekretariat des „Duce" (Segreteria particolare del duce – SPD), das sich in einen Carteggio ordinario und einen Carteggio riservato mit jeweils zwei Blöcken für die Zeiträume 1922–1943 und 1943–1945 gegliedert und aus insgesamt 3899 Archivalieneinheiten besteht. Das im Herbst 1922 eingerichtete persönliche Sekretariat war formal eine dem Büro des Ministerpräsidenten nachgeordnete Stelle, in Wirklichkeit verkörperte es aber eines der typischsten Organe des faschistischen Regimes. Hier liefen die Informationen zusammen, welche die

[7] Unter diesem Namen wurde die faschistische Partei, die sich im Anschluss an die Juli-Ereignisse gleichsam spontan aufgelöst hatte, nach dem 8. 9. 1943 in den von der Wehrmacht besetzten italienischen Territorien neu gegründet. Den Wiederaufbau des PNF (Partito nazionale fascista) in neuer Form hatte Benito Mussolini in einer Radiosendung vom 15. September angekündigt.

[8] Guida generale degli archivi di Stato, Bd. 1, Roma 1961, S. 229. Vgl. jetzt auch die offizielle Webseite des ACS.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Polizei und die politischen Büros der Miliz sammelten[9] und Mussolini eine fast lückenlose Kontrolle über alle vitalen Kräfte und Bereiche des Landes sicherten, darin eingeschlossen auch die eigene Partei, über deren Führungspersonal ebenfalls sorgfältige Dossiers angefertigt wurden. Außerdem gingen die Protokolle des Faschistischen Großrates und des Parteidirektoriums an das persönliche Sekretariat. Hier wurde der gesamte Schriftwechsel abgelegt, den der „Duce" in Ausübung seiner vielfältigen Funktionen führte: als oberster Parteiführer, Führer des Faschismus, Regierungschef, Oberbefehlshaber der Miliz sowie als Leiter zahlreicher Ministerien, denen er dauerhaft oder vorübergehend vorstand (Innen- und Außenministerium, Kriegs-, Marine-, Luftfahrtministerium, Korporationsministerium). Faktisch ersetzte das persönliche Sekretariat fast vollständig das Büro des Ministerpräsidenten, das zwischen 1922 und 1943 zu einem Ausführungsorgan bereits getroffener Entscheidungen wurde; seine Bestände sind somit von zentraler Bedeutung für die Rekonstruktion von Entscheidungsprozessen und für die Analyse der Beziehungen zwischen den verschiedenen Repräsentanten des Regimes[10].

Weitere Überlieferungen sind in diesem Zusammenhang zu nennen: so das Schriftgut der Miliz, das mit insgesamt 100 Einheiten weit weniger umfangreich ist als der Bestand des persönlichen Sekretariats und die Akten der Miliz der Provinz Brescia umfasst; der sehr voluminöse Bestand der zentralen Parteileitung des PNF, der sich auf alle Führungsebenen der Partei erstreckt und in die Reihen Segreteria politica und Segreteria amministrativa untergliedert ist; das Material des Faschistischen Nationalverbandes der Immobilienbesitzer (Federazione nazionale fascista proprietari di fabbricati – nur 11 Kartons) und der Regionalverbände des PNF[11] von Catania, Palermo und Siracusa (jeweils 17, 1, 4 Archivalieneinheiten). Von herausragender Bedeutung ist ferner der Bestand Miscellanea della Repubblica sociale italiana, eine heterogene Sammlung von Dokumenten, die nach 1945 im ACS deponiert wurden. Wer ihn optimal nutzen will, muss ihn parallel zu den Akten der entsprechenden Ministerien lesen, die ebenfalls im ACS lagern. Einen für die Geschichte des ersten Jahrzehnts des Regimes und für die Rekonstruktion der italienischen Gesellschaft im Faschismus wichtigen Bestand stellt das Material zur „Ausstellung der faschistischen Revolution" (Mostra della rivoluzione fascista) dar. Mit der 1928 entworfenen, 1932 eröffneten und danach wiederholt umgestalteten Ausstellung sollten die Errungenschaften des Regimes gefeiert werden. Bis zum September 1943 konnte sie in der Hauptstadt besichtigt werden, danach blieb nur das bibliographische Material am Ort, während die Dokumente und Gegenstände nach Norditalien transportiert

[9] Die Miliz unterhielt eigene politische Informationsbüros (Uffici politici investigativi), die regelrechte Spitzelsektionen der Partei darstellten. Dem deutschen Sicherheitsdienst der Natur nach verwandt, übten sie im Wesentlichen innerparteiliche Überwachungsfunktionen aus.

[10] Für eine eingehende Beschreibung des Bestandes und der Serien, aus denen er sich zusammensetzt, vgl. Guida generale degli archivi di Stato, Bd. 1, S. 230–234.

[11] Diese Akten fielen den Alliierten bei der Landung auf der Insel in die Hände und wurden zusammen mit der Dokumentation der 51. Field Security Section von Palermo und der Port Security Section von Catania im ACS deponiert.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurden. Nach Kriegsende deponierte man die Papiere im ACS, die Bücher hingegen gingen zum Teil an die National- und Universitätsbibliothek bzw. an die Biblioteca di storia moderna e contemporanea, die beide in Rom ansässig sind. Insgesamt beläuft sich der konsultierbare Bestand auf 1556 Archivalieneinheiten unterschiedlicher Natur.

Analog zum ACS haben auch die regionalen Staatsarchive (Archivi di Stato – AS) eine Abteilung „Archivi fascisti" geschaffen, in die das Überlieferungsgut der lokalen PNF-Gliederungen eingegangen ist; in der Regel handelt es sich um Papiere des Provinzialverbandes, zuweilen auch um Material der Miliz bzw. verschiedener Gewerkschafts- und Berufsorganisationen[12]. Ergänzendes Überlieferungsgut lagert im Nationalen Resistenza-Institut (Istituto nazionale per la storia del movimento di liberazione in Italia – INSMLI), mit Sitz in Mailand und bei den ihm angeschlossenen 66 regionalen Resistenza-Instituten (Istituti storici della Resistenza)[13]; dieses Material war den Partisanen in den Tagen der Befreiung und danach in die Hände gefallen. Genannt seien im Besonderen die zahlreichen (obgleich oftmals unvollständigen) Aktenserien, welche die verschiedenen Regionalverbände und Sektionen der Partei, der Miliz, der Schwarzen Brigaden und unterschiedliche Militär- und Polizeiformationen der Republik von Salò, aber auch verschiedene Präfekturen produziert haben. Obgleich es sich um lükkenhaftes und fragmentarisches Überlieferungsgut handelt, war es insbesondere in den ersten Jahrzehnten nach 1945 von zentraler Bedeutung, weil damals die Konsultation der in den öffentlichen Archiven lagernden faschistischen Akten ziemlich schwierig, aufgrund der restriktiven Sperrfristen wie auch der fehlenden oder mangelhaften Erschließung der Papiere zum Teil sogar unmöglich war. Das INSMLI und die mit ihm verbundenen Institute[14] beschlossen deshalb, interessierten Wissenschaftlern einen nahezu uneingeschränkten Zugang zu den Archivbeständen zu gewähren, so dass einige Aspekte des faschistischen Regimes und insbesondere die Republik von Salò für längere Zeit einzig auf der Grundlage des von ihnen betreuten Überlieferungsguts untersucht werden konnten.

Ein Großteil der vom faschistischen Regime produzierten Akten findet sich, wie erwähnt, in den Beständen der verschiedenen, auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten Institutionen des Staates, der vom Faschismus nachhaltig geprägt und in seiner Gestalt gegenüber der monarchisch-liberalen Epoche tiefgreifend verändert worden war. Selbstverständlich ist es an dieser Stelle nicht möglich, auf

[12] Diese Bestände haben einen unterschiedlichen Umfang: 1657 Kartons lagern im Turiner Staatsarchiv, 17 Kisten in Brindisi, 6 Kartons in Mantua.

[13] Diese auf Provinz-, zuweilen aber auch auf regionaler Ebene arbeitenden Institute, die vor allem in Nord- und Mittelitalien verbreitet sind, wo sich die Partisanenbewegung stärker entfaltet hatte, haben sich im Verlaufe des letzten Jahrzehnts großenteils in „Historische Institute des Widerstands und der Zeitgeschichte" (Istituti storici della Resistenza e dell'età contemporanea) umbenannt in der Absicht, sich als Studienzentren zur Geschichte des 20. Jahrhunderts im Allgemeinen zu präsentieren.

[14] Sie gaben sich die Rechtsform einer privaten Stiftung bzw. einer genossenschaftlichen Einrichtung, womit sie die gesetzlichen Einschränkungen umgehen konnten, die den Zugang zu den öffentlichen Archiven regelten.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

alle verfügbaren Quellen einzugehen, würde dies doch heißen, fast alle vom ACS, vom ASMAE und von den Militärarchiven betreuten Aktenserien zu behandeln. Ein solches Unterfangen ist um so schwieriger, als auch die Papiere der Ministerien von Salò und anderer staatlicher Organe (ausgenommen die im eigentlichen Sinne faschistischen) nach ihrer Rückführung in die Hauptstadt zunächst den jeweils entsprechenden staatlichen Einrichtungen zugewiesen wurden und dann im Zuge der periodisch erfolgenden Auslagerung des Archivmaterials in das ACS gelangten.

Notgedrungen beschränke ich mich also auf einige Beispiele, wobei ich mit dem ACS beginne. Von dem Überlieferungsgut des Innenministeriums ist das Material der Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, Abteilung allgemeine und vertrauliche Angelegenheiten (Ministero dell'Interno, Direzione generale della pubblica sicurezza, Divisione affari generali e riservati – MI, DGPS, DAGR) von herausragender Bedeutung. Ein königliches Dekret hatte die Generaldirektion im Oktober 1919 eingerichtet und mit umfangreichen, im Faschismus noch stark ausgeweiteten Kompetenzen in Fragen der öffentlichen Ordnung und Bekämpfung politischer Straftaten ausgestattet[15]. Der Bestand umfasst 14607 Kartons und Bündel, 11 Schachteln, 1124 Registraturbände. Er ist unersetzlich für jeden, der ein zusammenhängendes Bild von der italienischen Gesellschaft zwischen 1922 und 1945 gewinnen will, hat aber aufgrund der erwähnten Umlagerungen leider nicht unbedeutende Verluste für die Zeit zwischen 1934–1945 erlitten. Unter den Beständen, aus denen er sich zusammensetzt, sei die „Zentrale politische Kartei" (Casellario politico centrale) mit insgesamt 5570 Kartons erwähnt, welche die Personalakten der „Subversiven", d. h. der aktiven Antifaschisten enthält, ferner die Dokumente der Geheimpolizei OVRA[16], deren Umfang mit 21 Kartons relativ klein ist, die aber in Kombination mit anderen Quellenbeständen aus der Generaldirektion für die Analyse der Aktivitäten der politischen Polizei im monarchisch-faschistischen Regime eine Schlüsselstellung einnimmt, und den Bestand „Büro für politische Verbannung" (Ufficio confino politico) 1926–1943, der mit 1223 Kartons und 172 Registraturbänden umfangreiches Material über die vom Regime praktizierte außergerichtliche Polizeiverwahrung bereithält.

Außerhalb der DAGR sind in diesem Zusammenhang zwei weitere wichtige Bestände zu nennen. Der eine ist die Überlieferung des persönlichen Sekretariats des Polizeichefs (453 Kartons und Bündel, 2 Registraturbände), die unter anderem die wöchentlichen Berichte der regionalen OVRA-Inspektorate über die öffentliche Stimmung umfasst. Der andere enthält die Dokumente der 1927 eingerichteten Abteilung Politische Polizei (2064 Kartons und 172 Registratur-

[15] Königliches Dekret vom 9. Oktober 1919, Nr. 1846, in: Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia, Nr. 244 vom 14. 10. 1919.

[16] Es gibt verschiedene Auflösungsvarianten für diese Abkürzung: „Organizzazione vigilanza repressione antifascismo" oder „Opera volontaria repressione antifascismo". Die Organisation wurde 1927 von Arturo Bocchini, Mussolinis mächtigem Polizeichef, aufgebaut und operierte als politische Polizei unabhängig vom normalen Netz der Staatspolizei.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bände), welche die politische Bespitzelung und Konfidententätigkeit koordinierte; deren Papiere öffnen den Blick sowohl auf die Kontrollinstrumente des Regimes und auf die Aktivitäten zahlloser Informanten (die zum Großteil keine Berufspolizisten waren, sondern „inoffizielle" Mitarbeiter, die gegen mehr oder weniger gute Bezahlung ihre Arbeitskollegen oder Nachbarn, Reisende oder Café-Gäste, denen sie sich anzunähern vermochten, ausspionierten), als auch auf die Reaktionen der italienischen Gesellschaft, die einer allumfassenden Kontrolle unterworfen war. Sehr wichtig ist ferner das Überlieferungsgut der Generaldirektion „Demographie und Rasse" (Demografia e razza – Demorazza), die am 5. September 1938 auf dem Höhepunkt der antisemitischen Kampagne per königlichem Dekret beim Innenministerium eingerichtet wurde. Ihre Aufgabe bestand darin, „Maßnahmen zu demographischen und Rassefragen"[17] zu erarbeiten und umzusetzen. Der Umfang wurde lange Zeit mit 789 Kartons, Paketen und Registraturbänden beziffert, ehe man vor einiger Zeit in Bozen auf eine erhebliche Anzahl von Akten der Demorazza stieß, wo sie wahrscheinlich beim Zusammenbruch der Republik von Salò versteckt worden waren.

Im ASMAE sind die Bestände Serie politica 1919–1930, Affari politici 1931–1943, Archivi di gabinetto e della segreteria generale 1923–1943 und Archivi del Ministero degli affari esteri della RSI 1943–1945 von besonderer Bedeutung; sehr interessant wäre auch die Serie Affari commerciali 1919–1950, deren Material jedoch noch nicht geordnet ist, so dass der Zugang vom guten Willen der Archivare abhängt. Bei den Militärarchiven ragt die Sammlung des Archivs des militärgeschichtlichen Büros des Generalstabs des Heeres (Archivio dell'Ufficio storico dello Stato maggiore dell'esercito – AUSSME) heraus; beispielhaft seien hier zitiert die Bestände F6 Oltremare Spagna (333 Kartons, 1936–1939), F7 Diari storici oltremare Spagna (49 Kartons, 1936–1939), F18 Oltremare Spagna-Gabinetto (49 Kartons, 1936–1939), die nicht nur Daten über militärische Operationen enthalten, sondern es auch erlauben, die politisch-militärische Situation in Spanien zu rekonstruieren. Ähnlich wichtig sind für den Zweiten Weltkrieg die Sammlung N1–11 Diari storici seconda guerra mondiale, d. h. die Kriegstagebücher des Oberkommandos, des militärischen Informationsdienstes und verschiedener nachgeordneter Organe (insgesamt 2200 Kartons), und die Sammlung H3 Servizio informazioni militari, Notiziari stati esteri, bollettini e seconda guerra mondiale (140 Kartons). Anzumerken ist jedoch, dass das Überlieferungsgut des AUSSME auseinandergerissen wurde. Die anschließende Neuordnung richtete sich „hinsichtlich des Themas, Gegenstands und Sachgebiets nach ‚redaktionellen' Erfordernissen und nicht nach den Vorgaben aus der Entstehungszeit. Folglich sind alle Regeln der archivalischen Kunst außer Kraft gesetzt worden, und der Großteil der ungefähr 103 vom Militärgeschichtlichen Amt betreuten Bestände hat einen zufälligen Sammelcharakter."[18]

[17] Vgl. das königliche Dekret vom 5. September 1938, Nr. 1531, in: Gazzetta Ufficiale del Regno d'Italia, Nr. 230 vom 7. 10. 1938.
[18] Trani, Le fonti documentarie, S. 164.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das ist aus rein archivalischem Blickwinkel nicht das einzige Problem, das sich dem Wissenschaftler stellt, der über Italien in der faschistischen Epoche arbeiten will. Die Streuung der Quellen und die Neuordnung des Materials auf der Grundlage zweifelhafter Bewertungskategorien haben beispielsweise die Rekonstruktion der Wirtschaftspolitik des monarchisch-faschistischen Regimes erheblich erschwert. So sind etwa die Papiere des 1926 gegründeten und 1943 von der Regierung Badoglio aufgelösten Korporationsministeriums ganz verschwunden. Dessen Kompetenzen wurden (wahrscheinlich mit dem jeweiligen Überlieferungsgut) auf verschiedene Ministerien verteilt, ohne dass auch nur ein Stück Papier aus seiner 17jährigen Geschichte in das ACS gelangt wäre.

Die Entwicklung der Archivgesetzgebung nach dem Zweiten Weltkrieg

1963, also gut 52 Jahre nach Erlass der Normen von 1911, kam es zu einer Novellierung der Archivgesetze. Per Präsidialdekret wurde nun beim Innenministerium eine Generaldirektion für die Staatsarchive (Direzione generale degli archivi di Stato) eingerichtet. Art. 21 dieses Dekrets bestimmt, dass „die von den Staatsarchiven betreuten Dokumente frei zugänglich sind, ausgenommen diejenigen, die sich auf die staatliche Innen- oder Außenpolitik beziehen und vertraulichen Charakters sind. Sie werden 50 Jahre nach ihrer Entstehungszeit zugänglich. Die vertraulichen Dokumente, die sich auf rein private Angelegenheiten von Personen beziehen, dürfen erst nach 70 Jahren konsultiert werden. Die Strafprozessakten werden erst 70 Jahre nach Beendigung des Verfahrens freigegeben. Der Innenminister [...] kann zu Forschungszwecken die Einsicht in vertrauliche Dokumente auch vor Ende der angegebenen Sperrfristen genehmigen."[19]

Der folgende Artikel setzt fest, innerhalb welcher Frist die staatlichen Organe die Akten aus ihren Registraturen an die Staatsarchive abgeben müssen, wobei dem Außenministerium das Recht zugestanden wird, die eigenen Akten in voller Autonomie zu verwahren; Art. 25 verleiht dem Verteidigungsministerium ein ähnliches Privileg.

Auch dieses Gesetz gewährt den Archivleitungen einen gewissen Ermessensspielraum, der seine Schranken jedoch in der Festlegung klarer Sperrfristen findet: Das gesamte Überlieferungsgut wird nach 50, allerhöchstens 70 Jahren ohne Ausnahme zugänglich. Allerdings bildete sich im Laufe der Zeit bei den Archiven eine mehr oder weniger freizügige Auslegung heraus. Das ASMAE beispielsweise verhält sich sehr restriktiv: „Zum historischen Archiv des Außenministeriums sind italienische und ausländische Wissenschaftler (die letztgenannten unter der Voraussetzung, dass ein Abkommen auf Gegenseitigkeit besteht und eine Empfehlung der jeweiligen Auslandsvertretung vorgelegt wird) zugelassen. Ein Empfehlungsschreiben der Universität oder Einrichtung, der der Wissenschaftler angehört, ist opportun [...]. Die vor über 50 Jahren entstandenen Dokumente sind nach Genehmigung des Archivleiters zugänglich [...]. Selbstverständlich können

[19] Dekret des Präsidenten der Republik vom 30. September 1963, Nr. 1409, in: Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana, Nr. 285 vom 31. 10. 1963, Art. 2.

VfZ 4 Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die noch nicht erschlossenen Archive nicht zur Konsultation freigegeben werden."[20]

Das ACS hingegen hält sich enger an die Bestimmungen des Artikels 21, indem es einen Großteil seiner Bestände ohne besondere Formalitäten zur Einsicht freigibt. Vorsichtiger gehen in der Regel die regionalen Staatsarchive vor, denn der Charakter des von ihnen betreuten Überlieferungsgutes weckt bei ihren Beamten die Befürchtung, dass dieser oder jener Nachkomme einer Lokalgröße möglicherweise vor Gericht ziehen könnte. Von den Militärarchiven war schon die Rede. Insgesamt lässt sich sagen, dass die allgemein gültige 50-jährige Sperrfrist gerade die Forschungen zum Faschismus erschwert, denn die ihn betreffenden Aktenbestände wären ohne die genannten Ausnahmen erst 1995 zugänglich geworden. Zum besseren Verständnis der damals zwischen Benutzern und Archiven üblichen Beziehungen sei an das kluge Wort des großen Historikers Franco Venturi erinnert, der in Anlehnung an das übliche Urteil über das Merowingerreich als eine durch den Königsmord gemilderte Tyrannei die Lage in den italienischen Archiven als ein durch Günstlingswirtschaft gemildertes Reich der Unsicherheit bezeichnete.

Zu einem regelrechten Qualitätssprung kam es 1974 mit der Einrichtung des Ministeriums für Kultur und Umwelt[21]. Nach längeren Kontroversen wurden dem neuen Ministerium die früher „ins Ressort des Innenministeriums fallenden Kompetenzen für die Staatsarchive" übertragen[22]; ausgenommen davon waren die Sondergenehmigungen nach Art. 21 des Präsidialdekretes vom 30. September 1963. Tatsächlich erging Ende 1975 ein Präsidialdekret, das die Zuständigkeit des Innenministeriums für die Genehmigung zur Ausgabe noch vertraulicher Dokumente bekräftigte und zu diesem Zweck ein eigenes Inspektorat einrichtete[23]. In diesem Zusammenhang hat Claudio Pavone bemerkt: „Dass diese Kompetenz beim Innenministerium verblieb, war der Preis, den Giovanni Spadolini [Regierungschef und Professor für Zeitgeschichte] zahlen musste, um die Zuständigkeit für die Staatsarchive [...] dem von ihm geschaffenen neuen Ministerium für Kultur und Umwelt zu übertragen. [...] So kam es zu einem Paradox. Solange die Archive zum Innenministerium gehörten, hing die Genehmigung zur Einsichtnahme vom – obligatorischen, nicht bindenden, aber selten nicht beachteten – Votum des Ausschusses des Obersten Archivrates [Giunta del Consiglio superiore degli Archivi] ab, dem herausragende Persönlichkeiten aus der historischen Forschung [...] und den Archiven selbst sowie hohe Vertreter der öffentlichen Verwaltung angehörten. Die Einrichtung des Ministeriums für Kultur und Umwelt zog die Auflösung des Obersten Archivrates nach sich, der in den Nationalen Rat

[20] Vgl. die Benutzungsordnung jetzt auch auf der Webseite http://www.esteri.it/archivio/servsto/archivsto/archivio.htm.

[21] Gesetzesdekret Nr. 657 vom 14. Dezember 1974, in: Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana, Nr. 332, vom 19. 12. 1974, umgewandelt in Gesetz Nr. 5 vom 29. Januar 1975, in: Ebenda, Nr. 43 vom 14. 2. 1975.

[22] Art. 2, Abs. 2, Buchstabe „c" des Gesetzes Nr. 5.

[23] Dekret des Präsidenten der Republik vom 30. 12. 1975, Nr. 854, in: Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana, Nr. 42 vom 16. 2. 1976.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für Kulturgüter einging; damit verbunden war zwangsläufig die Auflösung des genannten Ausschusses. Das ministerielle Inspektorat blieb somit die einzige Instanz für die Genehmigungen."[24]

In diese kontrastreiche Szenerie schlug Ende 1996 das Datenschutzgesetz ein[25], das unter dem Druck des Schengener Abkommens eiligst verabschiedet worden war und für Historiker weitere einschneidende Beschränkungen bei der Nutzung des Archivmaterials nach sich zu ziehen drohte. Tatsächlich versuchte das ministerielle Inspektorat unter Berufung auf dieses Gesetz, die Einsicht in die Unterlagen zur Judenzählung zu verweigern, die Mussolini nach Erlass der Judengesetze von 1938 angeordnet hatte, und zwar mit dem lächerlichen Argument, es solle die Privatsphäre der Betroffenen geschützt werden. Nach einer umfassenden, unter Beteiligung von Historikern und Geschichtsvereinen geführten Debatte wurden die Richtlinien dahingehend abgeändert, dass Wissenschaftler von der Verpflichtung freigestellt wurden, bei personenbezogenen Daten die Zustimmung der Betroffenen (oder ihrer Erben) einzuholen, wenn die Untersuchung „allein der wissenschaftlichen Forschung oder statistischen Zwecken dient und den nach Art. 31 unterzeichneten berufsethischen und moralischen Anforderungen genügt"[26]. Gerade die Möglichkeit, gemeinsam mit den Berufsverbänden eine jeweilige Berufsethik zu entwickeln, stellt den bedeutsamsten Fortschritt zu Beginn des neuen Jahrtausends dar. Art. 3 des am 5. April 2001 in Kraft getretenen Ethik- und Berufskodexes bestimmt, dass „die Einhaltung [der bestehenden Regeln] die wo auch immer durchgeführten Untersuchungen, Forschungen, Dokumentationen oder Studien zu Personen, Fakten oder Umständen der Vergangenheit nicht beeinträchtigen darf"[27]. Art. 10 modifiziert ferner die Kriterien für die Freigabe von Akten wie folgt:

„1. Der Zugang zu den öffentlichen Archiven ist frei. Alle Benutzer sind mit gleichen Rechten und Pflichten zum Archivzugang berechtigt.

2. Davon ausgenommen sind nach den bestehenden Gesetzen die Dokumente vertraulicher Natur, die sich auf die Innen- und Außenpolitik des Staates beziehen und fünfzig Jahre nach ihrer Entstehung zur Einsicht freigegeben werden, und die Papiere, die Informationen gemäß der Artikel 22 und 24 des Gesetzes Nr. 675/1996 enthalten[28] und vierzig Jahre nach ihrer Entstehung zugänglich

[24] Antwort Claudio Pavones, emeritierter Professor für Zeitgeschichte und langjähriger Beamter des ACS, auf eine Umfrage der Zeitschrift „Passato e presente" zu den Archiven; sie kann auf der Webseite der Società italiana per lo studio della Storia Contemporanea (SISSCo) http://www.sissco.it/dossiers/archivi-deontologia/pavone-02-00.html eingesehen werden.

[25] Gesetz vom 31. Dezember 1996, Nr. 675: Tutela delle persone e di altri soggetti rispetto al trattamento dei dati personali, in: Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana, Nr. 5 vom 8. 1. 1997.

[26] Art. 12, (nachträglich eingefügter) Buchstabe „d" des Gesetzes.

[27] Codice di deontologia e di buona condotta per i trattamenti di dati personali a fini storici, in: Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana, Nr. 80 vom 5. 4. 2001.

[28] Gesetz vom 31. Dezember 1996, Nr. 675: Tutela delle persone e di altri soggetti rispetto al trattamento dei dati personali, in: Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana, Nr. 5 vom 8. 1. 1997, Art. 22 betrifft die sogenannten „sensiblen Daten", welche die rassische und ethnische Zugehörigkeit, die religiösen, philosophischen usw. Überzeugungen, die politischen Meinungen, die Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften, Vereinen oder Organisationen religiöser,

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden. Die Sperrfrist beläuft sich auf siebzig Jahre, wenn die Informationen Schlüsse auf den Gesundheitszustand bzw. das Sexualleben oder auf vertrauliche Beziehungen familiärer Art zulassen.

3. Die Erlaubnis zur Einsichtnahme in die unter Punkt 2 erwähnten Akten kann vor Ablauf der Sperrfrist vom Innenminister erteilt werden [...]; vorher ist die beim Innenministerium eingerichtete Kommission für Fragen zur Nutzung der vertraulich eingestuften Archivakten zu hören [...]."

Zweifellos handelt es sich dabei um eine Liberalisierung, doch die Beibehaltung der 50-jährigen Sperrfrist für Materialien, die sich auf die Innen- oder Außenpolitik beziehen, steht dazu in einem eklatanten Widerspruch, weil mit der Herabsetzung der Frist auf vierzig Jahre für Quellenbestände, die sich auf die reine Privatsphäre beziehen, die Einzelpersonen heute weniger geschützt sind als der Staat! Notwendig wäre also ein Gesetz, das die Sperrfrist von 50 auf 30 Jahre reduziert, wie es in der Mehrheit der europäischen Staaten und für das von den EU-Einrichtungen produzierte Material selbst üblich ist.

Einige provisorische Schlussfolgerungen

Haben also der Zeitenfluss, durch den sich der Faschismus immer weiter von uns entfernt, die Abfolge der Generationen, durch die sich die Zahl der noch lebenden Protagonisten zwangsläufig mehr und mehr verringert, sowie die schrittweise Durchsetzung freizügigerer Archivregelungen und die Herausbildung einer offeneren Haltung bei den Archivaren den Weg für die Wissenschaftler frei gemacht, so dass sie nun das gesamte für die Faschismusstudien relevante Material konsultieren könnten? Die Antwort fällt nicht nur positiv aus. Ein unentwirrbares Knäuel effektiver Einschränkungen und politischer Ambiguitäten erschwert, was auf dem Papier reibungslos vor sich gehen könnte. Im ACS herrschen vorzügliche Arbeitsbedingungen hinsichtlich der Zugänglichkeit der Bestände, der Öffnungszeiten und der Ausstattung der Lesesäle, während das ASMAE seine Tore nur beschränkt öffnet (formal von 9 bis 14 Uhr, tatsächlich etwas weniger) und hier vor allem – was den Benutzern erhebliche Schwierigkeiten bereitet – höchstens zwei Kartons pro Tag ausgegeben werden. Noch dramatischer stellt sich die Lage beim AUSSME dar, dessen Lesesaal ganze drei Arbeitsplätze aufweist und nur an drei Tagen geöffnet ist, so dass man sich beizeiten voranmelden muss. Natürlich bleiben auf diese Weise die von den gesetzlichen Bestimmungen und Benutzungsordnungen gebotenen Spielräume ungenutzt. Von der im Sommer 2001 gebildeten Mitte-Rechts-Regierung von Silvio Berlusconi sind ferner recht beunruhigende Signale bezüglich der Verwaltung der öffentlichen Archive ausgegangen. Im Juni 2002 verbreitete sich unter Wissenschaftlern die Sorge um die Zukunft des ASMAE, dessen Leitung wegen des dramatisch wachsenden Personal-

philosophischer, politischer oder gewerkschaftlicher Natur aufzudecken vermögen, wie auch die persönlichen Daten, aus denen sich der Gesundheitszustand und das Sexualleben ableiten lassen; Art. 24 bezieht sich auf Daten, die „Maßnahmen nach Art. 686 des Strafprozessrechtes", d.h. strafrechtliche Verfahren betreffen.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mangels eine unbefristete Schließung des Lesesaales angekündigt hatte; außerdem schienen die Magazinräume von den laufenden Umstrukturierungsmaßnahmen betroffen zu sein, was eine Umlagerung von zahlreichen Beständen in Kellerräume, die unterhalb des Wasserspiegels des Tibers liegen, bedeutet und die Gefahr eines schnellen Materialverfalls heraufbeschworen hätte. Dass es nicht dazu kam, lag auch an der Mobilisierung italienischer und ausländischer Wissenschaftler. Im April 2003 schließlich protestierten die Leiter zahlreicher Staatsarchive gegen die drastischen Etatkürzungen, die eine ordentliche Archivverwaltung gefährden.

Was Unbehagen schafft, ist die im jetzigen Regierungslager gängige Auffassung von Kulturgut: Seine Vertreter sehen darin eine bloße Profitquelle, die es soweit als möglich auszubeuten gilt, indem man ihre Nutzung unter Umständen gar in private Hände legt, und keine Ressource, die unter das Allgemeininteresse des Landes, ja der gesamten Menschheit fällt. Unterschätzt werden darf in diesem Zusammenhang auch nicht, dass heute zum ersten Mal in der Geschichte des postfaschistischen Italiens politische Kräfte das Land regieren, die in Opposition zur republikanischen Verfassung entstanden sind und daraus ihren Lebenssaft bezogen bzw. deren grundlegenden Werten nicht den geringsten Vertrauensvorschuss gewährt haben. Innerhalb des Regierungslagers gibt es entschiedene Bestrebungen, die auf eine umfassende Neudeutung der Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert einschließlich des Faschismus abzielen, und in diesem Zusammenhang ist sogar vorgeschlagen worden, die politische Kontrolle über Schulbücher wiedereinzuführen. Unter dem Etikett der „Versöhnung" sollte auf diese Weise so etwas wie eine ethische Gleichstellung zwischen Faschismus und Antifaschismus erreicht werden. Den Zugang zu den Archiven zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen, könnte somit ein Versuch sein, die historische Forschung in dem Sinne zu gängeln, dass man die Wissenschaftler zwingt, jene verschlungenen Wege zu den Quellen zu beschreiten, die zwar mangels Alternativen über lange Zeit genutzt worden sind, aber den Nachteil haben, dass sie dem Staat einen unkontrollierbaren Entscheidungsspielraum erhalten.

(Übersetzung von Gerhard Kuck)

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Reichstagsbrand erregt noch immer die Gemüter. War mit Marinus van der Lubbe nur ein Täter am Werk, oder wurde das Feuer von mehreren Brandstiftern gelegt? Bei der Klärung dieser Fragen spielt der Faktor Zeit eine entscheidende Rolle. Wie viele Minuten vergingen zwischen dem Einbruch in den Reichstag und dem Zeitpunkt, an dem er plötzlich in hellen Flammen stand? Waren es deutlich mehr als ursprünglich angenommen, wie Alfred Berndt 1975 in den Vierteljahrsheften betonte, wodurch die Alleintäterschaft van der Lubbes neue Plausibilität gewann? Oder hat Hersch Fischler Recht, der von einer deutlich kürzeren Zeitspanne ausgeht und damit die Vermutung nahelegt, dass es sich um mehrere Täter gehandelt haben muss?

Hersch Fischler

Zum Zeitablauf der Reichstagsbrandstiftung

Korrekturen der Untersuchung Alfred Berndts

Mit seinen Publikationen über den Reichstagsbrand hat Fritz Tobias die Zeitgeschichtsschreibung entscheidend beeinflusst[1]. Tobias wollte nachgewiesen haben, dass nicht die Nationalsozialisten die Brandstifter waren, wie schon während des Dritten Reiches und nach dessen Ende allgemein vermutet wurde, sondern dass der Holländer Marinus van der Lubbe der alleinige Täter war, wie dieser vor dem Reichsgericht gestanden hatte. Tobias übte scharfe Kritik am Reichsgericht, das 1933 zu dem Urteil gekommen war, van der Lubbes Geständnis sei falsch und er habe ungefasst gebliebene Mittäter gehabt, die Kommunisten gewesen sein müssten, weil Nationalsozialisten als mögliche Mittäter ausschieden, da sie wegen ihrer Gesinnung zu einem solchen Verbrechen gar nicht fähig seien. Insbesondere kritisierte Tobias die Sachverständigen, auf deren Gutachten sich das Reichsgericht berief, als es eine Alleintäterschaft Marinus van der Lubbes verneinte[2].

Alle drei mit der Brandstiftung befassten Gutachter, der Wärmetechniker Prof. Dr. Emil Josse, der Branddirektor Dr. Ing. Gustav Wagner und der Chemiker Dr. Wilhelm Schatz, waren zu dem Ergebnis gekommen, dass van der Lubbe den Brand im Plenarsaal nicht allein gelegt haben konnte, weil ihm dafür nicht genügend Brandmittel und nicht genügend Zeit zur Verfügung gestanden hätten. Van der Lubbe selbst hatte angegeben, nur vier Päckchen Kohlenanzünder in den Reichstag mitgenommen zu haben, die er vor Erreichen des Plenarsaals für Brandlegungen im Restaurant sowie in Nebenräumen und Umgängen des Reichstags verbraucht haben wollte. Für die Brandstiftung im Plenarsaal wollte er nur noch einen brennenden Stofflappen verwendet haben, um die Portieren des Plenarsaals in Brand zu setzen. Gemäß ihrer Auswertung der Voruntersuchungs-

[1] Vgl. „Stehen Sie auf, van der Lubbe". Der Reichstagsbrand 1933 – Geschichte einer Legende. Nach einem Manuskript von Fritz Tobias, fortlaufende Serie in: DER SPIEGEL, Heft 43 (1959) bis Heft 1–2 (1960); Fritz Tobias, Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit, Rastatt 1962.
[2] Vgl. ebenda, S. 457 f.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

akten und Zeugenaussagen der Hauptverhandlung konnte van der Lubbe erst um ca. 21.16/18 Uhr mit der Brandstiftung im Plenarsaal begonnen haben. Aber bereits um 21.27 Uhr war der Plenarsaal ruckartig in Flammen aufgegangen. Diese schnelle Entwicklung zum verheerenden Großbrand in dem mit schwer brennbarem Gestühl ausgestatteten Plenarsaal war nach Ansicht der Sachverständigen nur zu erklären, wenn der Plenarsaal bereits zuvor von anderen Tätern mit leicht entflammbaren Stoffen präpariert worden war, die van der Lubbe nach seinem Geständnis gar nicht zur Verfügung hatte und die er nach ihrer Ansicht allenfalls noch entzündet haben konnte[3].

Tobias warf den Sachverständigen vor, die Brandstiftung nicht unvoreingenommen untersucht zu haben, sondern der damaligen Propagandahysterie erlegen zu sein, die die Existenz mehrerer Täter suggerierte[4]. In einer vom Institut für Zeitgeschichte in Auftrag gegebenen Überprüfung der Tobias-These von der Alleintäterschaft van der Lubbes war Hans Mommsen 1964 zu dem Ergebnis gelangt, dass Tobias die Quellen zur Brandstiftung minutiös ausgewertet habe und seine Alleintäterthese der Wahrheit entspreche. Insbesondere sei Tobias eine Widerlegung der Gutachten der Brandsachverständigen und aller Mehrtätertheorien gelungen[5].

Tobias' Alleintäterthese und deren Bestätigung durch Mommsen blieben nicht unwidersprochen. Insbesondere Walther Hofer und Edouard Calic äußerten Ende der sechziger Jahre Kritik an Mommsen und insbesondere an dessen in Übereinstimmung mit Tobias vorgenommener Zurückweisung der Gutachten der Brandsachverständigen. Aber auch im IfZ und in den Vierteljahrsheften gab es viel schwerwiegendere Bedenken gegen die Alleintäterthese, als es nach der Publikation von Mommsens Aufsatz deutlich geworden war. Hatte der damalige Herausgeber der Vierteljahrshefte, Hans Rothfels, in einer Vorbemerkung zu Mommsens Aufsatz noch geschrieben, „den Nachweis der Alleintäterschaft Lub-

[3] Die Gutachten und gutachterlichen Äußerungen Josses, Wagners und Schatz' sind abgedruckt in: Walther Hofer/Edouard Calic/Karl Stephan/Friedrich Zipfel (Hrsg.), Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation, Band 1, Berlin 1972.

[4] Vgl. Tobias, Reichstagsbrand, S. 457 f.

[5] Vgl. Hans Mommsen, Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen, in: VfZ 12 (1964), S. 355 u. S. 372 ff.; 1960, noch vor Hans Mommsen, hatte der Historiker Hans Schneider vom Institut für Zeitgeschichte den Auftrag erhalten, die im Nachrichtenmagazin Spiegel erschienene Alleintäterthese zu überprüfen. Er war im Herbst 1962 in einem noch unabgeschlossenen, 56seitigen Manuskript mit dem Titel „Neues vom Reichstagsbrand" zum Ergebnis gekommen, Fritz Tobias' Alleintäterthese beruhe auf einer selektiven und verfälschenden Wiedergabe der Quellenmaterialien. Ende 1962 entschied der damalige Leiter des IfZ, Helmut Krausnick, auf der Grundlage einer Aktennotiz des damaligen Institutsmitarbeiters Hans Mommsen, Hans Schneider keine Möglichkeit zu geben, seine Ergebnisse in den Vierteljahrsheften zu publizieren, entzog ihm den Zugang zu den Quellenmaterialien des IfZ-Archivs und untersagte ihm, seine Forschungsergebnisse an anderer Stelle in wissenschaftlicher Form zu publizieren. Vgl. hierzu: Zur Kontroverse über den Reichstagsbrand, in: VfZ 49 (2001), S. 555; Hersch Fischler/Gerhard Brack, Zur Kontroverse über den Reichstagsbrand: Stellungnahme zu der in der Julinummer der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte publizierten Notiz, in: VfZ 50 (2002), S. 329–334.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bes und die Widerlegung der Brandexperten, die in den beiden Abschnitten des ersten Teils in naher Übereinstimmung mit Tobias durchgeführt werden, darf man wohl als so weitgehend gesichert bezeichnen, wie das nach der Quellenlage zur Zeit nur immer möglich ist"[6], äußerte er sich 1966 gegenüber Edouard Calic völlig anders: „Es hat sich nur in kritischer Überprüfung ergeben, dass keines der Indizien, die man geglaubt hat, für eine Nazibeteiligung anführen zu können, bisher der Kritik standgehalten hat. Das bloße Argument cui bono reicht nicht hin [...] Mit anderen Worten: Die Alleintäterschaft von L. ist mir in Anbetracht vieler Umstände (zeitlicher Ablauf etc.) nach wie vor unwahrscheinlich, aber was Gisevius und andere als Beweismaterial (unterirdischer Gang usw.) beigebracht haben, hält eben nicht Stich."[7]

Hofer und Calic publizierten 1972 ihre Kritik an der Alleintäterthese im ersten Band einer Dokumention zum Reichstagsbrand. Darin druckten sie die gutachterlichen Aussagen der damaligen Brandsachverständigen vor dem Reichsgericht und deren schriftliche Gutachten in großen Teilen ab, um zu zeigen, dass sowohl Tobias' Widerlegung als auch Mommsens Bestätigung dieser Widerlegung ohne Berechtigung waren. Darüber hinaus enthielt der Band auch ein beim Institut für Thermodynamik der FU Berlin in Auftrag gegebenes Gutachten, das mit Hilfe von Computerberechnungen das gemeinsame Ergebnis der Gutachten der Sachverständigen von 1933 überprüfen sollte. Das Institut für Thermodynamik bestätigte mit seiner von Prof. Dr. Karl Stephan gezeichneten Expertise die früheren Gutachter und kam wie diese zu dem Ergebnis, dass die schnelle Brandentwicklung nur zu erklären war, wenn zuvor leicht entzündbare Substanzen in größeren Mengen als Mittel der Brandstiftung in den Plenarsaal eingebracht worden waren[8]. Die schnelle Entwicklung des Brandes blieb ein entscheidendes Argument dafür, die Alleintäterschaft van der Lubbes auszuschließen.

1975 erschien in den Vierteljahrsheften ein Beitrag von Alfred Berndt, der unter Berücksichtigung des neuen Gutachtens die Frage untersuchte, ob dadurch nunmehr die Einzeltäterschaft Marinus van der Lubbes ausgeschlossen werden könne[9]. Berndt übte in seinem Aufsatz keine Kritik an den brandtechnischen Überlegungen der Gutachter des Reichsgerichts und der Korrektheit der thermodynamischen Berechnungen der Untersuchung von Prof. Stephan. Er wies vielmehr darauf hin, dass Stephan den gleichen Zeitplan für die Brandlegung van der Lubbes voraussetzte wie die früheren Gutachter, und forderte, dass dieser Zeitplan selber kritisch überprüft werden müsse, wenn eine solide Basis für neue Berechnungen gefunden werden solle[10].

---

[6] Mommsen, Reichstagsbrand, S. 351.

[7] Schreiben von Hans Rothfels an Edouard Calic vom 9. 12. 1966, in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (künftig: IfZ-Archiv), Hausarchiv, ID 103, Bd. 9

[8] Vgl. Hofer/Calic/Stephan/Zipfel (Hrsg.), Der Reichstagsbrand. Dokumentation, Band 1; Gutachten des Instituts für Thermodynamik der TU Berlin/Prof. Dr. Karl Stephan vom 17. 2. 1970, in: Ebenda, S. 205 f.

[9] Vgl. Alfred Berndt, Zur Entstehung des Reichstagsbrandes. Eine Untersuchung über den Zeitablauf, in: VfZ 23 (1975), S. 77–90.

[10] Vgl. ebenda, S. 77.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Berndt versuchte, diese kritische Überprüfung der Annahmen zum Zeitablauf von Brandentstehung, Brandentwicklung und Brandbekämpfung selbst zu liefern und kam zu dem Ergebnis, dass die von den Gutachtern angesetzten Zeitpunkte für den Einstieg van der Lubbes in den Reichstag, den Beginn seiner Brandlegung im Plenarsaal und das Aufflammen des Plenarsaals unrichtig waren und van der Lubbe deshalb wesentlich mehr Zeit für die Brandstiftung zur Verfügung gestanden hatte, als von den Gutachtern vorausgesetzt worden war.

Statt um 21.03 Uhr, wie von Gutachter Wagner angenommen, sei van der Lubbe schon spätestens um 20.59 Uhr in den Reichstag eingestiegen, statt um 21.16 Uhr (Wagner) oder 21.17 Uhr (Stephan und Josse) habe van der Lubbe spätestens bereits um 21.08 Uhr mit der Brandstiftung im Plenarsaal begonnen. Statt um 21.27 sei der Plenarsaal frühestens um 21.30 in Flammen aufgegangen. Da entsprechend für die Entwicklung des Brandes im Plenarsaal nicht nur 10–11 Minuten zur Verfügung standen, sondern mindestens 22 Minuten, bis zum ersten Wassergeben der Feuerwehr in den Plenarsaal 23 Minuten, also ungefähr das Doppelte der früher angesetzten Zeit, kam Berndt zu dem Schluss, dass die Frage der Alleintäterschaft van der Lubbes unter Zugrundelegung der korrigierten Zeitangaben von Brandexperten neu untersucht werden sollte. Die von Tobias und Mommsen vertretene Alleintäterschaft, so Berndt, gewinne noch mehr Wahrscheinlichkeit als bisher angenommen, weil die Verneinung der Alleintäterschaft durch die Brandsachverständigen auf falschen Annahmen über eine zu geringe Zeitspanne beruhe, die für die Brandentwicklung im Plenarsaal zur Verfügung gestanden habe[11].

Berndt hatte als Quellenangabe für die Daten seiner Analyse nahezu ausschließlich die kurze Darstellung im Buch von Tobias zitiert. Überprüft man Berndts Rekonstruktion der Vorgänge am Brandabend und seine Neuberechnung des Zeitablaufs an Hand der Quellenmaterialien, insbesondere der bereits seit spätestens 1962 im Archiv des IfZ vorhandenen Anklageschrift des Oberreichsanwalts und der Hauptverhandlungsprotokolle des Reichsgerichtsverfahrens, stellt man geradezu absurde Fehler fest. Weiter fällt auf, dass Berndt in wichtigen Details auch von der Darstellung bei Tobias abwich, ohne hierfür Gründe anzugeben. Die dadurch auftretenden Fehler bewirkten, dass Berndts Korrekturen zu irreführenden Verfälschungen von seinerzeit vom Reichsgericht festgestellten und weder von Tobias noch von seinen Gegnern bestrittenen Handlungs- und Zeitabläufen führten.

Sogar schon der Ausgangspunkt von Berndts Argumentation war falsch und irreführend. Er bezog sich bei seiner Untersuchung über den Zeitablauf explizit auf das Gutachten von Branddirektor Wagner und gab an, Wagner habe für die Entwicklung des Feuers im Plenarsaal zum Großbrand lediglich eine Zeitspanne von 11 Minuten angesetzt. Tatsächlich hatte Wagner in seinem Gutachten zwei Varianten über den Zeitablauf berücksichtigt. Bei der ersten Variante ging er von 11 Minuten Entwicklungszeit aus, bei der zweiten aber von einer um 12 Minuten verlängerten Zeitspanne, also von 23 Minuten, da er die Möglichkeit in Rech-

[11] Vgl. ebenda, S. 89 f.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nung stellte, dass van der Lubbe falsche Angaben über seinen Brandweg gemacht und die ersten Minuten nach seinem behaupteten Fenstereinstieg ins Restaurant des Reichstags nicht in der Küche des Reichstagsrestaurants im Erdgeschoss und in Umgängen gezündelt, sondern sofort mit der Brandlegung im Plenarsaal begonnen habe. Auch bei diesem längeren Zeitraum für Brandlegung und Entwicklung des Feuers, der den von Berndt angenommenen 23 Minuten entsprach, kam Wagner zu dem Ergebnis, dass van der Lubbe die Tat nicht allein ausgeführt haben konnte, sondern dass der Plenarsaal von anderen mit leicht entflammbaren Stoffen präpariert worden sein musste[12]. Wagner hatte also in seinem Gutachten die von Berndt geforderte Variante im Zeitablauf bereits berücksichtigt. Da Berndt seinen Aufsatz nicht in einer Zeitschrift für Brandsachverständige, sondern für Zeithistoriker publizierte, die in der Regel Brandgutachten nicht selbst überprüfen, lag in dieser Darstellung ein relevanter Fehler[13].

Relevante Fehler lagen auch Berndts Neuberechnungen des Zeitablaufs der Brandstiftung und der für die Brandentwicklung zur Verfügung stehenden Zeit zu Grunde. Berndt gelangte zu seinen Korrekturen am Zeitablauf, weil er das Geschehen am Brandabend angeblich zeitlich genauer rekonstruierte als die damaligen Brandsachverständigen und das Reichsgericht. Er hielt die Angaben der beiden Passanten Hans Hinrich Flöter und Werner Thaler und des an der West- und Südseite des Reichstags patroullierenden Schutzpolizisten Karl Buwert, nach denen der angebliche Einstieg van der Lubbes in den Reichstag um frühestens 21.03 Uhr erfolgt sein konnte, für unzuverlässig, da diese den damaligen Verhältnissen entsprechend über keine genau gehenden Uhren verfügten. Stattdessen ging er bei seiner Rekonstruktion von dem Zeitpunkt aus, an dem die Feuerwehr von der Pforte des hinter dem Reichstag gelegenen Hauses des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) erstmals telefonisch über den Brand alarmiert wurde und der mit 21.13 Uhr nach den genau gehenden Uhren der Feuerwachen

[12] Gutachten Dipl. Ing. Gustav Wagner, abgedruckt in: Hofer/Calic/Stephan/Zipfel (Hrsg.), Der Reichstagsbrand. Dokumentation, Band 1, S. 129 u. S. 137 f., und gutachterliche Äußerung Wagners am 23. 10. 1933 vor dem Reichsgericht, wo er über diese Variante mit 12 zusätzlichen Minuten für die Brandentwicklung spricht. Vgl. ebenda, S. 160.

[13] Die behauptete Verlängerung der für die Brandentwicklung zur Verfügung stehenden Zeit auf 23 Minuten entwertete auch nicht die Stellungnahmen der anderen Gutachter. Karl Stephan war zu dem Ergebnis gekommen, der größte Teil des Plenarsaals hätte bei alleiniger Brandstiftung durch van der Lubbe ohne Verwendung größerer Mengen leicht entzündbarer Substanzen selbst dann nicht innerhalb von weniger als 30 Minuten in Flammen aufgehen können, wenn mit Beginn der Brandstiftung im Plenarsaal nicht nur die Portieren des Präsidiums an der Ostwand, sondern die gesamte Ostwand in Flammen gestanden hätte. Diese Bedingung war nach keiner Zeugenaussage zum Brand im Plenarsaal, nicht einmal nach der Darstellung van der Lubbes erfüllt. Vgl. Hofer/Calic/Stephan/Zipfel (Hrsg.), Der Reichstagsbrand. Dokumentation, Band 1, S. 220–224. Emil Josse und Wilhem Schatz waren in ihren Gutachten nicht nur zum Resultat gelangt, dass die Brandentwicklung im Plenarsaal ohne größere Mengen eingebrachter flüssiger Brandbeschleuniger nicht möglich war, sie hatten auch Spuren solcher Brandbeschleuniger an verschiedenen Stellen im ausgebrannten Plenarsaal festgestellt (Josse in Abluftkanälen, Schatz im Bodenbereich der Ostseite des Plenarsaals und an Entlüftungsklappen). Vgl. ebenda, S. 148–150 (Josse) und S. 196–198 (Schatz).

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in den Meldebüchern der Feuerwehr eingetragen gewesen sei. Von diesem angeblich sicheren Zeitpunkt aus rekonstruierte er, wie lange es, entsprechend der bei Tobias dargestellten Handlungsabläufe, von der ersten Wahrnehmung eines Fensterklirrens und einer Person auf dem Balkon des Restaurantfensters durch den Zeugen Flöter bis zur Alarmierung der Feuerwehr gedauert haben musste. Für den Zeitraum von dieser ersten Beobachtung Flöters – dieser alarmierte dann den Polizisten Buwert an der Nordwestecke des Reichstags, der zum betreffenden Fenster des Reichstags lief und zusammen mit Thaler den Brand im Restaurant und danach die im Erdgeschoss (Küchenräume) des Reichstagsgebäudes herumgetragenen Feuerbrände beobachtete, ehe er auf einen mutmaßlichen Brandstifter schoss – bis zum Auftrag Buwerts an das Ehepaar Freudenberg und Herrn Kuhl, die Feuerwehr zu verständigen, setzte Berndt mindestens 9 Minuten an. Für den Lauf dieser Zeugen vom Bismarckdenkmal zum VDI-Haus in der Friedrich-Ebert-Straße hinter dem Reichstag, die Benachrichtigung der dortigen Pförtner und die telefonische Alarmierung der Feuerwehr durch den Nachtwächter und Hilfspförtner des VDI-Hauses, Emil Lück, veranschlagte Berndt mindestens weitere 5 Minuten. Da vom Fensterklirren bis zur Alarmierung also mindestens 14 Minuten vergangen waren, musste der Einstieg van der Lubbes Berndts Rechnung nach bereits spätestens um 20.59 Uhr stattgefunden haben[14].

Berndts Vorgehen erscheint plausibel, aber seine Rekonstruktion und seine Berechnungen sind falsch. Aus der Anklageschrift und den Hauptverhandlungsprotokollen des Reichstagsbrandprozesses geht eindeutig hervor: Das Ehepaar Freudenberg und Herr Kuhl liefen bereits los, um die Feuerwehr zu alarmieren, kurz nachdem sie das Feuer im Restaurant bemerkt hatten, und nicht erst nach den weiteren Beobachtungen über Feuerträger im Erdgeschoss und dem Schuss von Buwert. Während Buwert und andere Zeugen (Herr Thaler, Frau Kuhl) beobachteten, dass im Erdgeschoss eine oder mehrere Personen mit Fackeln oder ähnlichen brennenden Gegenständen unterwegs waren[15], während Buwert in ein Fenster des Erdgeschosses schoss, als dort flackerndes Feuer durch den Raum getragen wurde, waren das Ehepaar Freudenberg und Herr Kuhl längst auf dem Weg zum VDI-Haus[16]. Berndts 9+5-Rechnung kann schon allein aus diesem Grund nicht überzeugen. Hinzu kommt, dass die betreffenden Zeugen nicht

[14] Vgl. Berndt, Entstehung, S. 78–81. Berndt macht keine Angabe darüber, nach welcher Quelle er die erste telefonische Alarmierung der Hauptfeuerwache mit 21.13 Uhr festlegte. Vor dem Reichsgericht sagte der Leiter der Berliner Feuerwehr, Branddirektor Wagner, unter Eid aus, die Hauptfeuerwache sei um 21.14 Uhr telefonisch vom Brand im Reichstag alarmiert worden. Vgl. Stenographische Protokolle der Hauptverhandlung, in: IfZ-Archiv, FA-100, 14. Sitzungstag, S. 176–180. Die Meldebücher der Berliner Hauptfeuerwache von 1933 sind nicht erhalten geblieben. Die Differenz von einer Minute ist für die Beurteilung von Berndts Argumentation nicht relevant, da diese, wie nachfolgend gezeigt wird, hinsichtlich anderer Zeitangaben gravierende Fehler enthält, die sich an Hand erhalten gebliebener Quellenmaterialien nachweisen lassen.

[15] Die Fensterscheiben im Erdgeschoss waren aus Milchglas (Aussage Buwert in: IfZ-Archiv, FA-100, 13. Sitzungstag, S. 76) und ließen deshalb nur Licht und Schatten erkennen.

[16] Stenographische Protokolle der Hauptverhandlung, in: Ebenda, S. 200–218. Vgl. Anklageschrift, in: Ebenda, S. 56 f.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom Bismarckdenkmal zum VDI-Haus gelaufen waren, wie Berndt angab, sondern, wie aus den Hauptverhandlungsprotokollen hervorgeht, von der Rampe vor der Westseite des Reichstagsgebäudes, was eine wesentlich kürzere Strecke und entsprechend auch eine wesentlich kürzere Laufzeit ausmachte. Deshalb war Berndts Berechnung des Einstiegs van der Lubbes auf 20.59 Uhr irreführend. Wie weit Berndts Rekonstruktion der Alarmierungsvorgänge an der Realität vorbeiging, weil sie auf der unrichtigen Darstellung des Ablaufs bei Tobias basierte[17], wird auch aus einer Zeugenaussage des Nachtwächters und Hilfspförtners im VDI-Haus, Emil Lück, deutlich, die in den Originalakten des Reichstagsbrandverfahrens im Bundesarchiv Lichterfelde liegt. In der Vernehmung durch die Kriminalpolizei am 6. März 1933 sagte Lück folgendes aus: „Nach dem Melden des Feuers wollte ich mich davon überführen [sic], dass tatsächlich Feuer sei. Ich lief zur Westseite des Reichstagsgebäudes und sah es im ersten Stock, wo das Restaurant ist, brennen. An der Freitreppe standen mehrere Schutzpolizeibeamte. Ein Beamter kam im Laufschritt und sagte, dass er das Feuer von der Moltkestraße aus über einen Feuermelder gemeldet hätte. Kurz vor dem Eintreffen dieses Beamten hörte ich, wie ein Schutzpolizeibeamter einen Schuss abgab. Ich stand etwa fünf Meter von dem schiessenden Beamten entfernt, der niemand an das brennende Fenster heranließ."[18] Wie hätte der Hilfspförtner Emil Lück den Pistolenschuss an der Westfront des Reichstags miterleben können, wenn das Ehepaar Freudenberg und Herr Kuhl, die die Pförtner im VDI-Haus von dem Brand benachrichtigten, erst nach dem Schuss losgelaufen wären[19]?

Berndt verlängerte die für die Entwicklung des Brandes im Plenarsaal zur Verfügung stehende Zeit, indem er den Beginn der Brandlegung im Plenarsaal durch van der Lubbe von 21.16 Uhr auf 21.08 Uhr vorverlegte. Er zog hierfür das Zeitschema heran, das Kriminalkommissar Braschwitz und Kriminalassistent Raben von der politischen Polizei am 10. März 1933 bei der Nachstellung des angeblichen Brandlaufs van der Lubbes festgestellt hatten. Danach soll van der Lubbe einen komplizierten Weg durch Restaurant (Hauptgeschoss), Küchenräume, Toiletten (Erdgeschoss) und Umgänge (Hauptgeschoss) des Reichstags gemacht und 9 Minuten nach seinem Einstieg durch ein Fenster des Restaurants mit der Brandlegung im Plenarsaal begonnen haben. Berndt bezeichnete die Zeitangaben dieser

[17] Die Darstellung der Abläufe der Alarmierung bei Tobias, auf die sich Berndt beruft, ist grob fehlerhaft. Sie berücksichtigt weder die Anklageschrift, die Tobias als von ihm verwendete Quelle angibt, noch die Zeugenvernehmungen des 13. Sitzungstages der Hauptverhandlung, an dem die Ehepaare Kuhl und Freudenberg aussagten. Vgl. Tobias, Reichstagsbrand, S. 15 f. u. S. 705. Warum Tobias von dem in der Anklageschrift angegebenen und in der Hauptverhandlung festgestellten Handlungs- und Zeitablauf abwich, geht aus seiner Darstellung nicht hervor. Vgl. auch die Kritik an Berndt von Karl Stephan, Brandentstehung und Brandverlauf, in: Walther Hofer/Edouard Calic (Hrsg.), Der Reichstagsbrand, Band 2, München 1978, S. 252–262, insbesondere S. 255–257.

[18] Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, Akten des Strafverfahres gegen van der Lubbe und Genossen wegen Hochverrats und aufrührerischer Brandstiftung, R 3003/alt St 65, Bd 53, Bl. 52.

[19] Nach allen Zeugenaussagen, einschließlich der des Polizisten Buwert, war am Brandabend nur ein Schuss abgegeben worden, der in ein Fenster des Erdgeschosses gezielt war.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rekonstruktion als eindeutig und zuverlässig[20]. Sieht man diese Rekonstruktion vom 10. März 1933 und die darin festgestellten Zeitabschnitte, wie Berndt, für zuverlässig an, ergibt sich aus seiner „genaueren" Berechnung des angeblichen Einstiegszeitpunkts mit 21.59 Uhr und des Beginns der Brandstiftung im Plenarsaal mit 21.08 Uhr kein Argument pro, sondern allenfalls ein Argument gegen die Alleintäterschaft van der Lubbes: Wachtmeister Buwert gab laut Berndts angeblich minutengenauer Rekonstruktion der Alarmierungsvorgänge den Schuss auf den mit Feuerbrand durch das Erdgeschoss laufenden van der Lubbe frühestens 7 Minuten nach dessen Einstieg ab, während dieser im Vorraum des Beamtenkasinos (Erdgeschoss) sichtbar wurde[21]. Nach der Rekonstruktion des Brandlaufs vom 10. März 1933, die Berndt seiner Neuberechnung der für die Brandstiftung im Plenarsaal zur Verfügung stehenden Zeit ebenfalls peinlich genau zu Grunde legt, war van der Lubbe 7 Minuten nach dem veranschlagten Einstieg aber bereits einen Stock höher in der großen Wandelhalle und im Westumgang (Hauptgeschoss) unterwegs und begann dort an Telefonzellen zu zündeln. Da van der Lubbe aber nicht gleichzeitig in beiden, durch etwa hundert Meter Brandweg und ein Stockwerk getrennten Räumen gewesen sein kann, hätte schon eine auf interne Widerspruchslosigkeit ausgerichtete Plausibilitätsprüfung seiner Argumentation ergeben müssen, dass entweder Berndts Neuberechnung des Zeitablaufs der Reichstagsbrandstiftung nicht stimmte oder dass tatsächlich, wie das Reichsgericht feststellte, mindestens ein zweiter Täter vorhanden war.

Die Zeit für die Entwicklung des Brandes im Plenarsaal dehnte Berndt auch dadurch weiter aus, dass er den Zeitpunkt neu berechnete, an dem der Plenarsaal in Flammen aufgegangen war, und ihn um 3 Minuten von 21.27 Uhr auf 21.30 Uhr verlegte. Er rekonstruierte hierfür die Anfahrt des Löschzuges 7 (4 Löschfahrzeuge), befehligt von Brandmeister Klotz, welcher mit der Brandbekämpfung im Plenarsaal begonnen hatte. Berndt kam zu dem Ergebnis, dass von den Sachverständigen und vom Reichsgericht übersehen worden war, dass Zug 7, der um 21.15 alarmiert worden sei, erhebliche Verzögerungen bei der Anfahrt zum einzig geöffneten Portal V des Reichstags (Nordseite) in Kauf zu nehmen hatte. Nach 30 Sekunden Ausrückzeit sei die Anfahrt von der Feuerwache Moabit zunächst zu einem Feuermelder in der Moltkestraße 7 an der Reviergrenze gegangen, wo der Löschzug nicht vor 21.20 eingetroffen sein könne, dann sei er weiter zur Südwestecke des Reichstags gefahren, was insgesamt mehr als zwei Kilometer betragen habe. Deshalb sei die sonst übliche Zeit von maximal 3–4 Minuten bis zur Ankunft am Brandobjekt überschritten worden. Weil Zug 7 bei seiner Ankunft an der Südwestecke zunächst Kontakt mit dem bereits zuvor ein-

[20] Die Rekonstruktion ist abgedruckt in: Tobias, Reichstagsbrand, S. 605 f.

[21] Laut Berndt, Entstehung, S. 80, hatte der Schutzpolizist Buwert einen Warnschuss abgegeben. Hier wich Berndt ohne Angabe von Gründen von der Darstellung bei Tobias, Reichstagsbrand, S. 15, ab, nach der es sich in Übereinstimmung mit den Quellenmaterialien nicht um einen Warnschuss, sondern um einen gezielten Schuss in das fünfte Fenster der Südwestecke (Vorraum des Beamtenkasinos) handelte, als dort durch die Fensterscheibe sichtbar flackerndes Feuer durch den Raum getragen wurde.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

getroffenen Löschzug 6 aufzunehmen hatte, der von der Hauptfeuerwache bereits um 21.14 alarmiert worden war und einen kürzeren Anfahrtsweg hatte, dann auch noch um das große Gebäude herumfahren musste und dabei überprüfte, ob er durch die Portale II (Nordseite), III und IV (Ostseite), die alle geschlossen waren, in den Reichstag gelangen konnte, setzte Berndt für das Eintreffen des Zuges 7 an Portal V eine Verzögerung von 3 bis 4 Minuten gegenüber den von Sachverständigen und Gericht angenommenen Zeitpunkt von 21.20 Uhr an; in seinen Augen sei der Zug frühestens um 21.23 Uhr eingetroffen. Da der Zeitpunkt des Aufflammens des Plenarsaals vom Reichsgericht und den Sachverständigen nach der laut Bernd zuverlässig mit sieben Minuten angesetzten Zeitspanne zwischen Ankunft an Portal V und dem Aufflammen des Plenarsaales mit 21.27 Uhr berechnet worden war, verlegte Berndt das Aufflammen des Plenarsaales um drei Minuten auf frühestens 21.30 Uhr und dehnte so die angeblich für die Brandentwicklung zur Verfügung stehende Zeit auf 22 Minuten, bis zum ersten Wasser geben in den Plenarsaal auf 23 Minuten weiter aus[22].

Konsultiert man das Verhandlungsprotokoll des 16. Sitzungstages, an dem Brandmeister Klotz vom 7. Feuerwehrzug aussagte, ergibt sich, dass die von Berndt behaupteten Verzögerungen von Zug 7 nicht der Realität entsprachen und die aus ihr abgeleitete Verschiebung des Aufflammens des Plenarsaals ungerechtfertigt ist. Berndt legte seiner Berechnung zugrunde, dass die Feuerwache Moabit vom Feuermelder in der Moltkestraße 7 um 21.15 Uhr alarmiert worden sei. Die Zeitangabe von 21.15 Uhr entnahm er dem Buch von Fritz Tobias. Aus der Zeugenaussage von Branddirektor Wagner vor dem Reichsgericht ging aber hervor, dass der Feuermelder Moltkestraße 7 bereits um 21.14 Uhr betätigt worden war[23]. Berndt setzte zudem die Fahrgeschwindigkeit des Löschzuges 7, der die Strecke zum Reichstagsgebäude überwiegend in schnurgerader Fahrt auf einer breiten Straße (Alt Moabit) zurücklegen konnte, zu gering an[24]. Auch hatte

[22] Vgl. Berndt, Entstehung, S. 87.

[23] Vgl. Tobias, Reichstagsbrand, S. 270. Die Aussage Wagners findet sich in: IfZ-Archiv, FA-100, 14. Sitzungstag, S. 176–180. Brandmeister Klotz hatte, wie aus ebenda, 16. Sitzungstag, S. 45 f. u. S. 65 hervorgeht, in der Voruntersuchung als Alarmierunszeitpunkt 21.14 $^1/_2$ Uhr angegeben. Wie sich in den Akten der Voruntersuchung nachlesen lässt, hatte Klotz vor Untersuchungsrichter Wernecke am 15. 3. 1933 wie folgt ausgesagt: „Wenn nun die Eintragung im Tagebuch der Hauptfeuerwache mit 21.15 lautet, so wird die Meldung bei uns auf der Feuerwache Moabit um 21.14 30 Sekunden eingegangen sein. Nun kommen die 30 Sekunden Alarmzeit für die Mannschaften hinzu, so dass der Zug um genau 21.15 ausgerückt sein dürfte. Der Melder in der Moltkestraße ist der von unserer Wache am weitesten entfernt liegende Melder. Es ist grundsätzlich so eingeteilt, dass die Fahrzeit bis zum weitesten Melder 3 Minuten beträgt. Ich erinnere mich auch eines Falles, indem wir tatsächlich auf Kontrolle eines Zivilisten hin, der die Meldung von dem Melder Moltkestraße einmal gegeben hatte, in drei Minuten nach der Meldung am Melder Moltkestraße waren. Ich glaube deshalb annehmen zu können, dass wir gegen 21.18 Uhr am Melder Moltkestraße 7 eintrafen." In: BA Berlin, R 3003/alt ST 65, Bd. 53, Bl. 133.

[24] Vgl. Berndt, Entstehung, S. 83. Berndt gab für die elektrogetriebenen Löschfahrzeuge eine Marschgeschwindigkeit von höchstens 30 km/h an und rechnete für Zug 7 mit 25 km/h Marschgeschwindigkeit. Zugführer Klotz sagte vor dem Reichsgericht aus, die Elektrofahrzeuge hätten eine Spitzengeschwindigkeit von 36 km/h gehabt, und es würde im Durchschnitt mit 30/32 km/h gefahren. Vgl. auch Eckard Lottmann, Berliner Feuerwehr, Berlin 1996, S. 56–58,

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zugführer Klotz keine Verzögerung durch Kontaktaufnahme zu Zug 6, weil er diese einem seiner Wagenführer (Brandmeister Wald) überlassen hatte und ohne Halten sofort zu Portal II (Südseite) vorgefahren war, um in den Reichstag zu gelangen. Als er dieses Portal geschlossen fand, versuchte er dann auch nicht mehr, wie von Berndt behauptet, durch die Portale III und IV in den Reichstag zu kommen. Klotz war, wie er vor dem Reichsgericht berichtete, an Portal II von einem Polizisten zugerufen worden, dass nur Portal V geöffnet sei, und war deshalb ohne Zwischenstopps dorthin gefahren[25].

Indem er das Eintreffen von Löschzug 7 am Portal V um drei Minuten hinausschob und daraus eine Verzögerung des Aufflammens des Plenarsaals um 3 Minuten errechnete, dehnte Berndt nicht nur die Zeit für die Entwicklung des Brandes aus, sondern lieferte auch eine neue, Tobias Alleintäterthese stützende Erklärung dafür, dass der erste Großalarm zum Brand im Reichstag erst spät ausgelöst worden war. Diese Erklärung erweist sich bei näherer Überprüfung als ebenso unzutreffend wie seine Angaben und Berechnungen, die den Einstieg van der Lubbes oder das Aufflammen des Plenarsaals betreffen.

Weil nicht sofort nach der ersten Brandmeldung an die Hauptfeuerwache mehrere Löschzüge zum Reichstagsgebäude entsandt worden waren, war u. a. in ausländischen Presseberichten und im Braunbuch 1933 der Verdacht geäußert worden, die Feuerwehr sei nicht ordnungsgemäß alarmiert, ihr Einsatz von den Nationalsozialisten behindert worden. Obwohl die diesem Verdacht zugrunde liegende Ansicht, es hätten auf die Brandmeldung hin sofort alle oder mindestens fünfzehn Löschzüge zum Reichstag entsandt werden müssen, irrig war, war der Verdacht nicht aus der Luft gegriffen. Nach der „Alarm- und Ausrückeordnung" der Feuerwehr stand der Reichstag als öffentliches Gebäude unter drittem Alarm. Bei jeder Meldung eines Brandes im Reichstag hatten dementsprechend sofort drei Löschzüge mit insgesamt 12 Fahrzeugen zur Brandbekämpfung auszurükken[26]. Auf die telefonische Meldung von Feuer im Restaurant des Reichstags um 21.14 Uhr aus dem VDI-Haus an die Hauptfeuerwache war von dieser aber zunächst nur ein Löschzug, der Zug 6 von der dem Reichstag nahen Feuerwache Stettin, zum Reichstag entsandt worden, wo er um 21.18 Uhr ankam. Auch die Betätigung des in der Nähe des Reichstags befindlichen Feuermelders in der Moltkestraße um 21.14 Uhr, die von der Hauptfeuerwache ebenfalls registriert wurde, führte nur zur Entsendung eines Löschzugs, des Zuges 7 unter Brandmeister Klotz, der um 21.19/20 Uhr am Reichstagsgebäude eintraf. Obwohl die Hauptfeuerwache bereits um 21.14 vom Feuer im Reichstag erfahren hatte, war höherer Alarm erst durch Feuerwehrkräfte vor Ort ausgelöst worden, als der Ple-

wonach die Elektrolöschzüge der Berliner Feuerwehr bereits 1908 eine Spitzengeschwindigkeit von 36 km/h fuhren.

[25] Stenographische Protokolle der Hauptverhandlung, in: IfZ-Archiv, FA-100, 16. Sitzungstag, S. 45–50 u. S. 81–83 (Aussage Brandmeister Klotz). Nicht einmal aus der Darstellung bei Tobias lässt sich die von Berndt behauptete Verzögerung durch Kontaktaufnahme mit Zug 6 und Überprüfen aller Portale ableiten. Vgl. Tobias, Reichstagsbrand, S. 20.

[26] Vgl. Tobias, Reichstagsbrand, S. 269; Alexander Bahar/Wilfried Kugel, Der Reichstagsbrand. Wie Geschichte gemacht wird, Berlin 2001, S. 94.

VfZ 4 Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

narsaal bereits in Flammen aufgegangen war. Dieser Alarm führte als so genannter 10. Alarm dazu, dass zusätzlich zu den zwei bereits am Reichstag befindlichen Zügen acht weitere Löschzuge geschickt wurden.

In seinem Buch hatte Tobias zu zeigen versucht, dass die Unterlassung der sofortigen Entsendung von 3 Löschzügen durch die Hauptfeuerwache nicht das Ergebnis von Sabotage war, wie diejenigen vermuteten, welche die Nationalsozialisten für die Brandstifter hielten, sondern durch das Zusammentreffen kleiner Zufälle zustande gekommen sei. Bei der telefonischen Brandmeldung aus dem VDI-Haus sei der Hauptwache mitgeteilt worden, dass es sich um einen unbedeutenden Brand handele, so dass sie nur einen Löschzug in Marsch setzte. Weil die Auslösung des Feuermelders in der Moltkestraße auch die Hauptfeuerwache davon in Kenntnis setzte, dass ein weiterer Löschzug zum Reichstagsgebäude unterwegs war und im Reichstagsgebäude keiner der dort befindlichen Feuermelder betätigt worden war, hatte man es in der Hauptwache, so Tobias, nicht für erforderlich gehalten, weitere Löschzüge zu entsenden[27].

Berndt versuchte nun, über Tobias hinausgehend, auch noch den Nachweis zu liefern, dass die späte Auslösung des 10. Alarms dadurch bedingt gewesen sei, dass Zug 7 verspätet an Portal V eintraf und dessen Brandmeister Klotz und Wald, die zunächst nur das Feuer im Restaurant gesehen hatten, dadurch erst spät in den Reichstag gelangten, wo sie das Feuer im Plenarsaal festgestellt hätten. Berndt stützte sich dabei auf die Darstellung der Alarmabfolge bei Tobias, der sich auf die Anklageschrift und einen Vermerk der Hauptfeuerwache vom 7. März 1933 berief. Demzufolge waren von der Feuerwehr folgende Alarmierungen durchgegeben worden:

„1. Um 21.31 Uhr löst Brandmeister Wald vom Portal V aus telefonisch die 10. Alarmstufe aus.
2. Um 21.32 Uhr wird von Portal V aus abermals die 10. Alarmstufe gegeben.
3. Um 21.33 Uhr löst der Melder Trappe vom Zug 6 im Auftrag von Oberbrandmeister Puhle vom VDI-Haus telefonisch die 5. Alarmstufe aus. Hierbei erfährt er von der Hauptfeuerwache, dass kurz zuvor bereits die 10. Alarmstufe verkündet worden war.
4. Um 21.42 Uhr wird von Oberbranddirektor Gempp die 15. Alarmstufe angeordnet."[28]

[27] Vgl. Tobias, Reichstagsbrand, S. 268 f. Einen Quellenbeleg für die wichtige Behauptung, der Hauptfeuerwache sei bei der ersten Alarmierung aus dem VDI-Haus berichtet worden, es handele sich um ein unbedeutendes Feuer, gibt Tobias nicht. Derjenige, der die Hauptfeuerwache aus dem VDI-Haus telefonisch über Feuer im Reichstag alarmierte, war der Hilfspförtner Emil Lück. Im BA Berlin, Bestand R 3003/alt St 65, liegen drei Vernehmungen Lücks durch Polizei (28. 2. und 6. 3. 1933) und Untersuchungsrichter (25. 3. 1933) vor. Aus allen drei Vernehmungen geht in keiner Weise hervor, dass Lück der Feuerwehr mitteilte, es handele sich um ein unbedeutendes Feuer. Emil Lück ist in der Hauptverhandlung vor dem Reichsgericht nicht als Zeuge vernommen worden. Das Reichsgericht ist auch nicht der Frage nachgegangen, weshalb von der Hauptfeuerwache kein 3. Alarm ausgelöst, sondern nur ein Löschzug zum Reichstagsgebäude entsandt wurde.

[28] Berndt, Entstehung, S. 85, mit Berufung auf Tobias, Reichstagsbrand, S. 270.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Berndt behauptete, dass aus den zugänglichen Unterlagen nicht hervorgehe, wie die Alarmierung weiterer Löschzüge durch Brandmeister Wald vom Reichstagsgebäude aus im Einzelnen vor sich gegangen sei, und rekonstruiert den Alarmierungsvorgang nach den von ihm neu berechneten, späteren Zeiten des Eintreffens von Brandmeister Klotz und Wald am Portal V und am Plenarsaal. Mit Hilfe von feuerwehrtechnischen Erwägungen über das Vorbringen von Schlauchleitungen zum Plenarsaal und dienstrechtlichen Überlegungen über die Berechtigung zur Anordnung höheren Alarms kam Berndt zum Ergebnis, dass Brandmeister Klotz frühestens um 21.26 Uhr oder 21.27 Uhr auf den zu diesem Zeitpunkt noch begrenzten Brand im Plenarsaal aufmerksam geworden sein und erst zwischen 21.28 Uhr und 21.29 Uhr den Entschluss gefasst haben konnte, 5. Alarm geben zu lassen[29]. Der durch Brandmeister Wald daraufhin um 21.31 Uhr ausgelöste 10. Alarm sei deshalb, so Berndt, höchstwahrscheinlich tatsächlich nur ein 5. Alarm gewesen. Erst unter dem Druck des Geschehens und auf Anraten von Polizeileutnant Lateit habe sich Klotz frühestens um 21.28/29 Uhr dafür entschieden, weitere Kräfte anzufordern, woraufhin Wald erst um 21.32 Uhr 10. Alarm gegeben hatte.

Anders als Berndt behauptete, waren zur Zeit seiner Publikation in den Vierteljahrsheften sehr wohl Unterlagen vorhanden, aus denen der Ablauf der Alarmierung weiterer Löschzüge durch Brandmeister Wald im Detail hervorgeht. Es handelt sich um die bereits erwähnten Hauptverhandlungsprotokolle. Im Protokoll des 16. Verhandlungstages, das sogar in der Quellenliste des Buches von Tobias aufgeführt ist, wird festgehalten, dass Wald unter Eid einen ganz anderen Ablauf der Auslösung des 10. Alarms schilderte, als ihn Berndt, scheinbar plausibel, rekonstruiert hat. Wald berichtete, dass er nach kurzer Kontaktaufnahme mit Zug 6 an der Südwestecke mit dem vierten Löschwagen nach Anklinken am geschlossenen Portal II Brandmeister Klotz direkt zu Portal V gefolgt und dort geringfügig später als dieser eingetroffen sei. Er sei dem Brandmeister Klotz „auf dem Fuße gefolgt" und habe ihn auch bald im Innern des Gebäudes erreicht. Klotz habe ihn schon zu diesem frühen Zeitpunkt aufgefordert, so viel Schlauch wie möglich heranzuholen, da schon die von ihm entdeckten Brände im Westumgang vor dem Plenarsaal mit den zunächst in den Reichstag hineingeführten Eimerspritzen, dem kleinen Löschgerät, kaum zu löschen gewesen seien. Er, Wald, sei sofort zu Portal V zurückgelaufen und habe auf eigene Initiative einem Posten den Auftrag gegeben, über den Feuermelder in der dortigen Portiersloge fünften Alarm zu geben[30]. Da sei ein Polizeibeamter, wie sich später in der Voruntersuchung herausstellte, der Polizeioffizier Lateit[31], aus dem Reichstagsinneren in das Portal gelaufen und habe gerufen, es brenne an allen Ecken, man solle sofort mehr Feuerwehr holen. Daraufhin habe er, Wald, dem Feuerwehrmann,

[29] Vgl. Berndt, Entstehung, S. 85 f.

[30] Die Firma Siemens installierte in den zwanziger Jahren Feuermelder, die es Feuerwehrleuten erlaubten, Sprechgeräte in den Feuermelder einzustöpseln und mit der Feuerwache zu sprechen, an die der Feuermelder angeschlossen war. Vgl. Lottmann, Berliner Feuerwehr, S. 75–77.

[31] Stenographische Protokolle der Hauptverhandlung, in: IfZ-Archiv, FA-100, 14. Sitzungstag, S. 176–180.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der den Kontakt zur Feuerwache noch nicht hergestellt und noch nichts durchgegeben hatte, den Befehl gegeben, nicht erst 5., sondern sofort 10. Alarm zu geben.

> Zeuge Wald: Ich bin dem Brandmeister Klotz auf dem Fuße gefolgt. [...] Ich bin dann durch die Halle gelaufen, die da angezeichnet ist, und kam dann in die Nähe von Brandmeister Klotz, der mir schon entgegenkam und die Eimerspritze abnahm und bloß sagte: Schlauch, sorgen Sie bloß, dass Schlauch hochkommt, wir werden es nicht schaffen mit der Eimerspritze. [...] Ich hatte es mir auch schon überlegt und wollte 5. Alarm geben [...]. Wie wir da nun unten an der Treppe in dem Eingang von Portal 5 die Haspel abrollten, kam auch der Polizeibeamte herausgestürzt mit der Meldung: es brennt ja an allen Ecken, sorgen Sie doch, dass Feuerwehr herankommt, wenigstens ähnlich so. Ich bin dann noch einmal an die Portierloge heruntergegangen und habe unseren Posten am Melder gefragt: haben Sie schon Verbindung mit der Wache? Nein, sagte er. Daraufhin habe ich gesagt, geben Sie gleich 10. Alarm. Da ging er an den Feuermelder heran und gab 10. Alarm durch.
>
> [...]
>
> Präsident: Also, Sie konnten feststellen, dass das auch ausgeführt wurde?
>
> Zeuge Wald: Ja, sofort ausgeführt wurde.
>
> Präsident: Dass der 10. Alarm tatsächlich gegeben wurde?
>
> Zeuge Wald: Jawohl!"[32]

Polizeileutnant Lateit war am Brandabend Leiter der Brandenburger Torwache gewesen. Nach Alarmierung durch einen jungen Mann um etwa 21.15 Uhr war er noch zwei bis drei Minuten vor Brandmeister Klotz durch Portal V in den brennenden Reichstag gelangt und hatte schon um 21.20/21 Uhr die zunächst noch begrenzten Brandherde im Plenarsaal festgestellt. Danach war er um etwa 21.21/22 Uhr durch Portal V wieder aus dem Reichstag herausgestürzt, um für die Auslösung von Großalarm und die Absperrung des Reichstags zu sorgen; er hatte durch seinen Zuruf an Brandmeister Wald und die im Portal V mit der Schlauchverlegung beschäftigten Feuerwehrleute des Zuges 7 den entscheidenden Anstoß gegeben, dass Wald von Portal V aus sofort 10. Alarm geben ließ. Demzufolge ist der 10. Alarm bereits um ca. 21.22/23 Uhr von Wald angefordert worden[33].

---

[32] Stenographische Protokolle der Hauptverhandlung, in: Ebenda, 16. Sitzungstag, S. 83 f.

[33] Tobias, Reichstagsbrand, ist der Tatsache nicht nachgegangen, dass die Begegnung von Wald mit Leutnant Lateit an Portal V um ca. 21.21/22 Uhr stattfand, der 10. Alarm aber erst ca. 10 Minuten später ausgelöst wurde. Dass Lateits Begegnung mit Wald bereits ca. 10 Minuten vor dem 10. Alarm stattfand, geht auch aus Tobias Darstellung hervor, weil Lateit laut Tobias nach dem Verlassen des Reichstags durch Portal V sofort zur Brandenburger Torwache zurückkehrte und bereits um 21.25 Uhr dort eingetroffen war. Vgl. auch Bahar/Kugel, Reichstagsbrand, S. 83 f., nach deren genauerer Darstellung an Hand der Voruntersuchungsakten Lateit den Reichstag ebenfalls um ca. 21.21 Uhr durch Portal V verließ.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie also diese Unterlagen zeigen, erfolgte die Anforderung weiterer Löschfahrzeuge durch Brandmeister Wald wesentlich früher, als es Berndt dargestellt hat[34]. Warum höherer Alarm erst so spät, nach Aufflammen des Plenarsaals, ausgelöst worden war, ist von Berndt keineswegs geklärt worden, denn der 10. Alarm, den Brandmeister Wald bereits um etwa 21.22/23 Uhr durchgeben ließ, war in den Tagebüchern der Feuerwehr nicht verzeichnet worden. Der 10. Alarm war nach den Aufzeichnungen der Feuerwehr nicht durch Wald, sondern durch Brandmeister Puhle von Löschzug 6 um 21.32 Uhr ausgelöst worden, wie der Leiter der Berliner Feuerwehr, Oberbranddirektor Dr. Gustav Wagner, unter Eid vor dem Reichsgericht ausgesagt hat[35].

Weil Wagner zu den Alarmierungszeiten nicht als Sachverständiger, sondern als Zeuge aussagte, wurde er nach seiner Vereidigung als Sachverständiger auch noch als Zeuge, der für die Berliner Feuerwehr Auskunft gab, vereidigt. In dieser Funktion beantwortete er auch nochmals die Frage, wer den zehnten Alarm ausgelöst hatte:

> „ORA Dr. Werner: Vielleicht darf ich eine Frage an den Herrn Zeugen richten, von wem dieser spätere zehnte und fünfzehnte Alarm angeordnet worden war, ob Beamte der Feuerwehr in Frage kommen.
>
> Zeuge Dr. Wagner: Der zehnte Alarm ist von Oberbrandmeister Puhle – das stand in unseren Meldungen – gegeben [...] worden [...].
>
> Präsident: Hat Herr Wald nicht noch einen Alarm gegeben?
>
> Zeuge Dr. Wagner: Das ist möglich; der wird aber dann nicht notiert, wenn schon ein höherer vorhanden ist."[36]

Der von Brandmeister Wald übermittelte 10. Alarm war nicht notiert und nicht ausgelöst worden, obwohl er etwa 10 Minuten vor 21.32 Uhr angefordert worden war. Die Gründe für die Verzögerung des 10. Alarms sind bislang ungeklärt. Das Reichsgericht war den Ursachen der Verzögerung, die dem Oberreichsanwalt und dem Präsidenten anscheinend doch aufgefallen war, nicht nachgegangen. Die Tagebücher und Vermerke der Berliner Hauptfeuerwache aus dem Jahr 1933 sind nicht erhalten geblieben. Aus den zur Zeit von Berndts Publikation längst verfügbaren stenographischen Protokollen des Prozesses vor dem Reichsgericht geht aber hervor, dass Berndts Rekonstruktion sich auf eine fehlerhafte Darstellung der Quellen durch Tobias gestützt hat. Bei dem von Tobias angeführten Vermerk vom 7. März

[34] Die von Berndt angeführte Bestätigung seiner Analyse vom „feuerwehrtechnischen Standpunkt aus" durch den späteren Berliner Landesbranddirektor Dr. Friedrich Kaufhold war von diesem offensichtlich in Unkenntnis der Berndts Ergebnissen eindeutig entgegenstehenden, aus den Quellenmaterialien hervorgehenden Fakten abgegeben worden. Vgl. Berndt, Entstehung, S. 87–89, insbesondere Anm. 10.

[35] Stenographische Protokolle der Hauptverhandlung, in: IfZ-Archiv, FA-100, 14. Sitzungstag, S. 176–180.

[36] Stenographische Protokolle der Hauptverhandlung, in: Ebenda, S. 183.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1933, für den er keine Quellenangabe machte, handelte es sich, nicht um einen Vermerk der Hauptfeuerwache Berlin zu den Umständen und Zeiten der Auslösung der ersten und höheren Alarmstufen, sondern um einen Vermerk des Kriminalassistenten Rudolf Schulz über die telefonische Auskunft der Feuerwache Moabit zu den Ausrückzeiten der fünfzehn Löschzüge, die an den Löscharbeiten am Brandabend beteiligt gewesen waren[37]. Aus welchen Quellen Tobias die Angaben über die angebliche Auslösung des 10. Alarms um 21.31 Uhr durch Brandmeister Wald entnommen hat, ist nicht ersichtlich. In der Anklageschrift und in dem Vermerk vom 7. März 1933 ist diese Zeitangabe jedenfalls nicht enthalten.

Insgesamt ist zu Berndts Untersuchung festzustellen, dass die in ihr vorgenommenen Korrekturen des Zeitablaufs der Brandstiftung die Gutachten der Brandsachverständigen weder widerlegten, noch auch nur erschütterten, weil diese Korrekturen samt den dafür gelieferten Begründungen sachlich falsch und irreführend waren. Berndt leitete diese Korrekturen des Zeitablaufs von fehlerhaften Darstellungen der Reichstagsbrandstiftung bei Fritz Tobias ab. Diese Darstellung hatte er nicht anhand der verfügbaren Quellen überprüft. Wo es seiner Argumentation, für die Brandentwicklung im Plenarsaal habe mehr Zeit zur Verfügung gestanden als von den Sachverständigen angenommen, dienlich war, wich er auch von Tobias ab. Zudem verwickelte sich Berndt in seiner zeitlichen Neuberechnung, die van der Lubbes Alleintäterschaft wahrscheinlicher machen sollte, in den Widerspruch, dass sie van der Lubbe zum gleichen Zeitpunkt an zwei weit voneinander entfernten Stellen im Reichstagsgebäude zündeln ließ, so dass es ihr schon von vornherein an Plausibilität mangeln musste. Für die Alleintäterthese lieferte Berndts Untersuchung keinerlei Zuwachs an Wahrscheinlichkeit. Im Gegenteil, sie reduzierte die Glaubwürdigkeit der Alleintäterthese, weil ihre Argumentation auf einer falschen Wiedergabe der Quellenlage beruhte.

Die groben Fehler in Berndts Untersuchung über den Zeitablauf der Reichstagsbrandstiftung stehen in krassem Gegensatz zu der Bedeutung, die Berndts Beitrag bislang zugemessen worden ist. Das Magazin DER SPIEGEL, das Tobias' Alleintäterthese bereits 1959 als sensationelle Enthüllungsserie publiziert hatte, brachte zum Erscheinen des Beitrags von Alfred Berndt in den Vierteljahrsheften einen umfangreichen Bericht und stellte Berndt als Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte und Brand- und Feuerwehrexperten vor, welcher das letzte Rätsel des Reichstagsbrandes gelöst habe[38]. Zeitgeschichtliche Fachliteratur führte ebenfalls das Erscheinen von Berndts Aufsatz in den Vierteljahrsheften des Instituts als eine weitere, Hans Mommsens Stellungnahme von 1964 bekräftigende Bestätigung der Alleintäterschaft Marinus van der Lubbes an[39]. Diese Wertung des Aufsatzes von Berndt war und ist ohne jede sachliche Grundlage.

---

[37] BA, R 3003/alt St 65, Bd. 53, Bl. 62.

[38] „Falsch gefüttert. Das letzte Rätsel des Reichstagsbrandes von 1933 ist gelöst: Ein einzelner Täter hatte doch Zeit genug, den Brand allein zu legen", in: DER SPIEGEL, Heft 13 (1975), S. 60 f.

[39] Vgl. z. B. Ulrich von Hehl, Zur Kontroverse um den Reichstagsbrand, in: VfZ 36 (1988), S. 259–280. Auf Berndt verwiesen wurde u. a. auch von Hans Mommsen, Eckard Jesse und Karl

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch hat eine Überprüfung des fachlichen Hintergrundes Alfred Berndts ergeben, dass dieser vor der Veröffentlichung in den Vierteljahrsheften nie zu Brand- oder Feuerwehrthemen publizierte und beruflich weder im Brandschutz noch bei der Feuerwehr tätig gewesen war[40]. Weiterhin wurde in einem Gespräch mit Hermann Graml, damals Chefredakteur der Vierteljahrshefte, deutlich, dass Berndt auch kein Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte gewesen war[41].

Dietrich Erdmann. Vgl. Hans Mommsen, Van der Lubbes Weg in den Reichstag, in: Uwe Backes u. a., Reichstagsbrand. Aufklärung einer historischen Legende, München 1986, S. 261; Eckhard Jesse, Der endlose Streit um den Reichstagsbrand – verschlungene Pfade einer einzigartigen Forschungskontroverse, in: Ebenda, S. 266, Anm. 69; Karl Dietrich Erdmann, Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933–1939, München 1980, S. 89.

[40] Gespräche des Autors mit der Witwe Alfred Berndts im Februar 1992.

[41] Gespräch des Autors mit Hermann Graml im Institut für Zeitgeschichte am 17. 5. 2002.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein weltgeschichtliches Ereignis wie der Kalte Krieg hat viele Väter. Doch ist wie immer auch hier die Verantwortung unterschiedlich verteilt. Stalins Beitrag zur Genese jener langen und tiefgreifenden Konfrontation zwischen Ost und West scheint besonders groß. Das jedenfalls bleibt als Eindruck dieses einzigartigen Schlüsseldokuments. Im Januar 1951 initiierte der sowjetische Diktator in seinem gesamten Machtbereich ein Aufrüstungsprogramm, wie es in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bislang ohne Beispiel war und mit dem er zugleich die sowjetische Macht in Ost- und Mitteleuropa noch stärker verankerte.

Gerhard Wettig

Stalins Aufrüstungsbeschluß

Die Moskauer Beratungen mit den Parteichefs und Verteidigungsministern der „Volksdemokratien" vom 9. bis 12. Januar 1951

Mit dem Ausbruch des Korea-Kriegs am 25. Juni 1950 begann sich der Ost-West-Konflikt gründlich zu verändern. Für Westeuropa war ein militärischer Angriff aus dem Osten mit einem Male vorstellbar. Bot der Nordatlantikpakt tatsächlich eine ausreichende Sicherheitsgarantie? Die Regierung der USA war zwar bereit, ein westeuropäisches Verteidigungssystem durch die Stationierung amerikanischer Verbände zu unterstützen, forderte aber von den Verbündeten auf der anderen Seite des Atlantiks die strikte Ausschöpfung aller dort vorhandenen Ressourcen. Auch die Bundesrepublik sollte sich daran beteiligen, und zwar mit militärischen Mitteln. Die Beratungen, die unter den westlichen Staaten ab Herbst 1950 geführt wurden, konfrontierten Stalin erstmals nach 1945 mit der Aussicht, daß es neben der Roten Armee noch andere starke und moderne Armeen auf dem europäischen Festland geben würde. Der sowjetische Diktator hatte es – anders als man damals im Westen annahm – nicht auf einen Krieg abgesehen, nun aber sah er die Perspektive zunichte werden, die UdSSR werde künftig als alleinige kontinentale Militärmacht überragenden Einfluß in Europa gewinnen[1]. Für eine Aufstellung westdeutscher Streitkräfte sprechen indes noch andere Gründe: Die Bonner Regierung erhielt größeres politisches Gewicht und verbesserte damit die Möglichkeit, ihre politischen Interessen, etwa den nach staatlicher Einheit, oder sogar nach Revision der Oder-Neiße-Linie, geltend zu machen. Zugleich war dies ein Gegengewicht zu den in der SBZ/DDR seit 1948

[1] Vgl. I. Majskij an V. Molotov (Anlage), 11. 1. 1944, in: SSSR i germanskij vopros 1941–1949, Bd. 1: 22. Juni 1941–8. Mai 1945, hrsg. vom Historisch-dokumentarischen Departement des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Rußlands/Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Moskau 1996, S. 334–360, hier S. 334–345 u. S. 355–360.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aufgestellten militärischen Bereitschaften[2], die nach einem Abzug der Besatzungstruppen der westlichen Alliierten eine Wiedervereinigung unter sowjetischem Vorzeichen hätten fördern oder gar herbeiführen können.

Stalin betrachtete das westliche Vorgehen als Herausforderung. Auf diese wollte er mit militärischen Gegenmaßnahmen reagieren. Dabei war er sich im klaren, daß die Sowjetunion zumindest im konventionellen Bereich nicht bedroht war. Für längere Zeit würde das atlantische Bündnis weiterhin schwächer sein. Das Kräfteverhältnis würde sich aber allmählich verändern. Daher schienen in seiner Sicht erhöhte militärische Anstrengungen nötig. Um dies im gesamten sowjetischen Machtbereich zu koordinieren, rief er die Parteichefs und Verteidigungsminister der „Volksdemokratien" für die Zeit vom 9. bis 12. Januar 1951 nach Moskau. All das geschah unter allerhöchster Geheimhaltung, und noch immer ist kaum etwas von dieser richtungweisenden Konferenz bekannt. Selbst nach der partiellen Öffnung der Archive in Rußland wurde darüber nicht ein einziges Dokument freigegeben, doch verweisen zwei russische Historiker, Natal'ja Jegorova und Aleksej Filitov, in ihren Publikationen immerhin darauf[3]. Karel Kaplan machte, gestützt auf Erinnerungen des beteiligten tschechoslowakischen Verteidigungsministers Alexej Cepička, Ende der siebziger Jahre die Tatsache der Gespräche bekannt, ohne freilich Einzelheiten mitzuteilen[4]. Auch Aussagen eines der beiden polnischen Teilnehmer, Politbüro-Mitglied Edward Ochab[5], und die Memoiren des polnischen Generals Tadeusz Pióro[6] belegen den Vorgang. Vojtech Mastny nimmt in einer thematisch weitergespannten Darstellung auf die unten wiedergegebene rumänische Aufzeichnung Bezug, ohne jedoch deren Text zu kennen[7].

Eine weitere Quelle sind die Memoiren des damaligen ungarischen Parteichefs Mátyás Rákosi, der dort schreibt, daß die sowjetischen Aufrüstungsanforderungen die Wirtschaft der Volksdemokratien außerordentlich belasteten. Daher seien die Erklärungen Stalins, die NATO werde Ende 1953 ihre militärischen Vorbereitungen abschließen und man müsse dann zur Abwehr von „Überraschungen" über

[2] Vgl. Gerhard Wettig, Neue Erkenntnisse aus sowjetischen Geheimdokumenten über den militärischen Aufbau in der SBZ/DDR 1947–1952, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 53 (1994), S. 399–406 u. S. 412–419.

[3] Vgl. N. I. Egorova, Evropejskaja bezopasnost' i „ugroza" NATO v ocenkach stalinskogo rukovodstva, in: Stalinskoe desjatiletie cholodnoj vojny. Fakty i gipotezy, hrsg. vom Institut vseobščej istorii RAN, Moskau 1999, S. 72; A. M. Filitov, Stalinskaja diplomatija i germanskij vopros: poslednij god, in: Ebenda, S. 85.

[4] Vgl. Karel Kaplan, Dans les archives du Comité Central. Trente ans de secrets du Bloc soviétique, Paris 1978, S. 162–166.

[5] Vgl. Interview von Teresa Torańska mit Edward Ochab, in: Teresa Torańska, Oni, Stalin's Polish Puppets, London 1987, S. 46 f.

[6] Vgl. Tadeusz Pióro, Armia ze skazą. W Wojsku Polskim 1945–1968. Wspomnienia i refleksje, Warschau 1994, S. 161 f.

[7] Vgl. Vojtech Mastny, Die NATO im sowjetischen Denken und Handeln 1949 bis 1956, in: Ders./Gustav Schmidt, Konfrontationsmuster des Kalten Krieges 1946–1956, München 2003, S. 407–409. Die Ausführungen beruhen auf Angaben eines Artikels in der rumänischen Zeitschrift „Magazin Istoric".

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entsprechende Armeen verfügen, auf Vorbehalte gestoßen. Verteidigungsminister Konstantin Rokossowski habe geltend gemacht, daß Polen zwar den gleichen Plan aufgestellt, das darin anvisierte Ziel aber erst für 1956 vorgesehen habe. Wolle man es schon drei Jahre früher erreichen, müsse man die Militärausgaben so gut wie verdoppeln. Stalin habe entgegnet, wenn die Polen sicher garantieren könnten, daß es keinen Krieg gebe, habe er nichts gegen eine Verschiebung bis zum Jahr 1956. Der bulgarische Parteichef Valko Červenkov habe darauf hingewiesen, daß sein Land fast keinerlei Stahl produziere. Daher könne er nur zustimmen, wenn die UdSSR die Versorgung mit militärischem Material übernehme. Stalin habe erwidert, während des Zweiten Weltkriegs sei die sowjetische Rüstungsindustrie in den Ural verlagert worden. Červenkov brauche nur auf die Landkarte zu sehen, um zu erkennen, daß von dort aus eine Versorgung Bulgariens mit Rüstungsgütern fast unmöglich sei. Es gelte, sofort eine eigene Verteidigungsindustrie zu entwickeln, was man mit dem Aufbau einer Schwerindustrie verbinden könne[8]. Dieser Bericht wird durch Ochabs Aussage gestützt, Verteidigungsminister Rokossowski habe in Kenntnis der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Polen die von den sowjetischen Militärs genannten Forderungen nur „schweren Herzens" akzeptiert[9].

Auch Rákosi betont, daß die von Stalin gemachten Auflagen nur schwer zu erfüllen waren. In Ungarn habe jede Erfahrung mit einem derart umfangreichen Rüstungsprogramm gefehlt. Genaue Kalkulationen seien so gut wie ausgeschlossen gewesen, weil sich die Kosten für Militärgüter nicht nach Weltmarktpreisen berechnen ließen und die bisherigen rudimentären Ansätze, wie sie im Fünfjahrplan gemacht wurden, in keiner Weise ausreichten. Es habe sich bald herausgestellt, daß die Aufrüstung, vor allem der dabei geforderte rasche Ausbau der Schwerindustrie, zum Faß ohne Boden wurde und die gesamte wirtschaftliche Planung über den Haufen warf. Als er Stalin darauf angesprochen habe, sei dieser ohne das geringste Verständnis über diese Schwierigkeiten hinweggegangen. Wenn Ungarn jetzt an der Armee spare, werde der Feind im Krieg leichtes Spiel haben und alles im Land Aufgebaute wieder zerstören. Auch würde Ungarn das von ihm Versäumte den anderen sozialistischen Staaten aufladen, vor allem der UdSSR[10]. Wie der polnische General Tadeusz Pióro hervorhebt, führte Stalins Grundsatzentscheidung dazu, daß dem von Krieg und Besetzung entkräfteten Polen systematisch jene Ressourcen entzogen wurden, die für ein normales Leben dringend erforderlich gewesen waren. Der Aufbau von Fabriken für die Produktion von Flugzeugen, Panzern, Handfeuerwaffen, Sprengstoff, Pioniergerät und dergleichen, die Anlage von Militärflugplätzen, die vornehmlich den sowjetischen Geschwadern dienten, der forcierte Ausbau von Verkehrswegen zur raschen Truppenverlegung in Ost-West- und Nord-Süd-Richtung, wie überhaupt

[8] Vgl. „Ljudjam svojstvenno ošibat'sja". Iz vospominanij M. Rakoši, in: Istoričeskij archiv (1998), H. 3, S. 11f.

[9] Interview von Teresa Torańska mit Edward Ochab, in: Toranska, Oni, S. 46. Vgl. auch Pióro, Armia ze skazą, S. 161.

[10] Vgl. Rakoši, „Ljudjam svojstvenno ošibat'sja", S. 11f.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Versorgung einer riesigen Streitmacht und schließlich der stark ansteigende Rohstoff- und Energieverbrauch für militärische Zwecke hätten zu einem gravierenden Mangel an Gütern des täglichen Bedarfs geführt[11]. Die Folgen zeigten sich 1953 nach dem Tod Stalins: Aus der wirtschaftlichen Krise wurde in allen Ländern am Rande des sowjetischen Imperiums eine politische.

Soweit unsere bisherigen Kenntnisse. Keiner der bisher aufgeführten Berichte gibt allerdings wieder, wie die Stellungnahme Stalins im Januar 1951 im einzelnen lautete. Auch wissen wir nichts von den Weisungen, die damals im Anschluß an die Konferenz formuliert wurden. Genaue Auskunft hierüber gibt erstmals ein mit allerhöchster Geheimhaltung versehenes, handschriftlich erstelltes und nur in einem einzigen Exemplar vorhandenes Dokument aus dem Rumänischen Militärarchiv, das von zwei rumänischen Militärhistorikern, Oberst Alexandru Oşca und Major Vasile Popa, aufgefunden, mit einem Einleitungstext versehen und im Bulletin des Militärarchivs veröffentlicht wurde[12].

Es handelt sich um ein Protokoll, das der rumänische Verteidigungsminister Emil Bodnăraş am 15. Januar 1951 nachträglich zum ausschließlichen Gebrauch von Parteichef Gheorghe Gheorghiu-Dej anfertigte, mit dem er zusammen in Moskau gewesen war. Der Umstand, daß nicht während der Sitzungen protokolliert wurde, erklärt sich zunächst einmal daraus, daß nur Rumänien mit diesen beiden Spitzenfunktionären vertreten war, die nicht auf eigenes Hilfspersonal zurückgreifen konnten. Noch wichtiger war freilich die Tatsache, daß ausländische kommunistische Führer bei Unterredungen mit Stalin grundsätzlich keine Aufzeichnungen über den Inhalt machen durften. Von diesen Gesprächen liegen daher stets nur sowjetische Protokolle vor, während sich die andere Seite hinterher nur auf die Erinnerung oder einzelne notierte Stichworte stützen konnte. Die Moskauer Beratungen vom 9. bis 12. Januar 1951 schienen aber Gheorghiu-Dej so wichtig, daß er Bodnăraş anwies, ein entsprechendes Protokoll zu verfassen. Dabei bleibt es unklar, ob diese Notizen während der Sitzungen oder unmittelbar danach entstanden sind. Außer ihm und dem Parteichef als den am Vorgang Beteiligten scheint jedenfalls niemand davon gewusst zu haben. So ist auch die ungewöhnliche Sicherungsmaßnahme zu erklären, daß das im Tresor lagernde Dokument noch zusätzlich in einem versiegelten Umschlag archiviert wurde.

Stalin, Gheorghiu-Dej und Bodnăraş blickten auf sehr wechselvolle Beziehungen zurück. Vor dem Umsturz in Bukarest im August 1944 hatte die Kommunistische Partei Rumäniens kaum mehr als 1.000 Mitglieder. Ihre Handlungsfähigkeit war zusätzlich dadurch eingeschränkt, daß ihre führenden Leute im Gefängnis saßen. Gheorghiu-Dej gelang jedoch im August 1944 die Flucht aus dem Lager von Tirgu Jiu. Um einen Umsturz einzuleiten, hatte der Kreml den NKVD-Agenten und früheren rumänischen Offizier Bodnăraş in das Land geschickt. Beide

[11] Pióro, Armia ze skazą, S. 161–163.

[12] Alexandru Oşca/Vasile Popa (Hrsg.), Stalin a decis. Lagărul socialist se înarmează, in: Buletinul Arhivelor Militare Române 1 (1998), H. 2–3, S. 71–76 (Dokument auf S. 72–76). Ich danke General Mihai Ionescu und Anneli Gabanyi für Ermittlung und Zusendung der Quelle sowie Joachim Lengert für die Übersetzung des Textes.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Funktionäre wußten nicht voneinander. Ihrem Bemühen, eine innenpolitische Wende einzuleiten, die zugleich den Krieg gegen die UdSSR beenden sollte, kam König Mihai zuvor. Die rumänische Kapitulation war daher mit dem weiteren Bestehen einer nicht-kommunistischen Regierung verbunden[13]. Die Kommunisten kamen der Macht näher, als das sowjetische Politbüromitglied Andrej Vyšinskij im März 1945 die Bildung eines Koalitionskabinetts mit Bodnăraş als Generalsekretär erzwang. Dieser kontrollierte nun die bewaffnete Macht und konnte sie zunehmend in kommunistischem Sinne umformen[14]. Das Verhältnis zu Moskau wurde freilich getrübt, als Stalin im Januar 1947 Gheorghiu-Dej wegen „nationalistischer Fehler" in der Partei rügte. Bodnăraş leistete dem Vorschub, als er in Moskau insgeheim Gheorghiu-Dej und – noch schärfer – den Führungskollegen Ion Gheorghe Maurer nationalistischer Tendenzen und des Mißtrauens gegenüber der UdSSR bezichtigte[15].

Im Bodnăraş-Dokument über die Weisungen an die „Volksdemokratien" vom 9. bis 12. Januar 1951 ist Stalins Erklärung besonders aufschlußreich, daß ein dritter Weltkrieg nicht zu befürchten sei. Die Vereinigten Staaten könnten daran überhaupt nicht denken, weil sie schon mit einem „kleinen Krieg" wie in Korea Schwierigkeiten hätten. Sie hätten sich damit in eine Zwangslage gebracht und seien mithin noch auf zwei bis drei Jahre dort gebunden. Daher brauchten sie noch Zeit zur Vorbereitung einer solch grundlegenden Auseinandersetzung, so daß man selbst diese Frist zu Gegenvorkehrungen nutzen müsse. Obwohl Stalin davon ausging, daß die militärischen Stärken der USA: Nuklearwaffen, Marine und Luftwaffe, im Kriegsfalle keine entscheidende Bedeutung hätten, erwartete er jedoch, daß die Amerikaner einen „großen Krieg" gegen das „sozialistische Lager" beginnen würden, sobald sie sich dazu in der Lage sähen. Im Grunde blieb dieser Widerspruch ungeklärt. Interessant ist weiterhin, wie selbstherrlich Stalin zusammen mit seinen Militärs die militärischen Beiträge festlegte, welche die anderen Staaten zu leisten hätten, ohne daß diese darauf Einfluß nehmen oder sich auch nur dazu äußern konnten. Welche Gründe dazu führten, während der Beratungen von einem auf den anderen Tag Truppenumfänge und damit Relationen zwischen einzelnen Staaten zu verändern, bleibt aufgrund der bisher bekannten Quellen unklar.

Und noch ein Punkt verlangt Aufmerksamkeit: Vorgesehen war auch, daß ein permanentes Koordinationsorgan dieses gigantische Rüstungsprogramm koordinieren sollte. Es wurde, wie die rumänischen Herausgeber des Dokuments zu Recht hervorheben, zum Vorläufer der späteren Warschauer-Pakt-Organisation. Wie deren Befehlsstränge wurde auch dieses allein von der UdSSR kontrolliert,

[13] Vgl. Ulrich Burger, Die Strategie der Kommunisten in Rumänien, in: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hrsg.), Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn 2002, S. 123–165.

[14] Vgl. ebenda, S. 143–145.

[15] Vgl. V. S. Lel'čuk/E. I. Pivovar, SSSR i cholodnaja vojna, Moskau 1995, S. 82; T.V. Volokitina, Stalin i smena strategičeskogo kursa Kremlia k konce 40-ch godov: ot kompromissov k konfrontacii, in: Stalinskoe desjatiletie cholodnoj vojny, S. 17.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die den Vorsitz führte; die „Volksdemokratien" hatten lediglich auszuführen, was von dort angeordnet wurde. Zugleich fällt auf, daß die DDR nicht in den Aufrüstungsprozeß einbezogen wurde. Auch das hatte einen Grund: Mit Blick auf die ungelöste deutsche Frage sollte die DDR zunächst ihren Sonderstatus behalten. Stalin hoffte im Januar 1951 noch, durch nationale Einheitsappelle an die Westdeutschen die Bewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen des atlantischen Bündnisses zu verhindern und damit eine Wiedervereinigung in seinem Sinne herbeizuführen. Die Glaubwürdigkeit eines solchen Engagements durfte weder durch eine massive Aufrüstung der DDR, noch durch deren militärisch-politische Einbindung in den sowjetischen Machtbereich in Frage gestellt werden.

Als Stalin zu dem Schluß kam, daß die militärische Integration der Bundesrepublik in den Westen nicht mehr aufzuhalten sei, wurde die gesamtdeutsche Mission der DDR uninteressant. Allem Anschein reifte im Sommer 1951 bei ihm die Einsicht, daß mit Kampagnen für die deutsche Wiedervereinigung bis auf weiteres kein politischer Durchbruch zu erzielen sei. Die Einbeziehung der DDR in das „sozialistische Lager" erhielt nun Vorrang[16]. Anfang 1952 liefen dann die praktischen Vorbereitungen zur Eingliederung der DDR in den Aufrüstungsprozeß der „Volksdemokratien" an[17]. Die auf Bürgerkriegsoperationen gegen einen schwach bewaffneten Gegner ausgerichteten militärischen Bereitschaften der DDR, die vorerst noch einen Umfang von 58.000 Mann besaßen, wurden umorganisiert zu einer Koalitionsarmee, die im Endstadium 30 Divisionen mit 300.000 Soldaten umfassen und zum Einsatz in einem „großen Krieg" zwischen Ost und West befähigt sein sollte. Nach bewährtem Muster faßte Stalin freilich erst dann den formalen Beschluß, als die Westmächte durch die Ablehung von Deutschland-Verhandlungen die erwartete Rechtfertigung geliefert hatten. So konnte man dieses Rüstungsprogramm als notwendige Gegenmaßnahme tarnen[18].

[16] Die Entwürfe für die „Prinzipien eines Friedensvertrages mit Deutschland", die im Zuge der Vorbereitungen für die Note vom 10. 3. 1952 angefertigt wurden, enthalten ab Mitte September 1951 durchgängig die – später zur Rechtfertigung der DDR-Aufrüstung verwendete – Forderung nach „nationalen Streitkräften". Vgl. die Dokumente in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002, S. 80–106 u. S. 110–112. Im November 1951 faßte das sowjetische Streitkräfteministerium den Beschluß, ostdeutsche Kampfpiloten auf Düsenflugzeugen auszubilden. Vgl. Wettig, Neue Erkenntnisse, S. 406 f.

[17] Vgl. Torsten Diedrich, Das Jahr 1952 – Schlüsseljahr der Aufrüstung in der DDR, in: Falco Werkentin (Hrsg.), Der Aufbau der „Grundlage des Sozialismus" in der DDR 1952/53, Berlin 2002, S. 41–48.

[18] Die SED-Führer erhielten noch am Tag der ablehnenden westlichen Antwort auf die sowjetische März-Note die vorbereitete Einladung zum Gespräch mit Stalin. Vgl. A. O. Čubar'jan, Novaja istorija „cholodnoj vojny", in: Novaja i novejšaja istorija, 6/1997, S. 19. Zum Verlauf der beiden Unterredungen am 1. und 7. 4. 1952 siehe die sowjetischen Protokolle in: Istočnik 63 (2003), H. 3, S. 115–128.

VfZ 4 Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument

Quelle: Arhivele Militare Romane, fond microfilme, rola As1-1802, C:560-588[19].

Soll im versiegelten Umschlag im Tresor aufbewahrt werden

An das Sekretariat des ZK [Zentralkomitees] *der RAP* [Rumänischen Arbeiterpartei]

Bericht über die Beratungen der Repräsentanten der volksdemokratischen Länder und der Sowjetunion in Moskau vom 9.–12. Januar 1951

1) Teilnehmer

Sowjetunion: *Stalin, Molotov, Malenkov, Berija, Vasil'evskij, Štemenko*
Polen: *Ochab, Rokossowski*
Tschechoslowakei: *Slánský, Cepička*
Ungarn: *Rákosi, Farkas*
Rumänien: *Gheorghiu-Dej, Bodnăraş*
Bulgarien: *Červenkov, Pančevski*

Die hauptsächlichen Militärberater der volksdemokratischen Länder: *Gusev* (Tschechoslowakei), *Boiko* (Ungarn), *Kolganov* (Rumänien) und *Emalionov* (Bulgarien).

2) Ablauf der Arbeiten

Dienstag, 9. Januar 1951

Die erste Beratung wurde im Rat um 21 Uhr zusammengerufen. Es haben alle im vorgenannten Punkt aufgeführten Genossen teilgenommen.

Stalin hat die Beratung mit folgenden Ausführungen eröffnet (Wiedergabe nach Aufzeichnungen im Notizheft):

In der letzten Zeit ist die Meinung entstanden, daß die Vereinigten Staaten eine unbesiegbare Macht sind und daß sie bereit sind, den dritten Weltkrieg auszulösen. Aber in der Realität hat sich gezeigt, daß die Vereinigten Staaten nicht nur nicht bereit sind, den dritten Weltkrieg auszulösen, sondern daß sie nicht imstande sind, mit einem kleinen Krieg wie dem in Korea fertigzuwerden.

Es ist klar, daß die Vereinigten Staaten nicht bereit sind und daß sie noch einige Jahre benötigen, um sich vorzubereiten. Die Vereinigten Staaten haben sich in Asien in eine Zwangslage gebracht und sind dort für einige Jahre gebunden.

Das bildet einen äußerst günstigen Umstand für uns, für die revolutionäre Weltbewegung, daß die Vereinigten Staaten in Asien für zwei, drei Jahre gebunden sind. Diese zwei, drei Jahre müssen geschickt genutzt werden.

[19] Übersetzt von Joachim Lengert.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Vereinigten Staaten haben Atomenergie, die haben wir auch; die Vereinigten Staaten haben eine große Kriegsflotte, aber ihre Flotte kann im Krieg keine entscheidende Rolle übernehmen; die Vereinigten Staaten haben eine moderne Luftwaffe, aber ihre Luftwaffe ist schwach, ist schwächer als die unsrige.

Unsere Aufgabe besteht darin, daß wir die Zeit von zwei, drei Jahren, die wir haben, dazu benutzen, eine moderne und schlagkräftige Armee aufzubauen.

Wir verfügen über alle Bedingungen, eine solche Armee aufzubauen und können das machen.

China hat sich eine bessere Armee aufgebaut als die unsrige, die der Länder der Volksdemokratien.

Es ist nicht normal, daß Ihr schwache Armeen habt. Diese Situation muß beseitigt werden.

Ihr müßt in zwei, drei Jahren in den volksdemokratischen Ländern moderne und schlagkräftige Armeen schaffen, die am Ende des Zeitraums von drei Jahren vollständig kampfbereit sein sollten.

Dies ist das Ziel unserer Beratungen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß diese Beratung inoffiziell und strikt geheim ist.

Für die Fortsetzung der Arbeiten wurde Molotov als Präsident des Konsultativtreffens gewählt.

Es folgten die Berichte der Minister der Streitkräfte aus den volksdemokratischen Ländern über den Stand der Kriegsvorbereitungen der Einheiten [und] der Kriegsvorbereitungen der Armeen dieser Länder in der folgenden Reihenfolge:

Polen – Berichterstatter *Rokossowski*
Tschechoslowakei – *Cepička*
Ungarn – *Farkas*
Rumänien – *Bodnăraş*
Bulgarien – *Pančevski*

Aus den vorgelegten Berichten, die 20–30 Minuten gedauert haben, ging hervor, daß nicht ein einziges der volksdemokratischen Länder heute vorbereitet ist, den Notwendigkeiten eines Krieges standzuhalten, daß das Niveau der Vorbereitung der Streitkräfte dieser Länder in jedem Land fast identisch ist und daß diese Vorbereitung in bezug auf Organisation und Ausstattung bis in die Gegenwart hinein nach zwischen den Ländern nicht abgestimmten Plänen getroffen wurde.

Mit Ausnahme unseres Berichts haben sich alle Berichte auf die Präsentation der Truppenstärke und der organisatorischen Lage der Streitkräfte, mit ihren Erfolgen und Defiziten, begrenzt sowie auf eine Reihe von an die Sowjetunion gerichteten Ersuchen hinsichtlich der Verbesserung der materiellen Ausstattung der Streitkräfte.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den Berichten fehlte der Ausdruck der eigenen Entschlossenheit, alles Mögliche zur Vergrößerung des militärischen Potentials der betreffenden Länder zu tun, und es fehlte insbesondere jegliche Bezugnahme auf die Notwendigkeit, zwischen den volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion den Prozeß der Organisation, Vorbereitung und materiellen Ausstattung ihrer Streitkräfte zu koordinieren.

Diese Ideen waren in unserem Bericht enthalten.

Die von den Ministern der Streitkräfte vorgetragenen Berichte haben im allgemeinen unterschiedliche Interventionen Stalins hervorgerufen, der, indem er die Berichterstatter unterbrach, ihnen Fragen gestellt hat oder Einschätzungen formulierte, die danach in seiner Rede zum Abschluß der Sitzung zusammengefaßt wurden.

Bei der Diskussion über die Berichte hat der polnische Delegierte Ochab das Wort ergriffen, der sich über eine Reihe von politischen Erwägungen bezüglich des Aufbaus der polnischen Armee ausgelassen hat, ohne sich auf den von uns vorgebrachten konkreten Vorschlag zu beziehen, obwohl Stalin seinen Standpunkt kurz zuvor (anläßlich des Berichts von Rokossowski) ausgedrückt hatte in dem Sinne; daß „der Vorschlag der rumänischen Genossen korrekt ist".

Danach hat Rákosi das Wort erbeten, um unseren Vorschlag zur Gänze zu unterstützen.

Die anderen Delegierten haben das Wort nicht mehr erbeten, so daß Stalin zum Abschluß der Sitzung schreiten konnte.

Stalin (Wiedergabe nach Aufzeichnungen im Notizheft):

Den Genossen aus den volksdemokratischen Ländern muß schneller Hilfe geleistet werden. Man muß ihnen die notwendige technische Dokumentation schneller übermitteln. Ich habe diese Sache beschlossen, und ich weiß nicht, warum dieser Beschluß nicht ausgeführt wird.

Wir müssen jedem der volksdemokratischen Länder je zwei Funkortungsgeräte von denen geben, die wir haben (mit einem Radius von 200 km), damit sie lernen, sie zu benutzen, und damit sie die Annäherung feindlicher Flugzeuge erkennen können.

Später muß man ihnen auch größere Funkortungsgeräte geben, die wir zur Zeit konstruieren und die einen Radius von 400 km haben. Ihr müßt euch gut vorbereiten.

Dafür ist ein Plan von sechs Jahren wie bei den Polen nicht gut. Was für ein Plan ist denn das, der sechs Jahre dauert? Wer garantiert dir diese sechs Jahre? Zwei, drei Jahre, das ist ein guter Plan, ein Plan, der funktioniert.

Wir müssen in den volksdemokratischen Ländern Armeen organisieren, die im Krieg, in einem ersten Notfall, 2–2,5 Millionen Mann umfassen. Und dies sorgfältig geplant, so daß diese Streitkraft mit allem gut versorgt ist, was sie braucht.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was sagst Du, Vasil'evskij, sind 2–2,5 Millionen ausreichend?

Vasil'evskij: (unterstützt von Štemenko): Nein, die volksdemokratischen Länder können leicht 4 Millionen geben.

Stalin: Wenn es 4 Millionen sein werden, werden sie schlecht ausgerüstet sein. Besser drei Millionen, im ersten Notfall, und die gut organisiert und ausgerüstet.

Drei Millionen, das reicht aus!

Der Vorschlag der rumänischen Genossen ist richtig.

Wir sind der Meinung, daß der Vorschlag der rumänischen Genossen angenommen werden muß und daß wir dem Organ, über das im Vorschlag geredet wird, das Problem der Armee anvertrauen müssen.

Diese Kommission, wie auch immer wir sie benennen werden, muß der Armee in ausreichender Menge moderne Kampfmittel gewährleisten, so daß am Ende der Zeit von drei Jahren alles fertig ist.

Wir müssen den Aufbau einer Jagdflotte mit Strahltriebwerken sicherstellen, in jedem Land mindestens eine Division. Die Jagdflotte mit Kolbenmotor ist nicht effektiv.

Die schwierigste Sache, ausgehend von der Praxis des Krieges, ist das Problem der Munitionsversorgung. Kein volksdemokratisches Land kann allein alles herstellen, was für den Krieg notwendig ist. Deshalb müssen sie sich gegenseitig helfen. Dies muß das Komitee gewährleisten.

Einige Rohstoffe werden durch andere ersetzt werden müssen. Zum Beispiel kann Kupfer bei vielen Militärprodukten durch Aluminium ersetzt werden. Aluminium statt Kupfer geht und geht sogar sehr gut.

Man braucht viel Munition. Eine Kanone, eine Waffe hält 5–10 Jahre. Aber Waffen ohne Munition sind nutzlos. Man braucht viele Patronen, Projektile, Bomben, Minen etc.

Es muß nicht jedes Land alles machen. Die Aufgaben müssen verteilt werden. Nicht jeder muß Panzer und Kanonen herstellen. Beschränkt Euch auf zwei, drei Länder, die sie schnell und gut herstellen können.

Dafür brauchen wir ein Koordinierungskomitee, das aus kompetenten Leuten besteht. Wir schlagen vor, daß auch alle Militärs dazu gehören. Auch von uns werden Militärs dabei sein.

Ich rufe noch einmal in Erinnerung: Ihr braucht eine Jagdflotte mit Strahltriebwerken, mindestens eine Division für jedes Land, mit zuverlässigen und sorgfältig ausgewählten Piloten, so daß sie mit den Flugzeugen nicht über die Grenze fliehen. Aber die Flugzeuge mit Strahltriebwerken sind für die Verteidigung. Wir brauchen auch Bombenflugzeuge für den Angriff, für den Anfang mindestens eine Division für jedes Land.

Diese Ausrüstung mit modernen Mitteln muß das Komitee sicherstellen.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ein solches Komitee brauchen wir.

Ich schlage vor, daß wir sofort eine Kommission bilden, die die Probleme untersucht. Die Kommission soll in 2–3 Tagen Vorschläge unterbreiten.

Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, daß alle Delegierten der volksdemokratischen Länder an der Vorschlagskommission unter dem Vorsitz von Vasil'evskij teilnehmen.

Die Vorschläge der Kommission werden am Freitag, dem 12. Januar, um 22.00 Uhr vorgestellt.

Mittwoch, 10. Januar

Die Arbeitssitzung der Vorschlagskommission ist um 16 Uhr im Generalstab der sowjetischen Armee unter dem Vorsitz von Vasil'evskij eröffnet worden.

Die folgende vom Vorsitzenden vorgeschlagene Tagesordnung wird einstimmig angenommen:

1. Friedens- und Kriegsstärke der Armeen der volksdemokratischen Länder;
2. Gewährleistung einer Jagdflotte mit Strahltriebwerken für jedes Land;
3. Gewährleistung einer Bomberflotte für jedes Land;
4. Verteilung der Funkortungsstationen (Radar);
5. Notwendige Bewaffnung, Munition und Kampftechnik für die Friedenszeit;
6. Notwendige Bewaffnung, Munition und Kampftechnik für die Kriegszeit;
7. Kriegsproduktion in jedem volksdemokratischen Land;
8. Gewährung von Fabrikationslizenzen für Militärmaterial und technischer Hilfe für die volksdemokratischen Länder;
9. Das Problem der Reserven an Brennstoff, Lebensmitteln und militärischen Ausrüstungen;
10. Die Organisation des Koordinierungskomitees.

In bezug auf Punkt 1 sind die folgenden Friedens- und Kriegsstärken für jedes der volksdemokratischen Länder festgelegt worden:

	Frieden	*Krieg*
Polen:	350.000	900.000
Tschechoslowakei:	250.000	700.000
Ungarn:	150.000	350.000
Rumänien:	250.000	700.000
Bulgarien:	140.000	350.000
Insgesamt	1.140.000	3.000.000

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In bezug auf Punkt 2: Man ist übereingekommen, den Streitkräften der RVR [Rumänischen Volksrepublik] eine Division von Jagdflugzeugen mit Strahltriebwerken zu gewährleisten, die aus 90 Düsenflugzeugen MIG 15 bestehen soll (3 Regimenter mit je 30 Flugzeugen).

Die Ausbildung der Piloten soll bei uns im Land im Februar 1951 beginnen, und die Division soll im Juli 1951 gebildet und ausgerüstet werden.

In bezug auf Punkt 3: Der Generalstab der Sowjetunion soll am Mittwoch, den 13. Januar 1951, Vorschläge unterbreiten.

In bezug auf Punkt 4: Man hat den Streitkräften der RVR zwei Funkortungsgeräte mit einem Radius von 200 km gewährt. Ihre Lieferung soll im Februar 1951 stattfinden.

In bezug auf Punkt 5, 6, 7: Es ist vereinbart worden, daß jedes Land die notwendigen Berechnungen anstellt und innerhalb von einem Monat dem Vorsitzenden des Komitees das daraus resultierende Dokumentationsmaterial zur Begutachtung vorlegt.

In bezug auf Punkt 8: Es ist festgestellt worden, daß der Großteil der Fabrikationslizenzen für Militärmaterial den volksdemokratischen Ländern zur Verfügung gestellt worden ist. Die Lizenzen werden der RVR zusammen mit der gesamten technischen Dokumentation im Verlauf des Monats Mai 1951 übermittelt werden.

In bezug auf Punkt 9: Der sowjetische Generalstab hat die Normen präsentiert, nach denen die im Krieg notwendigen Reserven an Munition, Brennstoff, Lebensmitteln und militärischen Ausrüstungen berechnet werden sollen.

In bezug auf Punkt 10: Slánský hat vorgeschlagen, daß das Koordinierungsorgan aus ständigen Vertretern bestehen soll. Wir haben die Meinung geäußert, daß in Anbetracht der wichtigen Aufgaben, die es zu lösen hat, ebenso wie in Anbetracht der Empfehlungen des Gen[ossen] Stalin über den außerordentlich geheimen Charakter der Arbeiten des Koordinierungskomitees selbiges ein mit großer Autorität ausgestattetes Organ sein muß, daß es aus ständigen Mitgliedern bestehen soll, daß diese aus kompetenten und sehr verantwortungsvollen Leuten ausgewählt werden sollen und daß seitens jeden Landes zwei Repräsentanten delegiert werden sollen, darunter ein Vertreter der Streitkräfte.

Was den Vertreter der Armee betrifft, sind wir der Ansicht, daß dies von unserer Seite der Minister der Streitkräfte selbst sein soll, der vieles von den Arbeiten des Komitees lernen können wird.

Farkas hat das Wort erbeten, um darzulegen, daß er mit dem tschechoslowakischen Vorschlag nicht einverstanden ist und daß er unseren Vorschlag für richtig hält. Rákosi hat unseren Vorschlag ebenfalls unterstützt. Vasil'evskij hat einen Aufschub von 24 Stunden verlangt, um konkrete Vorschläge machen zu können.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Donnerstag, 11. Januar 1951

Die Vorschlagskommission ist um 16 Uhr im Generalstab der sowjetischen Armee unter dem Vorsitz von Vasil'evskij zusammengetreten.

Zur Eröffnung hat Vasil'evskij auf der Grundlage der vom sowjetischen Generalstab durchgeführten Analyse eine Modifikation der Kriegsstärke Rumäniens, Ungarns und Bulgariens vorgeschlagen, im Sinne einer Verringerung der Stärke der rumänischen Streitkräfte um 100.000 Mann und der Erhöhung der ungarischen und bulgarischen Streitkräfte um je 50.000 Mann.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen, so daß die Kriegsstärke dieser drei Länder schließlich wie folgt festgelegt worden ist: Rumänien – 600.000 Mann; Ungarn – 400.000 und Bulgarien – 400.000.

In bezug auf die Bomberflotte ist den Streitkräften der RVR eine aus 62 TU-2-Bombern bestehende Division gewährt worden. Die Ausbildung der Piloten soll im Februar 1951 beginnen, und die Bomberdivision soll im Juli 1952 gebildet werden.

In bezug auf die Zusammensetzung des Koordinierungskomitees hat Vasil'evskij das Folgende vorgeschlagen:

a) Das Koordinierungskomitee soll sich ausschließlich mit Problemen der Ausstattung beschäftigen

b) Das Komitee ist ein beratendes Organ, die Entscheidung ist den Regierungen der jeweiligen Länder vorbehalten

c) Jedes Land stellt zwei Mitglieder des Komitees, einen von seiten der Regierung und einen von seiten der Streitkräfte

d) Es handelt sich um ständige Mitglieder

e) Das Komitee wählt einen ständigen Vorsitzenden

f) Dem Vorsitzenden wird ein Sekretariat des Koordinierungskomitees zur Seite gestellt

g) Das Koordinierungskomitee tritt periodisch zusammen, auf Einberufung des Vorsitzenden

h) Die erste Einberufung des Koordinierungskomitees soll in der ersten Hälfte des Monats März d. J. stattfinden.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Die nächste Sitzung der Vorschlagskommission wurde auf Freitag, den 12. Januar 1951, 16 Uhr festgesetzt, zum Zwecke der Aussprache über das Projekt des Protokolls, das in der Plenarsitzung am Abend des 12. Januar 1951 vorgelegt werden soll.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Freitag, 12. Januar 1951

Die Plenarsitzung hat um 22.00 Uhr im Rat stattgefunden.

Es waren anwesend: Stalin, Molotov, Malenkov, Berija und die Mitglieder der Vorschlagskommission, die das in der Sitzung von 16.00 Uhr vorgelegte Projekt des Protokolls gebilligt hatten.

Die Sitzung fand unter dem Vorsitz von Molotov statt.

Stalin war der Ansicht, daß die Verlesung des Protokolls nicht mehr notwendig ist, da es im Einvernehmen mit den Repräsentanten aller Länder verfaßt und von Molotov durchgesehen worden ist.

Man ist zu den Diskussionen bezüglich der Ernennung des ständigen Vorsitzenden des Koordinierungskomitees übergegangen. Vasil'evskij hat Bulganin vorgeschlagen.

Stalin und die Delegationen der volksdemokratischen Länder haben sich mit diesem Vorschlag einstimmig einverstanden erklärt.

Stalin hat zum Schluß das Wort ergriffen.

Stalin (Wiedergabe nach Aufzeichnungen im Notizheft): Was Bulgarien betrifft, habt Ihr ihm eine kleine Jagdflotte mit Strahltriebwerken gegeben. Ihr seid von Erwägungen ausgegangen, die mit der Bevölkerungszahl verbunden sind, nicht aber strategischer Art. Bulgarien hat an seinen Grenzen viele Feinde: die Türkei, Griechenland, Jugoslawien. Wir müssen ihm eine größere Jagdflotte mit Strahltriebwerken geben. Ich halte zwei Divisionen für notwendig, und nicht eine und ein Regiment, was ihr ihm zugeteilt habt.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die zwei, drei Jahre, die wir vor uns haben, ein Zeitraum sind, nicht um zu arbeiten, sondern um uns zu bewaffnen und uns gut zu bewaffnen. Warum ist das nötig? Das ist nötig, weil die Imperialisten ihre eigene Logik haben: Sie pflegen unbewaffnete oder schwach bewaffnete Länder anzugreifen, um sie zu vernichten; aber sie machen einen Bogen um die gut bewaffneten Länder.

Deshalb ist es notwendig, daß ihr euch in diesem Zeitraum gut bewaffnet, um von den Imperialisten respektiert und von ihnen in Ruhe gelassen zu werden.

Die Sitzung hat insgesamt 16 Min[uten] gedauert.

3. Auf der Grundlage der in den Beratungen der Repräsentanten der volksdemokratischen Länder festgelegten Friedens- und Kriegsstärke, der von Stalin getroffenen Empfehlungen sowie der mit dem Generalstab der Sowjetarmee durchgeführten Konsultationen ist folgende Organisation der Streitkräfte der R. P.R. in Friedens- und Kriegszeit festgelegt worden (siehe Tabelle auf der vorhergehenden Seite – u[nsere] A[nmerkung]).

Die Friedensorganisation soll zur Gänze bis Ende des Jahres 1952 verwirklich werden, und die Kriegsorganisation, bereit für die Mobilmachung, bis Ende des Jahres 1953.

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zur Festlegung des Organisationsschemas unserer Streitkräfte in Friedens- und Kriegszeiten hat man eine Verstärkung ihrer Feuerkraft ins Auge gefaßt, insbesondere bei der landgestützten Luftabwehr, bei der Militärluftwaffe und bei den gepanzerten Fahrzeugen – Panzer und sonstige Fahrzeuge.

4. In Hinblick auf die Ausstattung unserer Streitkräfte mit modernen Kampfmitteln sowie auf die Vereinheitlichung der Waffenausrüstung hat sich der Große Generalstab der sowjetischen Armee einverstanden erklärt, uns im Laufe des Jahres 1951 die folgenden Kampfmittel zu liefern:

a. Für die Landstreitkräfte:

– automatische Pistolen P. P.S.	101.440
– Infanteriegewehre	205.270
– Gewehre mit Zielfernrohr	1.890
– Maschinengewehre D. P.	4.230
– Maschinengewehre Maxim	1.381
– schwere Luftabwehrmaschinengewehre DShK	181
– Maschinengewehre PTRS	1.320
– 82-mm-Granatwerfer	760
– 67-mm-Regimentskanonen	35
– 122-mm-Haubitzen	228
– 107-mm-Kanonen	60
– 122-mm-Kanonen	31
– 152-mm-Haubitzkanonen	51
– 152-mm-Haubitzen	96
– 57-mm-Panzerabwehrgeschütze	11
– 76-mm-Divisionskanonen	466
– Flak-Kanonen (25, 75, 88 mm)	276, 300, 48 [...][20]
– Panzer (T 34-85, T 34-76)	50, 200 Stück
– Sturmgeschütze (SU 76, ISU 152)	82, 20 Stück
– gepanzerte Fahrzeuge (BA 64)	25 Stück
– Panzertraktoren (T 34)	21
– Traktoren ATU ZS 15	22 Stück

b. Für die Luftwaffe:

– Jagdflugzeuge mit Kolbenmotor LA	930
– Jagdflugzeuge mit Düsenantrieb MIG	1.590
– Angriffsflugzeuge IL	1.030
– Bombenflugzeuge TU	212
– Aufklärungsbomber 6 TU	6
– Transportflugzeuge LI-2 T, LI-2 P	3, 1
– Jagdflugzeuge (Schule) JAK	1.642

[20] Es folgen längere Angaben zur Munitionsausrüstung der genannten Waffensysteme.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

c. Für die Kriegsmarine:

– Zerstörer	2
– gepanzerte Beobachtungsschiffe	6
– Torpedoboote	6
– Demagnetisierungsstationen	1
– Küstenbatterien 130mm	3 (12)
– kleine Unterseeboote	2

d. Funkmessung und Radioübermittlung:

– Funkmeßstationen ANT/PS3-145	1
– Funkmeßstationen STR-527-11570	1
– Fernschreiber ST 35	50
– schwere Funkstationen RAF-KV-5 (auto)	4
– feste Funkstationen RSB	10
– feste Funkstationen 10-RT 26	8
– leichte Funkstationen RBM-1 und A. 7.A.	1200

Unterschriften: Gheorghiu-Dej, E. Bodnăraş

Bukarest, 15. Januar 1951

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Ein neues Editionsprojekt

Im Januar/Februar 1945, unmittelbar nach dem Einsetzen der sowjetischen Winteroffensive, begann das NS-Regime mit der systematischen Vernichtung seiner Akten. Zerstört werden sollten in erster Linie „wichtige Vorgänge, die keinesfalls in Feindeshand fallen dürfen (z. B. Entjudungsvorgänge)"[1], also die Dokumentation zur Verfolgung und Ermordung der Juden. In den folgenden Wochen brannten in den Hinterhöfen der Ministerien, NS-Dienststellen und Ämter die Papierberge. Und tatsächlich fanden die Alliierten nur noch Fragmente von Akten, die zu den Verbrechen des Regimes angelegt worden waren. Insbesondere der Polizei war es gelungen, die Papiere, die die Morde unmittelbar dokumentierten, fast restlos in Rauch aufgehen zu lassen.

Seitdem mühten sich alliierte und deutsche Strafverfolger, bald darauf auch die Historiker, die übrig gebliebenen Akten ausfindig zu machen und zu analysieren. Dabei hat sich herausgestellt, dass zwar ein großer Teil der zentralen Quellen unwiederbringlich verloren ist; zugleich fanden sich jedoch in der riesigen dokumentarischen Hinterlassenschaft des NS-Regimes zahllose Hinweise auf die Verbrechen, die von den Tätern übersehen worden waren oder nicht mehr rechtzeitig beseitigt werden konnten. Zudem haben nicht nur Täter, sondern auch viele Juden in der Zeit der Verfolgung über ihr Schicksal schriftlich berichtet. Der Kreis der Verfasser läßt sich noch weiter ziehen. Untergrundgruppen in den besetzten Ländern, aber auch die Regierungen und Geheimdienste alliierter und neutraler Staaten haben entsprechende Informationen gesammelt und viele unbeteiligte Privatpersonen ihr Wissen aufgeschrieben[2].

So konnten im Laufe der letzten sechs Jahrzehnte immer mehr Dokumente auf der ganzen Welt entdeckt werden, die unser Wissen vom Verbrechen an den Juden fundieren und ergänzen. Sowohl die israelische Gedenk- und Forschungsstätte Yad Vashem als auch das US Holocaust Memorial Museum haben inzwischen ihre Bemühungen um eine systematische Erfassung und Verfilmung dieser Quellen verstärkt, so dass eine Bestandsaufnahme des existierenden Materials in greifbare Nähe rückt[3].

Auch hat es nicht an Initiativen gefehlt, einschlägige Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Den Anfang machten nationale Untersuchungskommissionen und alliierte Strafermittler, seit den 1950er Jahren gefolgt von der

[1] Für Berlin: Runderlaß Reichsverteidigungskommissar Berlin, 20. 2. 1945, in: Bundesarchiv Berlin, R 4901/12603, Bl. 76.

[2] Vgl. Raul Hilberg, Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und Interpretieren, Frankfurt a. M. 2002.

[3] Vgl. Les archives de la Shoah. Hrsg. von Jacques Fredj, Paris 1998; Archival Guide to the Collections of the United States Holocaust Memorial Museum. Hrsg. von Brewster S. Chamberlin/Carl Modig, Washington ²2003; http://www1.yadvashem.org/about_holocaust/index_about_holocaust.html.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Historiographie. So ist eine Vielzahl unterschiedlich strukturierter Dokumentenbände publiziert worden, zu einzelnen besetzten Ländern oder zu Regionen des Reiches, zu jüdischen Gemeinden, aber auch zu individuellen Schicksalen. Oftmals waren es die Überlebenden selbst, die diese Quellen zusammenstellten und veröffentlichten.

Auf diese Weise entstanden im Laufe der Zeit Hunderte von Dokumentenbänden in fast allen europäischen Sprachen, oft in winziger Auflage oder nur als Umdruck, der an wenige Institutionen verteilt wurde. Viele dieser Dokumentationen genügen wissenschaftlichen Standards nicht. Oft mangelt es an klaren Auswahlkriterien, oft handelt es sich um reine Faksimile-Abdrucke, oft wurden die Texte massiv gekürzt. In der Regel fehlen auch Kommentierung und historische Einordnung der Dokumente. Gerade die meisten der Quellenbände, die als Gesamtüberblick gedacht sind, verstehen sich als „Dokumentation des Schrekkens" und weniger als wissenschaftliche Edition[4]. Hingegen bieten hervorragend aufbereitete Publikationen wie etwa die laufende Edition des sogenannten Ringelblum-Archivs aus dem Warschauer Ghetto[5] nur einen kleinen Ausschnitt aus dem gesamten Geschehen in Europa.

Bis heute fehlt also eine umfassend angelegte wissenschaftliche Quellenedition zur Geschichte der Verfolgung und Ermordung der Juden unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Aus mehreren Gründen ist es an der Zeit und nun auch möglich, ein solches Projekt anzugehen: Die deutsche und internationale Forschung hat gerade in den letzten zwei Jahrzehnten ein Niveau erreicht, auf dem viele Einzelfragen geklärt und ein grundsätzlicher Konsens über den Hintergrund und den Verlauf des Mordes an den europäischen Juden erreicht werden konnten. Seit der weitgehenden Öffnung der osteuropäischen bzw. ostdeutschen[6] und auch

---

[4] Archives of the Holocaust: An International Collection of Selected Documents. Hrsg. von Henry Friedlander u.a. 22 in 26 Bden., New York u.a. 1990–93; Documents of Destruction. Germany and Jewry 1933–1945. Hrsg. von Raul Hilberg, London 1972; Documents on the Holocaust. Selected Sources on the Destruction of the Jews of Germany and Austria, Poland and the Soviet Union. Hrsg. von Yitzhak Arad/Yisrael Gutman/Abraham Margaliot, Jerusalem 1981; Das Dritte Reich und die Juden. Hrsg. von Leon Poliakov/Josef Wulf, Berlin 1955; Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945. Hrsg. von Peter Longerich unter Mitarbeit von Dieter Pohl, München/Zürich 1989; The Holocaust: Selected Documents. Hrsg. von John Mendelsohn, 18 Bde., New York 1982; A Holocaust Reader. Hrsg. von Lucy S. Dawidowicz, New York 1976; Juden unterm Hakenkreuz. Dokumente und Berichte zur Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten 1933 bis 1945. Hrsg. von Hans-Dieter Schmid/Gerhard Schneider/Wilhelm Sommer, 2 Bde., Düsseldorf 1983; Sources of the Holocaust. Hrsg. von Steve Hochstadt, London 2004; Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942. Hrsg. von Kurt Pätzold, Frankfurt a. M. 1984.

[5] Archiwum Ringelbluma. Konspiracyjne archiwum getta Warszawy [Das Ringelblum-Archiv. Das geheime Archiv des Warschauer Ghettos]. Bearb. von Ruta Sakowska u.a., bisher 3 Bde., Warszawa 1997–2002; Archiwum Ringelbluma. Getto warszawskie lipiec 1942 – styczeń 1943 [Das Ringelblum-Archiv. Warschauer Ghetto Juli 1942 – Januar 1943]. Bearb. von Ruta Sakowska, Warszawa 1980.

[6] Für die wichtigsten Bestände vgl. Götz Aly/Susanne Heim, Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv"). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schrift-

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mancher bisher gesperrter westlicher Archive und seit ihrer systematischen Erfassung und Auswertung ist die Quellenbasis erheblich erweitert worden. Angesichts der Fülle von Publikationen ist jedoch eine Unübersichtlichkeit zu konstatieren, die selbst dem Spezialisten eine Orientierung erschwert. Nicht zuletzt, weil auch die deutsche Historiographie auf diesem Feld erhebliche internationale Bedeutung erlangt hat, erscheint die Erarbeitung einer Gesamtedition in Deutschland angemessen und möglich.

Aus diesen Gründen haben sich das Bundesarchiv, das Institut für Zeitgeschichte München – Berlin, der Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Freiburg (Prof. Ulrich Herbert) und Götz Aly zusammengetan, um dieses Vorhaben binnen acht Jahren zu verwirklichen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat einen großen Teil der finanziellen Förderung des Gesamtprojekts bewilligt, die S.-Fischer-Stiftung bereits ein Vorprojekt unterstützt, die beteiligten Institute bringen erhebliche Eigenmittel auf.

Die Edition soll das bisher Erforschte auf dokumentarischer Basis repräsentativ zusammenführen, zusätzlich neue Quellen und Quellengattungen erschließen und der künftigen Forschung als grundlegendes Instrument dienen. Diese Forschung wird sich – das kann schon jetzt prognostiziert werden – von der Klärung historischer Einzelfragen mehr zur historiographischen Einordnung des Mordes an den europäischen Juden in die deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts entwickeln. Außerdem wird die Edition ein unverzichtbares Hilfsmittel für die politisch-historische Bildung, für die Medien und die interessierte deutsche und internationale Öffentlichkeit überhaupt bilden. Angesichts der vielfältigen Gedenktage und Medienveröffentlichungen sowie der immer wieder notwendigen Betrachtung einzelner Aspekte des historischen Gesamtgeschehens ist es dem Laien kaum mehr möglich, zu einzelnen Komplexen der Judenverfolgung ohne größeren Aufwand wissenschaftlich aufbereitete dokumentarische Informationen zu finden.

Eine fachkundige Einordnung und Kommentierung, präzise Verweise auf den Forschungsstand wie auf parallele Dokumente und Ereignisse sind schon wegen der äußerst fragmentarischen Quellenüberlieferung und des ideologischen Charakters der „Täterakten" unabdingbar. Zusätzlich beeinträchtigt wird die Rekonstruktion durch unkontrollierte Überlieferungswege von Kopien (vor allem im Rahmen der Strafermittlungen), die eine Rückführung auf das Original und

guts aus der NS-Zeit, Düsseldorf 1992; Archivy okupacii 1941–1944. Anotovanyj rejestr fondiv deržavnych archiviv Ukrainy [Archive der Besatzung. Annotiertes Register der Bestände der staatlichen Archive der Ukraine], Kyïv 2005 (Diskette); Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges in den Staatsarchiven der Republik Belarus. Korr., erw., deutsch-russische Neuaufl., Dresden u.a. 2003; Druga wojna światowa 1939–1945. Informator o materiałach źródłowych przechowywanych w archiwach PRL [Der Zweite Weltkrieg. Überblick über Quellenmaterial, das in den Archiven der Volksrepublik Polen aufbewahrt wird], Warszawa 1972; Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer. Hrsg. von Stefi Jersch-Wenzel/Andreas Reinke. 6 in 7 Bden., München u. a. 1996–2001; Źródła archiwalne do dziejów Żydów w Polsce [Archivalische Quellen zur Geschichte der Juden in Polen]. Hrsg. von Bolesław Woszczyński, Violetta Urbaniak, Warszawa 2001.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damit auf den ursprünglichen Kontext erheblich erschweren. Viele zentrale Dokumente lassen sich nur noch bruchstückhaft in den in den Adressatenüberlieferungen mehr oder weniger zufällig erhaltenen Akten wiederfinden. Aber auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden, denkt man an die Ermittlungen der alliierten Gerichtsbarkeit oder an die Anlage von Personendossiers im Berlin Document Center, die originalen Quellenzusammenhänge nachhaltig zerstört. Manche Akten, etwa zur finanziellen Ausplünderung der Juden, wurden sogar erst in den 1970er Jahren vernichtet. All das zwingt zur genauen kommentierenden Einordnung der verbliebenen Fragmente, aus denen sich ein wissenschaftlich fundiertes Gesamtbild des Holocaust rekonstruieren lässt.

Die Edition wird auf dem seit den 1980er Jahren deutlich verbesserten Forschungsstand aufbauen, ebenso auf den neuen Quellenfunden, die nach dem Ende des Kalten Kriegs, aber auch nach der allgemeinen Liberalisierung der westlichen Archivpolitik möglich wurden; das gilt beispielsweise für Frankreich, für deutsche Unternehmen oder wissenschaftliche Gesellschaften. Die jüngsten Forschungen zum Nationalsozialismus und zur Ermordung der europäischen Juden haben zu einer weitgehenden Differenzierung, zu substantiellen wissenschaftlichen Diskussionen und schließlich zu einem neuen Gesamtbild geführt. Trotz kleinerer Kontroversen zeichnet sich mittlerweile ein breiter Konsens ab. Der Streit zwischen „Funktionalisten" und „Intentionalisten" in der Historiographie zum Judenmord kann als erledigt gelten, ebenso die oft hartnäckigen Auseinandersetzungen um das Verhältnis von ideologisch und realpolitisch fundierten Entscheidungen des NS-Staates. Insgesamt gesehen kann der Mord an den europäischen Juden heute in der notwendigen Komplexität und aus unterschiedlichen Perspektiven dokumentarisch abgebildet werden. Wegen der unterschiedlichen Quellenlage wird trotzdem nicht jeder Sachverhalt abschließend zu klären sein.

Ziel der Edition ist es, die Verfolgung der deutschen, ab 1938/39 der europäischen Juden und den Massenmord an ihnen wissenschaftlich zu dokumentieren. Dabei sollen ausgewogen sowohl alle wichtigen Sachkomplexe als auch alle relevanten Regionen Berücksichtigung finden. Der Schwerpunkt wird dementsprechend auf die Massenmorde von Mitte 1941 bis Frühjahr 1945 gelegt. Es werden nicht nur Dokumente der Täter wiedergegeben, sondern auch herausragende zeitgenössische Zeugnisse von Opfern und wichtige Dokumente von dritter Seite, etwa der Untergrundbewegungen oder von Regierungen alliierter und neutraler Staaten.

Die Edition ist auf 16 Bände angelegt, die chronologisch, geographisch und sachlich gegeneinander abgegrenzt werden. Durch diesen Aufbau werden die Nachteile einer rein chronologischen Abbildung vermieden, die insbesondere für die Zeit zwischen 1941 und 1944 zu unüberwindlichen Schwierigkeiten in der inhaltlichen Geschlossenheit führen müsste. Außerdem lassen sich damit die Nachteile einer nur geographisch gegliederten Bandabfolge verringern, die darin bestehen würden, daß geschichtlich einheitliche, zentral von Deutschland aus gelenkte Vorgänge in der regionalen Auffächerung undeutlich werden würden. Um die Edition übersichtlicher zu gestalten, ist eine Dreiteilung des Gesamtkorpus' vorgesehen, die sich aus der Geschichte der Judenverfolgung ergibt:

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

- Abteilung I (fünf Bände) umfasst die Judenverfolgung im Reich und im bis 1940 besetzten Teil Europas vor dem Beginn der systematischen Massenmorde.
- Abteilung II (fünf Bände) dokumentiert die Massenmorde in den besetzten sowjetischen, baltischen und polnischen Gebieten, die im Zentrum der Verbrechen standen. Sie begannen – in großer Dimension – im Juni 1941 und waren im August/September 1943 weitgehend abgeschlossen; ihnen fielen bis dahin etwa vier Millionen Menschen zum Opfer.
- Abteilung III (sechs Bände) ist der Ausdehnung der Massenmorde auf alle anderen europäischen Gebiete unter deutscher Hegemonie gewidmet. Sie umfasst im wesentlichen den Zeitraum vom Frühjahr 1942 bis zum Kriegsende. Im letzten der 16 Bände werden die Massenmorde in Auschwitz und die Endphase mit ihren Evakuierungen und Todesmärschen dokumentiert.

Wo sachliche Zusammenhänge dies gebieten, wird innerhalb der genannten Abteilungen auch über die Zeitgrenzen hinausgegriffen. So wird in der Abt. II auch das Schicksal der letzten Juden im deutschen Herrschaftsbereich in Polen und im Baltikum nach dem Herbst 1943 dokumentiert. In der Abt. III wird die autochthone Judendiskriminierung in einigen Staaten von 1938 an dargestellt (Italien, Ungarn, Rumänien), ebenso werden hier die Ereignisse in Jugoslawien geschlossen wiedergegeben, obwohl im Militärverwaltungsgebiet Serbien die Ermordung der Juden mit dem Krieg gegen die Sowjetunion synchron verlief. Auschwitz-Birkenau wurde erst 1943 zum zentralen Vernichtungslager für die europäischen Juden, daher wird auch die Frühphase des Lagers in der Abt. III dargestellt.

Im Hinblick auf die räumliche Gliederung soll solchen Verwaltungsgrenzen mehr Gewicht gegeben werden, die für das tatsächliche Geschehen der Judenverfolgung wichtig waren, weniger den oft wechselvollen staatsrechtlichen Zuordnungen. Das gilt zum Beispiel für die Einbeziehung Österreichs (sowie des Sudetenlands, des Memelgebiets, Elsass-Lothringen, Eupen-Malmedy, Luxemburg, Danzig) ins Reichsgebiet. Die Verfolgung der Juden soll hier, auch wenn das Regionale innerhalb des Bandes zum Teil sichtbar bleiben wird, unter der faktischen Einheit Deutsches Reich abgehandelt werden. Schließlich stützte sich die Verfolgung der Juden in diesen annektierten Gebieten auf die im Deutschen Reich angewandten Gesetze und Methoden. Anders verhält es sich für die von Deutschland annektierten polnischen Gebiete. Die dortigen, anfangs etwa 600.000 Juden wurden zu keinem Zeitpunkt den für die deutschen Juden geltenden Bestimmungen unterworfen, sondern als polnische Juden behandelt. Daher wird ihr Schicksal in den Bänden zu Polen dokumentiert.

Ähnliche Probleme der räumlichen Abgrenzung stellen sich im übrigen ost- bzw. südosteuropäischen Raum. Auch hier soll nach dem Prinzip der für konkrete Verfolgungsmaßnahmen maßgeblichen Verwaltungseinheit verfahren werden. So sollen Ostgalizien und der Bezirk Bialystok in der Anfangsphase Juni/Juli 1941 als Teil der sowjetischen (annektierten) Gebiete angesehen werden, weil sich nur so der Beginn des Mordens durch die SS- und Polizeieinheiten und die damit verbundene Entfesselung von Pogromen angemessen kontextualisieren lassen. Später gehören dann beide Regionen in den Zusammenhang der Vernich-

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tungspolitik in Polen. Ähnliches gilt für die Judenverfolgung in Rumänien, Ungarn und Bulgarien, die für jedes Land stets einschließlich der von diesen Staaten annektierten bzw. besetzten Gebiete dargestellt wird (Karpato-Ukraine, Nordtransylvanien, Batschka, Bessarabien, Nordbukowina, Transnistrien, Mazedonien, Thrazien). Im Fall von Rumänien führt dieses Vorgehen aus historisch-sachlichen Gründen zu einer Aufteilung zwischen den Abteilungen II und III. Die damals staatsrechtlich italienischen Dodekanes werden zu Griechenland gerechnet, da die Deportation der Juden von Rhodos und Kos vom regional zuständigen Wehrmachtbefehlshaber organisiert wurde und mit der Deportation der Juden von anderen griechischen Inseln, etwa von Kreta, verknüpft war.

Was die Gewichtung der einzelnen Länder angeht, so bildet die jeweilige Zahl der Ermordeten ein wichtiges Kriterium für den Grad der Berücksichtigung innerhalb der gesamten Dokumentation. Deshalb werden West- und Nordeuropa in zwei Bänden dokumentiert, für Polen und die sowjetischen Gebiete (samt Baltikum) sind jedoch fünf Bände vorgesehen. Zudem ist daran gedacht, die Bände vom Umfang her nicht einheitlich zu gestalten. Selbstverständlich kann eine solche am Ausmaß des Mordens orientierte Vorgabe nicht mit mathematischer Exaktheit umgesetzt werden, insbesondere nicht im Hinblick auf Deutschland, wo von 500.000 Juden (1933) etwa 340.000 überlebten. Doch bildet das genannte Kriterium ein wichtiges Element für die Komposition eines Quellenwerkes, das eine möglichst unverzerrte Dokumentation von Verfolgung und Mord anstrebt.

Um eine umfassende Dokumentierung auf hohem wissenschaftlichen Niveau zu gewährleisten, gelten für die Dokumentenauswahl spezifische Auswahlkriterien:

1. Die Dokumentierung setzt mit dem 30. Januar 1933 ein. Für die Verfolgungen in den verbündeten Staaten (zunächst Italien, Ungarn, Slowakei, Rumänien, Bulgarien) gilt das Anfangsjahr 1938. Ferner soll sich die Edition weitestgehend auf zeitgenössische Quellen beschränken, d.h. nur in unumgänglichen Ausnahmefällen sollen Dokumente aus der Zeit nach dem 8. Mai 1945 aufgenommen werden. Der Grund für diese rigorose Festlegung liegt darin, dass an Untersuchungs- und Zeugenberichte aus der Nachkriegszeit andere Maßstäbe der Quellenkritik angelegt werden müssen als an Dokumente aus der unmittelbaren Zeit der Verfolgung. Deshalb werden im Regelfall nach dem Krieg entstandene Quellen nicht abgedruckt, sondern lediglich für die Kommentierung verwendet.

Ausnahmen sollen bei ausgesprochen zeitnahen Aufzeichnungen der Alliierten oder anderer Zeugen dann gemacht werden, wenn für bestimmte Vorgänge der Endphase sonst keine Dokumente zur Verfügung stehen. Da nach dem genannten Stichtags-Prinzip die Meldungen der Roten Armee über die befreiten Lager Majdanek und Auschwitz einbezogen würden, aber Berichte der britischen und amerikanischen Streitkräfte über die Befreiung von Juden in Bergen-Belsen, Thüringen oder Böhmen unter Umständen nicht, sollen hier eng begrenzte Ausnahmen gelten. Dieses Verfahren hat den Vorteil, dass die komplizierte quellenkritische Einordnung von Nachkriegszeugen- und Beschuldigtenaussagen weitgehend unterbleiben kann, dasselbe gilt für spätere Erinnerungsberichte. Der

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachteil liegt darin, dass bestimmte Vorgänge – insbesondere das tägliche Morden in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka oder das Schicksal sowjetisch-jüdischer Kriegsgefangener – auf diese Weise nur fragmentarisch dokumentiert werden können. Dieser Nachteil soll aus Gründen der editorischen Klarheit bewusst in Kauf genommen werden. Die Nachkriegszeugenaussagen werden sich, wo sie das historiographische Bild wesentlich ergänzen, im Anmerkungsapparat niederschlagen.

2. Die Edition soll alle Perspektiven auf den Massenmord dokumentieren, wobei sie dem Grundmotiv der Trias von Raul Hilberg „Täter, Opfer, Zuschauer" folgt. Den Hauptkorpus machen die „Täterdokumente" aus. Dies ist keineswegs einer einseitig täterzentrierten Sichtweise geschuldet, sondern der hohen Bedeutung, die den Institutionen und Apparaten der Täter für die Geschichte des Judenmords zukam. Dabei geraten alle Ebenen und Sektoren der Reichsverwaltung, der Polizei und SS, der Wehrmacht und der NSDAP in den Blick, aber ebenso die Regierungen, die politischen und militärischen Apparate der Achsenstaaten (besonders Kroatien, Rumänien und die Slowakei) und die Institutionen der Kollaboration, vor allem die Hilfspolizeien und einheimischen Kommunalverwaltungen, aber auch die vielfach für die Enteignung zuständigen Finanzverwaltungen. Notwendig erscheint auch eine Einbeziehung privater Täter-Dokumente (v.a. Tagebücher und Briefe). Besonders schwierig und deshalb intensiv wird sich die Suche nach Dokumenten von Opfern gestalten. Damit sind zunächst Quellen der jüdischen Organisationen zur Selbsthilfe und Fürsorge, Dokumente der Judenräte oder der Widerstandsgruppen gemeint. Vor allem aber gilt es, persönliche Zeugnisse zu herausragenden Ereignissen aufzuspüren, etwa Tagebücher, Briefe und ähnliches. Den kleinsten Anteil, etwa zehn Prozent, sollen Dokumente von „dritter" Seite ausmachen. Dabei handelt es sich vor allem um Schriftstücke unbeteiligter Reichsangehöriger und Institutionen wie der Kirchen, die Überlieferung der Untergrundbewegungen unter deutscher Herrschaft, dann alliierter, neutraler oder ins Exil gegangener Regierungen bzw. aus der Öffentlichkeit in diesen Ländern.

Insgesamt wird Wert darauf gelegt, nicht nur Dokumente aus unterschiedlicher Perspektive zu edieren, sondern auch die verschiedenen Typen von Quellen zum Thema vorzustellen, vom handschriftlichen Zettel über Briefe und Tagebücher, Presseartikel und Plakate bis hin zu allen Formen von Akten. Folglich stehen auf der Basis des jetzigen Forschungsstandes, nimmt man das Warschauer Ghetto als Beispiel, außerordentlich vielfältige Quellen zur Verfügung. Das handgeschriebene Notat eines Ghettoinsassen steht neben der Expertise eines deutschen Betriebsprüfers, der Plakatanschlag, der die Todesstrafe für das illegale Verlassen des Ghettos ankündigt, steht neben einem Sitzungsprotokoll des zwangsweise gebildeten Judenrats und einem Dokument der von den Deutschen organisierten (Ghetto-)Transferstelle Warschau, ein offizieller Bericht der Londoner Exilregierung über die antijüdische Politik in Warschau neben einer Rede des Generalgouverneurs Hans Frank.

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. Innerhalb der einzelnen Quellenkorpora wird die Auswahl nach Kriterien der Relevanz erfolgen: Der Schwerpunkt liegt dabei mehr auf den Mordaktionen als auf der Vielfalt der Verfolgungshandlungen. Zunächst sind alle wichtigen Entscheidungen und Befehlsgänge innerhalb der Täterapparate zu berücksichtigen, dann wichtige Dokumente zur Ausführung der Verbrechen. Die Edition wird inhaltlich alle wichtigen Vorgänge der Judenverfolgung widerspiegeln, d.h. alle Regionen berücksichtigen, in denen Juden in großer Zahl gelebt haben, alle wichtigen „Tatorte" wie Lager, Schauplätze von umfangreichen Massenerschießungen und zentrale Ereignisse wie größere Revolten. Dies erscheint um so wichtiger, als die Überlieferung wegen der Aktenvernichtungen auf Täterseite und der meist nur zufällig vorhandenen Überlieferung auf Opferseite sehr ungleichgewichtig ist. Daneben sollen Quellen zu typischen Aspekten der Verfolgung eingefügt werden, die anderweitig nicht dokumentierbar sind, etwa alltägliche Schriftstücke zur sozialen Diskriminierung, zu den massenhaften Erkrankungen, zum Hungersterben oder zur Trennung von Familien.

Nach Möglichkeit ist eine Rückführung der zu edierenden Quellen auf die Originale anzustreben. Ein Teil der abzudruckenden Dokumente ist bereits ganz oder teilweise veröffentlicht worden, muss aber noch einmal anhand des Originals überprüft werden. Dies wird jedoch, wie bisherige Erfahrungen zeigen, nicht immer möglich sein. Alle fremdsprachigen Dokumente werden ins Deutsche übersetzt, Faksimile der fremdsprachigen Originale sollen der Edition auf CD-ROM beigegeben werden, um jedem Benutzer eine Überprüfung der Übersetzung zu ermöglichen.

Bei einer begrenzten Zahl von Dokumenten wird sich eine Kürzung nicht umgehen lassen, da viele staatliche Akten, die wichtige Ausführungen zur Judenverfolgung enthalten, für den Gesamtabdruck zu lang sind. Besonders serielle Dokumente wie Lageberichte oder bestimmte militärische Akten sind für einen kompletten Abdruck zu umfangreich. Gekürzte Dokumente werden ebenso wie nicht deutschsprachige Quellen in ganzer Länge als Faksimile auf CD-ROM beigegeben.

Leicht zugängliche Gesetzes- und Verordnungstexte sind chronologisch angeordnet (Gesetzestitel und Fundstelle) als Anhang aufgelistet. Insgesamt werden etwa 2.500 bis 3.000 Dokumente zum Abdruck kommen.

Die Kommentierung wird zurückhaltend erfolgen, also vor allem Personennamen, nicht gängige Ereignisse, offensichtliche Falschdarstellungen, Widersprüche zu anderen Dokumenten erklären und Bezugsdokumente lokalisieren. Ortsnamen werden über Register erschlossen. Selbstverständlich wird jedes Dokument mittels einer oder mehrerer Anmerkungen in den entsprechenden historischen Rahmen eingeordnet. Dabei wird auf parallele Dokumente verwiesen und auf die einschlägige Forschungsliteratur, soweit sie unmittelbar für den Sachverhalt relevant ist; gegebenenfalls werden Ungewissheiten und offene Fragen benannt. Die in den Dokumenten erwähnten Absender, Adressaten, Personen, Abkürzungen oder Tarnbegriffe werden ebenso wie handschriftliche Zusatzvermerke entschlüsselt.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Projekt hat insgesamt mehrere Stufen: Bisher konnten in einem Vorprojekt an Hand eines ersten Bandes die spezifischen Probleme der Feinkonzeption, der Erfassung der Literatur, der Quellen und der Daten und schließlich bei deren Aufbereitung geklärt werden. Beginnend in diesem Jahr, werden in drei Projektschritten die Bände zunächst in chronologischer Reihenfolge, dann auch nach dem inhaltlichen Schwergewicht erarbeitet. Es erfolgt die sukzessive Diskussion mit der internationalen Forschungslandschaft und die Publikation der Bände in mehreren Schüben. Das Editionsvorhaben wird von drei Institutionen getragen: dem Bundesarchiv, dem Institut für Zeitgeschichte München – Berlin und dem Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Freiburg (Prof. Herbert). Das Projekt hat seinen Hauptsitz in der Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte. Ein Herausgebergremium, bestehend aus PD Dr. Götz Aly, Dr. Wolf Gruner, PD Dr. Susanne Heim, Prof. Dr. Ulrich Herbert, Dr. Hans-Dieter Kreikamp, Prof. Dr. Horst Möller, Dr. Dieter Pohl und Prof. Dr. Hartmut Weber, ist verantwortlich für Konzeption und Auswahl der Dokumente sowie für die Gesamtredaktion. Recherchen und Kommentierung übernehmen fachlich ausgewiesene Bearbeiter. Mit der Publikation des ersten Bandes, der die Vorgänge in Deutschland von 1933 bis 1937 dokumentiert, ist in den nächsten zwei Jahren zu rechnen.

Dieter Pohl

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

... von der Redaktion betreut (Juli–September 2005)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehepunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern in zweifacher Weise auch in den Vierteljahrsheften selbst:

In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Jedem Aprilheft wird kostenlos eine CD-ROM mit allen Besprechungen beigelegt, die im Jahr zuvor unter der Betreuung der VfZ-Redaktion in den *sehepunkten* veröffentlicht worden sind.

*

Gabriel Adriány, Die Ostpolitik des Vatikans 1958–1978 gegenüber Ungarn. Der Fall Kardinal Mindszenty, Herne 2003.
Rezensiert von: Tibor Dömötörfi (Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Budapest) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/6763.html

Pertti Ahonen, After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990, Oxford 2003.
Rezensiert von: K. Erik Franzen (Collegium Carolinum, München) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/7141.html

Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.
Rezensiert von: Winfried Süß (München) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/7698.html

Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.
Rezensiert von: Rüdiger Hachtmann (Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/8191.html

Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.
Rezensiert von: Johannes Bähr (Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/8192.html

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.
Rezensiert von: Armin Nolzen (Warburg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/8193.html

Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.
Rezensiert von: Frank Bajohr (Forschungsstelle für Zeitgeschichte, Hamburg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/8194.html

Arnd Bauerkämper, Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005.
Rezensiert von: Michael Schwartz (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 9
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/09/8326.html

François Beilecke, Französische Intellektuelle und die Dritte Republik. Das Beispiel einer Intellektuellenassoziation 1892–1939, Frankfurt a. M. 2003.
Rezensiert von: Eva Oberloskamp (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 9
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/09/7690.html

Dirk Blasius, Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933, Göttingen 2005.
Rezensiert von: Johannes Hürter (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 9
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/09/8181.html

Gisela Bock (Hrsg.), Genozid und Geschlecht. Jüdische Frauen im nationalsozialistischen Lagersystem, Frankfurt a. M. 2005.
Rezensiert von: Edith Raim (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 9
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/09/7922.html

Bernhard Chiari (Hrsg.), Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg, München 2003.
Rezensiert von: Siarhei Novikau (Linguistische Universität Minsk) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/3835.html

Christoph Classen, Faschismus und Antifaschismus. Die nationalsozialistische Vergangenheit im ostdeutschen Hörfunk (1945–1953), Köln/Weimar/Wien 2004.
Rezensiert von: Konrad Dussel (Mannheim) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/7484.html

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vanessa Conze, Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas, Gleichen 2003.
Rezensiert von: Elke Seefried (Universität Augsburg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/8818.html

Wolfgang Form/Oliver Uthe (Hrsg.), NS-Justiz in Österreich. Lage- und Reiseberichte 1938–1945, Münster/Hamburg/Berlin/London 2004.
Rezensiert von: Jürgen Zarusky (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/7168.html

Peter Glotz, Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück, München 2003.
Rezensiert von: Jaromír Balcar (München) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/7032.html

Lutz Hachmeister, Schleyer. Eine deutsche Geschichte. Unter Mitarbeit von Matthias von der Heide, Stefan Krings und Christian Wagener, München 2004.
Rezensiert von: Birgit Seiderer (Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 9
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/09/5345.html

Elizabeth Harvey, Women and the Nazi East. Agents and Witnesses of Germanization, New Haven/London 2003.
Rezensiert von: Elissa Mailänder-Koslov (Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 9
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/09/4791.html

Ulrich von Hassell, Römische Tagebücher und Briefe 1932–1938, hrsg. von Ulrich Schlie, München 2004.
Rezensiert von: Hans Woller (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 9
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/09/9216.html

Claudia Hiepel/Mark Ruff (Hrsg.), Christliche Arbeiterbewegung in Europa 1850–1950, Stuttgart/Berlin/Köln 2003.
Rezensiert von: Dietmar Süß (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 9
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/09/5058.html

Hubertus Knabe, Tag der Befreiung. Das Kriegsende in Ostdeutschland, Berlin/München 2005.
Rezensiert von: Jörg Echternkamp (Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/8421.html

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oliver Reinhard/Matthias Neutzner/Wolfgang Hesse, Das rote Leuchten. Dresden und der Bombenkrieg, Dresden 2005.
Rezensiert von: Jörg Arnold (University of Southampton) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/8103.html

Ute Schleimer, Die Opera Nazionale Balilla bzw. Gioventù Italiana del Littorio und die Hitlerjugend. Eine vergleichende Darstellung, Münster 2004.
Rezensiert von: Hans Woller (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/8778.html

Felix Schneider, Oberösterreicher in sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1941 bis 1956, Graz 2004.
Rezensiert von: Andreas Hilger (Hamburg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 9
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/09/6459.html

Tatjana Tönsmeyer, Das Deutsche Reich und die Slowakei 1939–1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn, Paderborn 2003.
Rezensiert von: Emilia Hrabovec (Institut für Osteuropäische Geschichte, Universität Wien) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 9
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/09/4062.html

Reinhold Weber, Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895–1933), Düsseldorf 2004.
Rezensiert von: Manfred Kittel (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/7764.html

Oliver Werner, Ein Betrieb in zwei Diktaturen. Von der Bleichert Transportanlagen GmbH zum VEB VTA Leipzig 1932 bis 1963, Stuttgart 2004.
Rezensiert von: Friederike Sattler (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/7644.html

Anita Ziegerhofer-Prettenthaler, Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren, Wien 2004.
Rezensiert von: Elke Seefried (Universität Augsburg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/8818.html

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rezension einer Publikation aus den Reihen des IfZ:
(Juli–September 2005)

Diese Rezension wurde von der Redaktion der *sehepunkte* betreut:

Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte. Mit einem Vorwort von Jan Philipp Reemtsma und Horst Möller, München 2005.
Rezensiert von: Alexander Brakel (Mainz) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 9
http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/09/8533.html

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jean-François Sirinelli, **The baby boomers and the May of 1968 in France**

The baby boomers were those young people in France who were at the heart of the "Thirty Glorious Years". This was a time of major upheaval, and never before had a generation witnessed such radical and rapid changes in society, as it were a "shedding of the skin", in this country. Furthermore, the times also conferred the second essential aspect of their historical identity on the baby boomers, namely the socio-cultural evolution of the industrialized world. It enabled them to get out of the rut in which young people had hitherto been kept by social practices and cultural heritage. Simultaneously popular culture expanded rapidly and took over the young generation's imagery and sounds. This process became perceptible in the mid 1960s, with 1965 marking a decisive turning point.

Henrik Bispinck, Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Peter Skyba, Matthias Uhl, Hermann Wentker, **The historiography of the GDR and its future. Opportunities and problems**

Is it really true that most questions on the history of the GDR have been answered? Can a historiography of the GDR only assert itself in the future if it is embedded in a broader post-war historiography? Against the background of such fundamental questions, it seems appropriate to look at the topic from different points of view. First, we have discussed the relevance of the GDR as an independent field of study. Second, we have dealt with the place the GDR takes in the context of German history. Third, we have discussed the benefit of looking at the GDR from a European perspective, and, fourth, from a non-European perspective. Having discussed these various approaches to the history of the GDR, the special role of politics has repeatedly shown through. We therefore plead for not isolating the history of the GDR, but for integrating it with other fields of historical research, and for choosing an approach which considers history *and* politics.

Helmut Braun, **The "prodigious" gas helium, US domestic policy and the German zeppelins**

The explosion of the hydrogen-filled zeppelin "Hindenburg" on 6th May 1937 had made it evident that a safe use of airships was only possible with helium as carriage gas. However, helium was then only produced in the USA and was there subject to a state tax monopoly. This study examines why the USA did not sell helium to the German Reich although this was widely supported in the States. Two reasons for this have been identified. First, research into the potential usage of helium had shown more and more possibilities of a military employment of this gas far beyond airshipping. Second, and far more importantly, the power to decide whether to provide National-Socialist Germany with helium was in the hands of the US Secretary of the Interior, Harold Ickes. Not only did Ickes disap-

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

prove strongly of National Socialism, but it was also possible for him to humiliate his colleague Cordell Hull, who was Secretary of State at the time, by blocking an export of helium. The sources show that Ickes had apparently been waiting for such an opportunity – and the blockade on a helium export enabled Ickes to confront Hall. So, the reasons for the American refusal to provide Germany with helium for its zeppelins did not only lie in the field of foreign affairs, but are also to be found in the sphere of domestic policy.

Bruno Mantelli, **In the realm of insecurity: Italian archives and the research into Fascism**

With the exception of some military records of secondary importance, the Italian archives were not confiscated by the Allies after World War II. This was not very fortunate for research into Fascism, as historians now had to fight on two fronts. They were faced with widely scattered records, and they had to cope with a lot of laws and regulations rather unkind to the historian. This essay deals with the history of Italian archive laws and describes the situation in the archives today. The various records on Fascism are scattered amongst numerous state-run and private archives. Besides the Central State Archives (Rome), there are the Foreign Ministry and the General Staffs of the Armed Forces (army, navy, air force), which are entitled to deal with their records themselves. Apart from those, there are also the independent and hardly accessible archive of the Carabinieri and the Archives of the Istituti Storici della Resistenza which both play an important role for the research into the events after Italy's capitulation on 8th September 1943 (German occupation, Resistenza etc.).

Hersch Fischler, **Relevant mistakes in Alfred Berndt's study of the *Reichstag* fire**

At the beginning of the 1960s, Fritz Tobias claimed that it had not been the National Socialists who had set fire to the *Reichstag* in 1933, but the Dutchman Marinus van der Lubbe alone. Tobias criticised above all the reports of the fire experts according to which van der Lubbe had not had enough time to start a fire in the plenary assembly hall. These reports had contributed decisively to the verdict of the court, which stated that the arson in the plenary assembly hall of the *Reichstag* building had been committed by other culprits. In 1964, Hans Mommsen confirmed Tobias' theory that there was only one single culprit, and his criticism of the fire experts in an article in the *Vierteljahrshefte*. In 1975, a further article by Alfred Berndt appeared in the *Vierteljahrshefte*, "Zur Entstehung des Reichstagsbrandes. Eine Untersuchung über den Zeitablauf". The author claimed that the fire experts had started out from incorrect details of time and date. According to Berndt, Marinus van der Lubbe had started his doings earlier and the fire in the plenary assembly hall had flared up later than the experts had

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

assumed, and therefore Tobias' theory of one single culprit was all the more probable. However, a scrutiny of Berndt's study proves that his argumentation is founded to a large extent on faulty quotations taken over from Tobias' work. Besides, Berndt's argumentation is in itself implausible. It neither refutes chronological assumptions of the fire experts, not does it make the theory of one single culprit more probable.

Gerhard Wettig, **Stalin's armament resolution. The Moscow consultations with the party leaders and defence ministers of the Eastern bloc states in January 1951**

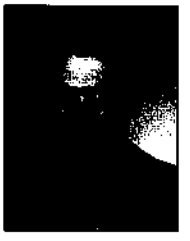
North Korea's attack on the southern part of the country in 1950 caused a sentiment of shock in Western Europe, which led to setting up a system of defence against the USSR. Stalin saw his military position threatened in return. He summoned the party leaders and the defence ministers of the Eastern bloc states to a top secret meeting which took place in Moscow from January 9th to January 12th, 1951. On this occasion, he instructed them to push ahead with their defence efforts without regard to the economic situation of their countries. The GDR was omitted in this because Stalin was still hoping for it to extend its influence on Western Germany. This hope was, however, shattered when the integration of the Federal Republic into the Western alliance became apparent. In the course of the year 1951, the USSR therefore started to integrate the GDR into the Eastern process of armament. In his endeavour, Stalin ignored economic necessities during the years 1951 and 1952. As a result, the parts of Central and Eastern Europe that were controlled by the Soviet Union plunged into a deep crisis after Stalin had died.

Jahrgang 53.(2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. **Jean-François Sirinelli**, Professor am Institut d'Etudes politiques de Paris, Direktor des Centre d'Histoire de Sciences-Po in Paris (27, Rue Saint Guillaume, F-75337 Paris Cedex 7); veröffentlichte u.a.: „Génération intellectuelle. Khâgneux et normaliens dans l'entre-deux-guerres" (Paris 1988); „Intellectuels et passions françaises. Manifestes et pétitions au XXe siècle" (Paris 1990); „Sartre et Aron, deux intellectuels dans le ciècle" (Paris 1995); „Les baby-boomers. Une génération 1945–1969" (Paris 2003); zusammen mit Serge Berstein und Pierre Milza „Michel Debré, Premier ministre" (Paris 2005).



Henrik Bispinck, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, Abteilung Berlin (Finckensteinallee 85–87, 12205 Berlin); veröffentlichte u.a.: „Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus" (Mithrsg., Berlin 2004); „Republikflucht. Flucht und Ausreise als Problem für die DDR-Führung", in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hrsg.), „Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre" (München 2003).

Dr. **Dierk Hoffmann**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, Abteilung Berlin (Finckensteinallee 85–87, 12205 Berlin); veröffentlichte u.a.: „Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956" (München 1996); „Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963" (München 2002); „Die DDR unter Ulbricht. Gewaltsame Neuordnung und gescheiterte Modernisierung" (Zürich 2003); „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945. Bd. 8: DDR 1949–1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus" (Mithrsg., Baden-Baden 2004); „Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1949–1989" (Mithrsg., München 2005).

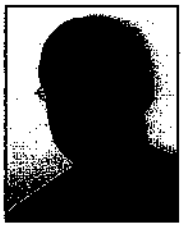
Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. **Michael Schwartz**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, Abteilung Berlin (Finckensteinallee 85-87, 12205 Berlin), Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; veröffentlichte u.a.: „Eugenik – Sterilisation – ‚Euthanasie'. Politische Biologie in Deutschland 1895–1945. Eine Dokumentation" (Mithrsg., Berlin 1992); „Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890–1933" (Bonn 1995); „Vertriebene und ‚Umsiedlerpolitik'. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961" (München 2004); „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland nach 1945. Bd 8: DDR 1949–1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus" (Mithrsg., Baden-Baden 2004); „Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1949–1989" (Mithrsg., München 2005).

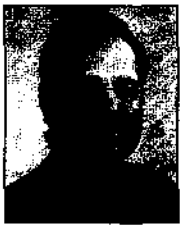
Dr. **Peter Skyba**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, Abteilung Berlin (Finckensteinallee 85–87, 12205 Berlin); veröffentlichte u.a.: „Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961" (Köln/Weimar/Wien 2000); „Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR" (Mithrsg., Dresden 1999).



Dr. **Matthias Uhl**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Moskau (Ul. Malaja Pirogowskaja 5, 119435, Moskau); veröffentlichte u.a.: „Stalins V-2. Der Technologietransfer deutscher Fernlenkwaffentechnik in die UdSSR und der Aufbau der sowjetischen Raketenindustrie 1945 bis 1959" (Bonn 2001); „Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer" (Mithrsg., München 2003); „Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise" (Mithrsg., München 2005); „Das Buch Hitler. Geheimdossier des NKWD für Josef W. Stalin zusammengestellt aufgrund der Verhörprotokolle des Persönlichen Adjutanten Hitler, Otto Günsche, und des Kammerdieners Heinz Linge, Moskau 1948/49" (Mithrsg., Bergisch-Gladbach 2005).

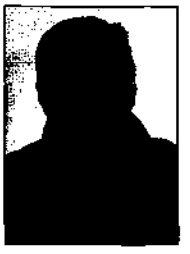
VfZ Institut für Zeitgeschichte München–Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Dr. **Hermann Wentker,** wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, Abteilung Berlin (Finckensteinallee 85–87), Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Leipzig; veröffentlichte u.a.: „Zerstörung der Großmacht Rußland? Die britischen Kriegsziele im Krimkrieg" (Göttingen 1993); „Volksrichter in der SBZ/DDR 1945 bis 1952. Eine Dokumentation" (München 1997); „Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen" (München 2001); „Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus" (Mithrsg., Berlin 2004).

Dr. **Helmut Braun,** Privatdozent am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte, Universität Regensburg (Universitätsstraße 31, 93040 Regensburg); veröffentlichte u.a.: „Technik- und Umweltgeschichte", in: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. 100 Jahre Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hrsg. von Günther Schulz u.a. (Stuttgart 2004), S. 375–401; „Der Schmuckdiamant als Veblen-Leibenstein-Gut: vom Symbol der Reichen und Mächtigen zum Konsumartikel mit Wertillusion für das breite Bürgertum", in: Rolf Walter (Hrsg.), Geschichte des Konsums, Erträge der 20. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Wiesbaden/Stuttgart 2004), S. 159–191.



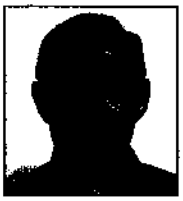
Dr. **Brunello Mantelli,** Professor für Zeitgeschichte am Dipartimento di Storia dell'Università Turin (Via Saint'Ottavio 20, I-10124 Torino); veröffentlichte u. a.: „‚Camerati del lavoro'. I lavoratori italiani emigrati nel Terzo Reich nel periodo dell'Asse 1938–1943" (Florenz 1992); „Il fascismo. La nascita, il regime, la caduta" (Mailand 2000); „Kurze Geschichte des italienischen Faschismus" (Berlin ³2004); „Germania rossa. Il socialismo tedesco dal 1848 ad oggi" (Turin 2001); als Hrsg. zusammen mit Nicola Tranfaglia „Dizionario dei fascismi" (Mailand 2002).

Hersch Fischler, freier Publizist in Düsseldorf mit den Themenschwerpunkten Zeit- und Mediengeschichte (Tußmannstr. 13, 40477 Düsseldorf); veröffentlichte u.a.: zusammen mit Frank Böckelmann „Bertelsmann – Hinter der Fassade des Medienimperiums" (Frankfurt a.M. 2004); „Hans Schneiders unvollendetes Manuskript ‚Neues vom Reichstagsbrand?'" in: Hans Schneider, Neues vom Reichstagsbrand? Eine Dokumentation (Berlin 2004).

Jahrgang 53 (2005), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2005_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte



Dr. **Gerhard Wettig**, Historiker (Vor Selms 92, 54472 Kommen); veröffentlichte u.a.: „Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955. Internationale Auseinandersetzungen um die Rolle der Deutschen in Europa" (München 1967); „Politik im Rampenlicht. Aktionsweisen moderner Außenpolitik" (Frankfurt 1967); „Der Kampf um die freie Nachricht [in der UNO und auf der KSZE 1972–1974], Texte und Thesen" (Zürich 1977); „Das Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe. Berlin im Spannungsfeld von Ost und West (1972–1980)" (Berlin 1981); „High Road, Low Road. Diplomacy and Public Action in Soviet Foreign Policy [1979–1987]" (Washington 1989); als Hrsg. „Die sowjetische Deutschland-Politik in der Ära Adenauer", Rhöndorfer Gespräche Bd. 16, (Bonn 1997); „Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955" (München 1999).

VfZ Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte